



24. November 1930

KARL RENNER • DER ZUSAMMENBRUCH DER BÜRGERBLOCKIDEOLOGIE



ALLE Welt ist überrascht, die europäische Demokratie atmet auf, die Arbeiterklasse der Welt jubelt: Der Sieg der Sozialdemokratie in Österreich, das Wahlergebnis vom 9. November 1930 hat eine Bedeutung erlangt, die weit über Österreich hinausgeht und für Bourgeoisie und Proletariat gleich belehrend ist.

Zunächst die Tatsachen. Im aufgelösten Nationalrat hatte die Sozialdemokratie 71, die bürgerliche Einheitsfront Ignaz Seipels die übrigen 94 Mandate. Die Bürgerblockidee war also restlos verwirklicht. Allerdings zählte man unter diesen 94 Abgeordneten 73 der Christlichsozialen, 12 der Großdeutschen Partei und 9 dem Landbund zu. Aber die beiden kleineren Gruppen waren allmählich in völlige Abhängigkeit von den Christlichsozialen geraten; die Großdeutsche Gruppe hatte die gesonderte Parteiorganisation ganz aufgegeben, der Landbund als demokratisch-agrarische Partei hatte sie dagegen aufrechterhalten und im Kampf gegen die christlichsoziale Bauernschaft auch sehr regsam gestaltet. Gegen die Sozialdemokratie aber waren alle Gruppen unter dem Schlagwort des Antimarxismus ein einziger Block, der die Arbeiterklasse niederzuhalten entschlossen war. Diese Mehrheit von 94 über 71 Stimmen war überdies durch die soziale Zusammensetzung des überwiegend bäuerlich-kleinbürgerlichen Landes auf Jahre hinaus völlig gesichert. Was wollte man mehr? Woher also die unaufhörlichen Krisen?

Führerin jenes Blocks war die Christlichsoziale Partei, die man in Deutschland allgemein als die Gesinnungsschwester des Zentrums ansieht, von der man also wahrscheinlich eine kluge und maßvolle Politik erwartet. Warum sollte sie bei so stabilisierten Herrschaftsverhältnissen selbst die Brandfackel in das Land werfen? Trotzdem taumelt das Land seit 3 Jahren von einer Erschütterung in die andere, trotzdem balanciert es fortwährend an dem Rand des Bürgerkriegs. Wie kommt es, daß eine Bürgerblockregierung mit gesicherter Mehrheit das Land nicht ruhig regieren und in Ordnung halten konnte? Bürgerliche Politiker behaupten von sich vor allem wirtschaftliche Verantwortlichkeit zu tragen und darum zur Lösung der zahlreichen Wirtschaftsaufgaben, die die Nachkriegszeit allen Ländern, und namentlich den besiegten, aufgebürdet hat, besonders befähigt zu sein. Wie kommt es, daß gerade eine solche Bürgerblockregierung den Wirtschaftsnöten völlig ohn-

mächtig und hilflos gegenüberstand und das Land nahe an den wirtschaftlichen Ruin heranzuführen? Liegt dieses Versagen der Bürgerblockidee bei uns an den Fehlern der Führer? Ohne Zweifel hat Seipel Fehler begangen, für einen wirklichen Staatsmann disqualifizierende Fehler. Aber sie reichen nicht aus dieses Versagen zu erklären. Sind es die besonderen Verhältnisse Österreichs, die den endlichen Mißerfolg eines durch 10 Jahre fortgeführten Systems erklären? Auch das trifft nicht zu. Die Kleinheit und Übersichtlichkeit dieses Landes und die Einfachheit seines Parteiensystems haben im Gegenteil ein solches Experiment erleichtert. Denn während in Deutschland mühselig aus vielen historischen und regionalen Parteiungen ein parlamentarischer Block erst zusammengezimmert werden muß, war das Zweiparteiensystem in Österreich beinahe vom ersten Tag der Republik an gegeben. Wenn irgendwo, mußte bei uns der Versuch gelingen.

Aber wenn der Frauen Weh und Ach, so tausendfach, aus einem Punkte zu kurieren ist, das wirtschaftliche und staatliche Dasein der Nachkriegsgesellschaft ist es zum Glück nicht. Jeder Bürgerblock ist gedrängt alle auftauchenden öffentlichen Probleme ausschließlich im Gegensatz zur Arbeiterklasse anzuschauen und zu erledigen. Das aber verträgt weder der Staat noch die Wirtschaft, da die Arbeiterschaft als Klasse für beide viel zu wichtig ist, da, was man als selbstverständliches Interesse der Arbeiterklasse bezeichnen möchte, in der Regel mit dem Allgemeininteresse zusammenfällt. Andererseits haben aber alle einzelnen, größeren und kleineren Schichten der Bourgeoisie nicht etwa übereinstimmende sondern von einander abweichende und vielfach gegensätzliche Interessen. Mit anderen Worten: Der Bourgeois hat sehr wenig allgemeine, für die ganze Gesellschaft gültige, dafür aber vielerlei Sonderinteressen, und allen Bourgeoisgruppen gemeinsam ist nur der Gegensatz zum Proletariat. Sie lassen sich im Grunde nur auf einen gemeinsamen Nenner bringen: den antiproletarischen. Ein anderes Element der Verbindung gibt es da nicht. Bürgerblocks sind also politisch und parlamentarisch von Natur aus unfruchtbar, verfallen, sobald sie sich nicht gemeinsam gegen das Proletariat austoben können, notwendig in innern Hader, bürgerliche Staatsmänner, die dieser Idee dienen, müssen sich bemühen alle sachlichen Probleme des Staats- und Wirtschaftslebens, weil sie den Block zerlegen, niederzuhalten und auszuschalten, alle Tage und jede Stunde den Kampf gegen die Arbeiterklasse auf der Tagesordnung zu erhalten und zum ausschließlichen Inhalt des öffentlichen Lebens zu machen, so lange, bis die bürgerliche Gesellschaft selbst, klassenmäßig in 2 Teile zerrissen, in die Fieberschauer der Bürgerkriegspsychose verfällt. Diese Psychose greift natürlich über auf jede einzelne Werkstatt im Land und legt sich wie ein Starrkrampf auf die gesamte Wirtschaft eines Volkes, sie lähmt, hindert, zerrüttet alles, so lange, bis endlich der gute Bürger sich selber sagt: So geht es nicht, so darf es nicht weiter gehen.

Diesen experimentellen Beweis, daß es nicht angeht ein modernes industrielles Gemeinwesen lange gegen dessen allerwichtigsten und empfindlichsten Bestandteil zu regieren, hat Seipel den Österreichern und an ihnen der ganzen Welt erbracht. Der Österreicher zahlt das Experiment teuer, die Welt möge es ihm danken und durch ihn lernen. Im Grunde genommen ist diese Erkenntnis nicht neu. Bismarck hat 2 Jahrzehnte beinahe gegen die politische Vertretung der Arbeiterklasse gewütet, aber dabei verstanden, daß er die

zeitgemäßen, in der Entwicklung fälligen sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse erfüllen müsse. So hat er dem widerstrebenden Bürgertum zugleich das Sozialistengesetz und die soziale Gesetzgebung aufgenötigt. Bürgerblockregierungen von heute haben nichts zu geben, sie können sozialpolitisch nur nehmen, kürzen, zurückdrängen, niederhalten, und solches Beginnen wird sehr bald ausschließlicher Inhalt ihrer Politik. Deren gemeinsamer Nenner ist "Antimarxismus". Dieses politische Schlagwort ist an sich überaus bezeichnend. Einmal, weil sein ganzer Inhalt in einem Anti, einer Negation liegt; damit allein zeigt es auf, wie recht wir mit der Behauptung haben, daß Bürgerblockpolitik inhaltlos und unfruchtbar ist. Sodann, weil der Gegensatz gegen einen sagenhaften, unbekanntem Marxismus auf eine handgreifliche Lüge hinausläuft. Der Ausdruck soll die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei als ein und das selbe denunzieren und verleugnet so die offenkundigen Tatsachen unserer jüngsten deutschen Geschichte: daß nämlich der demokratische Sozialismus in offenem, zum Teil blutigem Gegensatz zum diktatorischen Bolschewismus, der sich Kommunismus nennt, die beiden Republiken, das Deutsche Reich und Österreich, mitaufgebaut hat, und zwar als Rechts- und nicht als Gewaltstaaten. Das Schlagwort möchte wegdeuten, daß die Sozialdemokratie im Reich wie in Österreich heute wie am ersten Tag der Republik diese nicht nur gegen rechts sondern auch gegen jene Art "Kommunismus" zu verteidigen und bei dieser schmerzlichsten Pflichterfüllung (man denke an Carl Severing und Otto Braun) die allergrößten Verantwortungen übernommen hat. Nicht die deutsche Bourgeoisie, das deutsche Proletariat hat das Vaterland aus dem Chaos des Bürgerkriegs herausgeführt. Die Parole der Bürgerblockregierungen (eine andere als die des Antimarxismus haben sie nicht) ist ohne positiven Inhalt und in ihrer negativen Zuspitzung unwahrhaft.

Seipel hat schon vor Jahren dieses Schlagwort der nationalsozialistischen Propaganda entlehnt, um seiner Parteienkoalition ein gemeinsames "geistiges" Band zu geben; der 15. Juli 1927 hat ihm dazu gute Dienste geleistet. Die von ihm geleiteten oder inspirierten Regierungen haben sich in der Führung der Staatsgeschäfte keineswegs ausgezeichnet, sie haben sich im Gegenteil mit dem Makel der Bankenskandale, mit den sehr berechtigten Vorwürfen einer materiell interessierten Parteiwillkür belastet; moralische Eroberungen waren durch solches Regieren nicht zu erwarten. Der Glanz der Wiener Gemeindeverwaltung, deren Leistung von niemand bestritten wurde, überstrahlte alles, was der Bund versuchte oder durchführte. Was er auch immer in Angriff nahm, mußte Halbheit sein, denn im Bürgerblock kreuzten sich immer industrielle und agrarische, liberale und klerikale, zentralistische und länderföderalistische Einflüsse. Er konnte nur eins sein, wenn er allen, auch den dringendsten Fragen der Zeit einfach auswich. Die fortschreitende Wirtschaftskrise machte den Kleinbürger wie den Bauern, den Industriellen wie den Kaufmann von Tag zu Tag aufsässiger, und diese Aufsässigkeit verdichtete sich so zu einem gemeinsamen Schlagwort: Wirtschafts- statt Parteipolitik, Tat und nicht Geschwätz!

Mancherlei Tat war möglich, jegliche aber nur durch einen Teil des Bürgerblocks zusammen mit den Stimmen der Sozialdemokratie zu vollziehen. Der städtische Flügel der Bourgeoisie konnte eine Handelspolitik gegen die Agrarier, ihr ländlicher Flügel eine Bodenreform- und Getreidehandelspolitik

gegen die Vorurteile der Städter, der liberale eine Kulturpolitik gegen die Klerikalen je mit der Sozialdemokratie machen, nur für die Bourgeoisie gemeinsam gab es keine einigende Plattform als den Haß gegen die Arbeiterklasse und gegen das sozialdemokratisch verwaltete Wien. Also endete dieses System mit dem Versuch alle Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Als ob das ginge, ohne gewichtige bürgerliche Interessen mit zu schädigen. Die aufgezwungenen Lohnsenkungen und Lohnausfälle untergruben die Kaufkraft der städtischen Käufer und wirken bei uns heute handgreiflich auf die Absatzpreise des Landwirts zurück. Die indirekten Steuern erhöhen heute, da sie Lohnsenkungen hindern und oftmals Lohnsteigerungen erzwingen, ebenso handgreiflich die Produktionskosten der Exportindustrien. Der uns aufgenötigte geringfügige Abbau des Mieterschutzes hat wirtschaftlich so gewirkt, daß Geschäftsleute und Industrielle von der Wiederherstellung der Mietfreiheit gar nicht mehr reden. Instinktiv fühlt die Bourgeoisie, daß eine solche Sozialpolitik in einem falschen Zirkel verläuft. Sie fühlt es zunächst nur, aber sie wird es bald auch mit dem Verstand erkennen, daß Lohn und Gehalt, daß der Haushalt der Arbeiter und Angestellten nur eine ökonomische Durchgangsposition darstellt, aller Druck, der sich auf sie auswirkt, auf irgendeine Schicht der Bourgeoisie weitergegeben wird. Sieht man von der gar nicht zahlreichen Gruppe der industriellen Scharfmacher ab, so mehren sich die Gruppen des Bürgertums, die sich sagen: Diese Politik schlägt ihren eigenen Herrn, sie ist falsch, man muß mit den Sozialdemokraten reden, man muß sie anhören, man muß sich mit ihnen verbünden. Alle Schrecken, die man ihnen vor solcher Bundesgenossenschaft vorgeführt hat, verblassen.

Gegen die nicht etwa fehlerhafte sondern notwendig verkehrte Politik eines reinen Bürgerblocks wachsen also die Bedenken mit jedem Tag. Was dagegen tun? Die antimarxistische Propaganda wird heftiger. Zunächst in der Tonart: Der Sozialdemokrat wird verfehmt, wird schlimmer behandelt als ein Verbrecher; wer sich mit ihm nur in Verhandlungen einläßt, ist ein Verräter, der gute Bürger soll davon abgeschreckt werden seinem wachwerdenden Instinkt zu folgen. Dann im Inhalt: Der Sozialdemokrat, das ist der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt. Noch frecher wird die Herausforderung: Der Sozialdemokrat, das ist ein Brandstifter, das ist der Zerstörer aller Kultur, aller Wirtschaft selbst. Es bleibt nicht übrig als seinen Kopf in den Sand rollen zu lassen. Der kultivierte und unterrichtete Bürger stutzt, und schweigt; der wirtschaftlich bedrängte, hilflose und ununterrichtete Kleinbürger stimmt fanatisch ein. Die Bürgerblockidee treibt notwendig der Diktatur zu. Seipel nun hat sich eingebildet diese Entwicklung im Dienst seines Bürgerblockregimes losbinden und doch zugleich beherrschen zu können. Er wollte die Bewegung einfangen, nach Bedarf benutzen und nach Bedarf in die Ecke stellen. Man muß diesen mißlungenen Versuch genau untersuchen, damit diejenigen in unserm größern Vaterland, die mit dieser Idee heute spielen, rechtzeitig belehrt werden und sich hüten lernen.

Seipel benutzte die vorhandenen Heimwehren zu seinen Zwecken. Was waren diese Heimwehren? Als vor mehr als einem Jahrzehnt das Land Kärnten gegen seine Zerstückelung im Friedensvertrag, die Stadt Radkersburg gegen die Einverleibung in Jugoslawien, das Burgenland um seine Befreiung kämpfte, und Tirol noch auf die Erhaltung oder Rückgewinnung Deutsch Südtirols hoffte, als diese Grenzgebiete unter der Gefahr oder direkt unter dem Druck

feindlicher Bandeneinfälle seufzten, taten sich Bürger, Bauern und Arbeiter zusammen, nahmen die Waffen, die man aus dem Krieg gerettet hatte, auf und verteidigten ihre Heimat durch Freischaren. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich dabei sowohl in Kärnten als auch an der Grenze des Burgenlands rühmlichst hervorgetan, sie waren sozusagen mustergültige Heimwehler gewesen. Nach dem Abschluß der Friedensverträge kehrte der Bürger zu seinem Geschäft, der Bauer zu seinem Pflug, der Arbeiter in seine Werkstatt zurück. Offiziere, Studenten, Ehrgeizige und Kriegslustige aller Art, vor allem aber die Abenteurer von Naturanlage blieben beisammen und pflegten eine eigene "Heimatideologie". Zunächst immer noch in der Erwartung, daß gegen einen auswärtigen Feind noch einmal etwas auszurichten sein würde; vor allem in Tirol gegen Italien. Allmählich bemächtigte sich jede Spielart der Reaktion dieser Bewegung. Da waren die habsburgischen Monarchisten, wie Graf Czernin, die sich Truppen richteten für den Fall, daß nach einem General Bedarf sein sollte. Sie konspirierten mit Horthy, und als dieser sein Reichsverwesertum der Restauration der Habsburger voranstellte, mit den ungarischen Legitimisten (der in letzter Zeit vielgenannte Fürst Starhemberg). Da waren Abenteurer, die mit den Italienern zusammen gegen Jugoslawien, andere, die mit den Jugoslawen im Bund gegen Italien losgehen wollten und Außenpolitik auf eigene Faust machten. Da waren auch Anschlußfreunde, zumeist Hitlerscher Gedankenrichtung, die sich zum Einmarsch ins Dritte Reich bereithielten. Die tollste Konfusion verschmolz allmählich in die eine Front des Heimatschutzes. Das Ganze aber hatte wenig Bedeutung, bis die große Industrie, in dem Bestreben eine gelbe Gewerkschaftsbewegung aufzurichten und die geschlossene Werkstatt zu durchbrechen, auf die Idee kam der Bewegung einen antisozialistischen Inhalt und ein besonderes Ziel zu geben: den Sturm auf die roten Bastionen in den Betrieben. Nun gab es auch einiges Geld, nun richtete man auch Arbeitsnachweise für die heimattreue Bevölkerung ein, nun empfand man das Bedürfnis einen neuartigen an Stelle des Sozialismus unserer Partei zu setzen, und der Hitlersche Gallimathias klang immer deutlicher aus den Reden der Heimwehrführer. Dennoch blieb die Bewegung bedeutungslos bis zu dem Augenblick, da Seipel es angezeigt fand sich zum Gedanken des Heimatschutzes zu bekennen, ihn als unwiderstehliche Volksbewegung auszurufen, von Regierung wegen für ihn Geld bei Banken und Industriellen einzutreiben und durch die Kooperation mit dem Heeresminister Vaugoin ihm einen vermehrten Waffenbesitz zuzuwenden. So ausgerüstet, sollte die Heimwehr eine doppelte Aufgabe erfüllen: 1. eine feste Klammer der antimarxistischen Bürgerblockfront herzustellen (wehe dem Bürgerlichen, der es nun wagte an eine Kooperation mit den Sozialdemokraten auch nur zu denken!) und 2. ein gewaltiges Mittel zur Vernichtung der Sozialdemokratie zu gewinnen; in den Betrieben getroffen, dort aus ihrer Stellung vertrieben, sollte sie Macht und Anhänger verlieren. Der Arbeiterkamerad war nun das bevorzugte Heimwehrmitglied, und auf den Bällen der Heimwehr tanzte der schlichte Werkmann mit der Kameradin Dame, die sich ihre Aufopferung durch eine verstärkte Ladung Parfum einigermaßen erträglich zu machen suchte. Allen Unternehmungen voran ging hierbei die Alpine Montangesellschaft, deren Aktienmehrheit bekanntlich in den Besitz reichsdeutscher Scharfmacher gelangt war.

Seipel glaubte seinen Trumpf in der Hand zu haben. Die Christlichsoziale Partei brauchte nur das Parlament auseinanderzusprengen, sich mit der

Heimwehr zu verbünden, ihr den Innen- und Justizminister zu überlassen, den Republikanischen Schutzbund zu entwaffnen und mußte so 2 Fliegen mit einem Schlag treffen: 1. der Sozialdemokratie eine vernichtende Niederlage beibringen, 2. sich der lästig werdenden kleinen Bundesgenossen, der Großdeutschen und der Landbändler, entledigen. Hat der Mohr der Heimatwehren seine Schuldigkeit getan, so kann er nach den Wahlen wieder gehen. Die Bedrohung der Demokratie war zweiseitig: Im Fall des siegreichen Erfolgs dieses Plans wäre Österreich auf Jahre hinaus einem klerikalischen Diktaturregime verfallen; im Fall des Mißlingens waren die Heimwehrführer bereit mit Gewalt zur Aufrichtung ihrer Diktatur zu schreiten. Was sollte sie hindern, nachdem sie als Innen- und Heeresminister über die bewaffnete Macht und nach der (in der Vorstellung) gelungenen Entwaffnung des Schutzbunds über die Heimwehren verfügten, denen kein organisierter Widerstand mehr entgegenstand? Und dennoch erwies sich dieser Plan in allen seinen Einzelheiten als verfehlt. Selten hat ein Parteiführer so falsch gerechnet wie der Prälat Seipel. Die allgemeine Volkswahl hat wie ein reinigendes Gewitter dreingeschlagen und alle Voraussetzungen des Gelingens zerstört.

Zunächst die inneren Widerstände in der Bourgeoisie selbst. Der gute Bürger und der verständige Bauer lehnen sich auf, das heißt, sie waren, wie gezeigt wurde, schon längst unzufrieden mit dem unfruchtbaren System dieser Politik wie mit dem höchst zweifelhaften Gebaren vieler christlichsozialer Führer. Sie lehnten sich gegen den Versuch auf alle Staatsämter und vor allem die Bundesbahnen einem so zweifelhaften Parteiregime, wie es der Kandidat Strafella verhieß, rettungslos auszuliefern; sie begriffen, daß eine solche Alleinherrschaft der zur Diktatur tendierenden Christlichsozialen alle bürgerlichen wie alle bäuerlichen Wirtschaftsinteressen dauernd mißachten müsse. Die guten Bürger und verständigen Bauern scharten sich um die Person des Polizeipräsidenten Schober, eines korrekten, reinlichen Beamten, der nach dem 15. Juli 1927 bewiesen hatte, daß er gewiß kein Marxist sei. Die bürgerliche Einheitsfront zerfiel. Der Schoberblock erzielte 19 Mandate, genug, um jede christliche Alleinherrschaft zu verhindern. Die bürgerliche Mittelpartei, die zwischen den Heerlagern der Klassen beinahe zerrieben war, erstand wieder, nicht in feiger Gefolgschaft oder Nachbeterei irgendeines Nationalsozialismus sondern im Kampf gegen Reaktion und Diktatur, im Namen der Demokratie und der Politik der Verständigung mit der Arbeiterklasse. Ein Vorbild, aus dem andere lernen können: Nur das klare Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat und zur sozialen Verständigung macht eine Mittelpartei stark, nicht aber ein schwächliches Schwanken und ängstliches Haschen nach dem Wind einer scheinbaren, bloß momentanen Popularität. Genug, der Bürgerblock zerfiel in dem Augenblick, da er sich nach Seipels Vorstellungen hätte bewähren sollen. Ein sehr wesentlicher Teil der Bürger- und Bauernschaft, ihr aufgewecktester und verlässlichster Teil, hat eine Verständigung mit der Sozialdemokratie auf dem Weg sozialer Evolution einer abenteuerlichen Katastrophenpolitik vorgezogen.

Der andere Rechenfehler aber war die Hoffnung auf eine Niederlage der Sozialdemokratie. Es haben sich dem Bürgertum Erkenntnisse erschlossen, die es verblüfften. Die ganze Heimwehrhetze gegen die Sozialdemokratie hat ihr keinen Abbruch getan, sie hat sie vielmehr innerlich gefestigt und schlagkräftiger gemacht. Selbst in dem äußersten Druckgebiet der Alpinen, wo die

Heimwehr mit brutalster Rücksichtslosigkeit Hunderte von Existenzen vernichtet hat, haben von 6000 stramm organisierten, militärisch ausgerüsteten Heimwehrmännern nur rund 2000 für die Heimwehren gestimmt. Von den Soldaten des Bundesheers, die Vaugoin als getreue Garde seiner Partei organisiert zu haben glaubte (der einzige Grund seines Ansehens innerhalb seiner Partei), hat die Mehrzahl sozialdemokratisch gestimmt. Die laut in die Welt hinausgeschrienen Triumphe der Heimwehr unter den Arbeitern offenbarten sich als lauter Potemkinsche Dörfer. Ihre Eroberungen in der Arbeiterklasse erwiesen sich gleich Null. Welch ein fürchterliches Erwachen für den Bourgeois, den Fabrikanten, den Bankmann, der auf die Karte der Scharfmacherei wenigstens 100 Millionen Schilling verschwendet hatte, und nun war sie nicht Trumpf sondern Niete. Mit der offenen Hand der Geldgeber für die Heimwehler ist es von nun ab vorbei.

Wenn es nur das wäre. Seipel hat diese Gesellschaftsretter schlecht gekannt. In allen großen geschichtlichen Krisen, in denen die Alleinherrschaft von einer Klasse auf die andere übergeht, oder eine Klasse nunmehr ihre Macht mit einer andern redlich teilen soll, erbieten sich Scharlatane, zauberkräftige Persönlichkeiten, soziale Wundertäter die Gesellschaft zu retten, das heißt den Herrschenden ihre Macht zu erhalten und dennoch den Beherrschten alle ihre Hoffnungen zu erfüllen. Da dies sachlich nicht möglich ist, verheißen sie es durch das Wunder der Persönlichkeit zu vollbringen: Ihr wollt soziale Befreiung; den wahren Sozialismus bringe ich. Ihr wollt die Nation in der Welt geachtet und berücksichtigt sehen; zur wahren Größe kann nur ich sie führen. Wie? Da fragt ihr noch? Seht, hier steht ein Mann, hier ist mein gutes Schwert. Der Mann freilich ist nur ein Maul, und das Schwert ist aus Pappe. Aber ist der gute Bürger nur verschüchtert, der gute Arbeiter nur unklar genug, so sitzen beide dem Gesellschaftsretter auf.

Die Heimwehrführer waren von Anbeginn gar nicht gewillt Seipels getreue Fridoline zu sein und zu bleiben, sie haben sich gefallen lassen, daß er ihnen Geld bringt und ihr Tun legalisiert. Als nun Seipel mit Vaugoin den großen Coup unternahm, ließen sie sich's gern gefallen, daß er ihnen die Ministerien des Innern und der Justiz auslieferte, aber als sie ihre Stimmen liefern sollten, sagten sie ihm: Wir nehmen, aber wir geben nicht, in der Politik wird nicht Wort gehalten; du willst Österreich retten, dazu sind wir da, nicht du. Sie haben die Gewalt genommen und am Tag darauf für sich selbst allein eingesetzt, haben eigene Kandidaten aufgestellt. Und siehe da: Ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie, zu dem sie Seipel gerufen hat, endigt damit, daß sie ihm und seiner Partei die Mandate wegnehmen. Der Sozialdemokratie taten sie nichts an. Dafür haben sie die Christlichsoziale Partei von innen heraus so zersetzt, daß sie sich davon kaum mehr ganz erholen kann. Wie war es doch in Deutschland? Alfred Hugenberg zieht Adolf Hitler als Helfer groß, und am Tag darauf sagt Hitler: Ich kenne dich nicht, du bist reaktionär, und ich bin eine sozialrevolutionäre Bewegung. Und in Österreich sind heute die Heimwehrführer daran sich als Nationalsozialisten, als Hitlerleute mit den übrigen Hitlerianern zu verschmelzen. Seipel hat nun Gelegenheit über die tiefe Wahrheit von Lessings »betrogenen Betrügnern« nachzusinnen. Liebe Bürger, da habt ihr Gelegenheit gehabt eure Gesellschaftsretter kennenzulernen. Sie sind bei euch nicht anders als bei uns und nicht anders als sie in allen Krisenzeiten der Geschichte waren: ein treuloses

Abenteurervolk, das aus dem ganzen Land alle Deklassierten, alle Konfusen, alle Gewalttätigen, alle Naturen, die in der Entfaltung steckenblieben, an sich zieht und seine geschichtliche Mission in die Welt schreit: Wir retten die Nation, wir retten das Bürgertum, wir retten auch die Arbeiterklasse. Gebt uns nur die Gewalt in die Hand, die Gewalt ist alles.

Es ist ein wahrer Glücksfall für Österreich, daß der Versuch Seipels und Vaugoins diese Wahlen von ungemein aufklärender Wirkung herbeigeführt hat. Es scheint, daß die Christlichsoziale Partei geheilt ist; ihr rechter Flügel hat eine schwere Niederlage erlitten, und die demokratische Mehrheit ist daran das Tischtuch zu zerschneiden. Ein beträchtlicher Teil der Bürger und Bauern hat das so kunstreich gefaltete Fangnetz des Antimarxismus zerrissen und sieht die Sozialdemokratie richtiger und gerechter an, die Arbeiterklasse hat ihre Stärke vollständig behauptet, und die Waffensuche hat ihr keinen fühlbaren Eintrag zu tun vermocht. Die Heimwehrebewegung ist selbst durch die Hitlerei zerfressen, ihr monarchistischer, konservativer Teil und die große Zahl der Mitläufer rücken von dem Hitlerschen Zentrum ab. Was übrig bleibt, ist reines Hitlertum. Wir bekommen eine gestärkte Nationalsozialistische Partei, aber schon diese ihre Wurzel zeigt an, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Der Diktaturgedanke hat in Österreich seine Anziehungskraft, seinen Nimbus und seine Zugkraft eingebüßt. Was er, sofern er jetzt losschläge, bewirken könnte, ist nicht ein Staatsstreich zu seinen Gunsten sondern eine Sizilianische Vesper zu seinem Ende.

Mit ihm zugleich hat die Bürgerblockidee einen tödlichen Schlag erhalten. Man wird versuchen sie noch einige Zeit zu galvanisieren, aber auch dieser Versuch wird kurz sein. Österreich geht einer neuen, andern, wenn auch immer noch überaus schwierigen Entwicklung entgegen. Über sie zu sprechen wird Zeit sein, wenn sich ihre Ansätze gestalten. Was immer sie bringen mag, sie wird beweisen, daß ein heutiger Industriestaat auf die Dauer nicht gegen und nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann.

LUDWIG QUESSEL · REPARATIONSKRIEG UND YOUNGREVISION

MIT 3,3 Millionen Arbeitsuchenden hat die Deutsche Republik am 9. November den Tag ihrer Entstehung feiern müssen, und deren Zahl dürfte im Winter auf 4,2 Millionen steigen. In den 12 Jahren, die seit dem Novemberumsturz vergangen sind, hat das deutsche Volk nur eine Revolutionsfeier zu verzeichnen gehabt, die sich unter noch trübereu und sorgenvolleren Anzeichen vollzog als die diesjährige. Das war die Revolutionsfeier von 1923, die im Zeichen des abgebrochenen Ruhrkampfes und furchtbarer Inflation stattfand.

Trübe und hoffnungslos schien damals der ganzen Welt die Zukunft der Deutschen Republik. Von den 12 Millionen Einwohnern des alt- und neubesetzten Gebiets lebte der weitaus größte Teil direkt oder indirekt aus Staatsmitteln, die ausschließlich durch die Notenpresse aufgebracht wurden. In den nicht-besetzten Gebieten des Reichs brachte die Inflation zahlreiche Unternehmungen, die für den innern Markt arbeiteten, zum Erliegen. So unheilvoll griffen Vollerwerbslosigkeit und Kurzarbeit auch im nichtbesetzten Gebiet um sich,

daß die Arbeiterklasse und der enteignete Mittelstand unruhig wurden, und es in einer Reihe von Städten zu Marktkrawallen und zum Sturm auf die Bäckerläden kam. Man drückt nur den nüchternen Sachverhalt aus, wenn man sagt, daß es schon im September 1923 fast überall in Deutschland gährte wie am Vorabend einer sozialen Revolution. 2 Tage nach der vom Reichskanzler Gustav Stresemann angeordneten Einstellung des Ruhrkampfes ging dann im Westen und im Osten der Tanz gleichzeitig los. Am 1. Oktober 1923 brach im Rheinland der sogenannte Separatistenaufruch aus, der in Düsseldorf zu einer blutigen Straßenschlacht führte. Und am selben Tag sammelte im Zeughof Küstrins der ehemalige Major Ernst Buchrucker bewaffnete junge Leute und versuchte durch Überrumpfung der Festung die Gleichgesinnten im ganzen Land zum Losschlagen zu veranlassen. Unter dem Eindruck des Küstriner Putsches forderte am 2. Oktober 1923 die Deutsche Volkspartei in einem Ultimatum an die Reichsregierung die Einsetzung eines Direktoriums mit diktatorischer Gewalt sowie die Aufhebung des Achtstundentags, was 2 Tage später zum Rücktritt des Reichskabinetts Stresemann führte, das jedoch, von der Sozialdemokratie tatkräftig unterstützt, schon am 6. Oktober in anderer Zusammensetzung neu erstand. Unterdessen schritt die Inflation (6. Oktober : 1 Dollar = 1 Milliarde Mark) stürmisch fort, so daß Beruhigung nirgends aufkommen konnte. Und als am 9. November 1923 die Republikaner zur Revolutionsfeier zusammentraten, fand in München der Straßenkampf zwischen Nationalsozialisten und Landespolizei statt, bei dem Adolf Hitler und Erich Ludendorff gefangen genommen wurden. Dem tiefen Sturz Deutschlands in den Abgrund der Inflation (23. November : 1 Dollar = 4,2 Billionen Mark) folgte dann am 15. Dezember zum Erstaunen der Welt durch rigorose Sparpolitik, Stilllegung der Notenpresse (Hans Luther) und Rückkehr zur Erfüllungspolitik die überraschende Erhebung Deutschlands aus Not und Pein, die die Welt alsbald mit der Überschrift Das Wunder der Rentenmark in die Bücher der Geschichte eintrug.



LEHRREICHER und bedeutungsvoller als die Rückkehr zur Erfüllungspolitik Ende 1923 ist für die Gegenwart vielleicht die Abkehr von ihr, die sich im Jahr 1922 vollzog. Die Deutschnationale Volkspartei, die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei standen wie heute in der gegen Frankreich gerichteten Propaganda der Nichterfüllung zusammen. Einen Revisionsplan hatte keine der 3 Parteien, aber man war wohl überzeugt bei reiner und einfacher Nichterfüllung eines Plans auch nicht zu bedürfen. Zunächst freilich lief beim Nichterfüllen alles ganz gut ab. In 2 jähren Abstürzen setzte auf deutsche Gesuche um Moratorien die Gegenseite die Summe der Barleistungen von 2000 Millionen Goldmark auf 720 und von 720 Millionen Goldmark auf 0 Goldmark herab. Bei den Sachleistungen zeigte Frankreich noch ein besonderes, ganz unerwartetes Entgegenkommen, indem es von 950 Millionen Goldmark Sachleistungen nur solche im Wert von 250 Millionen Goldmark anforderte. Trotzdem wurde die 0 bei den Barleistungen im Jahr 1922 Deutschlands Verhängnis. Sie weckte die Begierde nach weiteren Reparationsnullen, und zwar auch bei den Sachleistungen, wenigstens Frankreich gegenüber. Am 14. November 1922 begann die abenteuerliche Jagd des Reichskabinetts Cuno nach der Null. In dem Moratoriumsgesuch, das dieses Datum trägt, erbot sich Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 0 Goldmark in

bar und in Sachen so viel zu leisten, wie sich aus den Überschüssen des Reichshaushalts bestreiten lassen würde. Da die Summe der Besitzsteuern, die Deutschland neben der nicht erhobenen und doch gezahlten Inflationssteuer vereinnahmte, ganze 250 Millionen Goldmark betrug, so ergab sich auch bei den Sachleistungen, zu denen sich Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 erbot, bei näherer Prüfung gleichfalls 0.

So komisch die Jagd nach der Reparationsnull sich anbahnte, so tragisch endete sie. Das deutsche Angebot vom 14. November 1922 (Moratoriumsgesuch) in den Jahren 1922 und 1923 in bar überhaupt nichts zu zahlen und Sachen nur so weit zu liefern als sich hierfür Überschüsse des Reichshaushalts ergäben, brachte Italien schnell an die Seite Frankreichs und Belgiens. Englands Isolierung in der Reparationskommission offenbarte sich, als Deutschlands Verfehlungen gegenüber Frankreich bei den Sachleistungen festgestellt wurden. Sachlieferungen im Wert von 950 Millionen Goldmark standen Frankreich zu, auf 700 Millionen Goldmark hatte es verzichtet, von den verbleibenden 250 Millionen Goldmark hatte Deutschland aber nur 150 Millionen durch Lieferungen abgegolten. Mit 100 Millionen Goldmark war Deutschland im Verzug geblieben, ohne auch nur die Geste zu machen Ersatz in Devisen dafür anzubieten. Bei Stimmenthaltung Englands, das sich von der Ruhrbesetzung große Gewinne für seine Industrie versprach, konstatierte die Reparationskommission die Böswilligkeit Deutschlands. Nur ein schnelles Abrücken von dem Nullangebot vom 14. November konnte die Ruhrbesetzung nunmehr noch verhindern. Dazu entschloß man sich jedoch nicht. Im Gegenteil. Eine Lawine entrüsteter Leitartikel wälzte sich gegen Frankreich, weil es seinen Anspruch auf Sachlieferungen nur um 700 Millionen Goldmark und nicht gleich wie bei den Barleistungen auf 0 Goldmark herabgesetzt hatte. Mochte ein Verzicht Frankreichs auch noch so gewaltig sein: wenn er nicht bis zur Null kam, fand er keine Gnade vor dem deutschen Bürger.

Verhängnisvoll wirkte sich Deutschlands phantastische Jagd nach der Reparationsnull in Wirtschaft und Finanzen aus. Als das Halali zur Jagd auf die Null von Reichstag und Presse geblasen wurde, war die deutsche Industrie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, obwohl sie längst gelernt hatte Weltmarktpreise zu nehmen und in Gold zu fakturieren. Demgemäß belief sich die Zahl der Vollerwerbslosen auf 42 000. Als die Jäger von der Pirsch zurückkehrten, fanden sie 3 450 000 Vollerwerbslose vor. Gigantisch war auch der finanzielle Aderlaß, den unterdessen das deutsche Volk erleiden mußte. Minimal 13, maximal 20 Milliarden Goldmark wurden während der Ruhrkriegsmonate dem deutschen Volk durch die Inflation weggesteuert. Wie die Mordmaschinen der Inflationsbesteuerung arbeiteten, zeigt das Emporschnellen des Dollarkurses von 7200 Mark auf 4,2 Billionen Mark. Wie England über das, was in Deutschland vorging, dachte, hat Lord d'Abernon, damals britischer Botschafter in Berlin, zum Ausdruck gebracht, als er am 20. August 1923 seine Meinung in diesen lapidaren Sätzen zusammenfaßte: »Es ist wohl kaum eine Übertreibung, wenn man sagt, daß die für die Finanzpolitik Verantwortlichen Selbstmord begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken. Es scheint fast unmöglich auf eine Erholung des Landes zu hoffen, in dem solche Dinge vorkommen können. Man hofft sicherlich vergeblich, solange nicht die Macht den Händen der Wahnsinnigen, die heute die Finanzpolitik leiten, entrissen wird und entweder in die Hände von ausländischen Sachverständigen oder einer internationalen Kommission mit nüchternen und vernünftigen Ideen gelegt werden kann.«

MIT dem Jahr 1922, das uns die Abkehr von der Erfüllungspolitik brachte, hat die gegenwärtige Lage insoweit eine gewisse Übereinstimmung, als die Stimmung »Selbstmord zu begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken,« wieder weite Kreise gezogen hat. Adolf Hitler, Ernst Thälmann, Alfred Hugenberg sind für Einstellung der Reparationen pur et simple. Der Reichskanzler spricht in einem Interview im Petit Parisien so, als kenne er im Grunde nur *einen* Reparationsgläubiger Deutschlands: Frankreich. Daß Heinrich Brüning Frankreich als den »Hauptgläubiger« bezeichnet, ist gewiß rein formal richtig. Die Dinge liegen aber doch so, daß der größere Teil der Reparationszahlungen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zwar a conto Frankreichs verbucht wird, nichtsdestoweniger aber $\frac{2}{3}$ davon nach Amerika gehen. Daraus folgt, daß wir unsere Front gegen Amerika, nicht gegen Frankreich zu richten haben. Hjalmar Schachts Propaganda für eine Revision des Youngplans in Amerika ist, so gesehen, an der richtigen Stelle entfaltet worden (wenn sie von ihm auch ganz anders gemeint ist). Auch die Besprechungen in Washington, auf die Léon Blum im Populaire vom 23. Oktober 1930 in den nachstehenden, vom Rheinischen Beobachter wiedergegebenen Äußerungen Bezug nimmt, sind dort erfolgt, wo die Entscheidung fallen muß:

»Die Besprechungen von Washington erinnern uns zur rechten Zeit daran, daß keine Mark von der bedingten Jahresrate in die französische Kasse geht. Die Summe wird voll und ganz eingestrichen durch die Internationale Bank, die sie zur Tilgung der englisch-französischen Kriegsschuld an Amerika bucht. Nehmen wir an, daß Deutschland aus irgendeinem Grund auf irgendeine Weise die Zahlungen an die Bank einstellt; die Bank wird dann mit den Anweisungen nach Amerika aufhören, weiter nichts. Unsere eigene Lage würde keine Änderung erleiden; unsere Interessen würden in keiner Weise verletzt. Nach der offenkundigen Absicht der Väter des Youngplans und auch des französischen Parlaments bei der Ratifizierung des Mellon-Béranger-Pakts könnte es keinem Menschen einfallen Amerika weiter zu bezahlen an Stelle eines versagenden oder zahlungsunwilligen Deutschlands. So haben in der Tat die Vereinigten Staaten allein ein Interesse an der Frage; deshalb werden die Besprechungen über ein Moratorium nicht in London oder in Paris sondern in Washington eingeleitet.«

Wie Léon Blum sagt auch Jules Sauerwein, daß die Meinung, Deutschland besitze wie 1922 noch die Macht einseitig gegen Frankreich Nichterfüllungspolitik zu treiben, falsch sei. Ein Bericht des Europäischen Pressebureaus, der am 11. November aus Paris kam, faßt dessen Ansichten zusammen:

»Unter dem Titel Deutschland und die Reparationen bringt Jules Sauerwein heute im *Matin* einen Artikel, in dem er vor allem die französische Öffentlichkeit zu beruhigen sucht und schreibt, da die Möglichkeiten einer Revision bei dem gegenwärtigen Zustand der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten noch nicht bestünden, so seien die Nachteile bei Errichtung eines Moratoriums auf seiten Deutschlands. Frankreich treffe kein Verlust, denn das Konsultativkomitee des Youngplans, das die Gewährung eines Moratoriums zu prüfen habe, könnte heute nur die Anarchie der deutschen Finanzen feststellen. Wie wolle die deutsche Regierung beweisen, daß die Goldmark und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den Transfer der Reparationszahlungen bedroht seien? Die 3 äußeren Anleihen, die Deutschland seit Beginn des Jahres erhalten habe, stellten mehr internationale Zahlungsmittel dar als Deutschland für mehrere Annuitäten an Reparationen zu bezahlen habe. Deutschland könne auch nicht die Steuerlasten, die auf seinen Bürgern ruhten, als Grund für die Gewährung eines Moratoriums angeben, denn die Tilgung der innern und äußern Schuld würde im deutschen Budget 20 bis 25%, im französischen aber 45 bis 50% und im englischen gar 55 bis 60% ausmachen. Das Konsultativkomitee werde also die Gründe Deutschlands sehr schlecht beurteilen und eine Wiederaufrichtung der Finanzkontrolle beantragen. Diese sei aber eine Gefahr, die in Verbindung mit der Kapitalflucht die deutsche Regierung nachdenklich stimmen müßte.«

Kein Zweifel, diejenigen Parteien in Deutschland, die glauben über die Institutionen des durch die Haager Abkommen 1930 geschaffenen neuen Reparationsrechts nach der Manier von 1922 zur Tagesordnung übergehen und damit den Beifall der angelsächsischen Regierungen finden zu können, geben sich Wahnideen hin. Wie man die Dinge in Washington sieht, zeigt ein Telegramm der Frankfurter Zeitung vom 7. November 1930, aus dem hervorgeht, daß von Amerika, wenn nicht ein gesamteuropäischer Vorstoß erfolgt, für eine Erleichterung der deutschen Reparationslasten wenig zu erwarten ist:

»Hinsichtlich der Reparations- und Schuldenpolitik der Vereinigten Staaten ist anzunehmen, daß auch hierin in der nächsten Zeit kaum ein Wandel eintreten wird. Solange die Wirtschaftskrise andauert, werden sich auch die Demokraten schon mit Rücksicht auf ihre Wähler wohl davor hüten einer Revision das Wort zu reden, die der amerikanische Steuerzahler am eigenen Beutel fühlen müßte.«

Wie bei den Staatsmännern und Parlamentariern so ist auch bei den Finanzsachverständigen Amerikas allgemein tiefgehende Abneigung vorhanden die Berechtigung eines deutschen Zahlungsaufschubs anzuerkennen, dessen Kosten ja Washington tragen müßte. Lehrreich ist in dieser Beziehung der nachstehende telegraphische Bericht, den die Kölnische Zeitung aus New York erhielt, und den sie am 16. November abdruckte:

»Die Verhandlungen über den Neuen Plan in der Akademie für Politische Wissenschaften förderten wenig zutage, was Hoffnung auf ein besseres Verständnis und ein entsprechendes Handeln wecken könnte. Man hatte den Eindruck eines Kollegiums von Leichenbeschauern, die ein post mortem berieten und als Ursache ein *Selbstverschulden* feststellten, das durch überreichliche Ausgaben und sorgloses Borgen hervorgerufen sei. Ein Antrag Deutschlands auf einen Zahlungsaufschub wurde ziemlich allgemein für ausgeschlossen gehalten, wegen der Kreditfolgen, die er für die deutsche Wirtschaft haben müsse. Ein Redner meinte sogar, Reparationszahlungen könnten durch *Gewaltanwendung* erzwungen werden.«

Was die hier angeführte »Gewaltanwendung« betrifft, so sei bemerkt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stets und mit Selbstverständlichkeit an der völkerrechtlichen Lehre festgehalten hat, daß böswillige Zahlungseinstellungen eines Schuldnerstaates dem Gläubigerstaat das Recht zu Sanktionen geben. Washington erkennt ein Sanktionsrecht Englands, Frankreichs und Italiens gegenüber Deutschland durchaus an, wenn dieses mit seinen Zahlungen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich böswillig in Verzug geraten sollte. Mit einem Verzicht auf Sanktionen gegen Deutschland zum Schaden Amerikas von seiten seiner europäischen Schuldnerstaaten würde sich Washington keineswegs abfinden.

Erwähnung und starke Beachtung verdient auch, was Peter Reinhold über die Institutionen des neuen Reparationsrechts in der Vossischen Zeitung vom 26. Oktober 1930 ausgeführt hat. Reinhold zeigt uns, daß die Dinge bei einer Revision des Youngplans doch ganz anders laufen würden als die Verhandlungen von 1922 und selbst als die bei der Aufhebung des Dawesplans 1930:

»Er [der Youngplan] setzt bekanntlich in erster Linie ungeschützte Annuitäten fest, zu deren Zahlung sich Deutschland vorbehaltlos und endgültig verpflichtet hat. Dieser unantastbare Teil unserer Reparationsverpflichtungen beträgt zunächst, außer gewissen Nebenleistungen, 660 Millionen jährlich. Außer diesen ungeschützten Annuitäten aber sind weitere Zahlungen zu leisten, die im Durchschnitt der Jahre 1930 bis 1966 etwa 1½ Milliarden betragen. Für diese Zahlungen steht Deutschland das Recht zu auf Grund einer 90tägigen Voranzeige ihre Übertragung in ausländische Währung um höchstens 2 Jahre aufzuschieben und unter Umständen auch für 1 Jahr die Abführung der Beträge in Reichsmark zur Hälfte einzustellen. Bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist ein beratender Sonderausschuß vorgesehen, der im Falle eines solchen Zahlungsaufschubs durch

Deutschland sofort einzuberufen ist, der aber auch dann zusammenzutreten hat, wenn, wie es im Pariser Sachverständigengutachten heißt, »zu irgendwelcher Zeit die deutsche Regierung den Regierungen der Gläubigerländer und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erklärt, sie sei in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufschiebbaren Teils der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnte«. Dieser Sonderausschuß soll »in eine gründliche Prüfung der Lage Deutschlands hinsichtlich der in diesem Plan ihm obliegenden Verpflichtungen eintreten«, er kann Beschlüsse fassen, von denen lediglich die von Deutschland angenommenen ungeschützten Annuitäten nicht betroffen werden dürfen: Im übrigen ist er in seinen Entscheidungen völlig frei, doch sollen seine Beschlüsse »erst dann bindende Kraft erlangen, wenn sie von der Bank als Treuhänderin der Gläubiger und nötigenfalls von den beteiligten Regierungen bestätigt und angenommen sind.«

Man bringe mit den Ausführungen Peter Reinholds in Verbindung, was Jules Sauerwein über die voraussichtliche Entscheidung des Konsultativkomitees (das Reinhold als den »beratenden Sonderausschuß« der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bezeichnet) anführt, und man wird erkennen, daß die Abkommen Amerikas mit seinen europäischen Schuldnerstaaten de facto das ganze Reparationsproblem seit dem Ruhrkrieg auf eine neue Basis gestellt haben. Deutschland kann heute nicht mehr einseitig Nichterfüllungspolitik gegenüber Frankreich treiben, wenn manche dies auch noch so gern möchten. Jeder Schlag, den es gegen Frankreich führt, trifft Amerika.



ERLEICHTERUNG seiner Zahlungsverpflichtungen kann Deutschland daher auch nur von den Vereinigten Staaten von Amerika erwarten. Wer von der Notwendigkeit der Youngrevision oder gar der Aufhebung des Youngplans deklamiert, ohne Amerika zu erwähnen, verdunkelt, bewußt oder unbewußt, den Tatbestand, treibt das deutsche Volk in die Sackgasse einer neuen, katastrophalen Enttäuschung. Im übrigen bleibt, vom moralischen Standpunkt aus gesehen, wahr, was Felix Stössinger in der Weltbühne vom 11. November 1930 schreibt: »Wie stets seit 1918 kennt das politische Wollen Deutschlands nur eine entschiedene Orientierung, die gegen Frankreich. Für alle Gruppen, die in Deutschland politisch denken, von Hitler über Thomas Mann bis Torgler, ist Frankreich der Duellgegner schlechthin. Diese Tatsache ist erschütternd. Solange sie besteht, hat Deutschland keine Aussicht sein Recht auf Leben und Freiheit zu erwerben. Denn darüber können auch wir keinen Zweifel offen lassen: Nicht 17, sondern 35 Millionen Deutsche und alle Stimmberechtigten Europas sollen gegen den Youngplan stimmen. Sie alle sollen jene Youngrevision fordern, die allerdings gerade der Youngplan zum erstenmal offiziell fixiert hat: die Streichung der Kriegsschulden Europas an Amerika. Daß 3 europäische Generationen bis zum 31. März 1988 schufteten sollen, um die Rechnungen der amerikanischen Kriegsgewinnler zu bezahlen, um die Rechnungen zu begleichen für die Uniformen, in denen Amerikas Verbündete für die gemeinsame Sache verblutet sind, diese Forderung allein ist eine welthistorische Schamlosigkeit. Die Aufgabe der Youngrevision ist es gegen diesen Teil des Neuen Plans, der mehr als 70% aller Zahlungen umfaßt, die Parteien aller europäischen Parlamente zu einigen. Wer diese Youngrevision verhindert, macht sich der Versklavung Deutschlands und Europas an amerikanische "Börsenfürsten" schuldig.«

Die hier von Stössinger geforderte Youngrevision kann aber nach dem neuen Reparationsrecht, das Deutschland vor 9 Monaten den 17 stärksten Mächten der Welt gegenüber feierlich anerkannt hat, nicht mehr einseitig eine deutsche, sondern sie muß eine europäische sein. Insoweit hat der Youngplan, völkerrechtlich und historisch, allerdings eine Grenzscheide gezogen, die sich durch Agitationsparolen nicht mehr verwischen läßt.

HERMAN KRANOLD · DIE BRITISCHE POLITIK DER BRITISCHEN ARBEITERREGIERUNG



UROPA ist klein, und das Britische Weltreich ist groß. Ein Reich, dessen Teile über den ganzen Erdball verstreut sind, von dessen Ländern viele schon nahezu selbständig ihr politisches Geschick bestimmen, ein solches Reich mag konstituiert sein wie es will: soll es von *einer* Zentrale aus gelenkt werden, so müssen die führenden Kräfte dieser Zentrale in der Linie der Politik des Gesamtverbands bleiben, wenn sie nicht unversehens vor der Gefahr stehen wollen, daß das Reich zerreißt, oder daß die Außenteile einen Wechsel der Regierungsgewalt und des Regierungskurses in der Zentrale erzwingen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die steigende Verselbständigung der überseeischen Besitzungen Englands nicht (wie manche geglaubt haben, daß es kommen würde) zur Folge gehabt hat, daß die Politik des Britischen Reichs weniger einheitlich, schwankender geworden ist, häufiger den Kurs wechselt. Sie geht vielmehr in neuerer Zeit erst recht die selbe Linie. Obwohl es falsch ist den Engländern oder der englischen Regierung macchiavellistische Überlegungen zuzuschreiben, wonach diese Staatsmänner ganz besonders planmäßig und nach feinsten Überlegungen beharrlich dem selben Ziel bewußt zusteueren, ist das Ergebnis der Kräfteverteilung und Kräfteentwicklung im Britischen Reich doch, daß sich in seiner Außenpolitik ein außerordentliches Maß von Beharren geltend macht. So bedeutet denn der Wechsel der regierenden politischen Partei im Grunde außerordentlich wenig für die Grundrichtung seiner Außenpolitik. Gladstone, der Wortführer der Kleinengländer, war es humoristischerweise, der durch das Bombardement von Alexandria die gewaltige Expansion des Britentums in Afrika einleiten mußte. Campbell Bannerman, Lloyd George, Asquith, Grey und die übrigen Führer der Liberalen von 1906, die während des Burenkriegs gegen den Imperialismus der Konservativen in Parlament, Presse und Versammlungen getobt hatten, legten vor dem Weltkrieg und in ihm die Schlußsteine zu dem großen Britischen Reich in Afrika, das vom Kap bis nach Kairo reicht und sogar in Westafrika, in Togo und Kamerun auf Kosten Deutschlands abgerundet werden mußte. Zwischen diesen Regierungen lagen und ihnen folgten konservative Regierungen, die bei der deutschen Linken immer als besonders erobersüchtig galten, in Wirklichkeit aber in den meisten Fällen sich von der Außenpolitik der Liberalen Partei nur dadurch unterschieden, daß sie gemäßiger, mit feineren Methoden und deshalb auch mit solideren Erfolgen den selben Zielen nachgingen. Die Liberalen (mit ihrem, in der Reichspolitik der Unzuverlässigkeit verdächtigen, Anhang aus Radikalen, zeitweilig auch Iren und Arbeiterpartei) mußten viel lauter imperialistisch schreien, viel derber imperialistisch auftreten als die Konservativen, weil sie nach all den schönen kleinenglischen Reden in der Oppositionszeit fühlten, daß sie bei den Außenteilen des Reichs (deren Treue zum Mutterland von der Treue des Mutterlands zu ihnen abhängt) im Verdacht mangelhafter Treue stehen könnten, während die Konservativen, die sich in Opposition und Regierung gleichblieben, ihre Reichstreue niemals zu beweisen brauchten. Daher die charakteristische Erscheinung, die in der politischen Geschichte des Britischen Reichs immer wiederkehrt: daß dem oppositionellen Kleinengländertum der Liberalen eine besonders extreme Großenglandpolitik folgte, wenn sie in die Regierung eintraten.

Historisch ist die englische Arbeiterpartei, die sich in Struktur und Zielen sehr stark von den sozialistischen Parteien des europäischen Festlands unterscheidet, als große britische Partei in erheblichem Maß Ersatzkraft für die Liberale Partei. In der Opposition verstand sie es, fern von den Gefilden, in denen man Verantwortung tragen muß, noch besser als jene antiimperialistisch zu deklamieren und dem Ausbau des Reichs mit heftiger Kritik gegenüberzutreten. Die Rolle der führenden Labourleute im Krieg ist noch unvergessen. Jetzt ist die Arbeiterpartei zum zweitenmal Regierungspartei. Schon innenpolitisch ist ihre Regierungsmacht recht schwach aufgebaut, denn sie ist eine ausgesprochene Minderheitsregierung und kann nur von der Duldung des Bürgertums parlamentarisch leben. In Reichsangelegenheiten nun gar kann sie überhaupt keine selbständige Politik treiben, kann sie nicht das Ziel sondern nur den Stil des Vorgehens bestimmen. Wenn deshalb Austen Chamberlain mit sanften, geschliffenen und in wohl abgewogene Formen gekleideten Reden Deutschland vor den britischen Wagen zu spannen suchte, so polterte der Außenminister der Arbeiterregierung, Arthur Henderson, gewaltig los. Wenn der konservative, welterfahrene und abgeklärte Reaktionär Arthur James Lord Balfour durch geschickte Rundschreiben die englisch-amerikanische Teilhaberschaft in Sachen der Reparationsforderungen an Europa mit gelenkigen Fingern knüpfte, so schlug der Schatzkanzler der Arbeiterregierung, Philip Snowden, im Haag ungefähr so auf den Tisch, wie seinerzeit in allerhöchstem Auftrag, gegen die eigene Überzeugung, der deutsche General Max Hoffmann bei den Friedensverhandlungen in Brest Litowsk. Und wo Probleme des Reichs zu lösen sind, bei denen der Verdacht aufkommen könnte, als ließe es die Arbeiterregierung an imperialer Zuverlässigkeit fehlen, da schlägt sie drauf und drein, daß die Funken nur so stieben, und daß die bürgerliche Opposition denn doch schließlich einen schüchternen Protest gegen die Methode anmeldet, mit der hier mit Donner und Blitz in einer Wolke Sidney Webb, Lord Passfield of Passfield Corner, als imperialistischer Jupiter erscheint und die zarte Semele vernichtet.



LM Krieg haben die Engländer aus der Handvoll Trümpfe, die sie gegen die Mittelmächte in der Hand hatten, unter anderm, um Deutschland und seine Bundesgenossen zu schwächen, den Trumpf der Errichtung einer Nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina ausgespielt. In jener herrlichen Art und Weise, die das einzige, aber immer wiederkehrende reale Beispiel einer prästabilierten Harmonie in dieser bösen Welt ist, verstanden sie es in der berühmten Balfourdeklaration ihr inniges Mitgefühl mit den Leiden des jüdischen Volks mit dem weltpolitischen Interesse Großbritanniens aufs innigste zu amalgamieren. England, ein Land, das seine politische Reife unter anderm immer dadurch dokumentiert hat, daß es keinen Antisemitismus bei sich kannte, nahm sich der Sache des jüdischen Volks an, das eine Heimstätte im Land der Väter suchte, um dort eine Regeneration an Haupt und Gliedern, ein Wiedererwachen der im Lauf der Jahrhunderte verstümmelten nationalen Gliedmaßen zu erleben. Nichts ist dem Briten sympathischer als kräftiges Erwachen nationalen Gefühls bei anderen Völkern, wenn dieses nationale Gefühl dazu dienen kann die britischen Machtinteressen zu fördern. Unter Palmerston fanden alle nationalistischen italienischen Revolutionäre in England Schutz und Förderung. Kein deutscher Nationalliberaler in der Mitte des 19. Jahrhunderts, kein deutscher oder polnischer sozialistischer

Nationalist in der selben Zeit, der nicht in England freundlichste Aufnahme und Hilfe gefunden hätte. »Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein«, das Kampflied des erwachenden deutschen Nationalismus gegen Frankreich, und »Noch ist Polen nicht verloren«, das Kampflied des polnischen Nationalismus gegen Rußland, Deutschland und Österreich gehörten damals zum eisernen Bestand musikalischer Tees auf den britischen Inseln. Mazzini und die Seinen wurden in der guten Gesellschaft eines Landes gefeiert, in dem selbst die Radikalsten der Radikalen nicht im Traum daran dachten $\frac{1}{10}$ der mazzinistischen Ideen in England zu verwirklichen. So flammte auch eine schöne Begeisterung in England auf, als Balfour jene Deklaration von 1917 erließ. Eine Jüdische Legion wurde unter den jüdischen Einwanderern in England ausgehoben, und unter Vorantragen einer Flagge mit dem Davidsstern beteiligten sich jüdische Regimenter an der Eroberung Palästinas durch den General Allenby.

Wenn die Balfourdeklaration damals in England einmütigen Beifall fand, so lag das nicht nur daran, daß sie sich im Augenblick so günstig in das System der politischen Kriegführung Britanniens einfügte, und auch nicht bloß daran, daß sie so schön human war, sondern auch daran, daß dem britischen Imperialismus in Vorderasien und Indien selbst nach Überwindung Deutschlands und seiner Bundesgenossen, selbst nach zeitweiliger Mattsetzung Rußlands starke Gegner erstanden waren, die hauptsächlich dem nationalen Erwachen der islamischen und der hinduistischen Bevölkerung dieser Gebiete entsprangen. Nach dem alten Grundsatz "Teile und herrschel" versuchten die Engländer, wie sie es früher schon mit Erfolg versucht hatten, diese in Insubordination größer und größer werdenden Bewegungen gegen einander auszuspielen und so mattzusetzen. Nicht immer gelang das. 1920 bestand in Indien zeitweilig die Gefahr, daß die Mohammedaner mit den Hindus gegen die britischen Eroberer gemeinsame Sache machen würden. Daher war damals den britischen Machthabern die Gelegenheit willkommen durch kräftige Förderung der jüdischen Kolonisation in Palästina das Mohammedanertum Britisch Asiens unter Druck zu setzen und so einzuschüchtern, daß es zur Treue gegen England zurückkehrte. Je mehr aber in einzelnen Teilen des mohammedanischen Komplexes die nationale Selbständigkeitsbewegung fortschritt, je häufiger England Rückschläge in Arabien und Ägypten erlebte, desto vorsichtiger wurde es in der Anwendung von Druckmitteln gegen die Muslims. Es verlor die Sicherheit, und namentlich die Labour Party, des Regierens in komplizierter Weltpolitik ungewohnt, hat sich gegenüber dem Arabertum in eine passive, von Angst diktierte Rolle drängen lassen.

Hatte schon die konservative Regierung Baldwin die englische Herrschermacht gegenüber dem Irak in den äußeren Formen stark eingeschränkt und dem arabischen Nationalismus durch eine gewisse Verselbständigung des ostjordanischen Teils von Palästina Zugeständnisse gemacht, so hat nun die Arbeiterregierung im Kampf gegen den indischen nationalen Aufstand vor der arabischen Bewegung in Palästina ganz und gar kapituliert, das den Juden gegebene Wort in aller Form gebrochen und der jüdischen Bewegung in einem solchen Maß Schwierigkeiten zu machen begonnen, daß vor einer so plump über alle Stränge schlagenden Taktik die konservativen und liberalen Imperialisten in aller Form sich öffentlich bekreuzigen. Das Entsetzen der Baldwin, Lloyd George usw. über die Kapitulation der Arbeiterregierung vor

den Forderungen der mohammedanischen Großgrundbesitzer Palästinas ist durchaus begreiflich; denn in einer für den richtigen Briten unbegreiflichen Weise ist dabei die prästabilisierte Harmonie des dem Reich Nützlichen und gleichzeitig sittlich Schönen geopfert worden. Die Arbeiterregierung begründet ihre Haltung gegen die Juden mit Behauptungen über die Beeinträchtigung des Wohls der Mohammedaner in Palästina, die in den Gutachten, die sie bestellt hat und veröffentlicht, nicht die geringste Stütze finden und noch weniger in den Tatsachen. Sie hält nicht einmal mehr die Fiktion aufrecht, daß sie nur um des Gedeihens der jüdischen Heimstättenbewegung willen die jüdische Einwanderung nach Palästina auf absehbare Zeit verschließt. Sie glaubt Rücksichten auf die Mohammedaner um Indiens willen nehmen zu müssen, und so knickt sie in der schönsten Entfaltung brutal ein Werk ab, das ihr offenbar ganz gleichgültig ist, obwohl ihr Ministerpräsident selbst diesem jüdischen Werk ein ganzes begeistertes Buch gewidmet hat, in dem er den jüdischen Aufbau in Palästina als eine direkte Forderung des internationalen Sozialismus hinstellt: was sich in der Tat für jeden wirklichen Sozialisten, der dem Schaffenspostulat folgt, von selbst verstehen sollte, und was hier stets betont und dargelegt wurde¹. Nicht lange ist es her, daß der aus einer berühmten Quäkerfamilie stammende Arbeiterabgeordnete Josiah Wedgwood durch Deutschland zog und für die jüdische Palästinaarbeit unter der Zustimmung seiner britischen Parteigenossen Propaganda machte. Heute ist er schon für die Regierung MacDonal ein überaus unbequemer Frager im Parlament, und nicht lange wird es dauern, dann wird man ihn vor die Wahl stellen entweder die Propaganda für die jüdische Palästinaarbeit einzustellen oder sich seine politische Heimat anderswo als in der Arbeiterpartei zu suchen.

WENN Sozialisten positiv zu den Problemen der Kolonisation Stellung nehmen, so ist der Grundgedanke, dem sie dabei folgen, der, daß die kolonisatorische Durchmischung der Menschen, die kolonisatorische Verbreitung von Ideen, technischen Fähigkeiten und wirtschaftlichen Verbindungen Kräfte der Aufwärtsentwicklung darstellen, daß die europäischen kolonisierenden Völker die in der materiellen Produktion rückständigen Völkerschaften aus unsagbarem Elend erlöst hätten und allmählich der Selbständigkeit entgegenführten. Der kritische Punkt für diese Überlegungen kommt immer dann, wenn es gilt festzustellen, ob nun etwa der Zeitpunkt gekommen sei, wo ein bestimmtes Kolonialvolk durch diese Kolonisationsarbeit reif gemacht ist sich selbst zu regieren, seine Geschicke selbst zu bestimmen. Bisher lehrt die Erfahrung, daß ein Kolonialvolk von anderer als europäischer Abstammung von der europäischen Herrschermacht noch niemals freiwillig reif genug befunden worden ist die Selbständigkeit vertragen zu können. Im Britischen Reich ist dieser Fall allerdings nicht aktuell geworden; denn auf dem amerikanischen und australischen Kontinent und in Neuseeland waren die britischen Herrscher so vorsichtig die Eingeborenen ganz oder so weit auszurotten, daß sie in der Menge der neuen Herren verschwanden. Wohl aber ist es zu dieser Auseinandersetzung in Amerika zwischen den Eingeborenen und der spanischen respektive portugiesischen Herrschermacht gekommen, und ebenso auf der mittelamerikanischen Insel Santo Domingo zwischen den Eingeborenen und den Franzosen. In allen diesen Gebieten vermochten die Eingeborenen

¹ Siehe *Kaliski* Die Zukunft der jüdischen Palästinaarbeit, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 990 und folgende.

schon früh, nämlich vor reichlich 100 Jahren, sich die Selbständigkeit zu erkämpfen, und zwar deshalb, weil dort die europäischen Einwanderer, die vielfach sogar durch Blutmischung den Eingeborenen nahe verwandt wurden, mit ihnen gemeinsame Sache machten, ja die Führung im Freiheitskampf der Kolonialvölker übernahmen. Diese besondere Stellungnahme der Kreolen gegen das Mutterland hat sich seitdem nicht wiederholt. Namentlich im Britischen Reich hat man, wo man die Eingeborenen nicht umbringen konnte oder wollte, doch zwischen ihnen manchmal ziemlich unsichtbar, manchmal sehr sichtbar und ausdrücklich, immer aber sehr wirksam, eine Farbenschanke errichtet. Selbst die Verschmelzung industrieller Kapitalien englischen und indischen Ursprungs in der indischen Eisen-, Jute- und Baumwollindustrie sowie in Teilen des indischen Bankwesens hat diese Farbenschanke nicht aufgehoben. Wo relative Verselbständigungen kolonialer Gebiete im Britischen Reich vorgekommen sind, da haben sie sich auf Verselbständigungsbewegungen weißhäutiger Herrenkasten beschränkt, auf die Selbständigkeit der Eingeborenen aber gar keine Rücksicht genommen. Charakteristisch dafür ist die Union von Britisch Südafrika, die ihre Selbständigkeit als Dominion hauptsächlich als Schutzwall für eine maßlose, selbst das sonst im britischen Kolonialreich übliche weit überschreitende Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen benutzt. Wenn heute in den verschiedenen Teilen Britisch Ostafrikas die weißen Pflanzler und Händler für einen Dominialstatus eintreten, so deshalb, weil das britische Kolonialamt, das mehr als die Vermögensvorteile von ein paar Dutzend Tee-, Kautschuk-, Kaffee-, Zinn- und Baumwolllords in Kenya, Uganda, Tanganyika und Nyassaland zu verteidigen hat, nicht bereit ist südafrikanische Methoden der Eingeborenenpolitik in Ostafrika aufkommen zu lassen. Im übrigen aber denken die Engländer nicht daran den von Farbigen bewohnten Reichsteilen an Selbständigkeit mehr zu geben als ihnen mit Androhung oder Durchführung offener Revolte abgezwungen werden kann. Für den Engländer ist jeder, der eine nicht-weiße Haut hat, der in dem Land geboren ist, in dem er regiert wird, ein Native, ein minderwertiges Geschöpf, der Belehrung, Bekehrung und Unterwerfung bedürftig. Und dabei wird im Grunde kein Unterschied gemacht zwischen den Pygmäen Ostafrikas, den Bauernvölkern Westafrikas, den Kopffägern der Salomonsinseln und Neuguineas und der bunten Vielfältigkeit der indischen Völker, von denen einzelne noch in ganz primitiven Urzuständen leben, andere dagegen heute noch wie schon vor Jahrtausenden zu den kultiviertesten, geistigsten Völkern der Welt gehören.

Wir dürfen Indien nicht sich selbst überlassen; denn sonst bringen die Inder sich gegenseitig alle um: das ist die Parole, unter der die Labourregierung die indische Selbständigkeitsbewegung behandelt². Und nun lehrt sie mit Methoden, die die konservativen Engländer in Indien sich seit Jahrzehnten abgewöhnt hatten, mit Methoden, mit denen in Deutschland Adolf Hitler gegen die sozialistischen Natives vorgehen möchte, die Inder, was britische Freiheit ist. Die Arbeiterregierung findet gar nichts dabei, daß der hochkonservative Lord Irwin auch unter ihrer Ägide Indien in der großen Krise der Gegenwart regiert. Ja, ganz offenbar ist er ihr zu schlapp, und er wird von ihr dauernd zu Maßnahmen gedrängt, zu denen unter bürgerlichen Kabinetten in Whitehall kein indischer Vizekönig gezwungen worden ist. Nach

2) Siehe darüber *Furtwängler* Indien und die Arbeiterpartei, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 II Seite 521 und folgende.

den neuesten Nachrichten liegt sogar eine besondere Denkschrift vor, in der Lord Irwin Vorschläge machen soll, die den Wünschen der Inder wesentlich weiter entgegenkommen als das Labourkabinett bisher für möglich erklärt hat. Dagegen hat MacDonalld nach dem Bericht der Kölnischen Zeitung vom 13. November 1930 bei der Eröffnung der Konferenz am Runden Tisch über die Zukunft Indiens eine Rede gehalten, über die folgendes höchst Charakteristische berichtet wird: »Er legte sich in keiner Weise durch seine Rede fest sondern betonte, daß jede Entwicklung langsam vor sich gehen müsse. Auch an Mitglieder seiner Partei waren die Worte MacDonallds gerichtet, daß er niemals sich habe stören lassen von Leuten, die sagten, er habe sein Versprechen nicht erfüllt.« In der Tat, durch solche Erinnerung hat sich die Labourregierung weder in Palästina noch in Indien stören lassen.

Das selbe ließe sich an den übrigen Hauptproblemen der britischen Reichspolitik der Gegenwart darstellen. Im Irak zum Beispiel hat die Regierung MacDonalld sich bereit erklärt in gewissem Umfang dem Mandatsgebiet die Scheinrolle eines selbständigen Staats zuzubilligen. Der Hauptgrund hierfür liegt darin, daß auf diese Weise dem Britischen Reich eine Stimme mehr im Völkerbund zur Verfügung steht. Charakteristisch für die Art, wie bei all diesen Entscheidungen die Labour Party imperialistischer zu sein versucht als die Konservativen und Liberalen, ist die Haltung Philip Snowdens im Haag, der dort mit Manieren auftrat, wie sie sonst selbst im Dienst britischer Reichsinteressen nicht üblich sind, ferner die dauernde Verhinderung einer wirklichen Sicherung Europas vor kommenden Kriegen durch eigensinniges Herumdisputieren über technische Einzelheiten der Entwaffnung zu Land, während gleichzeitig versucht wird die britisch-amerikanische Seeherrschaft zu verbilligen und rückzuersichern, indem dem einzigen, vielleicht gefährlichen Konkurrenten, nämlich Frankreich, eine gesteigerte Seerüstung Italiens entgegengestellt wird. Daher verleugnet die Regierung MacDonalld jetzt auch die von ihm selbst inaugurierte Politik des Genfer Protokolls, das doch die einzige wirkliche Friedenssicherung Europas und der Welt gewesen wäre. Genosse MacDonalld zeigte leider auch hier, »daß er sich niemals habe stören lassen von Leuten, die sagten, er habe sein Versprechen nicht erfüllt«.



B, auf lange Zeit betrachtet, die britische Rechnung aufgeht, ist eine Frage für sich. Es wird sich vermutlich auf die Dauer als eine höchst gefährliche Politik erweisen, daß die seit dem Kriegsende einander folgenden britischen Regierungen trotz den Lehren jener 4 Jahre an einer Politik festhalten, die die innere Verfestigung des Reichsgebäudes wesentlich davon abhängig macht, ob es gelingt Europa uneins zu halten. Die kampfhaft Aufrechterhaltung der Balance-of-power-Doktrin, die die Bildung eines richtigen Weltgleichgewichts zu verhindern sucht, die Welt und im speziellen Europa immer wieder in die Gefahr neuer Kriege bringt, ist im letzten auch dem britischen Interesse selbst abträglich, das seine Zukunft in der Gestaltung des Britischen Reichs zu einem Produktionsorganismus suchen sollte. England müßte den Mut haben auf seine (längst unhaltbare) Stellung als »Despot des Weltmarkts« aus Marx-schen Zeiten auch innerlich zu verzichten und, statt die europäischen Kontinentalvölker an der vollen Entfaltung ihrer Schaffenskräfte zu hindern, lieber seine eigenen regenerieren und zu neuer Wirksamkeit bringen. Aber mag die englische Rechnung aufgehen, wie sie wolle: für den, der heute die Fak-

toren erkennen will, von denen die weltpolitische Zukunft Deutschlands abhängt, bleibt es auch unter der Labourregierung dabei, daß die britische Politik von der Maxime nicht abgeht durch Teilen herrschen zu wollen. Ja, die Betrachtung zeigt, daß diese Methode im Britischen Reich von einer Regierung der Arbeiterpartei durchaus nicht weniger beharrlich, wohl aber sehr viel rücksichtsloser und deshalb für den Weltfrieden gefährlicher angewendet wird als unter konservativen und liberalen Kabinetten.

Europa stürzt aus einer Krise in die andere. Die beiden Hauptursachen sind die Verfeindung Deutschlands mit Frankreich und seinen kontinentalen Schutzbefohlenen und die Aussaugung Deutschlands durch die, jede Genesung der Weltwirtschaft immer wieder zerstörenden Kontributionen, die man durchweg Reparationen nennt, die aber nur zu $\frac{1}{3}$ Reparationen, das heißt Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung, sind; sie fließen zu $\frac{2}{3}$ in amerikanische Kassen. Die Reparationspolitik Europas muß dahin gehen aller über die Wiedergutmachung hinausgehenden Zahlungen ledig zu werden³. Eine Schwierigkeit bei der Lösung dieser Frage liegt darin, daß Frankreich nicht nur direkt an die Vereinigten Staaten 228 Millionen Mark zahlt, sondern daß das selbe Land an England 251 Millionen zu zahlen hat, die von England an die Vereinigten Staaten weitergehen, und daß Deutschland an England direkt 367 Millionen zahlt, die ebenfalls nach den Vereinigten Staaten weitergezahlt werden. Nun wird man, wenn ein günstiger Augenblick gekommen ist, versuchen müssen die Regierung der Vereinigten Staaten zu einem Verzicht auf diese Summen zu bestimmen. Man muß sich aber klar sein, daß jede Regierung jener Republik schon aus innenpolitischen Gründen diesen Verzicht nur aussprechen wird, wenn sie mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die Einstellung der Zahlungen erfolgt, auch ohne daß Amerika seine Zustimmung ausspricht. Diese Lage kann nur eintreten, wenn wenigstens in diesem Punkt Europa einig ist und sicher sein kann, daß ihm nicht bei einer solchen Politik der Befreiung aus der amerikanischen Schuldknechtschaft England immer wieder Knüppel zwischen die Speichen steckt.

Es ist nach den bisherigen Erfahrungen, auch wenn die Arbeiterpartei England regiert, nicht zu erwarten, daß die englische Politik auf die europäischen Interessen solche Rücksicht nimmt, solange Deutschland und Frankreich sich über den Charakter der britischen Politik täuschen und von der Labourregierung Maßnahmen erwarten, die europafreundlicher sind als die Maßnahmen bürgerlicher Regierungen in England. Die praktische Folgerung für die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb die, daß auch in Zeiten, in denen in England ein Arbeiterkabinett regiert, die Politik der direkten europäischen Einigung auf dem politischen wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet vorwärtsgetrieben werden muß. Einigt sich Kontinentaleuropa trotz dem englischen Widerstreben, so wird die britische Politik sich dieser neuen Tatsache anpassen und es auf Reibungen wegen amerikanischer Reparationsinteressen gewiß nicht ankommen lassen. Solange aber die Völker des europäischen Festlands wirtschaftlich und politisch einander unermüdlich bekämpfen, so lange wird von dieser Seite aus ein Anlaß zum Frontwechsel für die britische Regierung nicht gegeben sein, mögen auch zum 3. oder 4. Mal die britischen Minister Mitglieder der Arbeiterpartei sein.

3) Siehe dazu Schwarz Ein Weg zur Befreiung Deutschlands und Europas, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 984 und folgende.

Für die deutschen Sozialisten ist das eine schwer zu gewinnende und schwer praktisch anzuwendende Einsicht. Es ist durchaus begreiflich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen kann, daß die Labour Party in ihrer Praxis, trotz der Zugehörigkeit ihrer Bestandteile zur Zweiten Internationale, keine Partei der internationalen Befriedung ist. Aber, da es richtig ist, sollte man es doch einsehen, und schließlich bei dem Versuch unbefangener Würdigung der einfachen Tatsachen es um so leichter einsehen, wenn man bedenkt, daß die britische Arbeiterpartei, an unseren sozialistischen Ideen gemessen, durchaus keine sozialistische Partei ist, wie sie ja auch ganz bewußt es immer abgelehnt hat auch nur den Namen einer Sozialistischen Partei zu tragen. Gerade dies wird durch die Betrachtung der Haltung der Regierung MacDonald zum Jüdischen und zum Indischen Problem deutlich. Und deshalb lehrt die Betrachtung dieser beiden Teilkrisen im Britischen Reich, daß die Befreiung der europäischen Völker von der Ausbeutung durch den anglo-amerikanischen Reparationskapitalismus nur das Werk *direkter* Verständigung und Verbündung der Völker des europäischen Festlands sein kann.

WALTHER MAAS · ITALIEN, FRANKREICH, DEUTSCHLAND

BENITO Mussolini sagte am 27. Oktober 1930: »Es soll durchaus klar sein, daß wir materiell und geistig rüsten, um uns zu verteidigen, nicht um anzugreifen. Das fascistische Italien wird niemals die Initiative zu einem Krieg ergreifen.« Nein, es versucht zurzeit seinen Willen den anderen durch Druckmittel aufzuzwingen. Gegen Frankreich hat es deren 4 im Gebrauch: den demographischen, den militärischen, den juristischen und den politischen Druck. Der demographische Druck besteht in der italienischen Bevölkerungspolitik. Bereits jetzt hat Italien 53 Millionen Einwohner und nimmt jährlich um 450 000 zu. In 30 Jahren könnte es, geht es so weiter, doppelt so viel Einwohner haben wie Frankreich. Der militärische Druck besteht in der geistigen und physischen Militarisation der gesamten Jugend, besteht in einer Rüstungstätigkeit, die an das äußerste dessen reicht, was die italienische Wirtschaft ertragen kann. »Das italienische Heeres- und Flottenprogramm wird bis zum letzten Gewehr und zur letzten Tonne durchgeführt werden«, erklärte Mussolini im Frühjahr 1930. Der juristische Druck zielt auf Tunis. 1896 hatte sich Frankreich verpflichtet das Bürgerrecht, die Nationalität der dortigen Italiener (zurzeit etwa 100 000 bei 160 000 Europäern überhaupt) zu achten. September 1918 wurde das aufgekündigt; wer in Tunis geboren ist, wird ipso facto französischer Bürger. Am 26. April 1915 wurden Italien, um es zum Anschluß an die Entente zu bewegen, im Londoner Vertrag Kolonialgebiete versprochen. 1919 aber wurde davon wenig verwirklicht. Darauf und auf die Nichtzuteilung von Dalmatien bezieht sich Mussolinis Satz in der berühmten Mailänder Rede: »Wir sind von Versailles mit einem verstümmelten Sieg nach Hause gekommen. Aber verstümmelt war er nur in dem diplomatischen Protokoll, nicht in unseren Fäusten, Armen und Herzen.« Am wichtigsten ist vielleicht der politische Druck. Schuf Frankreich sich eine Suite in der Kleinen Entente, so suchte Italien, dessen Expansionsstreben nur nach dem Osten einen leichtern Ausgang hat, sich zunächst in Albanien festzusetzen. Eine weitere Um-

klammerung des jugoslawischen Gegners konnte durch Ungarn und Bulgarien geschehen, beides besiegte Staaten. Um sie für sich zu gewinnen, begann der Fascismus mit dem Gerede von der Revision der Grenzen, was die deutsche Rechte so gern auf Deutschland bezieht, obwohl es sich früher ganz ausschließlich auf die Balkanstaaten bezog und auch heute Deutschland gegenüber nur Taktik ist. Dagegen war ernsterer Natur das Bemühen Österreich zu gewinnen. Deswegen mag die Wahl vom 9. November 1930 in Rom besonders unangenehm gewirkt haben. Dem Fascismus gelang es Griechenland und die Türkei, jahrelange Gegner, einander nahezubringen und beide in das italienische Konzert einzustellen. So erschienen auch griechische und ungarische Staatsmänner zum türkischen Nationalfest am 29. Oktober in Angora. Polen und Rumänien lassen sich jedoch in das italienische System nicht einfügen.

Welches sind die Gegendruckmittel Frankreichs? Dem demographischen Druck setzt es die Hilfe der Kolonialfranzosen entgegen, etwa 60 Millionen Schwarze, Braune, Gelbe. Militärisch verstärkt es Marine und Luftflotte, es baut ein großes Verteidigungssystem in den Alpen, rüstet Jugoslawien mit Geld und Kriegsmaterial aus. Was das italienische "Recht" auf Kolonialforderungen anlangt, so erwidert man, es sei Italien 1919 Südwestanatolien (die Gegend von Smyrna) angeboten worden, Italien habe es nicht gewollt; auch ein Stück Wüste Sahara könnte es noch haben, dagegen nicht die Verbindung über den Tschadsee zum Golf von Guinea. Die Italiener sind übrigens inzwischen in die Gebiete von Tibesti und Borku südlich von Tripolis, nördlich vom Tschadsee, bis an die bisher nur auf der Karte festgesetzte Grenze französischen und italienischen Gebiets vorgerückt. In politischer Hinsicht erklärt man in Frankreich; Italien sei nicht nur als Verteidiger der besiegten Staaten aufgetreten sondern sei jetzt auch für die Entwicklung des Völkerbunds, für Abrüstung, wie dies besonders die italienische Antwort auf das Briandsche Memorandum zeigte. Diese Gesinnungsänderung des Fascismus, der bisher für Militarismus und Imperialismus reinsten Wassers eingetreten sei, halte man nicht für ernst. Habe doch Mussolini selbst in Florenz im Mai unter dem tobenden Beifall der Menge erklärt: »Worte sind ganz schöne Sachen, aber Gewehre, Maschinengewehre, Kriegsschiffe, Flugzeuge und Kanonen sind viel schönere.« Wenn Dino Grandi am 3. Juni erklärte, Italien sei mit der kleinsten Flotte zufrieden, falls keine andere Macht des Kontinents eine größere habe, so sei darauf zu erwidern, daß Frankreichs Flotte wegen der verstreuten Kolonien und Frankreichs Lage an 3 Meeren niemals insgesamt im Mittelmeer wie die italienische Flotte sein könne; eine Flottenparität bedeute also die italienische Seeherrschaft im Mittelmeer, eine solche würde aber nicht nur die Verbindung zwischen Frankreich und Algerien, dessen 100jähriger Besitz durch Frankreich in diesem Sommer gefeiert wurde, zerreißen und die italienische Stellung in Tunis gefährlich fördern sondern auch die Möglichkeit des "demographischen Ausgleichs" (Herbeischaffung der Kolonialtruppen) vernichten, bedeute also die Bedrohung Frankreichs durch das fascistische Italien. Auf Briands Versicherung in Genf im Frühjahr »du vif désir de la France de résoudre le plus vite et dans l'esprit le plus cordial toutes les questions pendantes entre elle et sa voisine«, erwiderte Mussolini mit den erwähnten Reden von Livorno, Florenz und Mailand. Die italienische Presse schreibt inzwischen weiter eine recht kräftige Sprache gegen Frankreich. Der Popolo d'Italia, ein Blatt, das einst Musso-

lini als Organ für den Interventionskrieg gründete, und das sich rühmen darf viel zur italienischen Teilnahme am Weltkrieg beigetragen zu haben, schrieb über die Rheinlandräumung unter der Überschrift Franzosen, Neger und Annamiten verlassen den Rhein im Ton eines Hugenbergblatts. Die Genfer Zeitschrift Pax schrieb am 10. Juli: »Les conséquences des campagnes dans la presse italienne, si ces campagnes devaient durer, iraient droit à l'encontre de toute l'oeuvre de reconciliation, d'entente et de paix internationale poursuivie depuis douze ans par le monde entier. Un mot de leur part [Mussolini] aurait suffi pour les arrêter. Ce mot, jusqu'ici n'a pas été prononcé.« Im Gegenteil, die Ersetzung von Augusto Turati als Generalsekretär der Partei durch Giovanni Guiarati und die Kommentierung dieses Akts durch die faschistische Presse als Einsetzung eines Direktoriums der Irredentisten sind zwar direkt gegen Jugoslawien, aber indirekt auch gegen Frankreich gerichtet.

Bleiben wir noch etwas bei der Flottenfrage, nachdem wir uns ins Gedächtnis zurückgerufen haben, daß ja nicht nur ein Wettbewerb der Mittelmeernationen unter einander besteht, sondern daß England dort Gibraltar, Malta, Zypern und Suez besitzt. »Diese Frage wird für Italien einmal brennend werden«, schrieb die Neue Züricher Zeitung am 19. Mai in einem instruktiven Artikel über das Mittelmeerproblem. Bekanntlich ist Italien nicht an dem Londoner Flottenpakt beteiligt. Es verlangte die Flottenparität, und Frankreich wollte diese nur geben, falls neue Garantien in der Sicherheitsfrage gegeben würden. Dies ist seit langem bekannt, und daher wirkte es als Sensation, als Briand in Genf am 12. September mitteilte, Frankreich werde mit Italien bald zu einem Abkommen gelangen, »das mit dem Londoner Flottenpakt zusammen einen weitem Fortschritt der Abrüstung ermöglichen wird«. Aber es war dann doch nichts damit. Am 25. September wurden die Verhandlungen abgebrochen. Doch gingen dünne Fäden noch hinüber. Die Amerikaner traten auf den Plan, besonders der "Abrüstungsbotschafter" Gibson, Botschafter der Vereinigten Staaten in Brüssel und Mitglied der Abrüstungskommission. Dieser soll als Vermittler auf folgender Linie aufgetreten sein: Frankreich tritt dem englisch-amerikanisch-japanischen Flottenkompromiß bei. Das soll in der Form geschehen, daß die Gesamttonnage Frankreichs mit 560 000 Tonnen anerkannt würde. Dazu erhielt Frankreich aber eine Garantieklausel, die ihm eine Überlegenheit von 240 000 Tonnen gegenüber Italien zusichere. Das Oeuvre erklärte am 31. Oktober, dies setze die französischen Tonnageforderungen um 25 000 Tonnen herab, es sei auch trotz Briands Bitten auf der Londoner Konferenz von dem französischen Marineminister Dumesnil abgelehnt worden, Tardieu habe diesen jedoch bewogen zuzustimmen. Im November finden jetzt in Genf private französisch-italienische Besprechungen während der Sitzungen der Abrüstungskommission statt. Wie sehr der französischen Rechtsprelle an einer Einigung mit Italien liegt, dafür seien folgende Ausführungen des Intransigeant vom 26. September angeführt: Wenn Italien sich endlich entschlöße akzeptable Vorschläge zu machen, könne es versichert sein, daß die französischen Diplomaten ihm auf dem Weg der Verständigung sehr weit entgegenkommen werden. Da Frankreich sich in weniger bedrängter wirtschaftlicher und sozialer Situation befindet als alle seine Nachbarn, habe es auch die Pflicht mehr Geduld, Mäßigung und Seelengröße zu zeigen als diejenigen, deren politischer Weitblick offenbar durch die Beunruhigung im Innern getrübt werde. Frankreich dürfe vor keinem Opfer zurückschrecken, um einen anständigen Kompromiß zu ermöglichen und damit Europa, das

wieder einmal von einem nationalistischen Fieberwahn geschüttelt werde, die Ruhe wiederzugeben. Die Vossische Zeitung schrieb am 27. September dazu: »Hätte die französische Rechtspresse doch Deutschland gegenüber so viel Vernunft und Einsicht gezeigt, viel Unheil wäre verhütet worden.« Und damit sind wir bei dem "Dritten im Bunde", Deutschland. Ja eben: Mit wem ist Deutschland denn im Bund?

Die Wahlen vom 14. September 1930 wurden in der italienischen Presse spaltenlang kommentiert, nationalistische Führer gaben italienischen Redakteuren Interviews. Hitler hat sich ja seit langer Zeit für ein Bündnis mit Italien eingesetzt, unter Preisgabe der Südtiroler. Wie aber stand die andere Seite, Italien, zu einem deutsch-italienischen Bündnis? Am 22. Dezember 1927, in der Zeit, als die französischen Zeitungen sich viel mit einem von Rom erneut angeregten italienisch-französischen Militärbündnis befaßten, schrieb die Vossische Zeitung: »Der Vorschlag eines antideutschen Bündnisses durch Mussolini ist nicht neu, er ist schon mehrmals gemacht und nicht beachtet worden. Man weiß am Quai d'Orsay allerdings auch, daß Mussolini mehrmals in Berlin ein deutsch-italienisches Bündnis gegen Frankreich angeregt hat, allerdings, ohne in der Wilhelmstraße Resonanz zu finden.« Weder Briand noch Stresemann dementierten diese Darstellung. Beide schwiegen, sie wußten, warum. Die Vossische Zeitung hat diese Dinge am 3. Juli 1930 wiedervorgebracht, worauf das Giornale d'Italia am 9. Juli erklärte: Die Vossische Zeitung lügt, im Bewußtsein zu lügen. Trotz dieser "Sprache des Fascismus" hegen wir also einige Zweifel an der Behauptung Mussolinis vom 27. Oktober 1930: »Wir machen eine aufrichtige Außenpolitik ohne Doppeldeutigkeit und Hintergründe. Eine Verpflichtung, die wir eingehen, ist für uns heilig, gleichgültig, was sich ereignen mag.« Aber der selbe Mussolini war doch im Weltkriegsjahr 1915 der eifrigste Vorkämpfer für einen Bruch des Bündnisses Italiens mit Deutschland und Österreich. Es ist also für Italien doch wohl nicht so ganz »gleichgültig, was sich ereignen mag«.

Aber lassen wir diese Reminiszenzen. Ist die italienische Revisionspolitik, und um ihretwillen wollen doch Alfred Hugenberg und Adolf Hitler Italien folgen, ehrlich gemeint? Ja, soweit sie Italien Nutzen bringt, nein, sobald es sich um Dinge handelt, die Italien gleichgültig oder gar abträglich sind. Italien bewarb sich stark um Polen, Grandi war in Warschau und sagte dort: »Gewiß, ich sagte: die Verträge sind nicht ewig, aber ich fuhr fort, und darauf hört niemand; aber sie sollen gehalten werden.« Wird Italien sich also für Deutschlands Wünsche, nach dem polnischen Korridor zum Beispiel, einsetzen? Wer die Diskussion der Korridorfrage in der großen italienischen Presse verfolgt, wird das stark bezweifeln. Die selben Leute, die ein Zusammengehen mit Italien propagieren, reden von »Deutschlands Aufgaben im südosteuropäischen Raum«. Das wäre also zunächst einmal in Jugoslawien. Ist es nun nicht außerordentlich bezeichnend, daß die Volksmenge in Jugoslawien bei den letzten antiitalienischen Demonstrationen, nachdem sie vor den italienischen Konsulaten Niederrufe ausgebracht hatte, vor die deutschen Konsulate zog und dort Deutschland und Südtirol hochleben ließ? Unsere Italienfreunde würden bei einem deutsch-italienischen Bündnis sicher lediglich den einen Erfolg haben: Frankreich und Italien wieder zu verbünden. Die Kölnische Zeitung schrieb am 27. Juli: »Der Mohr hätte dann seine Schuldigkeit getan; er [Deutschland] hätte durch seine verfehltete Politik von Italien

keinerlei Dank zu erwarten und hätte sich den Haß Frankreichs, das die Kosten des italienisch-deutschen Einverständnisses zu zahlen hätte, zugezogen.« Seien französisch-italienische Spannungen zu bemerken, so wäre gar nichts »verfehlt, als wenn Deutschland in kindlich macchiavellistischer Weise versuchen würde diesen Streit zu schüren, um aus ihm Nutzen zu ziehen«. Das Interesse Deutschlands liegt heute in einer Unterstützung aller Bestrebungen, die auf eine Einigung Europas und auf die Aufrechterhaltung des Friedens hinzielen. In den Sozialistischen Monatsheften ist das oft genug dargelegt worden: vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik, vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft, vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse. Zitieren wir aber auch dazu die Kölnische Zeitung. Über die Einigung schrieb sie am 27. Juli: »Weit besser als durch einen zwischen Italien, Frankreich und Deutschland herrschenden Zustand der Unruhe und der Unsicherheit bleibt das deutsche Interesse gewahrt, wenn diese 3 Nationen sich auf der Grundlage eines gerechten Friedens mit einander vereinten. Sie haben die europäische Zivilisation geschaffen, sie bilden die Mitte Europas und sind die eigentlichen Träger der europäischen Geschichte gewesen.« Und über den Frieden am 20. Juli: »Nach unserer Ansicht ist jede Politik falsch, die den Boden des Friedens verläßt. Was Europa in den nächsten Jahrzehnten nötig hat, ist der Friede, und noch einmal der Friede, ist Evolution, Fortschritt, nicht Revolution, Umsturz, auch, und vor allem nicht, die Revolution eines Kriegs. Wer da glaubt in einem Krieg etwas zu gewinnen, sei auf den Weltkrieg (falls es nötig ist) verwiesen. Kriegspolitik ist heutzutage unter allen Umständen schlechte Politik. An dem italienischen Vorgehen freut uns, ganz offen zugegeben, der moralische Elan, mit dem Mussolini den Unsinn der Friedensverträge von 1919 berennt. Andererseits aber kann jedes Kind sich an den Fingern herzählen, daß das A und O europäischer Zukunft eine deutsch-französische friedliche Verständigung ist und nicht die Unterstützung eines immerhin möglichen französisch-italienischen Kriegs durch Deutschland auf der Seite Italiens, aber auch nicht umgekehrt. Unser sacro egoismo gebietet uns die Neutralität... Die kriegsdrohenden Wege, auf denen sich der Beherrscher Italiens heute gefällt, scheinen uns äußerst gefährlich zu sein. Wenn es Mussolini nach einem Doorn gelüstet, mag er tun, was er nicht lassen kann. Unser Platz ist dann jedenfalls nicht an seiner Seite. Der Zweikampf Italien-Frankreich ist für uns keine Chance, bei der das große Los in den Schoß Deutschlands fällt.«

Dem letzten Satz kann man sicher zustimmen, doch braucht man gar nicht an die Realität einer italienisch-französischen Kriegsmöglichkeit zu glauben. Die Ruhe, die der größte Teil der französischen öffentlichen Meinung gegenüber den Drohungen an den Tag legt, spricht dafür, daß dieser Nächstbeteiligte es nicht so schwer nimmt. Das Benehmen Italiens erinnert an die Verhältnisse kurz vor der Gründung irgendeines Konzerns. Da gibt es dann Schulzes, die gewaltig auf den Tisch schlagen und erklären: Nie gehe ich in ein Syndikat hinein, besonders nicht mit diesem Müller. 4 Wochen später sind sie drin, nur: es ist ihnen gelungen ihren Quotenanteil sehr groß zu machen. Ein slawisches Sprichwort sagt: Das weinende Kind bekommt Honig. Italien weiß, daß die Einigung Europas auf dem Marsch ist; es will nun möglichst viel für sich heraus schlagen, aber die sorella latina weiß ebenso gut wie die soeur latine, daß ein Krieg zwischen ihnen Selbstmord für beide und

Vernichtung der europäischen Zivilisation bedeutet. Nur in Deutschland hat man das noch nicht begriffen. Siegreich wollen wir Frankreich schlagen: diese Idee umnebelt alle Hirne. Daß es Deutschland allein nicht schafft, sieht man auch an den deutschnationalen Stammtischen ein. Also geht man auf die Jagd nach Bundesgenossen. Viele hofften da auf England, andere wollten sich mit dem bolschewistischen Rußland zusammentun. Eine russische Orientierung solcher Art besteht noch in gewissen Offizierskreisen, vielleicht sogar der Reichswehr. Auf die englische Waffenhilfe rechnet wohl niemand mehr, wenn auch der Großteil unserer öffentlichen Meinung immer wieder auf englische diplomatische Hilfe hofft, obwohl uns die englische kalte Schulter doch nun schon so oft gezeigt wurde. Da erscheint nun Italien als neue Möglichkeit. Sie wird von der Richtung Hitler-Hugenberg genügend ausgeschlachtet. Ist diesen doch alles recht, was die Revancheidee belebt, ist ihnen doch nichts gräulicher als Ansätze zur europäischen Einigung. Haut die Franzosen, macht die Ansätze zur Verständigung entzwei, blast die Feuerchen irgendwelcher Spannungen mit Frankreich! Ihr werdet sie anblasen, aber zu einem Feuer, das nur Deutschland verschlingen wird. Nach Italien aber sei die Warnung gerichtet: Man kann solche Reden nicht mehr bloß zum Hausgebrauch halten, dazu ist Europa etwas zu klein. Spielt man immerzu mit geladenen Gewehren, dann kann es auch dem geschicktesten Regisseur passieren, daß eins losgeht. Und das dauernde Spielen Italiens mit den Waffen macht nur die nationalistischen Protagonisten in allen Winkeln Europas immer wieder auf ihre Revolver und Bomben aufmerksam und lehrt sie ihnen mehr zu vertrauen als dem Geist. Und betont Mussolini nicht selbst immer wieder, daß es auf den Geist ankommt, daß dieser lebendig macht?

PAUL KAMPFFMEYER · SOZIALDEMOKRATISCHE UND BOLSCHEWISTISCHE STAATSAUFFASSUNG

PROGRAMMATISCH, nach ihren Äußerungen, ist die Kommunistische Partei Deutschlands eine Partei, die auf den gewaltsamen Sturz der bestehenden staatlichen Institutionen hinarbeitet. Ihr grundsätzlicher Gegensatz gegen die demokratische Verfassung steigert sich bis zur Proklamation des Aufstands des »bewaffneten Proletariats« gegen die bestehende Staatsordnung. In einer vom Internationalen Arbeiterverlag in Berlin herausgegebenen Broschüre Wehrprogramm, Kriegsprogramm wird eine proletarische Klassenpolitik gefordert, die nicht die Demokratisierung der Reichswehr sondern ihre Sprengung von innen heraus propagiert: »Wir stellen ebenfalls Forderungen auf, Teilforderungen, die jedoch nicht der Stabilisierung sondern der Erschütterung der Wehrmacht dienen; die Soldaten sollen den Klassencharakter der Reichswehr erkennen, sie sollen sich gegen ihre proletarischen Klassen-genossen nicht mißbrauchen lassen sondern sich mit ihnen verbinden.« Die Kommunistische Partei Deutschlands will ihre Jungmannschaft zur »proletarischen Wehrhaftigkeit« erziehen. Die aufgelöste sogenannte Rotfront war eine aufkeimende bolschewistische Miliz.

Die Kommunistische Partei Deutschlands sucht nun ihre illegale Praxis durch eine illegale Theorie zu begründen. Zu diesem Zweck verbreitet sie mit dem größten Eifer die politischen und wirtschaftlichen Ansichten Wladimir Lenins,

die gelegentliche Aussprüche von Marx und Engels zu einer bolschewistischen Staatstheorie auszudeuten, ja direkt zurechtzustutzen suchen. Marx und Engels haben nun ihre Anschauungen über den Staat nicht in einer in sich abgeschlossenen Staatslehre niedergelegt. Die Schrift Friedrich Engels' über den Ursprung der Familie, des Staats und des Privateigentums ist ein Versuch eine gedrängte Geschichte dieser Institutionen zu geben; sie fußt stark auf den soziologischen Forschungen Lewis Henry Morgans, deren Resultate zum Teil von hervorragenden marxistischen Theoretikern, von Karl Kautsky und Heinrich Cunow, selbst angegriffen worden sind. In der Engelsschen Studie erscheint der Staat gar zu einseitig als nur ein Apparat zur Unterdrückung und Beherrschung der ausgebeuteten Klassen, und die allgemeinen öffentlich-gesellschaftlichen Funktionen des Staats treten in der Engelsschen Darstellung sehr zurück. Diese Darstellung steht in einem gewissen Widerspruch zu der im Antidühring vorgetragenen Ansicht Engels', daß der politischen Herrschaft überall eine gesellschaftliche Amtstätigkeit zugrunde lag, und diese politische Herrschaft bestand auch dann nach Engels nur auf die Dauer, wenn sie die gesellschaftliche Amtstätigkeit vollzog. Engels führte in seiner Schrift Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft aus: »Wie viele Despotieen auch über Persien und Indien auf- oder untergegangen sind, jede wußte ganz genau, daß sie vor allem die Gesamtunternehmerin der Berieselung der Flußtäler war, ohne die dort kein Ackerbau möglich.« Auf eine der materiellen Grundlagen der Staatsmacht über die zusammenhanglosen kleinen Produktionsorganismen Indiens richtet auch Marx im Kapital unsere Aufmerksamkeit. Diese Grundlage war eben die Regelung der Wasserzufuhr. Die Notwendigkeit der öffentlichen, gesellschaftlichen Kontrolle der Wasserkräfte gab dem Staat sehr wichtige wirtschaftliche Funktionen in die Hand. Die Priesterkaste übte im alten Ägypten staatliche Herrschaftsrechte aus, da sie dank ihren astronomischen Kenntnissen zur Regelung der Nilbewegung und damit zur Leiterin der Agrikultur berufen war.

Es läßt sich geschichtlich der Nachweis erbringen, daß der Staat neben der Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen stets eine allgemeine, gesellschaftlich notwendige und nützliche Rolle gespielt hat. In diesem Punkt nähert sich die Marx-Engelssche Staatstheorie der Ferdinand Lassalles, nach der eben der Staat zu allen Zeiten durch den Zwang der Dinge höhere gesellschaftliche, im Dienst der Fortentwicklung der Menschheit liegende Aufgaben »auch ohne seinen Willen, auch unbewußt, auch gegen den Willen seiner Leiter« ausgeführt habe. Wir wollen hier nicht die Idee von den gesellschaftlich notwendigen Funktionen des Staats durch die ganze Geschichte verfolgen. Es sei nur die gesellschaftliche Amtstätigkeit im bürgerlichen Zeitalter hervorgehoben, die auch schon von Marx besonders gefeiert ist. Der bürgerlich-kapitalistische Staat Englands führte unter dem Druck der sozialen Klassenkämpfe die Zehnstundenbill ein. Das war nach Marx der Sieg eines Prinzips, der Sieg der durch soziale Vorsicht und Einsicht beherrschten sozialen Produktion der Arbeiterklasse über die politische Ökonomie der Bourgeoisie: »Zum erstenmal unterlag im hellen Licht des Tages die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.« Der bürgerliche Staat hat nach Marx mit der Zehnstundenbill eine wahre Regeneration großer Schichten der Arbeiterklasse herbeigeführt. Und Marx forderte dann in seinen Resolutionen des Genfer Kongresses der Inter-

nationale 1866 ein durchgreifendes Kinderschutzgesetz; er wollte mit diesem Gesetz den bürgerlichen Staat, den er also in diesem Fall durchaus nicht als einen Todfeind des Proletariats betrachtete, in den Dienst der Arbeiterklasse stellen: »In der Durchsetzung solcher Gesetze befestigt die Arbeiterklasse nicht die regierende Macht. Im Gegenteil, sie verwandelt jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihren eigenen Diener. Sie erreicht durch ein allgemeines Gesetz, was sie vergeblich durch eine Menge isolierter, individueller Anstrengungen erstreben würde.« Der bürgerliche Staat ist also nach Marx nicht nur ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse sondern ein wirksames Mittel zur Gesundung dieser Klasse selbst. Und das war, als Marx jene Sätze schrieb, noch der rein bürgerliche Klassenstaat, in dem keine Arbeiterregierung die Staatsgeschäfte leitete.

Auf verschiedenartigen wirtschaftlichen Grundlagen mit vielfach abweichenden Klassenverhältnissen streben die modernen Kulturstaaten zum Sozialismus empor. Und alle sollen nur durch das eine Tor der Diktatur des Proletariats zu diesem Ziel gelangen können? Nach dem ganzen Sinn der Marx-Engelsschen ökonomischen Geschichtsauffassung ist das Problem der Betätigung des Staats im sozialistischen Umgestaltungsprozeß nicht mit einem Generalrezept zu lösen. In dem unmittelbaren Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten findet Marx die verborgene Grundlage der jedesmaligen spezifischen Staatsform. »Dies hindert nicht«, so schreibt er im 3. Band Kapital, »daß die selbe ökonomische Basis (die selbe den Hauptbedingungen nach) durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Rassenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw. unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind.« Ich erinnere an die geistvollen Briefe Friedrich Engels' an Joseph Bloch und Conrad Schmidt über die materialistische Geschichtsauffassung, in denen die Möglichkeit einer relativ großen Verselbständigung des Staats gegenüber seiner wirtschaftlichen Basis dargelegt wird, und ich erstaune über die einfache und, ich möchte sagen: einfältige bolschewistische Lösung des sozialistischen Staatsproblems durch die Diktatur des Proletariats.

Die vermeintlich kommunistische Staatslehre Lenins übersieht geflissentlich die gesellschaftlichen, gemeinnützigen Funktionen des Staats. Sie basiert auf den kurzen bruchstückartigen Ausführungen Friedrich Engels' in seiner Schrift über den Ursprung der Familie, des Staats und des Privateigentums, und sie stützt sich schließlich auf einige Äußerungen in Marx' Kritik des Gothaer sozialdemokratischen Programms von 1875 und in seiner Arbeit über den Bürgerkrieg in Frankreich. Diese Marxschen Äußerungen fallen alle in eine Zeit hinein, in der die Arbeiterklasse des Kontinents noch politisch, ökonomisch und sozial schwer daniederlag. In Frankreich war nach der Commune die sozialistische Arbeiterschaft völlig zu Boden geworfen, in Deutschland stand zur Zeit des sozialdemokratischen Einigungskongresses 1875 die Arbeiterklasse unter stärkstem wirtschaftlichen und staatlichen Druck. In seinem Gothaer Programmbrief schrieb Marx diese Zeilen nieder: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes

sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft. Seine positiven Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes.« Diese Forderungen hatten einen revolutionären Charakter im Obrigkeitsstaat.

3mal lehnten führende Sozialdemokraten die Übernahme der proletarischen Diktatur in ihr Programm ab: 1875, 1891 und 1925, 3mal bezeugten sie damit, daß sie die demokratische Staatsform für geeignet zur Umgestaltung des Kapitalismus in den Sozialismus hielten. In ihrem Heidelberger Programm von 1925 erklärte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands: »Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus.«

Die Sozialdemokratie war namentlich von der schöpferischen Kraft des demokratischen Staats überzeugt, nachdem durch die Wirren des Weltkriegs und durch die mitteleuropäischen Revolutionen der ungeheure, Staat und Gesellschaft beherrschende deutsche Militärapparat zertrümmert war. Als Marx 1871 in seiner Schrift zur Verteidigung der Commune: dem Bürgerkrieg in Frankreich, der Zerschlagung des militärisch-bureaukratischen Staats das Wort redete, da hatte er noch den ziemlich fest erhaltenen Machtapparat vor Augen, der soeben die revolutionäre Arbeiter- und Kleinbürgerschaft von Paris blutig niedergeworfen hatte. Den Staatsapparat im großen Stil konnte die Commune nicht zerstören, sie löste nur einige zentralistische staatliche Organisationen auf und baute auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts eine kommunale Regierung auf. Aus der kurzlebigen Geschichte der Commune, die sich von ihrem ersten Atemzug an ihrer Haut zu wehren hatte und an eine tiefgreifende Umgestaltung von Wirtschaft und Staat gar nicht denken konnte, ließ sich eine allgemeine Theorie der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft nicht ableiten. Die Commune von Paris war nicht Frankreich, ihre Geschichte nur eine kurze Kriegsgeschichte, und ihre hauptsächlichsten Maßnahmen waren Kriegsmaßnahmen. Die revolutionäre Bevölkerung von Paris war in ihrer Mehrheit in den Tagen der Commune nicht als proletarisch-sozialistisch im Marxschen Sinn anzusprechen. Als engere Parteigenossen konnte Marx nach Franz Mehring weder die blanquistische Mehrheit im Rat der Commune noch ihre Minderheit betrachten, die zumeist aus Anhängern Proudhons bestand, und die sich theoretisch im scharfen Gegensatz zum Marxismus bewegte. Die sozialen Maßnahmen der Commune waren gemäßigte und überdies nur mangelhaft durchgeführte Reformen: die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäckergesellen, das Verbot der bei den Arbeitgebern üblichen Praxis den Lohn durch Auferlegung von Geldstrafen herabzudrücken und die Öffnung der von den Kapitalisten verlassenen Werkstätten zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Paris war in den Tagen der Commune sozial noch stark kleinbürgerlich, und große Gruppen der Pariser Mittelklassen, der Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute erkannten sie an, weil die Commune, wie Marx in seinem Bürgerkrieg in Frankreich bemerkt, sie »durch eine weise Erledigung jener wiederkehrenden Ursache des Streites unter der Mittelklasse selbst, der Frage zwischen Schuldern und Gläubigern,« gerettet hatte. Das Programm der Commune war nach dem Journal Officiel,

das der Volksstaat am 26. April 1871 abdruckte, ein Programm administrativer und wirtschaftlicher Reformen, »welche die Bevölkerung fordert, sie will Institutionen, die geeignet wären den Unterricht, die Produktion, den Umsatz und den Kredit zu entwickeln und zu verbreiten, sie will das Vermögen und das Eigentum verallgemeinern nach den Notwendigkeiten des Moments, dem Wunsche der Interessierten und den durch die Erfahrungen gegebenen Lehren. Unsere Feinde täuschen sich oder täuschen das Land, wenn sie Paris anklagen dem Rest des Landes seinen Willen auferlegen zu wollen und die Diktatur zu beanspruchen.« Ein Programm der Diktatur des französischen Proletariats war diese Kundgebung nicht, sie ist ein Programm der Auflösung der aufgezwungenen despotischen und kostspieligen Zentralisationen des Kaiserreichs, ein Programm der freiwilligen Assoziation sämtlicher Gemeindekräfte zu nationaler, staatlicher Einheit. Lenin zog nun aus den von Marx sehr zugespitzten Programmforderungen der Pariser Commune den Schluß: Das Proletariat hat den Staat zu zerschlagen und seine nationale und internationale Diktatur aufzurichten.

Seit der Veröffentlichung des Bürgerkriegs in Frankreich und des Gothaer Programmbriefs gingen 20 Jahre politischer Schulung der Arbeiterschaft in das Land. Das Proletariat West- und Mitteleuropas unterließ jeden illegalen Versuch zur Zerschlagung der Staatsgewalt. Die Arbeiterklasse benutzte das legale Mittel des Wahlrechts, um auf die Staatsgewalt in ihrem Interesse einzuwirken. Friedrich Engels wagte es selbst im Rahmen des bestehenden Staats den Militarismus zu reformieren. Er schlug im März 1893 während der Reichstagsdebatte über die Militärvorlage eine schrittweise vorzunehmende Umwandlung der stehenden Heere in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz vor, eine Umwandlung für die damaligen Regierungen und unter der damaligen politischen Lage. Seine Vorschläge wurzelten in einer allmählich erfolgenden Herabsetzung der Dienstzeit durch einen internationalen Vertrag, und er nahm eine 2jährige Dienstzeit zum Ausgangspunkt. Eine Demokratisierung des Heeres und nicht eine Sprengung der Wehrmacht von innen heraus. Dem Antrag auf eine internationale 2jährige Dienstzeit sollte der Antrag auf weitere Herabsetzung der Dienstzeit auf 18 Monate folgen. »Dann 1 Jahr — dann —? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem . . .« Dieser militärische Reformvorschlag wäre dem Kopf des Sozialisten Friedrich Engels kaum entsprungen, wenn er nicht mit einem anbrechenden Zeitalter legaler Reformarbeit gerechnet hätte. Er schrieb später in den Tagen der Umsturzvorlage 1895 in seiner Vorrede zur Marxschen Schrift *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, mit dem Beispiel der deutschen Wahlrechtsbenutzung sei eine Revision der alten Taktik eingetreten; bei den gesetzlichen Mitteln gedeihe die Sozialdemokratie prächtig, sie bekomme dabei pralle Muskeln und rote Backen, von der andern Seite aber schreie man nach Ungesetzlichkeit und Umsturz, man fordere den Bruch der Verfassung: die Diktatur.

In der genannten Vorrede gebrauchte dann Friedrich Engels einige Wendungen, die man in den Tagen der Umsturzdebatten von den Gegnern der Sozialdemokratie gegen diese Partei politisch hätte ausnutzen können. Richard Fischer bat nun auf Wunsch Ignaz Auers, August Bebels und Paul Singers um die Streichung dieser Wendungen. Die Briefe Fischers sind am 11. Oktober 1926 in den Sozialistischen Monatsheften in dem Artikel Eduard

Bernsteins zum Gedächtnis Richard Fischers veröffentlicht worden. Engels ging auf diesen Wunsch bereitwillig ein und strich die beanstandeten Wendungen. Fischer betonte in seinem Brief vom 14. März 1895, daß es töricht wäre jetzt dem Gegner, der der Sozialdemokratie »mit der Umsturzvorlage an der Gurgel kniet, immerfort die Drohung zuzuschreien: Warte nur, wenn ich erst mal mich wieder rühren kann, dann schneide ich dir die Gurgel glattweg ab!«. Fischer fuhr dann in seinem Brief fort: »Du tust uns wohl auch darin unrecht, wenn Du annimmst, wir hätten uns von den Gegnern dahin drängen lassen die Verpflichtung der Gesetzlichkeit auch als eine *moralische* anzuerkennen. Das ist von keiner Seite geschehen; im Gegenteil, vom Alten [Liebknecht] sowohl wie von August [Bebel] ist gerade in jüngster Zeit mit aller Schärfe wiederholt betont worden, daß Verfassungs- und Gesetzesbruch von oben nach unten alle Verpflichtungen von unten nach oben aufhebe . . . Und Du wirst auch sehen, daß wir den Franzosen, Italienern usw. keine Gelegenheiten geben werden nach der Richtung hin über uns die Nase zu rümpfen, so wenig als wir vergessen und verleugnen, daß wir in Wyden das »gesetzlich« aus dem Programm gestrichen und es in Erfurt nicht mehr aufgenommen haben. Im übrigen weißt Du das alles auch, sonst hättest Du ja Deine Zustimmung zu den Korrekturen nicht gegeben.« Die von den "Kommunisten" ausposaunte "Fälschung" in jener Vorrede Friedrich Engels' ist also unter dessen voller Zustimmung erfolgt.

Wie lauten nun die angeblich gefälschten Stellen? D. Rjasanow hat in seinem Aufsatz Engels' Einleitung zu Marx' Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 diese Stellen aus dem Engelsschen Manuskript wiederhergestellt. Der erste Passus lautet unverkürzt (die gestrichene Stelle ist hier in schräger Schrift wiedergegeben): »Und endlich sind die seit 1848 neugebauten Viertel der großen Städte in langen, geraden, breiten Straßen angelegt, wie gemacht für die Wirkung der neuen Geschütze und Gewehre. Der Revolutionär müßte verrückt sein, der sich die neuen Arbeiterdistrikte im Norden und Osten von Berlin zu einem Barrikadenkampf selbst aussuchte. *Heißt das, daß in Zukunft der Straßenkampf keine Rolle mehr spielen wird? Durchaus nicht. Es heißt nur, daß die Bedingungen seit 1848 weit ungünstiger für die Zivilkämpfer, weit günstiger für das Militär geworden sind. Ein künftiger Straßenkampf kann also nur siegen, wenn diese Ungunst der Lage durch andere Momente aufgewogen wird. Er wird daher seltener im Anfang einer großen Revolution vorkommen als im weiteren Verlauf einer solchen und wird mit größeren Kräften unternommen werden müssen. Diese aber werden dann wohl, wie in der ganzen französischen Revolution, am 4. September und 31. Oktober 1870 in Paris, den offenen Angriff der passiven Barrikadentaktik vorziehen.*« Das sagt klar, daß nur unter ganz bestimmten Verhältnissen die Barrikadentaktik noch möglich ist. Dann ist aus der Engelsschen Vorrede noch weiteres gestrichen (in den folgenden Zitaten wieder durch schräge Schrift kenntlich gemacht): »Auch in den romanischen Ländern sieht man mehr und mehr ein, daß die alte Taktik revidiert werden muß. *Überall ist das unvorbereitete Losschlagen in den Hintergrund getreten*, überall hat man das deutsche Beispiel der Benützung des Wahlrechts, der Eroberung aller uns zugänglichen Posten, nachgeahmt.« Hier wird von Engels ausdrücklich erklärt, daß die gesetzliche Anwendung der Eroberung »aller uns zugänglichen Posten« die alte, vor allem auf den Barrikadenkampf eingestellte Taktik »revidiert« hat. Und das ist gerade das entscheidende Moment für die Be-

mitschau wurde die Wiege der jungen freiheitlichen Arbeiterbewegung. Der junge Seidel wurde ihr eifrigster Jünger. Noch nicht 20 Jahre alt, hatte er schon eine ganze Reihe Arbeits- und Ehrenämter in der Crimmitschauer Partei inne: Er war der Sekretär des Volksvereins und stellte seine frühe pädagogische Begabung ganz in den Dienst des Arbeiterbildungsvereins, nahm an der Gründung des ersten Konsumvereins und eines sozialdemokratischen Tageblatts tätigsten Anteil und wurde auch in den Aufsichtsrat der von ihm mitbegründeten Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeitergewerkschaft gewählt, aus der sich dann der 1. Deutsche Textilgewerkschaftsverband gebildet hat. Alle diese rege Arbeit wurde 1870 durch den Krieg jäh unterbrochen. Seidel hatte am Anfang mit seiner spätern Einberufung gerechnet und hätte ihr notgedrungen, wie andere Sozialdemokraten auch, Folge geleistet. Als aber der Krieg nach der Schlacht von Sedan auch gegen die junge Französische Republik fortgesetzt wurde, nahm die Arbeiterpartei in Deutschland eine andere Haltung ein; sie war schon damals unbedingt für eine deutsch-französische Verständigung, forderte einen ehrenvollen Frieden für Frankreich und hielt Protestversammlungen gegen die Annexion Elsaß-Lothringens ab und gegen die Weiterführung des Krieges. Auch der junge Seidel sprach in solchen öffentlichen Volksversammlungen gegen den Krieg und die Annexion. Aber der General Eduard Vogel von Falckenstein, der militärische Machthaber über ganz Norddeutschland, verbot unter der Diktatur des Belagerungszustands die sozialdemokratischen Versammlungen in Leipzig und Dresden, in Crimmitschau und Meerane, und in Meerane wurde sogar der sozialdemokratische Verein aufgelöst, und seine Vorstandsmitglieder kamen ins Gefängnis. Seidel war zum Krieg ausgehoben worden, aber er folgte der Einberufung nicht. Er ging nach der Schweiz, entschlossen alle Folgen dieses Schritts auf sich zu nehmen, auch das Erschießen.

Mit solchen Erfahrungen kam der junge Seidel also nach der Schweiz. Er wurde nicht ausgeliefert. An verschiedenen Orten des Kantons Zürich war er Arbeiter in Webfabriken. Er beteiligte sich fleißig am Parteileben, gründete auch mit seinen Freunden den ersten Arbeiterturnverein am Züricher See und war sein Vorturner. Volksbefreiung durch Volksbildung: das war von Anfang an sein Leitgedanke. Und er fing zunächst einmal bei sich an. In seinen Freistunden studierte er für sich die Geschichte und Wirtschaft seiner neuen Heimat; er lernte Französisch, suchte sich die notwendigen Grundlagen zu einer kaufmännischen Bildung zu erwerben und wurde Handlungsgehilfe, erst in einem Fabrikationsgeschäft und dann in einer Buchhandlung. Mit 24 Jahren schrieb er eine preisgekrönte volkswirtschaftliche Arbeit über die gestellte Frage: Welchen Umständen verdankt die Schweiz, bei ihrem Mangel an Kohle und Eisen, ihren industriellen Rang? Er hatte in ihr nicht verhehlt, daß alle die günstigen Gründe und Ursachen für die äußerlich stolze Entwicklung der schweizerischen Industrie zugleich auch die Entwicklung der Löhnerbewegung und Arbeiterorganisation bedingen.

Durch diese Preisarbeit war der ehemalige sächsische Fabrikweber und derzeitige Buchhandlungsgehilfe außerordentlich im Ansehen bei seinen sozialistischen und kaufmännischen Vereinsgenossen gestiegen, und ihr verdankte er auch bald eine gutbezahlte höhere kaufmännische Vertrauensstellung in einer Baumwollspinnerei im Züricher Oberland. Aber Seidels weltanschaulich-politische Linie bog nicht ab. Ohne langes Besinnen gab er nach 1¼ Jahren diese vorteilhafte und aussichtsreiche Stellung auf, als an ihn der Ruf seiner

Partei erging die kaufmännische Leitung der Geschäfte des Schweizerischen Arbeiterbunds in Zürich zu übernehmen, das heißt die Geschäftsleitung der Druckerei und der Volksbuchhandlung und der Zeitung Tagwacht, was ihm, wie er wußte, nur sehr mäßig bezahlt wurde. Doch über seinem persönlichen Vorteil stand immer das Wohl der Sozialdemokratie. Für viele war diese damals nur eine Angelegenheit zur Erzielung besserer Löhne. Der Realpolitiker Seidel aber hatte auch den Idealismus seiner Partei als einer ethischen Bewegung noch höhere Ziele zu weisen: die Hebung der Volksbildung und Volksmoral zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Brüderlichkeit. Das wies schon früh den Sozialisten Seidel auf pädagogische Pfade. Es ließ ihn neben dem Sozialpolitiker zum Sozialpädagogen werden.

Beide Seiten seiner Kämpfernatur sind in Robert Seidels Leben untrennbar zu einer imponierenden Persönlichkeit verbunden. Er besuchte noch als 29jähriger, jungverheirateter Mann (seine Frau war die Schwägerin Mottelers, des "roten Postmeisters") das Seminar zu Küßnacht, und er bewältigte den 4jährigen Lehrgang in einem einzigen Jahr. Er wurde Volksschullehrer in Dietikon. Nach einem Jahr aber ging er nach Zürich zurück, um Hochschulstudien zu treiben, wurde wieder Volksschullehrer und dann Reallehrer. Nachdem er 1890 bis 1899 noch einmal seine Reallehrerstelle für die Notwendigkeiten der Partei geopfert hatte und Redakteur, Sekretär und Präsident der Arbeiterunion Zürich und Kassierer des Kantonalverbands Züricher Grütli- und Arbeitervereine geworden war, nahm er wieder eine Reallehrerstelle in Zürich an und habilitierte sich 1905 als Privatdozent für Allgemeine und Historische Pädagogik an der Eidgenössischen Technischen Hochschule und 1908 auch als Privatdozent für Allgemeine Pädagogik einschließlich Sozialpädagogik und für Geschichte der Pädagogik auf Grundlage der Kulturentwicklung an der Universität Zürich. Er blieb aber der Sozialist und Volksmann Seidel. Auch in seinen sozialpädagogischen Werken. Er ist mit ihnen der Bahnbrecher der sozialpolitischen Pädagogik und der Vater der Arbeitsschule geworden. In seiner mehr als 50jährigen sozialpolitischen Tätigkeit hat er nach seinen eigenen Worten fast alle Würden und Bürden der schweizerischen, deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mitgetragen. Er ist mehr als 20 Jahre lang Mitglied des Großen Stadtrats von Zürich und einmal auch sein Präsident gewesen; er saß im Züricher Kantonsrat und 6 Jahre im Nationalrat, und eine ganze Reihe schweizerischer und europäischer Tagungen verzeichnete ihn als Redner. Besonders in den 6 Jahren seiner Reallehrerzeit in Mollis, wo er der Führer der Grütlivereine des Kantons Glarus war, und danach als der Redakteur der Züricher Arbeiterstimme, des Zentralorgans der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsbunds der Schweiz, hat Seidel ein besonders reiches sozialpolitisches Schaffen entfaltet. Mit der Tagwacht begann die sozialistische Aktion Seidels in breitester Öffentlichkeit und in größerem Maßstab. Seine Zeitung war eine gefürchtete Waffe aller Arbeiter und Bedrückten. Gegen die damals in der Schweiz herrschende Wohnungsnot stellte er ein ausführliches Programm für Schaffung besserer und billigerer Wohnungen auf; diese seine 10 Thesen wurden die Grundlage eines neuen Wohnungsgesetzes. In der kleinen gehaltvollen Schrift Sozialdemokratie und ethische Bewegung bekennt er: »Die Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebes und den Untergang des handwerksmäßigen Kleinbetriebes lernte ich in meiner eigenen Familie und in meiner kleinen Vaterstadt gründlich kennen. Schon als 12jähriger Knabe

konnte ich ziffernmäßig die ungeheuren Vorteile des fabrikmäßigen, konzentrierten Großbetriebs und die erdrückenden Nachteile des zersplitterten Kleinbetriebs ausrechnen; ja, ich mußte sie ausrechnen; denn mein wohlsituiertes Stiefvater kam gleich Hunderten seiner Handwerksgenossen ökonomisch immer mehr zurück. Das gab viel Sorgen und Unfrieden in der Familie; meine Mutter, eine feinfühlende Frau, litt viel darunter, und auch ich mußte schwer darunter leiden. Mein und meiner Mutter alter frommer Glaube an einen gütigen, gerechten Vater im Himmel schwand langsam vor der Wirklichkeit; denn wir mußten tausendmal erfahren, daß unsere brünstigen Gebete und Gesänge nichts halfen. So lernte ich die unerbittliche soziale Entwicklung kennen, und ich fühlte und dachte sozialdemokratisch, ehe ich nur das Wort Sozialdemokratie gehört hatte . . . Ich kämpfte mich äußerlich und innerlich durch und gelobte alle Zeit bei den Armen, Schwachen und Gedrückten zu stehen und für des Volkes Recht und Freiheit zu kämpfen.«

Dieses Gelöbniß hat Seidel treu gehalten. Deshalb wurde er aktiver Sozialist. Sozialdemokrat aus sittlichen Motiven. Welch große Wirkung die von ihm redigierte Arbeiterstimme auf ihre Leser ausgeübt hat, beweist die Zuschrift eines Seidel persönlich völlig unbekanntem Abonnenten aus einer katholischen Gegend: »Ich bin nun 5jähriger Abonnent dieses Blattes und bekenne offen, daß ich seitdem ein ganz anderer Mann geworden bin in meinem Charakter und Ideen. Ich wurde ein sehr leidenschaftlicher Leser der Arbeiterstimme. Mein Lieblingsblatt erweckte mir das Gemüt für die Armen, Arbeitslosen und Verlassenen derart, daß ich für sie, soviel in meinen Kräften lag, geopfert habe und von meiner ebenso guten Frau deswegen öfters leise Bemerkungen erhielt. Doch nicht nur dieses lernte ich aus der Arbeiterstimme, sondern ich lernte auch aus diesem sozialdemokratischen Blatte, daß man pflichtgetreu, mit Geist und Liebe die Arbeit verrichten soll . . . Wie wir Sozialdemokraten zur Pflicht und Treue in unserer Arbeit ermahnt werden, so habe auch ich aus der Arbeiterstimme den Wert der Arbeit kennen gelernt.«

Mehr als nur für den Tag will der Sozialist auch für die ganze Gegenwart und in die Zukunft wirken. 1879 veröffentlichte der Tagwachtredakteur Seidel die erste seiner Schriften im Buchhandel: Der staatliche Getreidehandel, oder Wie kommt das Volk zu billigem Brot? Und er wurde nicht müde immer wieder dieses große volkswirtschaftliche, soziale Problem, wo er nur konnte, zu behandeln, zu vertiefen und zu erweitern. Denn es bedeutete für ihn ein großes Stück praktischen Sozialismus. In seinem am 24. April 1913 in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten ausführlichen Aufsatz Getreideversorgung und Getreidemonopol in der Schweiz berichtet er eingehend über die erste Volksbewegung für den staatlichen Getreidehandel, die er eingeleitet und begründet hat, über das staatliche Getreidemonopol als Mittel der Landesverteidigung und Rettungsanker der Müllerei und über die Notwendigkeit des Getreidemonopols. Und er schließt seine auch heute und immer wieder lesenswerte, gerade für einen Sozialisten richtunggebende Untersuchung mit den zu beherzigenden Worten: »Der demokratische Volksstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat so große finanzielle, technische, geistige und moralische Hilfsmittel, daß er die Brotversorgung des Volkes durch ein Getreidemonopol leicht und gut durchführen kann. Wir Sozialdemokraten aber müssen mit aller Kraft das Staatsmonopol fordern und an dessen Einführung und Durchführung mitarbeiten. Wir müssen mitarbeiten,

auch auf die Gefahr hin, daß das Monopol auf den ersten Wurf nicht ganz unseren Forderungen entspricht. Es wäre eine ganz unfruchtbare Grundsätzlichkeit, es wäre ein nihilistischer Doktrinarismus immer nur den Sozialismus zu fordern, ohne an seiner praktischen Einführung im Staat, in der Gemeinde und in der Genossenschaft zu arbeiten. Grundsätze sind da, um durch die Tat verwirklicht zu werden, nicht, um ewig mit Worten verkündigt zu werden. Das Getreidemonopol ist der Weg zum Sozialismus ...»

Wir sehen: Der Wille zum praktischen Sozialismus ging unserm Seidel über alle bloße Doktrin, und in solchem Sinn hat er stets für die Partei und für sein Volk gearbeitet. Für ihn galt es Beispiele zu schaffen zu Nutz und Frommen eines sozialen Gemeinwesens und für die Verwirklichung sozialistischer Forderungen. Noch heute ist er um diese große Idee des Getreidemonopols rastlos bemüht. Ich sah in diesem Sommer bei ihm in Zürich das Riesenmaterial zu seinem großen Werk, an dem er immer noch arbeitet, und das eine gründliche Erörterung aller Staatsmonopole und ein letztes Einsetzen für sein geliebtes Schweizer Getreidemonopol werden soll: Staatlicher Getreidehandel und staatliches Getreidemonopol als Notwendigkeit der Landesverteidigung, der Volkswirtschaft und der Sozialreform. Der Name Vater des Getreidemonopols, der ihm in Ernst und Spott wegen seiner fast 2 Menschenalter umspannenden Aktivität für diesen großen sozialistischen Gedanken beigelegt worden ist, wird dann für ihn ein Ehrenname werden.

Im Jahr 1891 hatte unter den 400 Delegierten des Internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel auch Seidel ein Mandat, vom Zentralkomitee des Schweizerischen Grütlivereins. Unter brausendem Jubel wurde die Resolution über die Arbeiterschutzgesetzgebung angenommen, und ebenso einstimmig der Beschluß gefaßt: »Die Arbeiterklasse muß sich selbst befreien; sie muß selbst Politik treiben.« Das war schon längst auch Seidels Meinung gewesen, und er verdoppelte seinen Eifer und hielt in der ganzen Schweiz Vorträge über die sozialpolitischen Aufgaben der organisierten Arbeiterklasse und über die Notwendigkeit einer besondern Arbeiterpolitik. Er stellte, treu seiner Devise für sozialistische Aktion und praktische soziale Arbeit, mit seinen Züricher Freunden ein »Programm der nächsten Bestrebungen« auf. Weit griff die Tagwacht über alles Lokale hinaus, sie wurde zum sozialen Volksgewissen der Schweiz. Berühmt wurde seinerzeit Seidels große Interpellationsrede vor dem Kantonsrat gegen die Willkür eines Polizeihauptmanns, der sich »gegen unschuldige Arrestanten benommen habe, wie die russische Polizei gegen polnische Gefangene sich zu benehmen pflege«. Diese Rede ist in ihrer prächtigen, fast lessingschen Diktion heute noch eindrucksvoll. Sie schließt mit den Worten: »Das Vertrauen des Volkes in die Rechtsprechung ist in der letzten Zeit nicht gestiegen sondern recht gesunken... Ich möchte die Grundlagen unseres Staates aufrechterhalten, namentlich das Vertrauen des Volkes in die Gerechtigkeit seiner Behörden, und deshalb habe ich diese Interpellation gestellt und wünsche von ganzem Herzen, sie könnte von der Regierung so beantwortet werden, daß das erschütterte Vertrauen unseres Volkes in unsere obersten Behörden wieder hergestellt wird.« Die Schweiz ist nicht mehr, was sie war. »In den dreißiger und vierziger Jahren wurden in der Schweiz eine Menge revolutionärer deutscher Köpfe an die Schulen berufen. Es war die goldne Zeit des bürgerlichen Freisinns und der bürgerlichen Demokratie; es war ihre große Zeit. Heute ist es ganz

anders. Freisinn und Demokratie sind alt geworden. Da werden von der schweizerischen bürgerlichen Demokratie und vom radikalen Freisinn am liebsten Bismarck- und Kaiseranbeter aus Deutschland an die Schulen berufen, und ein sozialdemokratischer deutscher Mann findet nirgends einen Platz. Selbst ein Einheimischer findet keinen Platz, sofern er sozialdemokratischer Ideen verdächtig ist. Die besten Empfehlungen für ihn sind Seruilismus und kirchliche Frömmigkeit.« So schreibt Seidel in der Tagwacht. Die Schweiz leidet an nationaler Eitelkeit. »Die Einbildung, daß wir Schweizer das freieste Volk seien, ist uns schon allzusehr in den Kopf gestiegen und schon mehr als einmal zum Hindernis der Selbsterkenntnis und zum Hindernis des Fortschritts geworden.« Ein deutlicher Beweis dafür war für Seidel die große Bundesfeier, das 600jährige Jubiläum der Eidgenossenschaft. »Im Zeitalter der Arbeiterbewegung das höchste politische Fest der Eidgenossenschaft ohne Vertretung der Arbeiter! Das ist kein Ruhm für die offizielle Eidgenossenschaft; das ist ein schlimmes Zeichen für die Zukunft.« Seidel weist immer wieder nach, wie die gute Verfassung in den Händen der herrschenden Klasse ein bloßes Stück Papier geworden ist.

Robert Seidel führte eine scharfe Klinge. Doch hat er immer ritterlich getochten, und neben dem Zorn des Kämpfers wohnte ihm tiefe Menschlichkeit im Herzen, Verstehen und Verzeihen. Er liebte die Armen und vom Glück Verfemten grenzenlos und verzieh ihnen alles, selbst Untreue und Undankbarkeit; weil sie die Armen sind. Auch seine Schweizerheimat liebte er, trotz aller notgedrungenen Kritik an den Schweizer Zuständen. Die schönsten seiner Lieder hat er ihr gesungen. Diese Freude an der Schweizer Welt und ihrem Volkstum hat den Sozialisten Seidel zu einem nationalen Sozialdemokraten gemacht, der energisch für eine staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und des Volkes eintrat. In seinem Buch Sozialdemokratie und staatsbürgerliche Erziehung, oder Staatsbürger, Weltbürger und Mensch wies er 1917 überzeugend nach, daß der Standpunkt des Nurinternationalen unhaltbar ist, und daß ein richtiger Sozialdemokrat sehr gut auch national gesinnt sein könne: »Es ist falsch die Begriffe Staatsbürger und Weltbürger, national und international einander entgegenzusetzen, denn sie sind einander nicht entgegengesetzt; sie schließen einander nicht aus, sondern sie schließen einander ein; sie liegen um den gleichen Mittelpunkt als Kreise, die den Menschen und sein Leben und Streben umschließen; sie sind Formen des natürlichen und notwendigen menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens. Ja, die verehrten radikalen und radikalsten Genossen müssen national sein, sobald sie auch nur den kleinsten praktischen Schritt für die Verbesserung des Loses der Arbeiter tun wollen. Der Nurinternationale steht in der Luft.« Solche Ehrlichkeit in klarer Grundsätzlichkeit hatte ihm eine Zeitlang erbitterte Gegnerschaft in den eigenen Reihen eingetragen, und 2 Jahre lang, 1917 bis 1919, gab er alle seine Parteiämter und politischen Würden preis, um, wie er sagte, der »reformatorischen, demokratischen Richtung der Sozialdemokratie nicht untreu werden zu müssen«. »Ich stelle den Sitz im Nationalrat nicht über die Wahrheit und bringe ihm meine Überzeugung nicht zum Opfer. Ich will nicht als Knecht eines Ehrenamtes, sondern ich will als freier Kämpfer und Sänger der Demokratie und des Sozialismus, und ich will als überzeugter Apostel der harmonischen Menschenbildung in den Flammenofen fahren«, schrieb er damals. Und man brauchte ihn wieder.

Vieles hat Robert Seidel für die Arbeiterklasse erreicht: die Zuerkennung der Maifeiertage, Verkürzung zu langer Arbeitszeiten, Verbesserungen im Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, geheimes Stimmrecht in den Gemeinden, Unentgeltlichkeit der Beerdigungen, Unentgeltlichkeit auch der Volks- und Realschulen, die automatisch steigende Gehaltserhöhung für die Lehrer- und die Beamtschaft und vieles andere noch. Einen seiner größten Erfolge hatte er beim sogenannten Zentralbahnhandel. In einer Reihe sehr anschaulich eindringlicher Artikel wies er nach, daß der "Rückkauf" der Bahn aus Privathänden ein Schwindel- und Schachergeschäft der Börsenmänner und Aktionäre wäre, zwecks Einsackens eines kolossalen Profits; er warnte vor einem Wucherkauf ohne genaue Untersuchung und Prüfung, und ehe nicht die Vorrechte der Eisenbahn beseitigt und ein Expropriationsgesetz eingebracht worden seien, und stellte der falschen Rechnung der Regierung eine ausführliche richtige Rechnung gegenüber; es gelang ihm auch der Nachweis, daß einige Börsenmänner »über die Köpfe der kompetenten Gesellschaftsbehörde hinweg, eine große schweizerische Bahnunternehmung verhandeln oder doch zu verhandeln suchen«, um dabei ein 3faches Geschäft zu machen, indem sie »die von den großen Spekulanten zusammengerafften Aktien der Zentralbahn zu hohen Preisen wieder an den Mann bringen und dann bei den großen Finanzoperationen, die eine solche Fusion nach sich zieht, wieder ein Geschäft machen, und wiederum ein schönes Geschäft, wenn es sich später darum handelt das Netz der neuen fusionierten Gesellschaft an den Bund abzutreten«. Die ganze Sache war bereits dem Abschluß nahe, aber Seidels Bemühungen war es zuzuschreiben, daß Anfang Dezember das Schweizervolk mit großer Stimmenmehrheit (280 000 Bürger dagegen, 130 000 dafür) das durch den internationalen Börsenring angebotene Geschäft abgelehnt hat. Seidel hat seinem Volk bei diesem Handel 40 bis 50 Millionen erspart, und der Weg für eine volkstümliche Eisenbahnverstaatlichung war frei.

Über dem allen aber war sein Werk: die zielstrebige Geschlossenheit der Schweizer Arbeiterbewegung und ihre oft mühsame, aber erfolgreiche Erziehung zu sittlichem Selbstbewußtsein und verantwortlichem Handeln. Er hat es durch nimmermüde Arbeit erreicht: als Partei- und Gewerkschaftsführer, als Redakteur und als Parlamentsabgeordneter, als hinreißender Redner und Schriftsteller. Er ist wiederholt auch zu Vorträgen vor den Arbeitern, Lehrern und Studenten in Deutschland, Österreich und Ungarn eingeladen, ans Institut Jean Jacques Rousseau in Genf berufen worden, und seine sozialpädagogischen Schriften haben Weltruhm gefunden. Erstaunlich war seine Arbeitskraft, und anfeuernd war sein Beispiel. Es gibt rührende Zeugnisse seiner steten Hilfsbereitschaft, rührende Zeugnisse auch treuester Anhänglichkeit an ihn. Man konnte diesem Mann schließlich auch im Bürgertum die Anerkennung länger nicht versagen. An seinem 60. Geburtstag war die Züricher Stadthalle zum Robert-Seidel-Liederabend mit mehr als 2000 Menschen gefüllt, 13 Gesangvereine sangen die Lieder des Gefeierten.

Heute ist er 80 Jahre alt. Er ist in körperlicher und geistiger Frische immer noch tätig. Wir grüßen ihn in dankbarer Anerkennung des von ihm Geleisteten. Der Name Robert Seidel wird für immer ein Ehrenname der Arbeiterbewegung und sozialpolitischer und sozialpädagogischer Wirksamkeit sein, die Lebensarbeit dieses Mannes ein Beispiel sozialistischer Aktivität.



LUDWIG OPPENHEIMER · STAAT UND SELBST- VERWALTUNG IN DER SOZIALPOLITIK



WÄHREND der Davoser Hochschulkurse dieses Jahres fand eine organisatorisch an die Kurse angelehnte, aber von den Teilnehmern selbständig vorbereitete und durchgeführte Sozialpolitische Aussprache statt, an der eine Anzahl jüngerer sozialpolitisch interessierter Politiker, Gewerkschafter, Wirtschaftswissenschaftler und Studenten verschiedenster politischer Richtung aus Deutschland und Frankreich teilnahm. Auf deutscher Seite waren neben Sozialisten (unter anderen Georg Decker und Walther Pahl) auch führende Mitglieder der Jungen Rechten (Walther Reusch, Axel Seeberg), der "bündischen" Bewegung (Werner Pohl, Otto Reise) und der jungdemokratischen Gruppen (Friedrich Saake, Alfred Tismer) beteiligt, ferner unter anderen Max Clauß, der Herausgeber der Europäischen Revue. Auf französischer Seite sind insbesondere der religiöse Sozialist André Philip und André Fourgeaud, einer der Führer der unter oberster Leitung Georges Valois' stehenden Republikanisch-Syndikalistischen Partei, die sich vor einigen Jahren von den Fascisten abspaltete und zur Linken überging, zu nennen; zu ihnen traten noch einige sozialistische und linksbürgerliche Teilnehmer. An einigen Aussprachen nahm weiterhin der fascistische Staatsrechtslehrer Guido Bortolotto, der eine Reihe von Vorträgen bei den Hochschulkursen übernommen hatte, als Gast teil.

Die Initiative wie die Vorbereitung ging im wesentlichen von einem überparteilichen Berliner Arbeitskreis aus, in dessen Dienst der Verfasser dieses Artikels die organisatorische Vorarbeit übernahm; ihr begegnete auf französischer Seite eine vor allem von Fourgeaud eingeleitete Initiative. Die sorgsame Auslese der Teilnehmer führte zu einer Aussprache, die die Austragung der sachlichen Gegensätze in loyalster Weise und mit dem ernstesten Bestreben durchführte auch der gegnerischen politischen Auffassung ein unbefangenes Verständnis entgegenzubringen. Dies wurde dadurch erleichtert, daß auch die nichtsozialistischen Teilnehmer, gemäß der vorherrschenden Haltung der "jungen Generation" in Deutschland, der "jeunes équipes" in Frankreich, dem sozialen Problem gegenüber ein volles Bewußtsein ihrer Verantwortung empfanden; die meisten Teilnehmer waren sogar praktisch auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätig und verfügten insofern nicht nur über lebhaftes positives Interesse für sozialpolitische Fragen sondern auch über gute Sachkenntnisse auf ihrem Arbeitsgebiet. Dementsprechend war denn auch das Rahmenthema der Aussprache (Primat des Staates oder der Selbstverwaltung bei der Lösung der sozialen Fragen?) so formuliert, daß nicht das Ob, sondern nur das Wie einer entschiedenen Sozialpolitik und einer sozial orientierten Wirtschaftspolitik zur Diskussion stand. Zwar wurden auch von dem Boden des Liberalismus aus gelegentlich einzelne Argumente vorgebracht, etwa: kollektiv festgesetzte Löhne und Preise störten als "Monopolpreise" die sich nur bei völlig freier Konkurrenz durchsetzende Tendenz zum Optimum der Produktivität und ständen ferner einer, die zweckmäßige Anwendung der Wirtschaftskräfte kritisch nachprüfenden Wirtschaftsrechnung im Weg; doch blieben diese Argumente, ebenso wie die von sozialistischer Seite zur Verteidigung kollektiver Preisbildung vorgebrachten Gegen-

argumente, am Rand der Diskussion. Ebenso wenig kam die grundsätzliche Ablehnung jeder Sozialpolitik auf dem Boden der gegebenen Ordnung in der Diskussion zum Ausdruck. Vielmehr ging die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer einheitlich von der Überzeugung aus, daß die Durchführung von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl im Interesse der Gesamtheit der werktätigen Kräfte wie unter Beteiligung ihrer kollektiven Organisationen geschehen und wirksamer Kontrolle durch den Staat und jene Organisationen unterliegen müsse. So ergab sich eine gemeinsame Grundlage, von der aus einzelne sozialpolitische Methoden und wirtschaftspolitische Zielsetzungen als Anwendung gemeinsam anerkannter Prinzipien oder als Mittel zu gemeinsam anerkannten Zielen gewertet werden konnten.

Innerhalb dieses weiten Rahmens versuchte man vor allem die Übereinstimmungen und Gegensätze der verschiedenen vertretenen Auffassungen (Wirtschaftsdemokratie, Syndikalismus, bündische, der berufsständischen verwandte, Idee der Jungen Rechten¹, Fascismus) herauszuarbeiten: wobei die national bedingten Differenzierungen namentlich zwischen der französischen und der deutschen Auffassung besondere Beachtung finden sollten. Es erwies sich hierbei, daß die in der Themastellung enthaltene Antithese "Staat oder Selbstverwaltung?", wenn man sie nur um die verwandten Antithesen "Staatsmacht oder Eigenmacht der kollektiven Organisationen?" und "Staatseingriff oder freier Austrag der kollektiven Interessengegensätze?" erweiterte, an die Wurzel jener Übereinstimmungen und Gegensätze führte und die Hauptrichtung der die verschiedenen Systeme kennzeichnenden Politik in großen Linien zu erfassen erlaubte. Von diesen Grundbegriffen aus vermochte man, in grundsätzlicher Betrachtung der Klarstellung der allgemeinen Struktur der bestehenden Gemeinsamkeiten und Gegensätze, in historischer Betrachtung der Aufdeckung ihrer tiefern Begründung näherzukommen.

In grundsätzlicher Hinsicht ergaben sich hierbei folgende (einer raschern Orientierung zuliebe schon hier vorweggenommene) Ergebnisse:

1. Fascismus und Syndikalismus bringen die der Aussprache zugrunde liegende Antithese "Staat oder Selbstverwaltung?" am schärfsten zum Ausdruck.
2. Für die grundsätzliche Betrachtung steht, unbeschadet gewisser, vorzugsweise auf dem Weg zur praktischen Anwendung der Systeme entstandener Abwandlungen ihres jeweiligen Grundgedankens, die Wirtschaftsdemokratie als eine Idee kollektiver Demokratie dem freiheitlichen, die berufsständische Idee als eine staatsautoritäre dem herrschaftlichen Pol des Gegensatzes näher.

1) Die wirtschaftspolitische Idee der bündischen Bewegung ist in ihren realen Konsequenzen noch keineswegs klar herausgearbeitet, zumal sie mehr Ausdruck einer geistigen und politischen Grundhaltung als einer zunächst von praktischen Erfahrungen ausgehenden wirtschaftspolitischen Überlegung ist. Dieser Unbestimmtheit in den praktischen Folgerungen entspricht es, wenn sich einerseits ziemlich konservative, andererseits aber auch solche Haltungen als bündisch bezeichnen, die mit der sozialistischen Auffassung mancherlei Berührungspunkte haben. Die gemeinsame Grundlage sämtlicher bündisch, das heißt an innerlich bejahten Bindungen orientierten Auffassungen dürfte in der sehr entschiedenen Ablehnung des Liberalismus zu finden sein, wobei zwar vornehmlich auf den individualistischen Liberalismus, daneben aber auch auf den "kollektivistischen Liberalismus" gezielt wird, der sich in der rücksichtslosen Verfolgung von Gruppeninteressen äußert. Besonders ausgeprägt erscheint diese antiliberalen, auch der kollektiven Freiheit der Gruppenpersönlichkeiten feste Grenzen zumessende Haltung bei der in der Jungen Rechten geltenden Form der bündischen Idee, die eben dadurch der berufsständischen Idee nahezückt. In den im folgenden Absatz versuchten grundsätzlichen Zusammenfassungen wird die bündische Idee unter dem Oberbegriff einer, nicht tagespolitisch gefaßten, berufsständischen Idee berücksichtigt; darunter wird eine entschieden autoritäre, antiliberalen Idee verstanden, die jedoch zum Unterschied vom Fascismus der kollektiven Freiheit von Berufsorganisationen eine gewisse Selbständigkeit neben der Staatsmacht zuerkennt; unter der Voraussetzung, daß diese kollektive Freiheit nicht "rein wirtschaftlich" orientiert sondern ihrer Verantwortung vor Volk und Staat bewußt ist und demgemäß handelt.

3. In sämtlichen Systemen entwickeln sich mit innerer Notwendigkeit Tendenzen gedanklicher und praktischer Weiterbildung, die auf Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der jeweils anderen Systeme, auf eine Verwertung ihrer Erfahrungen und sogar in gewissem Umfang auf eine Übernahme von Elementen dieser Systeme abzielen.

4. Es ist denkbar, daß durch derartige Tendenzen die beiden herrschaftlichen Systeme unter einander und die beiden demokratischen Systeme unter einander in ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Übereinstimmung gebracht werden. Dagegen ist es unmöglich, daß die demokratischen mit den herrschaftlichen Systemen zu grundsätzlicher Übereinstimmung gebracht werden, da sie sich in ihrer Begründung gegenseitig ausschließen. Allenfalls kann der mehrfach unternommene Versuch unter grundsätzlicher Kritik beider Systeme eine Überbrückung auf höherer Ebene (etwa durch einen Führerschafts- und Führerauslesegedanken) durchzuführen als diskutabel erscheinen.

5. Auf der praktisch-politischen Ebene kann trotzdem auch zwischen den beiden Systemgruppen ein fruchtbarer gegenseitiger Austausch von Ideen stattfinden; denn auch vom Boden der Demokratie aus können ja zum Beispiel ohne jeden Kompromiß solche einzelnen praktischen Maßnahmen aufgegriffen werden, die, ohne aus der demokratischen Idee abgeleitet werden zu können, ihr doch nicht widersprechen. Das gleiche gilt natürlich auch umgekehrt für die herrschaftliche Auffassung.

6. Aus diesen Erwägungen ergeben sich sowohl die Möglichkeiten wie die Grenzen des Werts loyal geführter Aussprachen.

Diese grundsätzlichen Ergebnisse der Aussprache wurden nun weiterhin noch durch die historische Betrachtung bestätigt, indem man sich, auf Grund einer Analyse der geschichtlichen Situation, die Gegner klarzumachen suchte, die die beiden Gruppen von Wirtschaftssystemen auf den Plan gerufen haben.

Wirtschaftsdemokratie und Syndikalismus sind, wie man aus ihrer Vorgeschichte ebenso entnehmen kann wie aus ihrem Programm, zunächst demokratische Gegenbewegungen gegen die ständig anwachsende, Wirtschaft und Staat gleichmäßig beherrschende Übermacht des organisierten Hochkapitalismus; ihre historische Aufgabe ist es demgemäß ihm die Macht kollektiver Organisationen der Arbeitenden entgegenzustellen und diesen Organisationen zunehmenden Einfluß auf Sozial- und Wirtschaftspolitik zu erkämpfen. Wie in früheren Jahrhunderten die politische Demokratie im Rahmen der auf autokratischem Weg geschaffenen politischen Zentralisierung entstand und in diesem Rahmen den Massen Macht erkämpfen wollte, so entsteht und wirkt hier im Rahmen der ebenfalls zunächst autokratisch geführten wirtschaftlichen Zentralisierung die wirtschaftliche Demokratie. Dieser einheitlichen und klaren Situation gegenüber treten die an sich nicht unerheblichen Unterschiede zwischen der Wirtschaftsdemokratie und dem Syndikalismus, zumal nach dessen neueren Fortbildungen, auch vom historischen Blickpunkt aus als letztlich sekundär zurück. Denn wenn auch der revolutionär-anarchistisch gefärbte Syndikalismus bei seiner Gegnerschaft gegen den Hochkapitalismus das politisch-autokratische Element (den Etat gendarme), der korporativistisch gefärbte Syndikalismus das finanzkapitalistische Element (*L'homme contre l'argent*), die Wirtschaftsdemokratie das monopolistische Element vorzugsweise angreift, so sind das doch nur historisch und national bedingte Akzentverschiedenheiten, die sich zudem immer mehr verwischen.

Auf der andern Seite sind Fascismus und berufsständische Idee ihrer Vorgeschichte wie ihrem Programm nach als etatistische Gegenbewegungen gegen wirkliche oder vermeintliche Auswüchse von demokratisch-freiheitlichen und sozialistischen Massenbewegungen zu begreifen. Sie stellen diesen eine sehr verstärkte, unter autoritärer Führung stehende Staatsmacht entgegen, die den Streit der Klassen durch Verkürzung des Spielraums ihrer Freiheit sowie durch Behebung einiger besonders grober, mit der Erhaltung des Friedens unvereinbarer Mißstände in Schranken halten und damit zugleich eine ungestörte nationale Produktion als Grundlage der staatlichen Macht sicherstellen soll. Auf der ideologischen Kampffront bekämpft, wie die Vorträge ihres Vertreters in Davos unterstrichen, diese Staatsmacht die Lehre von der Volkssouveränität mit der Lehre von der den streitenden Volkskräften übergeordneten Autorität, die Lehre vom Kampf der Klassen mit den Lehren von der Versöhnung der Klassen durch den "höhern Dritten" Staat und von der friedlichen Kooperation der Berufe. Eine freiheitliche, auf der Mitbestimmung der Arbeiterklasse aufbauende Selbstverwaltung der Wirtschaft schien demgemäß der Mehrzahl der Teilnehmer der Aussprache, ungeachtet der ehrlichen Absicht einiger Gruppen innerhalb des Fascismus, im fascistischen Staat nicht durchsetzbar zu sein, da dieser Staat sich nicht nur auf Grund der Erfahrungen revolutionärer Perioden einer wesentlichen Ausdehnung der sozial- und wirtschaftspolitischen Befugnisse der Arbeiterklasse widersetze sondern darüber hinaus auch den Bestrebungen die materielle Lage der Arbeiter erheblich zu verbessern nicht geneigt sei; denn jede merkliche Verminderung des Unternehmergewinns schein ihm eine Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit und des Gedeihens der nationalen Produktion zu bedeuten. Er werde derart, unbeschadet der Beschneidung mancher Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dennoch mit Notwendigkeit zu einer Stützung und Festigung ihrer wesentlichsten Grundlagen geführt.



UNMEHR seien die in Davos geführten Auseinandersetzungen in ihren Hauptlinien nachgezeichnet. Ich werde mich dabei zwar natürlich so genau wie möglich an Inhalt und Betonung des Ausgeführten halten, jedoch aus Gründen der Übersichtlichkeit in einigen Fällen von der Reihenfolge abweichen, in der dort die einzelnen Fragen behandelt wurden. Die Darstellung gliedere ich in 2 Hauptteile; im 1. werde ich auf die grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen Syndikalismus, Fascismus, Wirtschaftsdemokratie und berufsständischer Idee eingehen, die die Aussprache etwa zur Hälfte ausfüllten, im 2. die in der übrigen Zeit durchgeführte Besprechung konkreter Fragen auf 2 Sondergebieten (Schlichtungswesen und öffentliche Wirtschaft) behandeln. Zunächst sei die von den französischen Syndikalisten (die zum Teil selbst Fascisten gewesen waren) gegen den Fascismus gerichtete Kritik wiedergegeben. Sie bemängelten vor allem, daß der Fascismus den Güter- und Kapitalmarkt gänzlich anders behandelt als den Arbeitsmarkt. Für den Arbeitsmarkt gilt hier nämlich das System der vom Staat beherrschten unselbständigen Zwangsgewerkschaften, deren Leiter, auf Grund von Vorschlägen der in den Gewerkschaften maßgebenden Minderheiten, vom Staat ernannt werden, und die, obwohl ihnen nur eine Minderheit angehört, von allen Berufsangehörigen Beiträge einziehen und sie allein gegenüber dem Staat und anderen Berufsvereinigungen vertreten dürfen. Während auf diesem Gebiet

also eine sehr strenge (durch Streikverbot, unzulängliches Beschwerderecht und die obligatorische Vorschrift letztinstanzlicher gerichtlicher Entscheidung von Arbeitskämpfen noch verstärkte) Bindung der gesellschaftlichen Kräfte durch die Staatsmacht besteht, wird auf der andern Seite (in der Carta del Lavoro) »die private Organisation der Erzeugung als Funktion von nationalem Interesse« anerkannt; der Staat greift ihr gegenüber, abgesehen von politischen Motiven, grundsätzlich nur dann ein, wenn sie sich als unzulänglich oder untüchtig erweist, aber nicht mit der entschiedenen Absicht monopolistische Preisbildung und plutokratische Vermögensbildung wirksam zu bekämpfen. Die Diskussion ergab, daß hier im wesentlichen eine Wirtschaftspolitik ähnlich der des bürokratisch geleiteten merkantilistischen Staats getrieben werde, dessen System ja den Unternehmern, Großhändlern und Finanziers regelmäßig große Gewinnchancen einräumte, an deren Überschüssen der Staatsschatz teilnehmen sollte, und ihnen zugleich durch scharfe Reglements über die Arbeitsverhältnisse billige und vor allem fügsame Arbeiter sicherte. Vom Standpunkt der Arbeiter und vom sozialpolitischen Standpunkt aus (die Frage des Nutzens für die Produktion möge offen bleiben) könne dies System keinesfalls begrüßt werden. Es müsse, wie Philip ausführte, zumal keinerlei Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb vorgesehen sei, trotz den von Bortolotto betonten schwachen Ansätzen von Selbstverwaltung zum politischen Desinteressement der Arbeiterschaft, wo nicht, infolge der Bevorzugung des fascistisch gesinnten Arbeiters bei der Arbeitsvermittlung und bei anderen Gelegenheiten, zur Korruption ihres Gemeinschaftswollens führen. Den Glauben, als könne eine derartige Staatsführung das Wohl der Arbeiter zur obersten Richtschnur nehmen, bezeichnete er als einen »umgekehrten Rousseauismus«, nämlich als ein Vertrauen in die natürliche Güte des Staatsoberhauptes.

Für Fourgeaud und seine Richtung war nun gerade dies Versagen des Fascismus im Kampf gegen die »Plutokratie« und den »Finanzimperialismus« das wesentlichste Motiv ihres Übergangs zum Syndikalismus. Fourgeaud betont in seinem Bericht über die Aussprache², daß im fascistischen System die Zusammenfassung der Wirtschaftsgruppen, der Oberste Rat der Korporationen, da er von der politischen Staatsleitung völlig abhängig und nur mit Beratungs- und Verordnungsrecht, nicht aber mit gesetzgebenden Befugnissen ausgestattet ist, keine eigene Politik treiben könne und viel zu schwach sei, um der Plutokratie irgendwelchen ernststen Widerstand zu leisten. Aus diesen Erfahrungen mußte nun die Gruppe Valois den Schluß ziehen, daß eine von der Plutokratie unabhängige Wirtschaftsorganisation nur auf der Grundlage vom Staat unabhängiger, selbständiger und mächtiger Berufsorganisationen geschaffen werden könne. Und an dieser Stelle traf ihr Wollen mit der neuern Entwicklung des französischen Syndikalismus zusammen.

Auch in Frankreich beginnt nämlich die moderne Wirtschaftsentwicklung die Verbandsbildung innerhalb der Wirtschaft und den Einfluß der Gewerkschaften auf das politische Leben mehr und mehr zu steigern, und im Zusammenhang damit treten die "orthodoxen", stark individualistisch und anarchistisch gefärbten Tendenzen des Syndikalismus, wie sie noch in manchen Formulierungen Philips in Davos unzweideutig zum Ausdruck kamen, zugunsten einer reformistischen Bereitschaft der Gewerkschaftsführer sich an

2) Siehe *Fourgeaud A la rencontre des jeunes équipes allemandes*, in den Cahiers Bleus vom 31. Mai 1939.

Funktionen der Wirtschaftsführung und an staatlichen Funktionen zu beteiligen und vor dementsprechenden theoretischen Formulierungen zurück. Die moderne, sich aus der Vereinigung verschiedenster Teiltendenzen allmählich herauskristallisierende syndikalistische Theorie, der "konstruktive" Syndikalismus, versucht in diesem Sinn die Tendenzen der Gewerkschaften zur Einfügung, zur "Integration" in den Staat, zu generalisieren, um so zu einem universalen, logisch in sich geschlossenen Bild des Wirtschafts- und Staatsaufbaus zu gelangen. Er fordert eine verbandsmäßige, "syndikale", Zusammenfassung sämtlicher Produzentengruppen (nicht nur der Handarbeiter) und eine Zentralisierung der entstehenden Verbände in einem Wirtschaftsparlament. Er kommt so in Ausführung von Ideen, die Charles Albert in einem Buch über den modernen Staat dargestellt hat, zu einem den Ideen der Sozialistischen Monatshefte nicht ganz unähnlichen Zweikammersystem, das sich gegen die »Inkompetenz und Unfähigkeit des alten parlamentarischen Staates« richtet. Aus der (vom Staat unbeeinflusst gedachten) Gruppierung der Berufsorganisationen will dieses System die »Kompetenz« und die schöpferische Leistung hervorgehen lassen; dem die »Majorität der Zahl« ausdrückenden politischen Parlament soll dagegen die wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle im Sinn einer Verhütung plutokratischen und monopolistischen Mißbrauchs zustehen.

Zwischen diesen Ideen und denen der deutschen sozialistischen Wirtschaftsdemokratie ergab sich nun in Davos eine interessante Auseinandersetzung, die in dem genannten Bericht Fourgeauds eine eindrucksvolle Fortsetzung fand. Die französische syndikalistische Auffassung wirkte hierbei überlegen durch die den deutschen Gedankengängen nicht im selben Grad eigene systematische Geschlossenheit, mit der sie ihr Endziel eines den politischen Staat gleichberechtigt ergänzenden Etat syndical oder Etat technique, der in stufenförmigem Aufbau durch organisierte Zusammenarbeit aller wirtschaftlichen Verbände eine sachliche und gerechte Selbstverwaltung der gesamten Produzentenschaft verwirklichen sollte, gedanklich durchführte und als Ideal festhielt. Die deutsche wirtschaftsdemokratische Auffassung legte demgegenüber das Hauptgewicht auf die Feststellung der konkreten Methoden und Machtmittel, die in der gegenwärtigen politisch-ökonomischen Situation zur Bekämpfung der Übermacht des Hochkapitalismus und zur Vorbereitung des gemeinsamen Endziels einer gleichberechtigten, der Gesamtheit verantwortlichen Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Kräfte verwendet werden können. Fourgeaud selbst betont in seinem Bericht, daß er in der Analyse der gegebenen Situation auf Grund der Aussprache seine Überzeugungen habe berichtigen müssen.

Ausgangspunkt war hierbei für ihn wiederum seine Grundvoraussetzung, wonach der syndikalistische Staat die Wirtschaft nur dann in gleichmäßigem Interesse aller Produzenten gerecht und sachlich verwalten könne, wenn er der Macht der Plutokratie entzogen sei. Das zu diesem Ziel von der bisherigen syndikalistischen Theorie vorgeschlagene, oben bereits angedeutete Verfahren, nämlich die Kontrolle der Wirtschaft durch das politische Parlament, sei nun aber bei dem heutigen Entwicklungsstand der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, wie deren Analyse beweise, zu einem durchaus unzulänglichen, ja unwirksamen Mittel der Bekämpfung der Plutokratie geworden. Die auf den Gedanken von 1789 beruhende syndikalistische

Lehre übersehe nämlich, daß die politischen Parlamente heute nirgends mehr die mächtigsten Instanzen im staatlichen Leben darstellten, daß vielmehr die Vormacht auf die großen Wirtschaftsmächte übergegangen sei. Von einer Übermacht des politischen Parlaments und von der Möglichkeit wirksamer Wirtschaftskontrolle durch dieses Parlament habe allenfalls in dem individualistischen, unzentralisierten, kleinbetrieblichen Stadium der Produktion die Rede sein können, von dem die Ideen von 1789 ausgegangen seien; hier sei die wirtschaftliche Macht relativ gleichmäßig unter die kleinen Produzenten verteilt gewesen, es habe daher im allgemeinen innerhalb der Produktion keine zentralisierte Wirtschaftsmacht gegeben, und unter diesen Umständen habe also in der Tat ein demokratischer Einfluß auf das politische Parlament noch starke Wirkung auf die Wirtschaft ausüben können. Heute dagegen sei in der großen Wirtschaft eine so starke Macht konzentriert, daß die Parlamente ihr gegenüber nichts Entscheidendes mehr ausrichten könnten; umgekehrt verfüge vielmehr die Wirtschaft über »unwiderstehliche Druckmittel«, um die Parlamente ihrem Willen zu unterwerfen. Wenn man also gegen »Plutokratie« und »Finanzimperialismus« etwas ausrichten wolle, müsse man sie an der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Macht selbst angreifen. Diese Notwendigkeit sei den Deutschen, angesichts der in Deutschland ungewöhnlich rasch fortschreitenden wirtschaftlichen Zentralisierung, besonders eindringlich klar geworden, zumal die Marxsche sozialistische Lehre vom Primat der Wirtschaft die Einsicht in diese Zusammenhänge geschärft und die Bereitschaft zum Eingriff in die wirtschaftlichen Machtverhältnisse verstärkt habe. Die Lehren der Wirtschaftsdemokratie seien insofern berechtigte Ergebnisse dieser Einsicht und Bereitschaft. In Frankreich sei hingegen die Entwicklung weniger überstürzt vor sich gegangen, dort stehe zudem die liberale Lehre, wonach der Staat auf wirtschaftlichem Gebiet nur über das freiwillige Zustandekommen der zwischen den Wirtschaftspersonen über die Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen abgeschlossenen Verträge zu wachen habe, einem Staatseingriff in die Wirtschaft im Weg. Doch dürfe man heute nicht mehr »die Wirtschaft und die moderne Welt mit einem Gehirn von 1789 denken« und sich nicht mehr über die Tatsache hinwegsetzen, daß die Neutralität des Staats in der Gegenwart nur noch eine Begünstigung der großen Wirtschaft bedeutet. Selbst eine nach syndikalistischen Grundsätzen gebildete Wirtschaftsvertretung könnte sich dem allgemeinen Gesetz, das die gesamte Wirtschaft dem übermächtigen Einfluß der Plutokratie unterwirft, nicht entziehen; wenigstens so lange nicht, als der Staat die Bildung und Führung einer solchen Vertretung den zurzeit in der Wirtschaft herrschenden Kräften überläßt und darauf verzichtet auf ihre Zusammensetzung und Tätigkeit selbst Einfluß zu nehmen. Die Neutralität des Staats gegenüber der Wirtschaft könne somit heute nicht mehr aufrechterhalten werden; der Staat müsse sich vielmehr dazu verstehen normierend, regulierend und kontrollierend in die Wirtschaft einzugreifen, um eine planmäßige Wirtschaftsführung im Interesse der Gesamtheit durchzusetzen; er dürfe sich in diesem Sinn einer Überwachung der Lohn- und Preisbildung sowie einer Übernahme geeigneter Betriebe nicht entziehen und müsse auch Zusammensetzung und Willensbildung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper durch normierende Richtlinien und Kontrolle ihrer Befolgung im demokratischen Sinn beeinflussen. Fourgeaud gelangt in diesem Zusammenhang sogar zu staatssozialistischen Formulierungen von einer Zu-

spitzung, die selbst manchem deutschen Sozialisten als übertrieben erscheinen möchte. Doch darf man wohl annehmen, daß der Nachdruck, mit dem er seine Forderung des Staatseingriffs in die Wirtschaft immer wieder unterstreicht, angesichts der bisher geringfügigen Aktivität des französischen Staats auf wirtschaftlichem Gebiet kompensatorischen Charakter tragen, keineswegs aber besagen soll, daß das syndikalistische Endziel zentralisierter Selbstverwaltung der Produzenten zugunsten einer Überwertung des politischen Staats aufgegeben oder auch nur abgelenkt zu werden hätte.

Die Haltung der französischen Sprecher im Verlauf der übrigen Diskussion bestätigt diese Auffassung. Sie wandten sich, von den freiheitlichen und staatskritischen Voraussetzungen des französischen politischen und sozialen Lebens ausgehend, immer wieder gegen solche Äußerungen staatlicher Machtentfaltung, die nicht durch dynamische Notwendigkeiten der Neuregelung reformbedürftiger Verhältnisse begründet seien sondern zum erstarrten Selbstzweck, zum Apparat im Dienst der den Staat beherrschenden und verwaltenden Mächte geworden wären. Demgegenüber verlangten sie vom Staat, er solle Gruppen, die bisher noch wirtschaftlich zu schwach und zu mangelhaft organisiert gewesen wären, um ihre Interessen selbständig wirksam wahren zu können, nicht nur durch Machteingriffe schützen sondern vor allem positiv dadurch fördern, daß er ihre eigene Kraft und Handlungsfähigkeit zur Entwicklung brächte und sie so in die Lage versetzte schützender Eingriffe des Staats immer weniger zu bedürfen. Derart könne zum Beispiel die Stärkung und Vermehrung der Verbraucherorganisationen den Kampf des Staats gegen monopolistische Preistreiberei entlasten. Ähnliche Zusammenhänge bestünden auch auf den Gebieten der Sozialpolitik und der politischen Verwaltung.

Von der selben Grundhaltung her bekämpften die Franzosen mit gleicher Entschiedenheit jede übermäßig zentralisierte politische und wirtschaftliche Organisation und wandten sich gegen die nach ihrer Überzeugung allzu zentralistische Orientierung des deutschen wirtschaftsdemokratischen Systems. Decker gab demgegenüber zu, daß die deutsche Demokratie den mit Recht so hoch bewerteten Tendenzen der Selbstverwaltung und freiheitlichen Gestaltung nicht überall in genügendem Maß gerecht geworden sei. Dies sei einmal daraus zu erklären, daß hinter der Forderung der Selbstverwaltung in Deutschland in zahlreichen Fällen politisch reaktionäre Tendenzen stehen, die auch in einem Teil der Organe der Selbstverwaltung maßgebend seien; andererseits aus augenblicklichen sehr gewichtigen Mißständen innerhalb verschiedener Selbstverwaltungskörper. Die berechtigte Gegenwehr gegen jene Tendenzen und diese Mißstände habe nun in gewissem Umfang zur Bejahung eines oft übertriebenen staatsbureaukratischen Zentralismus geführt und die Praxis wie das Ideal und Endziel echter Selbstverwaltung allzu sehr in den Hintergrund treten lassen. Innerhalb dieses Bureaukratismus sei ferner die selbe Gefahr entstanden wie im kapitalistischen System: daß nämlich Sonderzwecke in zu starkem und die Zwecke der Allgemeinheit in zu geringem Maß berücksichtigt würden. Es gebe eben auch innerhalb der Bureaukratie »Gewinnmotive«. Ebenso entsprach die starke Hervorhebung des regionalen Gliederungsprinzips durch die Franzosen, das nicht nur für die politischen sondern auch für die sozialpolitischen Behörden und die Gewerkschaften als wesentlich bezeichnet wurde, der gleichen freiheitlichen staatskritischen Haltung, die sie einnahmen.

In nicht minder freiheitlicher, über die deutschen Auffassungen weit hinausgehender Weise wurde auch die Frage der Betriebsdemokratie behandelt. Es wurde eine Art von Gruppenarbeitsvertrag in Form einer kollektiven Verdingung der Arbeiter (*travail à commandite*) empfohlen: derart, daß die Arbeiter den gesamten technischen Arbeitsvorgang in eigener Verantwortung durchführten und das Arbeitsprodukt dann dem Unternehmer übergäben, der seinerseits auf kommerzielle und finanzielle Funktionen des »Geldgebers« beschränkt bliebe. Dieser Vorschlag ist zunächst aus Besonderheiten der Struktur der französischen Industrie und Arbeiterklasse zu verstehen; insbesondere setzt er ein generelles Einvernehmen der Arbeiter mit den "Zwischenschichten" der Ingenieure, Werkmeister, Angestellten und Beamten voraus, das in Frankreich angesichts der Stärke der französischen Mittelklasse im allgemeinen und der Eigenart der (zum großen Teil aus Techniker-, Beamten- und Lehrgewerkschaften bestehenden) syndikalistischen Bewegung im besondern nicht ganz so fern liegt wie in Deutschland. Immerhin brauchte auch für Deutschland, wie einige Ausführungen im Verlauf der Diskussion annehmen lassen, diese mögliche Ausweitung der Mitbestimmung und Selbstverantwortung der Werk tätigen innerhalb der Produktion künftig nicht mehr gänzlich außerhalb des Bereichs der Diskussion zu bleiben.



M wesentlichen nur zwischen den deutschen Teilnehmern fand eine Debatte statt, die sich an ein grundsätzliches, von Decker gehaltenes Referat über Wirtschaftsdemokratie anschloß, und in der Gegner wie Anhänger der Wirtschaftsdemokratie in Kritik und Antikritik zu Wort kamen. Als Gegner der Wirtschaftsdemokratie traten hierbei vor allem die Anhänger der berufsständischen Idee der Jungen Rechten und neben ihnen einzelne weitere, dem bündischen Gedanken nahestehende Teilnehmer auf. Ihren eigenen positiven Standpunkt konnten die Anhänger bündischer Wirtschaftsgestaltung, da sie selbst kein Referat hielten, in der Diskussion nur unsystematisch und unvollständig zur Darstellung bringen. Ich versuche im folgenden diese positiven ebenso wie ihre kritischen Ausführungen etwas geschlossener zu begründen und straffer zusammenzufassen als sie während der Diskussion zum Ausdruck kommen konnten. Jedoch wird diese Bemühung mit Notwendigkeit ihre Grenzen an dem bereits angedeuteten, von den Anhängern des bündischen Gedankens während der Aussprachen immer wieder hervorgehobenen Umstand finden, daß die konkrete Anwendung der bündischen, zunächst politischen und geistigen Grundkonzeption auf die Gebiete der Sozialpolitik und der Wirtschaftsorganisation noch durchaus in ihren Anfängen steht: woraus auch folgt, daß die in Davos gemachten Ausführungen von Vertretern dieses Gedankens im einzelnen vielfach noch persönlichen Charakter tragen mußten.

Die Gegner der Wirtschaftsdemokratie griffen diese als eine Erscheinungsform des liberal-demokratisch bestimmten politischen Systems der Gegenwart an, das gleichermaßen den kollektiven Liberalismus, das uneingeschränkte Bestreben der Durchsetzung von Gruppeninteressen, wie den individualistischen Liberalismus, das uneingeschränkte Bestreben der Durchsetzung von individuellen Interessen, in sich begreife und garantiere. Innerhalb dieser Ordnung sei sogar der Staat selbst »liberalisiert«, da seine demokratisch bestimmten Vertreter nicht dem Volk und dem Staat sondern den Sonderinteressen von Klassen und Parteien verantwortlich wären. Staatliches

und volkliches Leben seien unter diesen Umständen der Willkür der wirtschaftlichen Gruppen ausgeliefert. Der so gezeichneten Lage gegenüber vertraten nun die Anhänger der bündischen Wirtschafts-idee folgenden Standpunkt: Da unter den heutigen Verhältnissen Staat und Gesellschaft in grundsätzlich gleicher Weise dem Prinzip uneingeschränkter, nur an der Macht gegnerischer Gruppen eine Grenze findender Interessenverfolgung unterlägen, so könne keinerlei Verschiebung oder Neuverteilung der Befugnisse zwischen den heute herrschenden Mächten, solange diese ihre jetzige Struktur beibehielten, zu einer Überwindung des gegenwärtigen Zustands führen. Vielmehr könne allein eine vollständige, geistig begründete Wandlung des gesamten politischen Willens, die die Verantwortung vor Volk und Staat wieder an die erste Stelle rückte, eine derartige Überwindung vorbereiten. Auf politischem Gebiet könne sie nur dadurch angebahnt werden, daß diejenigen, die jene Verantwortung empfänden und in ihrem Handeln bewiesen, zur Teilnahme an der Staatsführung gelangten und dort das für recht Erkannte durchzusetzen versuchten, ganz gleich, ob es von der großen Mehrheit bereits in seinem Wert begriffen und gebilligt würde. Dagegen sei die demokratische Idee, die durch Mehrheitsentscheidungen politischer Körperschaften sowie durch Ausbalanzierung der Vertretungsziffern wirtschaftlicher und sozialer Gruppen innerhalb solcher Körperschaften eine gerechte und zweckmäßige politische Führung erreichen wolle, als verfehlt zu bezeichnen. Dieser Kritik könne sich die Wirtschaftsdemokratie keineswegs entziehen. Auch sie vertrete die uneingeschränkte liberalistische Interessenverfolgung einer sozialen Gruppe, nämlich der Arbeitnehmerschaft, und lasse darüber hinaus auch der Verfolgung persönlicher Sonderinteressen, soweit sie den Interessen der Gruppen nicht im Weg stehe, weitesten Spielraum. Der Wille der Arbeitnehmer und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Führer zur Erlangung vermehrter Macht und vergrößerten Einkommens sei demgemäß für die Wirtschaftsdemokratie ebenso die am Ende treibende Kraft, wie das Bestreben der Unternehmer nach vermehrter Macht und vergrößertem Einkommen die treibende Kraft für das liberale System sei. Und eben darum könne die Wirtschaftsdemokratie keineswegs über die gegenwärtige Ordnung hinausführen. Daran könnten auch die innerhalb des Sozialismus zweifellos wirksamen ethischen Tendenzen nichts ändern. Sie würden sich nämlich so lange nicht durchsetzen können, wie, eben auf Grund der liberalen Voraussetzungen des wirtschaftsdemokratischen Systems selbst, der Machtwille und Interessenstandpunkt von Arbeitergruppen und Arbeiterführern stärkere Berücksichtigung beanspruchen dürften als das Streben nach gemeinwirtschaftlicher, alle Gruppen innerhalb der Gesellschaft gerecht und gleichmäßig berücksichtigender Gestaltung des sozialen und nationalen Lebens. Das sich bei dieser Lage der Dinge innerhalb der Wirtschaftsdemokratie notwendig ebenso wie innerhalb der politischen Demokratie durchsetzende mechanisch-demokratische Verfahren, das von der Zuteilung bestimmter Vertretungsquoten an die verschiedenen, über die Macht innerhalb von wirtschaftlichen Körperschaften verfügenden gesellschaftlichen Gruppen ausgehe, führe aber keineswegs zu einer gerechten, dem Gesamtinteresse verantwortlichen Wirtschaftsführung. Bei den Abstimmungen wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörperschaften habe es sich in wiederholten Fällen erwiesen, daß sich Arbeiter- und Verbraucherstimmen mit den Unternehmerstimmen zur Durchsetzung eigennütziger Sonderinteressen zusammenfanden. Und sogar die Ver-

treter des Staats seien unter den heutigen Verhältnissen infolge ihrer partei- und klassenmäßigen Bindungen oft weit davon entfernt den Ausschlag im Sinn des Allgemeininteresses zu geben. Ebenso wenig lasse sich mit derartigen Methoden zahlenmäßiger Abwägung, etwa der Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstimmen, eine gerechte Abgrenzung der Machtbefugnisse zwischen den Trägern verschiedener wirtschaftlicher Funktionen erreichen. Wert und Recht derartiger Funktionen ließen sich vielmehr nur, unter Berücksichtigung des Werts führender Tätigkeit, an ihrer Leistung für die Gesamtheit messen, nicht aber aus irgendwelchen mechanischen Zahlenverhältnissen entnehmen. Mit alledem wolle man sich jedoch keineswegs gegen eine freiheitliche Selbstverwaltung wenden, wofern diese ihre Verantwortung vor Volk und Staat anerkenne und auf Grund dieser Anerkennung, in »organischer Bindung« an die über die einzelne Gruppe und Generation weit hinausreichenden Werte von Volk und Staat, auch handle. Man sei vielmehr davon überzeugt, daß jeder autoritativen Regelung natürliche Grenzen gesetzt seien, die eine Ergänzung dieser Regelung durch Funktionen der Selbstverwaltung erforderlich machten. Einer Selbstverwaltung, die sich von »Gruppenliberalismus« freigemacht habe, dürfte sogar ein weit größerer Spielraum zu Gebote stehen als ihr zurzeit im zentralisierten demokratischen Staat gewährt würde und gewährt werden könnte. Zu den Voraussetzungen einer gesunden Selbstverwaltung würde es schließlich weiterhin gehören, daß das berufliche Gliederungsprinzip für die Selbstverwaltung, besonders in den ländlichen Gebieten, durch ein die Übermacht zentralistischer politischer Organe einschränkendes regionales Gliederungsprinzip ergänzt würde.

Vom Standpunkt der Wirtschaftsdemokratie wurde auf diese Angriffe geantwortet, daß es auf Irrtum beruhe, wenn man meine, der Wirtschaftsdemokratie gehe ein objektives, an höheren Werten orientiertes Ziel und eine über die vertretene Klasse hinausgehende Verantwortung ab. Für sie gelte vielmehr als unverbrüchliches Ziel die Idee des Sozialismus, der eine im gleichmäßigen Interesse sämtlicher Gruppen der Gesellschaft betriebene »Bedarfs- und Verdienstwirtschaft«, unter Ausschaltung aller auf Ausbeutung und Konjunkturmißbrauch beruhenden Gewinne, und eine gerechte Eigentumsverfassung erstrebe. An diesem Ziel hätten alle Arbeiterorganisationen ihr praktisches Handeln zu orientieren, und das sei auch in aller Regel geschehen. Von einer uneingeschränkten "liberalen" Interessendurchsetzung seitens der Arbeiterklasse könne keine Rede sein. Innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper hätten die Vertreter der Arbeiterklasse sich in den meisten Fällen monopolistischen Preissteigerungen sogar dann widersetzt, wenn sie den Sonderinteressen der betroffenen Arbeitergruppen zugute gekommen wären. In denjenigen, wenig zahlreichen Fällen aber, wo gegen diese Norm verstoßen worden wäre, hätten früher oder später die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeiterklasse im Bewußtsein ihrer Verantwortung für das Gesamtinteresse der Wirtschaft und des Staats eingegriffen. So sei zwar der Wille der Massen gewiß nicht in allen Fällen unfehlbar, doch habe es sich im allgemeinen bisher noch immer erwiesen, daß gerade *ihr* Widerstand ein weit wirksameres Hemmnis autokratischen und eigennützigem Machtmißbrauchs dargestellt habe als der Idealismus einzelner, und daß demgemäß ihre Ausschaltung aus der Politik den größten Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet hätte. Wer der Gesamtheit dienen wolle, müsse und könne daher mit den

Massen zusammengehen. Auf der andern Seite sei es denjenigen, die im Rahmen der heutigen Politik gegenüber den Forderungen der Massen für die Wirtschaftsführer Autorität verlangten, keineswegs darum zu tun eine gerechte Wirtschaftsordnung durchzusetzen. Vielmehr sei ihnen lediglich daran gelegen die Macht der herrschenden kapitalistischen Klasse gegenüber der Arbeiterklasse zu stärken und für diese Macht noch obendrein durch eine der fascistischen ähnliche, aber ohne volle innere Überzeugung und Folgerichtigkeit vertretene autoritäre Ideologie geistige Stützen zu suchen. Demgemäß seien die politischen Vertreter des Unternehmertums zuletzt nicht einmal grundsätzliche Gegner des mechanischen Gedankens zahlenmäßiger Bestimmung der Machtbefugnisse innerhalb der Wirtschaft. Denn wenn sie die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bekämpften, so täten sie dies nicht etwa im Hinblick auf höhere Ideen wirtschaftlicher Gestaltung sondern mit der Absicht durch andere Grundsätze der Verteilung der Stimmen die Arbeitnehmerschaft in die Minderheit zu drängen. Mit dem "mechanischen" Prinzip finde man sich also gern ab, wenn nur die Zahlenverhältnisse zugunsten der Unternehmerklasse sprächen. Die Arbeiterklasse ihrerseits täusche sich keineswegs über den nur taktischen Charakter des Paritätsverhältnisses. Sie betrachte es lediglich als Ausdruck des im Augenblick bestehenden Machtverhältnisses der kämpfenden Klassen; sie sei fern davon der Parität irgendwelchen grundsätzlichen Wert beizumessen; dies erhelle am allerklarsten schon daraus, daß sie sich im Hinblick auf die Verwirklichung ihres eigentlichen Ziels, der Bedarfs- und Verdienstwirtschaft des Sozialismus, grundsätzlich keinesfalls mit der Parität abfinden könne sondern eine eindeutige, die Verwirklichung jenes Ziels zulassende Übermacht der Arbeiterschaft anstreben müsse. Vor allem aber sei die von den Anhängern des berufsständischen Gedankens geforderte, gerechte und leistungsfördernde Abgrenzung der Machtbefugnisse zwischen den Trägern verschiedener wirtschaftlicher Funktionen unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Klassenspaltung überhaupt nicht möglich. Sie machten sich offenbar nicht klar, daß es unter den heutigen Verhältnissen eine unzulässige Abstraktion darstelle die Wirtschaftsführer lediglich als Träger einer wirtschaftlichen Funktion zu bewerten und von ihrer Klassenstellung abzusehen; solange nämlich nicht sämtliche wirtschaftlichen Funktionen bis zu den obersten hinauf allen Wirtschaftstätigen unter den gleichen Bedingungen der Eignung zugänglich seien, werden sich Macht und Einkommen der Wirtschaftsführer immer zugleich aus ihrer Funktion als Wirtschaftsführer und aus ihren Vorrechten als Mitglied der herrschenden Klasse herleiten; ohne daß es möglich wäre die beiden Elemente in der realen Wirklichkeit zu trennen. Unter diesen Umständen müsse die Gegenwehr der Arbeiterklasse unvermeidlich Funktion und Klassenstellung zugleich treffen. Der Kampf gehe dann eben noch mehr um die Abwägung der Interessen der Klassen als um die Abgrenzung der Machtbefugnisse der Funktionen. Wenn also die Arbeiterklasse den heute herrschenden Zustand, in dem die führenden wirtschaftlichen Funktionen im allgemeinen den Mitgliedern der herrschenden Klasse vorbehalten oder doch ganz vorzugsweise zugänglich sind, einen Zustand, der für sie gerade der zentrale Ausdruck des Klassenverhältnisses ist, bekämpfe und eine klassenlose Gesellschaft erstrebe, so zeige sie damit zugleich den Weg, auf dem allein eine gerechte Abgrenzung der Befugnisse wirtschaftlicher Funktionsträger möglich werden kann. Denn während heute Arbeitgeber wie Arbeiter unvermeidlich

bei jeder Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen die Strategie und Taktik des Klassenkampfes bestimmend sein lassen müssen, würde in einer klassenlosen Gesellschaft die sachlich zweckmäßigste Machtabgrenzung zwischen den Trägern verschiedener wirtschaftlicher Funktionen viel leichter festgestellt und verwirklicht werden können. Solange aber dieser Endzustand einer sozialistischen Ordnung nicht erreicht sei, könne es auf diesem Gebiet ebenso wenig eine vollkommen gerechte Lösung geben wie auf irgendeinem andern.

Die Anhänger der berufsständischen Idee der Jungen Rechten betonten daraufhin ihrerseits, daß sie sich keineswegs mit den Mißbräuchen dieser Idee im bürgerlichen Lager einverstanden erklären wollten. Selbstverständlich sähen sie die liberal-kapitalistische Ordnung nicht als die autoritäre Ordnung an, die ihnen als Zukunftsbild vorschwebte. Ebensowenig hätten sie bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Paritätsidee den Kampf für eine bessere zahlenmäßige Vertretung der bürgerlichen Interessen im Auge gehabt. Mit dem Grundprinzip der Bedarfs- und Verdienstwirtschaft erklärten sie sich einverstanden; seine Verwirklichung sei aber, wie sie wiederholen wollten, ohne eine sehr tiefgehende Wandlung des gesamten gegenwärtigen politischen Denkens und Handelns unerreichbar. Auf praktisch-politischem Gebiet erklärten sie sich mit verschiedenen wirtschaftsdemokratischen Forderungen einverstanden. Auch sie sähen es als einen großen Mißstand an, daß die führenden wirtschaftlichen Funktionen nicht von den für sie geeignetsten Persönlichkeiten gleichviel welcher sozialen Herkunft ausgefüllt würden. Daher sprachen sie sich für Sicherung allgemeinsten Aufstiegsmöglichkeit und Überwindung des Bildungsmonopols aus. Ebenso seien sie gegen die Autokratie des Unternehmertums und für eine zunehmende Mitbestimmung der Arbeiterschaft; sie betonten aber, daß sie jede Ausschaltung des Unternehmertums, wie sie die Sozialisierungsidee vorsähe, ablehnten und die kaufmännischen Funktionen des Unternehmers von der Mitbestimmung der Arbeiter ausgeschlossen sehen wollten. Hieraus sei aber nicht zu folgern, daß sie diese Funktionen uneingeschränkt dem Unternehmer überlassen wollten. Vielmehr wünschten auch sie diese Funktionen ebenso wie die gesamte Wirtschaftsführung des Unternehmers gemeinwirtschaftlichen Bindungen zu unterstellen; doch sollten diese Bindungen nicht von den Arbeitern sondern vom Staat und den berufsständischen Organisationen wirksam gemacht werden.

So weit der Tatbestand der Aussprache, die zu einem eindeutigen Ergebnis weder kommen konnte noch sollte. Von einer organischen Gestaltung der Wirtschaft, wie sie die Zielsetzung des oben erwähnten Gedankensystems der Sozialistischen Monatshefte darstellt, ist auf der Tagung nicht mit der erforderlichen Klarheit gesprochen worden. Gleichwohl bot die Gegenüberstellung der Anschauungen wesentliche Anregungen, die allerdings nur dann fruchtbar werden können, wenn man die immer noch bestehenden Bindungen des Sozialismus an überlebte Doktrinen löst und das sozialistische Postulat der Schaffens- und Leistungsgemeinschaft in den Vordergrund rückt.

Dieser Artikel sollte nur die auf der Davoser Tagung vorgetragenen, verteidigten und angegriffenen grundsätzlichen Auffassungen herausarbeiten; die besonderen praktischen Ausführungen seien einem weiteren Artikel vorbehalten. Es wurde bei diesem Referat absichtlich von jeder Stellungnahme abgesehen. Diese sei der neuen Generation im Sozialismus als Aufgabe gestellt.

ERNST SCHWARZ · KONNATIONALE ERZIEHUNG



Im Artikel 148 der Verfassung der Deutschen Republik wird gesagt, die deutsche Jugend solle unter Wahrung des eigenen Volkstums im Geist der »Völkerversöhnung« erzogen werden. Wie weit der Weg von dieser Bestimmung bis zu ihrer praktischen Durchführung ist, haben wir alle gesehen. Daher muß es von allen maßgebenden Stellen, die es mit der Jugend und mit der Republik ernst meinen, lebhaft begrüßt werden, daß in den letzten Jahren eine Bewegung entstanden ist, die es sich zur besondern Aufgabe setzt die Schuljugend, soweit sie von Berufs wegen mit fremden Sprachen zu tun hat, auf methodische Weise und durch eigene praktische Anschauung mit Menschen, Sprache und Kultur anderer Völker in nahe Berührung zu bringen.

Man wird vielleicht sagen, daß diese Bestrebungen doch eigentlich nichts Neues seien, und es muß anerkannt werden, daß private Vereinigungen und die politischen Parteien, die den Gedanken der Völkerverständigung bejahen, auf diesem Gebiet durchaus nicht untätig gewesen sind. So hat die Liga für Menschenrechte zu einer Zeit, da das noch gar nicht populär war, den noch bis heute bestehenden Familienaustausch, besonders zwischen Deutschland und Frankreich, angebahnt. Die Sozialdemokratische Partei, die Arbeiterjugend, die freiheitlichen Verbände der Studentenschaft und andere mehr haben die Fühler zu den ausländischen Organisationen und durch diese zur Jugend des Auslands ausgestreckt. Im Rahmen der Schule selbst hat man hier und dort versucht die Jugend über den Völkerbund zu unterrichten und auch sonst aufklärend zu wirken. Man hat jedoch nicht verhindern können, daß trotz allen diesen Bestrebungen eine Welle der Verkennung des Auslands und seiner Kultur über die deutsche Jugend hinwegbraust. Welche Früchte sie getragen hat, ist erst in letzter Zeit erschreckend klar geworden. Hier beginnt, wenn auch noch mit bescheidenen Mitteln, die Bewegung, die sich methodische Erziehung der Schuljugend zu praktischer konnationaler Zusammenarbeit zum Ziel setzt und in Berlin bereits in mehr als 70 Schulen ernstlich Wurzel zu schlagen angefangen hat. Die Berliner Stadtverwaltung ist in letzter Zeit vielfach angegriffen worden. Aber damit, daß sie sich für diese Bewegung einsetzte, ja sie überhaupt erst mit schaffen half, hat sie sich ein unbezweifelbar großes Verdienst erworben.

Die Bewegung für konnationale Erziehung hat ihre Grundlage im Schulbetrieb selbst. Hier ist der Boden, aus dem heraus sie sich entfalten soll. Sie hält sich daher von jeder parteipolitischen und konfessionellen Einseitigkeit fern und wendet sich an alle, die willens sind der Jugend mit neuen Methoden lebendigster Anschauung Auslandskenntnis und Auslandserkenntnis zu verschaffen. Es ist klar, daß diese Bewegung sich der Bildungsmethoden der Schule bedienen muß und nicht nur die Schüler sondern insbesondere auch den Lehrer das ganze Jahr hindurch in systematische schulische Arbeit einspannt. Das alles bereits unterscheidet sie vom Familienaustausch und von allen anderen Bestrebungen, von denen bisher die Rede war. Insbesondere ermöglichen es die Gesichtspunkte, von denen sie ausgeht, und die behördliche Leitung, unter der sie sich befindet, an *alle* Kreise heranzukommen, die an solcher Schulung von Lehrer und Schüler interessiert sind. Diese brauchen durchaus nicht immer mit Theorie und Praxis des Pazifismus im engern Sinn übereinzustimmen. So sind schon heute an der

Bewegung Direktoren, Lehrer, Eltern und Schüler lebhaft beteiligt, die den verschiedensten Weltanschauungskreisen und Parteilagern angehören. Daß die Bewegung trotz aller tiefgehenden geistigen Verschiedenheit ihrer Träger fest auf dem Boden der republikanischen Verfassung und ihres oben zitierten Artikels 148 steht und bleiben wird, das bewirkt ihr Inhalt.

Sie nahm ihren Anfang im Jahr 1928. Auf eine Anregung der französischen Schulverwaltung hin reisten damals 20 Schüler und 3 Berliner Lehrer nach Boulogne sur Mer, um mit ebenso vielen französischen Lehrern und Schülern aus den verschiedensten Gebieten Nordfrankreichs die erste jener Deutsch-Französischen Ferienschulen zu bilden, der seither bereits ein Dutzend nachgefolgt ist. Einen Monat verbrachten Lehrer und Schüler in gemeinsamem Leben und Schaffen in jenem städtischen Gymnasium Boulognes, an dem im Jahr 1928 noch die letzten Reste der deutschen Bomben- und Granateinschläge zu sehen waren. Der Morgen verfloß in regelmäßigem Unterricht. In 2 gemischten Abteilungen, von denen die eine dem deutschen, die andere dem französischen Fachmann abwechselnd unterstand, wurde fleißig geturnt. In ebensolchen Abteilungen und ebenfalls unter deutscher und französischer Leitung wurde gesungen und musiziert. Den Kernpunkt des Unterrichts aber bildeten je 2 Stunden Sprach- und Kulturunterricht, die den deutschen Schülern vom französischen Professor, den französischen Schülern von einem deutschen Studienrat erteilt wurden. Zum erstenmal arbeiteten deutsche und französische Pädagogen über eine ganze Zeit hin zusammen, und es ging vortrefflich. Die Ergebnisse dieser methodischen Schulung waren ganz vorzüglich und wirken sich bei den Betreffenden noch nach Jahren aus. Kein Wunder, daß auch Lehrer, Eltern und Schüler, selbst wenn sie dem Unternehmen ursprünglich skeptisch gegenüberstanden, sehr bald gewonnen werden konnten. Eines der schönsten Ergebnisse war allerdings, daß sich hier individuelle Freundschaften anspannen, die bis auf den heutigen Tag andauern, und daß aus einem Verstehen auch der Schwächen des andern, das aus gemeinsamer intensiver Arbeit gewonnen wurde, eine Verständigung entsprang, die nicht nur auf den Lippen ruhte. Man war sich nahe gekommen.

Die Finanzierung des Unternehmens war so gestaltet, daß die Stadt Berlin namhafte Zuschüsse leistete. Diese ermöglichten es erst die Auswahl der Schüler wirklich nach der Würdigkeit zu treffen und auch das soziale Moment zu berücksichtigen; denn vielen Familien ist es nicht möglich am Familienaustausch teilzunehmen, da sie in ihrem Heim nicht über genügend Raum verfügen, um ein fremdes Kind Wochen hindurch bei sich zu beherbergen. Erwähnt sei hier, daß es im Jahr 1928 zunächst 2 mutige Pioniere innerhalb der städtischen Schulverwaltung waren, die für die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln sorgten: Alfred Siggel, der Bürgermeister des Bezirks Lichtenberg, und Siegfried Kawerau, der Direktor des Köllnischen Gymnasiums zu Berlin. Bald wurde das Gesamtwerk völlig in städtische Regie übernommen und damit amtlich, und es verdankt unter dem Schutz des preußischen Unterrichtsministers Adolf Grimme seit dieser Zeit dem Stadtschulrat Jens Nydahl und dem Magistratsoberschulrat Willy Heyn seine kraftvollen und auch in finanziell schlechten Zeitläufen mutige Förderung. In Frankreich haben es die Behörden längst erkannt, daß konnationale Erziehung genau so Aufgabe der Öffentlichen Hand zu sein hat, wie es die nationale ist und die nationalistische oft zu sein scheint. Wenn für die letzt-

genannte oft gegen den Willen der Leitenden Millionen ausgegeben werden, so sollten wenige Tausend Mark aus öffentlichen Mitteln nicht zu viel des Opfers sein, um eine Bewegung, die es mit Auslandskunde und Auslandskenntnis unter der Jugend ernst meint, vor dem Untergang zu bewahren. Seit dem Jahr 1928 hat die Bewegung in Berlin ununterbrochen an Ausdehnung gewonnen, und im Jahr 1930 entschloß sich die Mittelstadt Frankfurt an der Oder dem Berliner Beispiel zu folgen, indem sie 2 Deutsch-Französische Ferienschulen errichtete und errichten half.

Nach der Rückkehr aus Boulogne trat die Bewegung in eine neue Phase. Man beschloß zunächst die deutsch-französische Arbeit über das ganze Jahr auszudehnen. Man verdoppelte die Schülerzahl (ursprünglich 20 aus 3 Schulen) und stellte eine Schülerschar von 40 aus 6 Höheren Schulen zusammen. Darauf erfolgte im September 1928 im Köllnischen Gymnasium die Gründung der ersten Deutsch-Französischen Schulgemeinschaft der Stadt Berlin. Die Französische Kolonie in Berlin wurde interessiert und nahm sofort regen Anteil. Am Eröffnungsabend erschien ein gutes Dutzend französischer Freunde. Man hörte mit Interesse eine Plauderei in französischer Sprache und war sodann mit den Franzosen gesellig beisammen. Seitdem haben sich die Ferienschulen verzehnfacht, die Schulgemeinschaften versechsfacht. Zu den deutsch-französischen Gemeinschaften, die an der Spitze marschieren, traten in diesem Jahr 2 deutsch-englische und 1 deutsch-spanische respektive -iberooamerikanische. 64 ausländische Helfer, darunter die Botschaften respektive Gesandtschaften Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens, Spaniens und der verschiedenen südamerikanischen Republiken nehmen an der Bewegung den freundschaftlichsten praktischen Anteil. In Paris ist inzwischen auf Anregung des französischen Unterrichtsministeriums im Lycée Fénélon unter der Leitung der um die Bewegung hochverdienten Direktorin Caron eine Schulgemeinschaft für Mädchen entstanden, an der neben Vertretern der in Paris lebenden deutschen Jugend ausgewählte Schülerinnen der Oberstufe aller großen Pariser Staatsanstalten teilnehmen. In Le Havre hat sich gleichfalls unter verständnisvoller Förderung des Unterrichtsministers Marraud eine ebensolche Gemeinschaft für französische Knaben gebildet, an der die dort bestehende Deutsche Kolonie freundschaftlichen Anteil nimmt. Und wie der Vorsitzende des französischen Neuphilologenverbands Ravize mitteilte, soll noch im Lauf dieses Winters in Paris eine Deutsch-Französische Schulgemeinschaft für Knaben gegründet werden.

Die Ferienschulen sind in Frankreich längst Schulen des Staats geworden, der die Kosten für die deutschen Schüler und im letzten Jahr auch Schülerinnen, ihren Aufenthalt und ihre Reise vollkommen trug. Daneben spendeten insbesondere die Städte des frühern Kriegsgebiets bedeutende Summen an Stipendien für die ausgewählten Vertreter der Berliner Schuljugend. Ich nenne nur Lille mit 4000 Mark und Städte wie Arras, Saint-Quentin, Cambrai, Douai usw. mit zwar niedrigeren, aber im Verhältnis zu ihrer geringern Bevölkerung genau so anerkennenswerten Spenden. Auch ließ es sich die Stadt Paris nicht nehmen die Schüler und Schülerinnen, die die Zeit der ersten Arbeit in der Provinz verbrachten, zu einem Besuch der französischen Hauptstadt einzuladen. In England waren es die Stadtbehörden von Sheffield, einer Arbeiterstadt, deren Arbeitslosenzahl im Verhältnis wohl ebenso groß wie die Berlins ist, die sich mit einem der bedeutendsten Pädagogen Eng-

lands, Lloyd Storr-Best, an die Spitze der Bewegung stellten und die erste Deutsch-Englische Ferienschule, der eine ebensolche in Birkenwerder bei Berlin entsprach, zusammen mit dem englischen Unterrichtsminister Charles Trevelyan großartig finanzierten. Insgesamt nahmen an den Ferienschulen des Jahres 1930 ungefähr 450 Schüler und Schülerinnen und 58 Lehrkräfte, darunter zahlreiche Leiter großer Anstalten, teil.

An den Berliner Schulgemeinschaften sind in diesem Winter 320 Schüler und Schülerinnen beteiligt, die an Auslese das Beste aus 70 Schulen der verschiedensten Stadtviertel darstellen. Zum erstenmal sind auch Aufbauklassen der Volksschulen herangezogen worden. Diese Zahlen mögen noch gering erscheinen. Da die Schüler und Schülerinnen aber wie auch die Lehrkräfte sich aus Schulen des gesamten Großberliner Stadtgebiets rekrutieren, ist die Auswirkung auf die verschiedenen Schülerkreise und Schulen bedeutend größer als es die bloße Zahl vermuten läßt. Hinzu kommt, daß es sich zum großen Teil um wirklich hochwertiges Schülermaterial handelt, das heißt also um junge Menschen, die im Kreis ihrer Mitschüler oft führen.

Die Stadt Berlin richtete zur Förderung der ganzen Bewegung eine Auslandsstelle ein, und von hier aus wurden Maßnahmen getroffen, die den Kreis der Schulen und Schüler, die an der Bewegung teilnehmen, bereits um ein Beträchtliches ausgedehnt haben. So sind von städtischer Seite für 20 Klassen aller Art Arbeitsgemeinschaften mit Klassen des Auslands geschaffen worden. Diese Arbeitsgemeinschaften zwischen Klassen, an denen neben unseren Schulen diejenigen der französischen Akademien Dijon und Lille beteiligt sind, deren Rektoren Châtelet und Terracher sich um die Förderung des Gedankens und seiner Praxis ganz besondere Verdienste erworben haben, umfassen außer der individuellen Korrespondenz eine auf kollektiver Grundlage und den Methoden des modernen Unterrichts beruhende wirkliche Zusammenarbeit, bei der die beiden Lehrer Führer sind. Einmal im Monat gehen an die befreundete Klasse sorgfältig zusammengestellte Materialien ab, die ihr die Kenntnis des andern Landes und seiner Kultur erleichtern sollen. Es wird in den Klassen über das gesprochen, was die jungen Freunde und Freundinnen auf der andern Seite der Grenze interessieren könnte, und unter Leitung des Lehrers werden Schilderungen des deutschen und des französischen Schul- und Jugendlebens erarbeitet und ausgetauscht, wie sie in solcher Frische und Unmittelbarkeit im Buchladen gar nicht zu haben wären. Natürlich findet auch ein reger Versand von Zeitschriften statt, an dem sich die Lehrer unter einander mit Überlassung ihrer Fachperiodika beteiligen. Die endgültige Redaktion der von der Klasse gemeinsam erarbeiteten Communiqués liegt allmonatlich in der Hand eines besonders dazu geeigneten Schülers. Aus dieser Zusammenarbeit, die schon seit einem Jahr besteht, hat sich bereits eine Anzahl persönlicher Beziehungen zwischen den Lehrkräften der verschiedenen Länder entwickelt. Wenn später die Geldmittel für kulturelle Zwecke wieder einmal fließen, muß es möglich gemacht werden auch die Schüler der kollaborierenden Schulklassen mit einander in persönliche Berührung zu bringen (Wanderfahrten wie zu den Auslandsdeutschen, Familienunterbringung und ähnliches).

Die Schulgemeinschaften, Ferienschulen und Arbeitsgemeinschaften zwischen Klassen eröffnen theoretisch die Möglichkeit jedes Berliner Schulkind in irgendeiner Form, die stärker interessierten intensiver, die anderen etwas

weniger offiziell, mit unserm Nachbarland Frankreich, mit dem uns eine Schicksalsgemeinschaft verbindet und eine Schaffensgemeinschaft verbinden soll, und mit anderen Ländern in unmittelbare Berührung durch eigene Anschauung und eigenes Erleben zu bringen. Darüber hinaus haben sich auch die ehemaligen Teilnehmer der Ferienschulen und ihre erwachsenen Angehörigen zusammengeschlossen, und zwar zu einem Eltern- und Freunde-bund, aus dem dereinst eine Gesellschaft für konnationale Erziehung erwachsen soll, die, ohne den Behörden jene Aufgabe, die ihnen in allererster Linie zufällt, abzunehmen, jede Initiative auf diesem Gebiet begrüßt und fördert. Noch erwähnt sei, daß die Berliner Auslandsstelle in diesem Jahr zum erstenmal städtische Studienreisen für Lehrer und Lehrerinnen aller Gattungen nach Frankreich und England organisierte. Auch hier war das Entgegenkommen der ausländischen Behörden außerordentlich. Die Minister beider Länder, die Stadthäupter von Paris und London und die Stadt Sheffield ließen es sich nicht nehmen die Berliner Gruppen zu empfangen und das Werk der Stadt Berlin zu würdigen. Als erste hat die Stadt Berlin auch den wirklichen Lehreraustausch eingeleitet. 6 französische Lehrer unterrichten an Berliner Anstalten, 6 deutsche in Frankreich; und an Stelle eines Lehrers und einer Lehrerin, die von der Schulverwaltung Sheffields herübergesandt wurden, sind ein Lehrer und eine Lehrerin aus Berlin an Sheffielder Schulen eingetreten. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache nicht mehr um den sogenannten Assistentenaustausch, bei dem junge Auslandsstudenten dem Unterricht der einheimischen Lehrkräfte mehr oder weniger assistieren, sondern um einen Lehreraustausch im wirklichen Sinn des Worts und unter Übernahme der vollen Verantwortung durch den ausländischen Lehrer, wie er dem Willen zu einem neuen Europa und den heute viel stärkeren Bindungen von Land zu Land entspricht. Da die staatlichen Schulverwaltungen noch immer am Assistentenaustausch festhalten, auch wenn sie Lehrer herüber- und hinübersenden, ist die Tat der Stadt Berlin auch hier Pionierwerk.

Es genügt natürlich nicht, daß die Dinge auf Berlin beschränkt bleiben. Konnationale Erziehung muß, wenn sie etwas bedeuten soll, von allen Schulverwaltungen der zivilisierten Länder betrieben und systematisch ausgebaut werden. Insbesondere ist es wichtig auf diese Weise Lehrer und Schüler derjenigen Länder mit einander arbeiten zu lassen, zwischen denen starke Spannungen und Mißverständnisse politischer und psychologischer Art bestehen. Aus den Ferienschulen könnten später Anstalten entstehen, in denen unter Berücksichtigung aller Bedingungen des Schulunterrichts für das weitere Fortkommen der Schüler in ihrem eigenen Land Lehrer und Schüler zweier Nationen für längere Zeit und in größerer Anzahl zusammenleben und -arbeiten. Es wäre, um mit der Kirche im Dorf zu bleiben, zunächst wünschenswert, daß die preußische Schulverwaltung und auch die Reichsregierung alle Mittel erwägen, um einem System konnationaler Erziehung im Anschluß an die Berliner Praxis auch über Berlin hinaus Tür und Tor zu öffnen. Das selbe gilt für die deutschen Großstädte. Die geringen Ausgaben, die hier entstehen (eine Ferienschule kostet ungefähr 6000 Mark), werden sich einst hundertfach wieder einbringen. Konnationale Erziehung ist Erziehung zu praktischem Menschentum. Sie ist heute, in einer Zeit größter wirtschaftlicher Bedrängnisse, und gerade in ihr, weniger als je ein Luxus, sie ist eine dringende Forderung des Tages.



WALTHER PETRY · ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER IDEEN · ZUM WERK ANDRÉ GIDES

I

JEINE Bewunderung, die die europäische gebildete Leserschaft vor André Gide empfindet, ist, soweit sie sich zum Nachdenken erhebt, fassungslos. Der Autor wird, je aufmerksamer man auf seine Werke sieht, um so undeutlicher, vielfältiger, widerspruchsvoller; so daß man zuletzt, vor einer so reichen Dokumentation seiner selbst, zu der Frage gedrängt wird: Wer ist er? Diese Schwierigkeit über ein schriftstellerisches Werk, dessen Anziehungskraft, Ideenfülle, Grazie ohne Zweifel sind, "zu Rande zu kommen", verhinderte eine geraume Zeit, und mehr in Frankreich als in Deutschland, die einmütige vorbehaltlose Anerkennung. Das Werk schien nur aus Metamorphosen zu bestehen, und nicht immer, glaubte man, ließ die frühere Form die spätere ahnen; sie standen zu einander oft im Verhältnis einer entschiedenen Reaktion, sie hatten jedes Ergebnisse, aber einigten sich nicht in einem Gesamtergebnis. Diese Unmöglichkeit das Werk als Ganzes überblicken zu können, den Urheber eigentlich erkennen zu können, hielt die Bewunderung in Distanz. Man durchbrach sie in Deutschland eher als in seiner Heimat. <Wir folgen mit dieser Feststellung Jacques Rivière; und müssen hinzusetzen, daß sie nur für jenen Kreis Aufmerksamere gelten kann, die sich besondere Empfänglichkeit für komplizierte geistige Erscheinungen bewahrt haben.> Zunächst fühlte sich die Jugend ergriffen: Der Instinkt, die intelligente Kraft, der Geist als lebendige Bewegung, erkannte sich zuerst in den Gestalten dieser Bücher wieder. Doch diese freudige Leichtigkeit, die die Substanz der Schriften André Gides beinahe nur als "Erregtheit" nehmen wollte, als eine Schilderung vielfältiger Krisen des Lebens, die wohl beunruhigte, erweckte, elektrisierte, aber dann den so Angerührten führungslos und für sich ließ, drang nicht tiefer. Der folgende Versuch Gide in der Reihenfolge seiner Werke als einen Dichter zu zeichnen, der nur mit wenigen Motiven arbeitet, der als Zwanzigjähriger in kleinen symbolischen Grundrißzeichnungen die ganze entwickelte Architektur der späteren Werke vorbestimmte, geht von der Erkenntnis aus, daß die Einheitlichkeit des Werkes allein *ideell* ist, seine Vielfältigkeit eine der Sprache und der Formen; daß man also, mit genügender Behutsamkeit, aus seinem Werk einige klare Motive, Ideen, gewinnen kann, gedankliche Urzellen, die in den frühen wie in den späten Werken auffindbar sind. Diese *Ideen*, wie wir sie nennen, sind dem Werk Gides nicht äußerlich, sie bilden sein Rückgrat: nicht so vielleicht, daß sie ihn zum Schaffen drängten, und sein Werk etwa als eine Reihe verschiedener Versuche aufzufassen wäre sie unter mannigfaltigen Bedingungen ins Leben zu setzen, doch so, daß dieser schaffende, bewußtlose Trieb, diese "Unruhe des Herzens", die hier zu Wort kam, sie immer mit enthielt, sie immer, obwohl kaum immer klar bewußt, zu einer neuen Darstellung aufbaute. Wir werden im folgenden also gänzlich von einer Untersuchung des Stils, der Sprache, der epischen Formen absehen oder sie doch nur berühren. Die Kraft, die uns allein führen soll, ist die der Abstraktion, der reinen Gewinnung einiger weniger Bilder, die uns diesen Schriftsteller, seine geistige Gestalt, an der uns allein liegt, erkennen lassen.

II

Anfangs genügten einige Mythen.



IR entnehmen dem Traktat vom Narziß, der frühen, Valéry gewidmeten Arbeit, die sich eine Theorie des Symbols nennt, einige Hinweise und Zitate. Gide gibt nicht den Mythos Narziß sondern einen Traktat, eine gedankliche, in Bildern fortschreitende Umschreibung seines Erlebnisses. Es kommt ihm nicht darauf an zu erzählen, er hat selbst eine Scheu davor; er erfindet seiner jugendlichen Ungewißheit ein Symbol, an das er erinnert, und das er theoretisch kommentiert. Er spricht von der Wahrheit mit beinahe platonischer Betonung. »Die Wahrheiten«, sagt er (dieser Plural bleibt für Gide bezeichnend), »wohnen hinter den Formen, Symbolen. Jedes Phänomen ist das Symbol einer Wahrheit. Seine einzige Pflicht ist: daß es sie offenbart. Seine einzige Sünde: daß es sich selber vorzieht.« Diese Erkenntnis scheint ihm so enthaltend, daß er glaubt sein ganzes Leben aus ihr entfalten zu können: »Ich werde mein ganzes Leben lang darauf zurückkommen; da sehe ich die ganze Moral, und ich glaube, alles läuft darauf hinaus.« Dieser Anfang, wie immer man seine Entschiedenheit jugendlich nennen will, scheint uns nicht der Anfang eines Erzählers; nicht Gestalten bedrängen ihn sondern die Frage, die er beinahe theologisch formuliert, nach dem Wesen, Wahrheit geheißten. »Das Kunstwerk«, bestimmt er, »ist ein Kristall, ein teilweises Paradies, in dem die Idee in ihrer höhern Reinheit wieder aufblüht; in dem, wie im entstandenen Eden, die regelrechte und notwendige Ordnung alle Formen in eine gegenseitige und symmetrische Abhängigkeit gesetzt hat; in dem nicht mehr der Stolz des Wortes den Gedanken verdrängt, in dem die rhythmischen und sicheren Sätze noch Symbole, aber reine Symbole sind, in dem die Worte durchsichtig werden und offenbarerisch.« Dieses selbstgesetzte Gesetz, das nicht seiner Willkür, das seiner geistigen Art entsprang, und in dem er sich selbst zu bestätigen versuchte, war für die 1. Reihe seiner Arbeiten verpflichtend. Das offenbarende Wort, die Erzählung als Symbol, die strenge, von allem naturalistischen Beiwerk gereinigte Form, das blanke Symbol: das machte die Schönheit dieser ersten Versuche aus, eine Schönheit, die sich an der Reinheit der Linie, am umschlossenen Gedanken genug sein ließ. Später ergänzte, bereicherte er sie; noch später scheint er sie aufzugeben. Wir nehmen voraus, daß diese Aufgabe auch beinahe eine Selbstaufgabe war, daß er sich in seinen späten Büchern, den Falschmünzern, der Lebensbeschreibung, statt sich umfassender darzustellen, verflüchtigt; die Einzelheit wächst, die Erzählung wird breiter, aber der Gehalt dünnt sich aus. Mit literarischen Begriffen dürfte man die Bewegung als eine vom Symbolismus zum Naturalismus bezeichnen.

Dem Traktat vom Narziß folgte, wiewohl nicht chronologisch, der andere von der Rückkehr des verlorenen Sohnes. Er enthält schon, in schmalen Dialogreihen zum erstenmal ausgesprochen, zwei wichtige, wiederkehrende Motive Gides: die *Rückkehr* des verlorenen Sohns, die nicht genügende Kraft, das Eingeschlossensein und das Ungenügen daran (also das Gefühl des Paludes), aber dennoch nicht die vollendete Resignation sondern die Weitergabe des Entschlusses an den jüngern Bruder, die Aufforderung zu tun, was man selbst zu tun nicht mächtig war. Diese Doppelbewegung des Traktats ist zu beachten: Der Sohn, der hinausgegangen war, kehrt zurück; die Bewegung seines Innern, das Verlangen, war nicht stark genug, und

Hindernisse und Schwierigkeiten bauten sich entgegen; im selben Maß, in dem die Bitternis des Abenteurers wächst, wächst die Erinnerung an die heimatliche Geborgenheit des väterlichen Hauses und treibt ihn zurück. Er ist also zurückgekehrt, und die völlige Vergebung des Vaters, die Liebe der Mutter, sogar die Ermahnung des ältern Bruders machen die Rückkehr endgültig. Dieser Schwäche aber tritt der jüngere Bruder entgegen, und mit diesem Schlußdialog öffnet sich die Linie der Bewegung, die sich zum Kreis zu schließen schien, wiederum ins Weite. Die Erfindung dieses jüngern Bruders ist Gides Umformung der biblischen Legende: Soweit seinem verlorenen Sohn die Kraft zum Handeln fehlte, fehlt ihm dennoch nicht der Geist des Widerspruchs gegen seine eigene Schwäche; er befördert die Unruhe des andern, segnet seinen Aufbruch.

La tentative amoureuse, der 3. Traktat, in dem wir den jungen Gide erkennen, beschreibt die Fruchtlosigkeit der sinnlichen Liebe. Ihr Motto ist das katholische Wort Calderons: »Die Begierde ist wie eine glänzende Flamme, und was sie berührt hat, ist nur noch Asche.« Dieser Traktat hat die Leichtigkeit, die Farbe und den Glanz eines Traums. Zugrunde liegt ihm das Verlangen des Dichters »glücklich zu sein, als brauchte ich sonst nichts«, er beschreibt den Frühling, den Sommer, den Herbst der Liebe. Aber zum Ende wendet sich der Dichter seiner imaginären Freundin zu und spricht über den eben beendeten Versuch, eingedenk seiner Vergeblichkeit, das Urteil: »Keine Dinge sind es wert, daß sie unsern Weg ablenken ... Unser Ziel liegt ferner als sie ... Unser einziges Ziel ist Gott; wir werden ihn nicht aus den Augen verlieren.«

Diesen Motiven, die hier, knospenhaft, ihre Entfaltungen noch kaum ahnen lassen, wendet sich der Dichter in der folgenden Reihe seines Werks wieder zu; er ergänzt sie, vielmehr, er bringt sie zur Darstellung, kompliziert sie, erhebt sie zu Handlungen, aber bleibt ihnen treu.

III

Anfangs genügten einige Mythen.
Dann hat man sie auslegen wollen.



UNMITTELBAR scheint die Enge Pforte das Gefühl von La tentative amoureuse wieder aufzunehmen. Diese Erzählung einer Gottesliebe, deren Strenge und Reinheit das menschliche Herz verwüsten, ist, in ihrer Formlosigkeit, in ihrer aus Gesprächen, Briefen, Tagebuchblättern gefügten Erinnerung, weniger eine epische Handlung als ein leidenschaftlicher Bericht, gesprochen mit der Stimme des Leides, von den Stufen der Entsagung. Die Kraft, mit der Alissa den Leser zu dem Endpunkt ihres Schicksals, dem Tod, führt, entspringt der tiefen Anteilnahme des Dichters, der in diesem Buch, das noch ohne Kulissen, fast ohne sichtbare Figuren sich aus den Bewegungen der Seele aufbaut, als beteiligter, *überwältigter* Mensch spricht. »Andere hätten ein Buch daraus machen können; aber die Geschichte, die ich hier erzähle, habe ich mit meiner ganzen Kraft gelebt, und meine Tugend hat sich in ihr verbraucht.« Dennoch war von Gide nicht zu erwarten, daß er eine Apologie der Askese schriebe, und die Erbaulichkeit seiner Erzählung ist gering. Sie ist dramatisch, sie ist tragisch, soweit sie das Ziel Alissas, Gott, *fraglich* macht; wir entdecken am Ende ihres Tagebuchs, auf seinem letzten Blatt, nicht die ausgleichende Ruhe, in die ein solches Leben einkehren sollte, sondern die Angst oder, wie sie es sagt, »gleichsam eine jähe und enttäuschte

Beleuchtung meines Lebens«. Sie bittet: »O Herr, laß mich ohne Lästerung bis ans Ende gelangen.« Und ihre Kraftlosigkeit schreibt noch diesen kleinen furchtbaren Satz hin: »Ich möchte jetzt sterben, schnell, ehe ich von neuem begriffen habe, daß ich allein bin.« Mit dieser Beendigung hat sich Gide von dem Pol seines Wesens, einer Pascalschen Innerlichkeit, der er in diesem Buch bis in die Tiefe nachgeht, abgestoßen zu einer neuen, ebenso leidenschaftlichen Entdeckung des Lebens hin.

Die *Nourritures terrestres* überraschen durch eine unverhoffte, beinahe fieberhafte Entdeckung des Irdischen, einfacher: der Erde. Der Ton des Buches ist lyrisch, hymnisch, eine aufs stärkste bewegte Prosa in kleinsten Abschnitten, ohne Durchführung, mit tausend Anfängen; eine nicht sehr kunstvolle, doch bezwingende, aus immer neuen Melodieanfängen sich erhebende Lobpreisung des sinnlichen Lebens. Gide scheint in ihm ein Verführer, und scheint mit ihm zu verführen. Es gibt keinen Einhalt für ihn, seine riesig erwachte Freude sucht das Extrem: »Volupté! Ce mot je voudrais le redire sans cesse; je le voudrais synonyme de bienêtre et même qu'il suffit de dire *être*, simplement.« Dennoch ist dieser Fund nur für ihn kostbar, dieses Glück, gewachsen aus den Wurzeln seines Wesens, kein allgemeines. In diesem Buch beginnt Gide zu reisen; von den Begegnungen geblendet bricht er in Entzückung aus, und so, ein Entdecker, kann er sich des Wunsches nicht enthalten, daß auch der andere aufbricht, die Einengung durchstößt, die Gewohnheiten abstreift, »aus der Stadt, der Familie, aus seinem Zimmer, aus seinem Denken« zu Entdeckungen ausgeht. Dieses Buch will die Begierde, dadurch, daß es sie wahrhaft schildert, entfachen und als Schwelle dienen, über die man ins Leben tritt. Der jüngere Bruder des verlorenen Sohns hat es geschrieben. In diesem Buch, in dem man Nietzsche'sche Gedanken finden wollte, ist das Schlußwort im Geist Zarathustras gesprochen: Folge dir selbst nach. »Glaube nicht, daß deine Wahrheit durch einen andern als dich gefunden werden kann. Wirf mein Buch fort; sage dir, daß es nur *eine* der tausend möglichen Haltungen angesichts des Lebens ist. Suche die deine.« Diese Lehre enthält einen weitem Zug des Gideschen Geistes: seine Ablehnung der Verantwortung. Selbst so vielfältig angezogen, so wenig gebunden, will er wohl anziehen, doch niemals binden; seine Bücher sind keine Rezepte, sie sind Darstellungen, abwechselnde Ermessungen der Bereiche des Lebens; keine Lehren sondern Dokumentationen. Wessen? Nur seiner selbst.

In *Paludes* nimmt er die Rückkehr des verlorenen Sohns wieder auf, doch gewandelt: Der Held dieser vollkommenen, vollkommen symbolischen Erzählung ist der schreibende Mensch, der am Handeln Verhinderte, der die Verhinderungen Beklagende, der Sohn des eingeeengten Lebens, der hinaus-trachtet, ohne doch jemals die Bannmeile seiner Stadt überschreiten zu können; dieser verlorene Sohn kehrt also niemals zurück, da er niemals fortging, doch er weiß sich nicht im Haus des Vaters sondern im Gefängnis. Man hat dieses ausgewogene, durchsichtige, tragisch-ironische Buch als Satire genommen: ein Mißverständnis, das der Verfasser nahelegte, um die Nacktheit der Not, die hier, ob lächelnd oder schreiend, der einzige Gegenstand des Buches ist, ein wenig zu verbergen; aber wie konnte man die zierliche Anordnung, die ironische Tonart, den gerade zustoßenden Ruf überhören: »Herr! Herr! Wir sind schrecklich eingeschlossen!« Denn die Maße der Not, die hier die Wände abklopft, ohne einen Ausweg zu finden,

sind nicht vergrößert, es sind die unsrigen, uns allein passenden, und beklagenswert ist die Dummheit, die dieses Symbol mit Heiterkeit aufnimmt, beruhigt von der Haltung des Dichters, von seinem Geist nicht betroffen. Hier ist, wie fast in keinem andern seiner Bücher, der ganze Gide, der Mensch und der Künstler, der Verzweifelte und der, der seine Verzweiflung mit klassischem Anstand arrangiert. Gide hat diese poetische Klarheit, diese zauberhafte Verwandlung der Täglichkeit zur sinnbildlichen Wahrheit, und dies allein durch die Komposition, die Auswahl, die Abgewogenheit der Teile, kaum jemals wieder erreicht; doch wie er danach trachtet einen einmal erreichten Punkt zu verlassen (und ohne Bedauern, denn Leben ist ihm Bewegung), ziemt es uns nicht es zu beklagen.

In 2 Büchern: dem Immoralisten und dem Schlechtgefesselten Prometheus, hat er die Eigenart des Paludes, wiewohl getrennt, erneuert.

Der Immoralist, diese Beschreibung der Selbstgewinnung um jeden Preis, hat die dichterische Klarheit, die symbolische Tiefe, die wir am Paludes zuerst bewundern lernten. Die Erzählung wird reicher, spezieller, und gewinnt ein neues Moment, das Konkrete, hinzu. Es tauchen Landschaften auf und nachdrücklich umrissene Menschen, die Sphäre des Gefühls, die ihre Reinheit durch die Abstraktion gewann, tritt im Immoralisten ins Dinglich-Äußere. Thematisch scheint das Buch die Übersetzung der *Nourritures terrestres* in Handlung. Dort fand der Mensch, von der Besorgnis um das Leben angetrieben, den empirischen Grund, vergewisserte sich seiner mit allen 5 Sinnen; hier findet er, sich loslösend aus allen Verhaftungen, selbst denen des Menschlichen (dies ohne seinen Willen), sich selbst. Der Immoralist ist die erzählte Geburt der Seele in einem Bezirk, beinahe jenseits von Gut und Böse; eine Errichtung der Person, durch Krankheiten und Krisen hindurch, im Kreis der reinen Existenz; der vielfach gebundene Mensch verliert, vorwärtsgeführt auf einem Weg, den zu verfolgen er den Mut hat, Beruf, Besitz, den nächsten Menschen, jedes Ziel — und gewinnt sich, bar aller Bindungen, nackt, als *befreites Ich*. An diesem Punkt der umwegevollen, schicksalsmäßigen Selbstgewinnung endet das Buch. Eine Aufgabe, eine Stellung in der Gesellschaft, selbst eine Beziehung zu ihr wird noch nicht angedeutet. Die Gewalttätigkeit seiner Befreiung führte den Immoralisten in die gefährliche Leere des Egozentrischen. Auch hier liegt es dem Autor fern dem Lebensgang Michels, seinen Ergebnissen, zuzustimmen. Er erfand eine Seele, die ihre Bewegung mit natürlicher Logik aus sich entwickelte; die Kunst Gides lag darin eben das Natürliche und Logische ihres Gangs augenscheinlich zu machen. So wenig, wie in der Engen Pforte ein Lehrbeispiel der Entsagung, darf man im Immoralisten eine Apologie des Egotismus mutmaßen, indessen die Entschiedenheit, mit der, dort in der Richtung auf *Gott*, hier in der entgegengesetzten auf das *Ich*, der Kreis der menschlichen Verbundenheit durchstoßen wird, für Gide bedeutungsvoll ist.

Im Schlechtgefesselten Prometheus, dem zugleich heitersten und kompliziertesten Buch Gides, werden alle eben beschriebenen Themen mit anekdotischer Kürze verknotet, zu einem Spiegelsaal der Ideen zusammengedrückt, mit Anmut ironisiert. Anmut und Ironie, dargestellt in einem Geist, der unter der Vielfalt der Haltungen »angesichts des Lebens« sich nicht entscheidet sondern sie kombiniert, lächelnd sie verwirrt, machen dieses Buch romantisch. Die Entscheidungen des Lebens werden vergeistigt, ihres tra-

gischen Gewichts enthoben, in der dialektischen Ebene mit einander witzig verglichen. Wie sehr der Schlechtgefesselte Prometheus mit solchen Eigenschaften die Folge der Werke, ihre erlebte Beschwernis, dennoch nicht unterbricht sondern nur in andere Tonart übersetzt, möge ein Wort andeuten, das zugleich den verwendeten Begriffen romantisch, dialektisch und witzig Berechtigung leihen soll: »Witz«, sagt hierzu der geniale Aphoristiker der deutschen Romantik, »Witz zeigt ein gestörtes Gleichgewicht an: er ist die Folge der Störung und zugleich das Mittel der Herstellung. Den stärksten Witz hat die Leidenschaft. Der Zustand der Auflösung aller Verhältnisse, die Verzweiflung oder das geistige Sterben ist am fürchterlichsten witzig.« Solcher Auffassung bleibt der Schlechtgefesselte Prometheus, den man als geistvolle Dekomponierung ernstester Lebensfragen zu leicht wiegen würde, mit Einschränkungen fähig. Ob also Prometheus zuerst die Wichtigkeit des »Adlers« betont (»Er muß wachsen, und ich muß abnehmen« und »Ich liebe die Menschen nicht, ich liebe, was sie vernichtet«) (wir hüten uns das vielsinnige Bild des Adlers zu dechiffrieren); oder ob er, später, seinen Adler tötet, ob er also anempfiehlt sich hinzugeben oder sich zu behaupten, der Entsagung zuwinkt oder dem Genuß, er bleibt mit dieser Wandlungsfähigkeit das halbgöttliche, darum heitere, Abbild des Autors, der in eigener Seele den Widerspruch des Menschlichen, sein zwiefaches Streben, es neu formend von Buch zu Buch, erleidet. Mit ihm hat sich die 1. Reihe der Werke Gides, die in den frühen Traktaten ihre Vorstufe hatte, geschlossen; Umfang und Tiefe seines Geistes sind völlig in ihr meßbar; sie werden in der 2. Reihe nur mit größerer epischer Gegenständlichkeit wiederholt.

IV

Die Bücher haben die Mythen ergänzt;
aber wenige Mythen genügten.



AS Zeichen, in dem die neue Epoche, die der Falschmünzer, der Autobiographie, des Kongo-Tschad-Buchs (die, wie alle Werke Gides, deutsch in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienen), sich zureichend verstehen läßt, mag ein Satz des Autors geben, der sich im Stirb und Werde findet; ein Satz, dessen strenge Kritik nur zu übernehmen ist, weil sie die eigenwillige Abtrennung von den frühen Arbeiten und den Beginn einer neuen Anstrengung mit aller Klarheit festsetzt: »Ich interessierte mich«, sagt der Rückblickende, »nur für die Regungen der Seele und verachtete die ganze "reale" Welt, deren tausendfache Erscheinungen und Ereignisse mir als ebenso viele plumpe Störungen erschienen. Heute, wo ich vielleicht nichts so sehr bewundere wie einen gutgemachten Tatsachenbericht, erfaßt mich ein Gefühl der Erbitterung, wenn ich jene Blätter wieder in die Hand nehme. Damals aber war mir die Erkenntnis, daß Kunst sich nur im Speziellen manifestiert, noch weltenfremd; ich wollte die zu gestaltende Idee, von jeglicher "Unwesentlichkeit" erlöst, verdichtet wissen zur puren Quintessenz, und nannte dabei "unwesentlichen Zufall" alles, was sich mit deutlichen Konturen begrenzen und sich in präzise Worte einfangen läßt.« Dieses Urteil soll die Cahiers d'André Walter treffen, kennzeichnet aber auch allgemein die Stellung des Autors zu seinen Anfängen und, gemildert, zu der Reihe von Werken, die ihnen entwuchs. Der Übergang von den Symboldarstellungen zu der Erzählform des "Speziellen" ist fließend; die Verliese des Vatikans kommen an die reichausgebaute Architektur der Falschmünzer schon heran. Wenn wir diese letzte, noch nicht abgeschlossene Entwicklung Gides nicht untersuchen,

so bedarf es dafür nur der Begründung der Meinung (die in der Einleitung, in den *Motti* angedeutet wurde), daß sich in ihr ein wesentlich neues Moment des Dichters nicht finden lasse, und sie nur, die Ruhe und Geschicklichkeit der Reife nutzend, die selbe Seele dem Anspruch der "Realität" öffne, zugunsten fraglos jenes »gutgemachten Tatsachenberichts«, den Gide zu bewundern betont, doch zum Schaden vielleicht seiner charakteristischen, rein gestalteten Figur. Die Berechtigung solcher Meinung folgt, fanden wir, aus der kontinuierlichen Lektüre des Gesamtwerks. Sie erlaubt in den ersten Bewegungen schon die Unruhe zu entdecken, die formwandlerisch nach immer neuen Darstellungen trachtet, Darstellungen des einen beherrschenden Motivs: »nach seiner Natur zu leben«. Diese *Natur*, sprachen schon die Traktate aus und bewiesen die Erzählungen, war kompliziert, doppelt sehnüchtig, zwiefach gebunden; sie konnte sich wie Alissa in der Begier nach einem asketischen Ideal verlieren und wie Michel amoralisch das eigene Ich aufbauen; sie konnte, wie Paludes, den engen Bezirk des angewiesenen Lebens ausmessen und wie die *Nourritures terrestres* die unbegrenzte Landschaft der Erde loben; sie konnte die jeweilige Bewegung kraft eines gegensätzlichen Reichtums der Seele, getragen vom geistigen Wagemut, bis ins Extrem vortragen, ohne die Kraft zu ermatten oder die Herrschaft über sich zu verlieren; bewundernswert ist die Begier der Seele in verschiedensten Regionen des Lebens zeitweilig zu wohnen, ohne doch in einer beheimatet zu sein. Diese *Radikalität der Unentschiedenheit*, dieses Stehen auf der eigentümlichen Bestimmung nach zielloser Befreiung, nach Vergewisserung des Lebens zu trachten, und dies, theologisch gesprochen, ohne sich für den Himmel oder die Erde jemals entscheiden zu können (und auch diese Spannung des Nichtentscheidenkönnens noch als schmerzhaft Tugend ausmünzend), diese nach Sinnbildern und Darstellungen, wie nach Spiegelbildern der eigenen Not, verlangende Seele ist in allen Werken enthalten, klarer in den früheren, verdunkelt in den späteren. Eine wirkliche Gestaltung der realen Welt konnte diesem Geist, der weder *in* ihr noch *über* ihr seinen Standort hat, nicht gelingen: Er selber ist die einzige "wirkliche" Wahrheit, die zu offenbaren er in die Welt kam.

ARNO NADEL · VOLK UND ZUKUNFT DER ERDE



IE neue Weltordnung,
Im Gehirn der Propheten erdacht und erschaut,
Endlich breitet sie sich aus.

Eure Arbeitszeit, Menschen, ist kürzer,
Euer Geist ist freier,
Die Besten der Völker
Scharen sich um euch:
Hab Dank,
Gott der Künstler und Träumer!

Bald habt ihr keine Herren mehr,
Volk, endlich Volk ohne Schimpf und Verachtung.
Volk, endlich Volk, das man fürchtet,
Wie man Götter fürchtet.

ERWIN HASSELMANN · GEMEINWIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT TUT NOT



EGLICHE Gemeinwirtschaft steht heute im Abwehrkampf. Ob man behauptet, die öffentlichen Betriebe seien unrentabel, ob man den Konsumgenossenschaften die Mitglieder abjagt oder die Bauhütten durch Dumpingpreise niederzukurrieren trachtet, es handelt sich bei alledem nur um verschiedene Erscheinungsformen des Kampfs gegen das Prinzip der Gemeinwirtschaft. Die Privatwirtschaft stößt gegen sämtliche Stellungen vor, die sich öffentliche Wirtschaft und gemeinwirtschaftliche Selbsthilfe nach und nach errungen haben. Und dieser Vorstoß ist, soweit er sich gegen die öffentliche, besonders die kommunale Wirtschaft richtet, nicht ohne Erfolg geblieben, wie die Entkommunalisierungstendenzen beweisen, die sich in zahlreichen Gemeinden immer mehr durchsetzen. Angesichts dieser Sachlage ist eine gemeinsame Abwehrfront aller gemeinwirtschaftlichen Organisationen eine dringende Notwendigkeit. Und zwar eine Abwehrfront, die ihre Hauptaufgabe darin sieht in planmäßig gemeinsamem Vorgehen den Gegner zurückzudrängen. Es muß heute um jeden Fußbreit Bodens gekämpft werden. Gerade in Krisenzeiten bedarf es gegenseitiger Förderung der verschiedensten gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen, um dem konzentrischen Angriff zu begegnen. Krise bedeutet verschärften Konkurrenzkampf, der sich zum Klassenkampfartigen zuspitzt, wenn sich mit ihm der Kampf gegen die Idee der Gemeinwirtschaft verbindet. Das verschiebt seine Basis und sichert ihm das Interesse der Öffentlichkeit.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Gewerkschaften durch Aufklärungsarbeit und Werbung für die Idee der Gemeinwirtschaft in ihren Mitgliederkreisen schon viel getan haben. Diese Aufklärungsarbeit und das Entgegenkommen, das die gemeinwirtschaftliche Selbsthilfe den Gewerkschaften gegenüber sowohl in Hinsicht auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse als auch in der Frage der Gewerkschaftszugehörigkeit ihrer Arbeiter gezeigt hat, sind wohl das Wertvollste, was an gegenseitiger Förderung bisher geleistet worden ist. Aber das genügt noch nicht. Die Werbearbeit der Gewerkschaften für die Idee der Gemeinwirtschaft bedeutet nur deren indirekte Förderung. Von großem Wert ist aber auch die direkte gegenseitige Unterstützung. Die Gewerkschaften haben sich eine ganze Reihe von Unternehmungen und Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen; es seien hier vor allem die Gewerkschaftshäuser und Erholungsheime erwähnt, die einen nicht unbeträchtlichen Bedarf an Lebens- und Genußmitteln haben, als Auftraggeber für Bauarbeiten in Frage kommen usw. Es sollte da sich von selbst verstehen, daß den Konsumgenossenschaften oder der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine die Warenlieferungen für solche gewerkschaftlichen Einrichtungen übertragen werden, und daß alle Bauaufträge den ja selbst von Gewerkschaften getragenen Sozialen Baubetrieben zufallen. Auch die Konsumgenossenschaften haben, je stärker die Bewegung wird, um so mehr Bauaufträge für Betriebserweiterungen, Fabrikneubauten und anderes mehr zu vergeben, die möglichst diesen Baubetrieben zugute kommen sollten. Besonders in kleineren Orten; ist doch hier die Stärkung der Gewerkschaftsposition für die ganze örtliche Arbeiterbewegung und im besondern auch für die Konsumgenossenschaftsbewegung oft von ganz außerordentlicher Bedeutung.

Die Sozialen Baubetriebe sind auf eine intensive Unterstützung durch andere gemeinwirtschaftliche Organisationen geradezu angewiesen, werden sie doch von den privaten Bauherren in der Regel überhaupt nicht zur Konkurrenz mit den privaten Betrieben zugelassen. Der private Bauherr ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, antisozialistisch orientiert und lehnt darum die Sozialen Baubetriebe grundsätzlich ab. Diese müssen sich also auf die nichtkapitalistisch orientierten Bauherren, die Baugenossenschaften, gemeinnützigen Baugesellschaften und öffentlichrechtlichen Körperschaften stützen. Im Jahr 1929 entfielen vom Umsatz der Sozialen Baubetriebe, der im ganzen 137,65 Millionen Mark betrug, nicht weniger als 120,71 Millionen Mark auf diese Bauherrengruppen, und zwar 100,20 Millionen auf die gemeinnützigen Genossenschaften und Gesellschaften und 20,51 Millionen auf öffentlichrechtliche Körperschaften. Trotz diesen Zahlen sind die Beziehungen zwischen den Sozialen Baubetrieben und den gemeinnützigen und öffentlichrechtlichen Bauherren noch in jeder Beziehung ausbaufähig. Es gibt zahlreiche Baugenossenschaften, die eine Zusammenarbeit mit den Bauhütten ablehnen, weil es ihnen nicht bewußt ist, daß sie zu dem gleichen Ziel streben, nämlich zur Ausschaltung des privatkapitalistischen Profits. Was die Bauhütten von der Seite der Produktion her anbahnen, erstreben die Baugenossenschaften von der Seite des Bedarfs her. Der Treffpunkt der beiden Entwicklungslinien ist die Kooperation beider Bewegungen. Wenn die Baugenossenschaft die höhere Idee, die ihre Aufgabe kennzeichnet, konsequent verfolgt, muß sie zur Bejahung und Förderung der Bauhüttenarbeit kommen, wie diese wiederum ohne die gemeinwirtschaftliche und planmäßige Regelung des Wohnungsbedarfs ihrer Idee nicht genügen kann. Wenn viele Baugenossenschaften eine solche innere Verbundenheit bewußt nicht anerkennen, so ist das nicht selten ein Zeichen dessen, daß sie sich als Glieder einer gemeinwirtschaftlichen Bewegung weder empfinden noch verhalten, wodurch sie zwar als Kampfsubjekte ausscheiden, sich aber nicht aus der Kampflinie entfernen können.

Recht schwierig und verwickelt liegt das Problem der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Körperschaften und Betrieben und gemeinwirtschaftlicher Selbsthilfe. In grundsätzlicher Hinsicht hat sich in der öffentlichen Wirtschaft das Bewußtsein ihres gemeinwirtschaftlichen Charakters und damit eine prinzipielle Linie ihrer Tätigkeit und ihres Wachstums durchaus noch nicht überall und eindeutig herausgebildet, obgleich gerade von privatwirtschaftlicher Seite in dieser Richtung nolens volens sehr viel getan wird. Es fehlt da vielfach das Gefühl, wenn nicht für die Unterschiedlichkeit, so doch für die Gegensätzlichkeit privater und öffentlicher Wirtschaft und damit auch die Tendenz zu einer Kooperation zwischen öffentlicher Wirtschaft und der bewußten Gemeinwirtschaft etwa der Sozialen Baubetriebe oder der Konsumgenossenschaftsbewegung. Wo dagegen öffentliche Wirtschaft als Gemeinwirtschaft begriffen wird, da pflegen in der Regel auch sehr gute Ansätze zu einer Kooperation zwischen ihr und der genossenschaftlichen oder gewerkschaftlichen Sozialwirtschaft vorhanden zu sein. Es ist kein Wunder, daß man das vor allem in proletarisch beherrschten oder beeinflussten Gemeinden beobachten kann. Aber die Ansätze sind auch in solchen Gemeinden oft Ansätze geblieben. Nicht etwa, daß Mangel an Leistungsfähigkeit der Selbsthilfeunternehmungen einen weitem Ausbau der Beziehungen verhindert hätte. Es fehlte leider nicht selten an Einsicht in und Interesse für das Problem.

Der Ausbau der Kommunalwirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft überhaupt, das heißt der sozialistische Vorstoß von oben ist nur ein Teil des praktischen Aufbaus der Sozialwirtschaft. Er muß durch den Vorstoß von unten, die wirtschaftliche Selbsthilfe der Masse, ergänzt werden. Ohne diese Ergänzung ist die Erreichung des gemeinwirtschaftlichen Ziels: die demokratische Führung der Wirtschaft, gar nicht denkbar; fordert diese doch die Möglichkeit unmittelbarer Mitbestimmung und unmittelbaren Anteils jedes einzelnen an der Wirtschaftsgestaltung, eine Möglichkeit, die die öffentliche Wirtschaft ihrem Wesen nach noch nicht gewähren kann, abgesehen davon, daß gewisse Wirtschaftsgebiete besser von unten her der Gemeinwirtschaft erschlossen werden können als von oben her. Das gemeinsame Ziel der öffentlichen Wirtschaft und der gemeinwirtschaftlichen Selbsthilfebewegung fordert ihre Zusammenarbeit. Auf vielen Gebieten ist solche Zusammenarbeit möglich.

Zum gemeindlichen Wohnungsbau, zum Bau öffentlicher Gebäude, zum Straßenbau usw. können die Bauhütten in viel stärkerem Maß herangezogen werden als bisher. Auf diesem Gebiet haben sie schon Hervorragendes, Hochwertiges geleistet. Es muß von allen Gemeinden, auch von denen, die bürgerliche Mehrheiten haben, und von allen öffentlichen Unternehmungen verlangt werden, daß die Bauhütten nicht *grundsätzlich* ausgeschaltet werden, weil sich solche Einseitigkeit nicht mit dem Gesamtinteresse vereinbaren läßt und zudem oft kostspielig ist. Für die unter sozialistischem Einfluß stehenden Gemeinden sollte das selbstverständlich sein.

Was über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Bauhütte gesagt worden ist, gilt auch für Gemeinde und Konsumgenossenschaft. Daß die Konsumgenossenschaften, von ganz unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, durchaus leistungsfähig sind, kann ernsthaft gar nicht bestritten werden. Damit fällt aber die einzig mögliche Begründung, die die Ausschaltung der Konsumgenossenschaften rechtfertigen könnte, weg. Da die Heranziehung der Konsumgenossenschaften zu Lieferungen an gemeindliche Anstalten und Betriebe die Mitgliedschaft der Gemeinde im Konsumverein voraussetzt, muß man verlangen, daß die Gemeinden, in denen leistungsfähige Konsumvereine bestehen, die Mitgliedschaft in diesen erwerben. Das ist durchaus keine Bevorzugung der Konsumgenossenschaften; vielmehr wird die Konsumgenossenschaft damit nur dem Privathandel gleichgestellt, insofern, als ihr überhaupt erst die Möglichkeit gegeben wird an der Belieferung der Gemeinde teilzuhaben. Die Anzahl der Gemeinden, die die Mitgliedschaft in einem Konsumverein erworben haben, ist nicht gering; leider sind einige von ihnen in den letzten Jahren wieder ausgetreten, weil die bürgerlichen Mehrheiten der städtischen Kollegien die Konsumgenossenschaften grundsätzlich, und zwar gerade wegen ihres gemeinwirtschaftlichen Charakters, auszuschalten bemüht sind. Solche Bestrebungen sind ein Ausfluß echter Geschäftspolitik, in deren Wesen die Unterordnung der Gesamtinteressen unter die Interessen des Privatkapitals liegt. Im Preußischen Landtag forderten jüngst die Deutschnationalen sogar ein generelles gesetzliches Verbot für die Gemeinden den Konsumgenossenschaften beizutreten. Bezeichnend ist, daß die Nationalsozialisten diesen privatkapitalistischen Vorstoß gegen die Gemeinwirtschaft unterstützten und damit ihren antisozialen Charakter enthüllten. Der deutschnationale Vorstoß kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden; er verlangt sogar von Gemeinden mit überwiegend proletarischer Be-

völkerung, daß sie den Kampf des Privatkapitals gegen die aufbauende Gemeinwirtschaft unterstützen. Bei dieser Situation ist es Pflicht aller Gemeinden, die ihre Hauptaufgabe nicht in der Unterstützung des Privatkapitals sehen, die Konsumgenossenschaften so weit wie irgend möglich zu den Gemeindelieferungen heranzuziehen. Schon als ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit wäre das zu begrüßen, wenn eine solche Heranziehung der Konsumgenossenschaften auch ihre grundsätzliche Ausschaltung in anderen Gemeinden nicht wettmachen kann. Denn die Konsumgenossenschaft verliert auf der einen Seite alle Möglichkeiten der Gemeinde gegenüber, während sie auf der andern nicht mehr als ihr gutes Recht erhält. Einer Benachteiligung auf der einen Seite steht also keine Bevorzugung sondern nur eine Gleichberechtigung auf der andern gegenüber. Aber auch aus grundsätzlicher Erwägung heraus muß eine solche Zusammenarbeit gefordert werden.

Eine Frage sei hier nur gestellt, die man bisher weder diskutiert noch gar praktisch zu lösen versucht hat: Sollte es nicht möglich sein, da, wo die Konsumgenossenschaft aus irgendeinem Grund der Gemeinde gegenüber nicht zum Ziel kommt, die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die ja zweifellos ganz andere Möglichkeiten hat als der einzelne Konsumverein, zu Lieferungen für die Gemeinden heranzuziehen? Die Großeinkaufsgesellschaft würde dadurch ihrem Wesen nicht untreu; handelt es sich doch hier um eine direkte Förderung der Gemeinwirtschaft, zu deren System auch die Kommunalwirtschaft gehört. Für die Gemeinde wäre aber eine Zusammenarbeit mit der Großeinkaufsgesellschaft gewiß nicht von Nachteil. Es kommt nur darauf an, daß diese Zusammenarbeit von beiden Seiten gewollt wird. Dann werden sich etwa auftauchende Schwierigkeiten auch überwinden lassen.

Außer den oben aufgezeigten Arten und Möglichkeiten gemeinwirtschaftlichen Zusammenwirkens gibt es natürlich noch viele andere; als Beispiel sei hier die finanzielle Unterstützung der Deutschen Wohnungsfürsorgegesellschaft durch die Arbeiterbank genannt. Sie sind weniger problematisch als die behandelten oder liegen in ihrer Problematik ähnlich. Zahlreich sind die Wege, die zu gemeinwirtschaftlicher Kooperation und damit zu verstärktem gemeinwirtschaftlichen Aufbau führen. Sie wollen begangen sein.

PAUL FERDINAND SCHMIDT · DIE FUNDE AUS TEL HALAF

VON der Öffentlichkeit nicht sehr bemerkt, weil die Eröffnungsfreuden des Pergamonmuseums alles übertönt, hat sich in Berlin ein Gegenstück zu jenem Architekturschrecken aufgetan, das nicht nur Gelehrte sondern alle Kunstfreunde elektrisieren müßte; das von Max von Oppenheim errichtete Tel-Halaf-Museum. Es ist in einer alten Maschinenhalle untergebracht, auf einem verwahrlosten Hof in der Franklinstraße, an der Grenze der Stadtteile Moabit und Charlottenburg. Aber die völlige Schmucklosigkeit und das Provisorische dieses riesigen Raums wirken in seltener Weise, man möchte einen Bruchteil seiner Stimmungskraft dem kalten Akademiebau am Kupfergraben wünschen. Es müßte eine Völkerwanderung zu diesem originellen Museum stattfinden, als Mittel gegen die Verniedlichung der Antike und die Bloßstellung des Museumsgedankens durch Pergamon und Milet.

Dieses Tel-Halaf-Museum enthält die Funde aus den Grabungen, die Oppenheim im obern Mesopotamien 1911 bis 1913, 1927 und 1929 ausgeführt hat, auf dem Hügel Tel Halaf an den Quellen des Chabur, eines linken Nebenflusses des Euphrats, noch im französischen Mandatsgebiet von Syrien gelegen. Die Franzosen ließen ihn den besten Teil seiner Ausgrabungen nach Deutschland ausführen; ein Teil füllt das Museum von Aleppo, aber auch von diesen sowie von Stücken, die mittlerweile verloren gingen, sind Abgüsse von Oppenheim heimgebracht worden, so daß man in Berlin alles beisammen findet. Der außerordentliche Mann, der mit seinen 70 Jahren den jugendlichen Ehrgeiz verbindet immer noch weitere Entdeckungen in der Euphrat-egend zu machen, hat die Ausgrabungen nicht nur ganz auf eigene Faust durchgeführt (was allerdings seine guten diplomatischen Beziehungen und vorzügliche Kenntnis des Arabischen erleichtert haben), sondern er wird auch diese Schätze und die Mittel zu ihrer Erforschung als Stiftung dem Staat überlassen. Man fühlt sich unwillkürlich an den größten Entdecker von Altertümern, an Heinrich Schliemann, erinnert; das Feuer bei hohen Jahren, das Finderglück, die Selbstlosigkeit sind bei beiden auffallend ähnlich.

Mesopotamien ist seit den ersten Grabungen der Engländer Loftus und Taylor Anfang der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts der Schauplatz zahlreicher Expeditionen und Entdeckungen französischer, deutscher, englischer und amerikanischer Forscher gewesen. Man fand die großartigen Reste altbabylonisch-sumerischer, assyrischer und persischer Kulturen, schließlich auch, in Samarra, Kerkuk und anderen Stätten die Zeugen eines andern Kulturkomplexes: des subaräisch-hettitischen im obern Mesopotamien. Aber eine so vollständige Wiederauffindung der uralten Kunst von Subartu, im Quellgebiet des Euphrats und des Tigris, ist erst Oppenheim geglückt. Tel Halaf scheint die älteste Residenz dieses sagenhaften Reichs gewesen zu sein, das sich nördlich von Babylon vom westlichen Persien bis tief nach Kleinasien hinein erstreckt hat, im 4. und 3. Jahrtausend vor Christus blühte, um 2000 zerstört wurde und somit eine zeitlich und, wie sich erwiesen hat, auch kulturell vollkommene Parallele zu Sumerien und dem Alten Reich Ägyptens darstellt. Wir sind hier anscheinend an den wahren Quellen höherer menschlicher Gesittung und Staatenbildung.

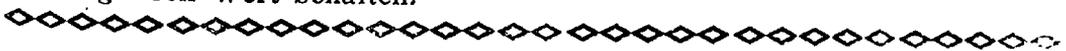
Die wissenschaftliche Deutung dieser Funde wird sich erst diskutieren lassen, wenn Oppenheim sein eigenes Werk darüber herausgegeben hat. Archäologisch und ethnographisch steht man hier auf überaus schwankendem Boden. Sowenig wir wissen, wer die Sumerer mit ihrem Sagenkönig Gudea eigentlich waren, so wenig können wir über die Subaräer und ihr Verhältnis zu den Hettitern aussagen, die sich als erobernde Herrschaft über das Land breiteten (von Nordwesten her? von Osten her?: alles ist hier Hypothese) und die ältere Kultur Subartus als eigen übernahmen. Der rasenforschenden Phantasie (die sich zumeist weniger an den Dingen als an den Wunschvorstellungen der Eigenliebe zu orientieren pflegt) sind nicht die geringsten Schranken gesetzt, Namen und Völker, Kulturschichten und welthistorische Zusammenhänge wirbeln chaotisch durcheinander und begünstigen jede mit der nötigen Sicherheit oder Selbstgefälligkeit vorgetragene Theorie. Positiv stehen allein die kolossalen Statuen und Reliefs aus dem Hügel, dem Tel Halaf vor uns. Aber ihre gewaltige Vitalität genügt vollauf uns mit Staunen und Ehrfurcht vor dem Alter der menschlichen Kunstübung zu erfüllen.

Nach Oppenheim, der sich auf andere wissenschaftliche Funde stützt, stammen die 3 ältesten Figurenstelen von dem benachbarten Dschebelet el Beda aus dem 4., die Funde von Tel Halaf aus dem 3. Jahrtausend vor Christus. Ihr Charakter entspricht stilistisch dem der ältesten ägyptischen und der sumerischen Gudeaskulpturen, sie bilden die allerschönste Ergänzung zu der Großartigkeit und Simplizität dieser frühen Monumentalgestaltungen der Menschheit. Das ist das Überzeugende an ihnen: Sie sind als Kunstwerke so vollkommen, von einer innern, ihren mächtigen Abmessungen gleichwertigen Größe, daß die Kultur, der sie entsprangen, in ihrer religiösen und staatlichen Bedeutung sich mit der der ältesten Pharaonendynastien messen kann.

Architektonisch allerdings stimmte in Tel Halaf der Vergleich nicht, er konnte nicht stimmen, weil eine gründliche Zerstörung der Subaräerstadt um 2000 und ein um 1200 vorgenommener Wiederaufbau mit Verwendung der vorgefundenen Skulpturen die meisten Spuren der alten Kultur verwischt hatte, vor allem auch, weil das mesopotamische Ziegelmaterial eine so unerschütterliche Monumentalität wie die der ägyptischen Bauten nicht gestattete.

Dafür sind die Statuen und Reliefs aus Tel Halaf und Dschebelet el Beda von einer unüberbietbaren Hoheit und Phantastik in der Konzeption wie in der Ausführung. Sie sind fast alle aus Basalt, und daraus erklärt sich wohl ihre schier ungläubhafte Erhaltung. Es handelt sich um Bildsäulen von Urgottheiten der vorderasiatischen Menschheit, die in Sumerien wie in Subartu etwa gleichartig sein mögen und auch mit ägyptischen Göttern Verwandtschaft haben. Ihre Namen gehen die Nichtfachleute nicht viel an. Ihre Gestaltung aber überwältigt. Sitzende und stehende Einzelfiguren, ungeheure Fabeltiere und Vogelwesen, Götter auf ihren geheiligten Tieren stehend, Reliefdarstellungen tierisch-menschlicher Art, bis zu einem Tiersymposion von einer Naturdrastik ohnegleichen gesteigert, das meiste von magischer Größe, vor allem jene gewaltigen Tempelgottheiten auf Tieren, die 6 Meter Höhe erreichen und bestimmt waren das Eingangsgebälk eines Tempels oder einer Königsburg zu tragen. Ein solcher sinnvoll zusammenhängender Komplex findet sich in Sumerien nicht, läßt sich nur mit weit späteren Architekturplastiken Ägyptens vergleichen, wie etwa dem Felsentempel von Abu Simbel. Der Stil dieser Figuren ist ganz selbständig und spricht unbedingt für Herkunft aus einem Reich, das unabhängig von Sumerien wie von Ägypten war. Man hat so etwas noch nicht gesehen, und es ist unmöglich die Banngewalt und religiöse Erhabenheit dieser Phantasiegeschöpfe zu beschreiben. Sie müssen jeden, der sich ihnen nähert, faszinieren und mit der Vorstellung einer urmenschlichen Mythologie erfüllen. Klar ist vor allem ihre plastische Einfalt, ihre kubische Geschlossenheit. Blockhaft gemessen, ganz in sich geschlossen, mit eingelegten Riesenaugen auf den Sterblichen herabglotzend, wecken sie die Erinnerung an alle Großtaten früherer Kulturen, im Bann magischer Götteridole. Einzigartig ist die Kombination von Tieren und menschlich gebildeten Gottfiguren, nicht zu Einheitswesen verkoppelt wie in Ägypten, sondern plastisch aufeinandergestellt ist die wilde Ursprünglichkeit der Tiere und der dramatischen Reliefs.

Sollte es selbst nie gelingen die Herkunft dieser Funde aufzuhellen: als plastische Wunderwerke aus der Morgendämmerung der Menschheit werden sie ewig ihren Wert behalten.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

Deutschland: Am 30. September legte die Regierung Brüning das seit langem angekündigte finanzielle und wirtschaftliche Reformprogramm vor. Es geht aus von der Grundtatsache jahrelanger illusionärer Finanzpolitik, die jetzt in der Wirtschaftskrise erst in ihrem vollen Ausmaß offenbar wird. Das Ziel der Reformen ist: durch eindeutige Maßnahmen das unheilvolle Auseinanderklaffen zwischen öffentlichem Finanzbedarf und den verfügbaren Mitteln zu beseitigen. Der für 1930 zu erwartende Fehlbetrag von mindestens 1 Milliarde Mark soll in den nächsten 3 Jahren durch einen in den ordentlichen Haushalt einzustellenden Tilgungsfonds von jährlich 420 Millionen abgedeckt werden. Für den Etat des Jahres 1931 ist eine Ausgabensenkung von rund 1 Milliarde vorgesehen, und zwar 1. durch eine 6prozentige Gehaltskürzung aller Reichsbeamten und der Versorgungsbezüge (120 Millionen), 2. durch eine über die Kürzung durch Rückgang der Einnahmen hinausgehende Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden um 100 Millionen, 3. durch Ausschaltung der variablen Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung aus dem Reichshaushalt und Begrenzung der Krisenfürsorge auf 420 Millionen, 4. durch Abstriche im Reichshaushalt in Höhe von 300 Millionen. Der 2. Programmpunkt verlangt Sparmaßnahmen in Ländern und Gemeinden durch Gehaltskürzungen, schärfere Haushaltskontrolle, sparsamere Rechtspflege und Verwaltungsvereinfachung. Durch Vereinfachung des Steuersystems und Herabdrückung des Unkostenkoeffizienten der Finanzverwaltung erhofft die Regierung eine weitere fühlbare Minderung der öffentlichen Lasten zu erreichen. Durch Neuordnung der Wohnungswirtschaft mit dem Ziel der völligen Wiederherstellung der privaten Bauwirtschaft bis zum 1. April 1936 sollen die freiwerdenden Mittel eine Senkung der Realsteuern ermöglichen. Für 1931 ist eine Kürzung der dem Wohnungsbau dienenden Hauszinssteuermittel um 400 Millionen vorgesehen. Die freiwerdenden 400 Millionen sollen zur Senkung der Grundsteuer um 20% und der Gewerbesteuer um 10% verwendet werden. Von besonderer Bedeutung ist der Plan: durch Gesetz

jede Ausgabenerhöhung in Reich, Ländern und Gemeinden über den Stand der Haushaltspläne für 1931 hinaus bis 1933 zu unterbinden. Die weiteren Vorschläge der Regierung sind zum Teil nur finanztechnischer Art, zum Teil enthalten sie Richtlinien für die Finanzgesetzgebung der nächsten Jahre. Der Reichstag trat zu seiner 1. Sitzung am 13. Oktober zusammen. Paul Löbe wurde in einer Kampfabstimmung im 2. Wahlgang mit 269 gegen 209 Stimmen, die auf den Kandidaten der Rechten, den Führer der Deutschen Volkspartei Ernst Scholz fielen, zum Präsidenten wiedergewählt. Vizepräsident wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Franz Stöhr, für den auch das Zentrum stimmte. Die Sozialdemokratie hatte bereits am 3. Oktober über ihre Haltung gegenüber der Regierung Brüning eine Resolution gefaßt, in der sie Erhaltung der Demokratie, Sicherung der Verfassung und Schutz des Parlamentarismus als ihre erste Aufgabe bezeichnete. Obwohl die Wirtschaftspartei bereits erklärt hatte, daß sie sich weder aktiv noch passiv an einer Regierung beteiligen werde, auf die die Sozialdemokratie direkten oder indirekten Einfluß nehme, und die Deutsche Volkspartei jeden Kompromiß mit sozialistischen Gedankengängen ablehnte, beschloß die Sozialdemokratische Partei der Regierung Brüning zunächst die Möglichkeit zu geben mit einem ausgearbeiteten Programm vor den Reichstag zu treten. Sie stimmte daher gegen eine Aufhebung der Notverordnungen, deren Überweisung an den Haushaltsausschuß mit 339 gegen 220 Stimmen beschlossen wurde. Sie stimmte ferner für den Antrag der Regierungsparteien über sämtliche Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde mit 318 gegen 236 Stimmen angenommen. Mit 325 gegen 237 Stimmen wurde auch das Schuldentilgungsgesetz angenommen, das die Ermächtigung zur Aufnahme eines 500-Millionen-Kredits im Ausland enthält. Die Regierung Brüning hat unzweifelhaft einen Erfolg davongetragen, infolge der schweren Notlage des Reichs, der weder die linke noch die rechte Opposition ein positives Programm entgegenzusetzen vermochte. Man muß feststellen, daß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eine gewisse Wiedernäherung stattgefunden hat. Die gemeinsamen Interessen in Preußen spielen

hierbei ebenso eine Rolle wie die Angriffe des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche. Von Bedeutung dürfte auch die Haltung des Reichspräsidenten sein, dessen Autorität zwar die Stellung der Regierung stärkt, ihrer Bewegungsfreiheit jedoch auch Grenzen zieht. Die Regierung hat einen Teil der Gesetzesvorlagen zur Durchführung ihres Reformprogramms am 4. November dem Reichsrat zugeleitet, nachdem vorher eingehende Verhandlungen mit den Regierungen der Länder stattgefunden hatten. Sie zeigt das Bestreben den Reichsrat zu einem stärkern politischen Gegenspieler des Parlaments zu machen, um sich bei der Zerfahrenheit der parlamentarischen Situation eine möglichst starke Rückendeckung zu verschaffen. Der vom Reichsrat vorgelegte und von diesem am 20. November angenommene Etat für 1931 enthält das Marinebauprogramm, dessen Vorlegung der vorige Reichstag verlangt hatte. Dieser Schiffsbauersatzplan sieht bis zum Jahr 1936 den Bau von 3 Panzerschiffen außer dem 1932 fertigwerdenden Panzerschiff A und einer Reihe kleinerer Schiffseinheiten vor, dessen Durchführung rund 300 Millionen Mark erfordert. Der Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen wird zum großen Teil durch die Stabilität in Preußen paralytisiert. Daß diese fester ist als es unmittelbar nach den Wahlen scheinen mochte, ergab sich bei der Abstimmung über den von der Wirtschaftspartei und der Kommunistischen Partei eingebrachten Auflösungsantrag, der mit einer großen Mehrheit (240 gegen 189 Stimmen) abgelehnt wurde. Mit 233 gegen 198 Stimmen wurden am 17. Oktober die gegen die Regierung Braun gerichteten Mißtrauensanträge abgelehnt. Symptome dafür, daß das Kampfbildungszentrum gegen die der deutschen Demokratie drohenden Gefahren in Preußen liegt, sind auch die am 22. Oktober vollzogene Wiederberufung Carl Severings zum preußischen Innenminister und die erneute Übernahme des Berliner Polizeipräsidiums durch Albert Grzesinski.

Österreich

Die österreichische Innenpolitik stand im letzten Jahr im Zeichen dauernder Wandlungen, deren Anfangspunkt durch die Bildung des Kabinetts Schober am 26. September 1929, und deren Endpunkt durch den Sturz dieser Regierung genau ein Jahr später gekennzeichnet sind. Während noch im Herbst 1929 die ständigen Aufmärsche der be-

waffneten Verbände den Ausbruch des Bürgerkriegs tatsächlich befürchten ließen, gelang es dem Bundeskanzler Johann Schober Österreich vor dieser Katastrophe zu bewahren. Aber sein Versuch durch ein Entwaffnungsgesetz die "innere Abrüstung" zu bewirken mißlang. Der eigentliche Gegenspieler Schobers im Kabinett war der Vizekanzler und Heeresminister Karl Vaugoin. Der latente Konflikt kam zum Ausbruch, als Vaugoin daran ging seine Personalpolitik auch auf die Bundesbahnen zu übertragen. Die Eisenbahner sind zu 90% freigewerkschaftlich organisiert, die Leitung wurde nach kaufmännischen, nicht politischen Gesichtspunkten ausgewählt. Vaugoin versuchte, nach dem Freiwerden des Präsidiums, Strafella, den Generaldirektor der Grazer Straßenbahnen und von einwandfrei "antimarxistischer" Gesinnung, dem Kanzler zu oktroyieren. Er trat zusammen mit dem Handelsminister Födermeyer zurück, als Schober sich weigerte jene Ernennung zu vollziehen. Dadurch wurde die Regierung gesprengt. Sie trat am 26. September zurück. Da Großdeutsche und Landbündler sich an die Seite Schobers stellten, konnte der mit der Regierungsbildung beauftragte Vaugoin nur ein aus Christlichsozialen gebildetes Minderheitskabinett zustande bringen, dem Ignaz Seipel als Außenminister und der Heimwehrführer Ernst Fürst Starhemberg als Innenminister das politische Profil gaben. Diese ausgesprochen rechts orientierte Kampfregerung hätte jedoch im Nationalrat keine Mehrheit gefunden. Dieser wurde daher aufgelöst, und es wurden die Neuwahlen für den 9. November ausgeschrieben. Großdeutsche, Landbund und einige wirtschaftliche Organisationen schlossen sich nun zum Schoberblock zusammen. Der rechte Heimwehrflügel, der die Beteiligung von Heimwehrführern an der Regierung als eine Gefährdung seiner "überparteilichen" Ideologie betrachtete, stellte zu den Wahlen eigene Listen auf, während die bisher Christlichsoziale Partei ihrem Namen »und Heimwehren« anhängte. Die Regierung Vaugoin ernannte Strafella, erneuerte die Leitung und Verwaltung der Bundesbahnen im Sinn Vaugoins, entfernte aus der Leitung der Wiener Polizei die Anhänger Schobers, führte eine Pressezensur ein. Es ist der bewundernswerten Disziplin der Sozialdemokratie zu verdanken, daß in diesen Wochen die systematischen Provokationen der Arbeiterklasse nicht zu einer Entladung geführt haben.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Es erhielten die Sozialdemokratische Partei 1 519 000 Stimmen und 72 Mandate (gegen 71 bei den vorigen Wahlen), die Christlichsoziale Partei und Heimwehren 1 307 000 Stimmen und 66 Mandate (1927 erhielt die Einheitsliste der Christlichsozialen und Großdeutschen 85, der jetzt zum Schoberblock gehörige Landbund 9 Mandate), der Heimatblock (Heimwehren) 227 000 Stimmen und 8 Mandate und der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund (Schober) 422 000 Stimmen und 19 Mandate. Die Bedeutung dieser Wahl zeigt Karl Renner in seinem Artikel über ihr Ergebnis (in diesem Band Seite 1075 und folgende).

Rumänien Am 7. Juni kehrte der Prinz Carol nach Bukarest zurück, und am Tag darauf wurde er von der aus Kammer und Senat bestehenden Nationalversammlung als Carol II zum König ausgerufen. Das hauptsächlich von der Regierung Bratianu erzwungene Gesetz vom 4. Januar 1926, das den Kronprinzen Carol aller Rechte auf den rumänischen Thron für dauernd verlustig erklärte und bis zur Volljährigkeit des minderjährigen Königs Michael einen Regenschaftsrat eingesetzt hatte, wurde annulliert. Das Kabinet Maniu, dessen Chef mit dem Kronprinzen Carol im Einverständnis war, trat zurück. Nachdem der Versuch eine Konzentrationsregierung zu bilden gescheitert war, wurde Maniu, der Führer der Nationalzaranistischen Partei, wiederum mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 13. Juni kam die neue Regierung zustande; Ministerpräsident Maniu, Außenminister Mironescu, Inneres Vajda Vojvod, Finanzen Michael Popowitsch, Justiz Junian, Landwirtschaft Michalake, Handel und Industrie Virgil Madgearu, Verkehr Manoilescu; das Kriegsministerium erhielt der General Condescu. Die Stellung der Liberalen Partei, die sich der Nationalversammlung ferngehalten hatte, ist nach Ausgleich des scharfen innern Streits stärker geworden. Zwar hat die Politik der Brüder Bratianu durch die Rückkehr Carols eine vernichtende Niederlage erlitten, aber auch die Nationalzaranistische Partei hat seit der Machtergreifung durch Maniu im Herbst 1928 sehr viel von ihrer Stoßkraft eingebüßt. Der gemeinsame Kampf gegen das reaktionäre und korrupte Regime der liberalen Oligarchie hatte die bürgerlich-demokratische Nationalpartei, die sich vorwiegend auf Siebenbürgen und das Banat stützt, und die ursprünglich radi-

kale Bauernpartei (Partidul zaranesc) im Jahr 1926 zur Nationalzaranistischen Partei zusammengeführt. Seitdem jedoch die Liberalen aufgehört haben eine politische Macht zu sein, machen sich die im Grunde nie überwundenen Gegensätze zwischen den beiden vereinigten Partigruppen in immer stärkerem Maß wieder bemerkbar. Zwischen dem König und Maniu entwickelte sich bald ein latenter Gegensatz, während der Einfluß der eigentlichen Bauernpartei, neben der Armee der stärksten Stütze des neuen Königs, im Steigen ist. Der König selbst hat bisher in allen Fragen der Innenpolitik eine vorsichtige Reserve an den Tag gelegt, wenn auch die Fragen über die Grenzen seines Einflusses auf die Führung der Politik noch keineswegs endgültig geklärt sind.

Meinungsverschiedenheiten über die Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, die in Rumänien vor allem eine Agrarkrise ist, führten Anfang Oktober zum Rücktritt der Regierung Maniu. Sein Nachfolger wurde der bisherige Außenminister Mironescu. Das Schwergewicht der zukünftigen Regierungstätigkeit liegt naturgemäß auf wirtschaftlichem Gebiet, wofür auch die Berufung Virgil Madgearu, des bedeutendsten Wirtschaftspolitikers Rumäniens, zum Landwirtschaftsminister bezeichnend ist. Daneben wird allerdings der langsame innenpolitische Umbildungsprozeß, der allmähliche Rückgang der nationalzaranistischen Machtstellung, weitergehen.

Kurze Chronik Die kurz vor den Wahlen durch Zusammenschluß der Demokratischen Partei und der von dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, geführten Volksnationalen Reichsvereinigung gebildete *Deutsche Staatspartei* ist wieder auseinandergesplungen. Die 6 volksnationalen Abgeordneten der Staatspartei traten aus der Fraktion aus. Der Abgeordnete Erich Koch legte enttäuscht Parteivorsitz und Reichstagsmandat nieder. Die Demokratische Partei hat auf ihrem letzten Parteitag in Hannover am 8. und 9. November ihre Auflösung und die Überleitung ihrer bisherigen Organisationen in die Deutsche Staatspartei formell vollzogen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde der Finanzminister Hermann Robert Dietrich gewählt. ◊ Bei Nachwahlen in Shipley erlitt die *Labour Party* erneut eine Niederlage. Sie verlor in dem alten sozialistischen Wahlkreis gegenüber der Hauptwahl 5081 Stimmen; die Konservativen, deren Kandidat sieg-

te, gewannen 1545, die Liberalen 1073. ◊ In *Finnland* ergaben die durch die Lapobewegung erzwungenen Neuwahlen eine knappe bürgerliche Zweidrittelmehrheit. Die Ausschaltung der Kommunistischen Partei aus dem Parlament, wo sie bisher über 23 Mandate verfügte, ist gelungen. An Mandaten erhielten die Sozialdemokraten 66 (+ 7), die Nationale Sammlungspartei 42 (+ 14), die Fortschrittliche Partei 11 (+ 5), die Schwedische Volkspartei 21 (— 2), der Landbund 59 (— 1), die Kleinbauern 1. Die verfassungsändernden Antikommunistengesetze wurden mit 132 bürgerlichen gegen 66 sozialdemokratische Stimmen angenommen. ◊ In *Ägypten* trat das Wafdkabinett Nahas am 17. Juni zurück. Anlaß war die Weigerung des Königs Fuad das Gesetz zum Schutz der Verfassung, das er als gegen sich gerichtet ansah, zu unterzeichnen. Der König berief Sidky, einen Adligen türkischer Abstammung, zum Ministerpräsidenten. Unruhen in Alexandria und Kairo wurden blutig unterdrückt. Das Parlament wurde wiederum verfat. ◊ Die Parlamentswahlen in *Canada* ergaben am 28. Juli einen vollen Sieg der Konservativen. Das liberale Kabinett Mackenzie King trat zurück. Ministerpräsident wurde der Führer der Konservativen Richard Bennett.

Literatur

Einer der wenigen bekannten Staatsmänner Spaniens, *Santiago Alba*, vereinigte

in einem Buch *L'Espagne et la dictature* /Paris, Librairie Valois/ eine Reihe von Aufsätzen, die er in einer südamerikanischen Zeitung während der Diktatur Primo de Riveras veröffentlicht hatte. Sie geben ein eindrucksvolles Bild all der Schäden, die Spanien durch jenes Regime erlitten hat. Die Entstehung der Diktatur, die Erstickung des öffentlichen politischen Lebens, die Zerrüttung der Finanzen werden zusammenfassend geschildert. Von besonderer Aktualität ist das Kapitel über die Zeit nach dem Ende der Diktatur, in dem Alba, der bereits 9mal Minister war, und der jetzt einer der Anwärter auf die Ministerpräsidentschaft ist, seine eigenen politischen Prinzipien entwickelt. Seine Haltung ist die des anständigen, demokratischen Liberalen. Ob aber bloß mit derartigen Prinzipien Spanien in Zukunft zu regieren sein wird, ist immerhin fraglich. Schließlich hat auch das spanische Volk aus der Diktatur gelernt, und man wird nicht dort wiederanfangen können, wo man im Jahr 1923 aufgehört hat.

Kommunalsozialismus / Hanns MüllerDeutscher
Städtetag

In Dresden feierte am 26. und 27. September der Deutsche Städtetag die 25.

Jahreswiederkehr seiner Gründung. Dresden war Tagungsort, da von dort 1903 anlässlich der Städtebauausstellung die Anregungen zur Gründung ausgegangen waren. Der Präsident Oskar Mulert betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß sich der Aufgabenkreis des Städtetags mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen und sozialen Nöte ganz außerordentlich erweitert habe. Aus den 144 Mitgliedsstädten und 7 Städtebünden des Gründungsjahrs mit einer Einwohnerzahl von 16,2 Millionen sind bis zur Gegenwart 279 unmittelbare Mitglieder mit 26,5 Millionen Einwohnern geworden, zu denen noch 913 mittelbare Mitglieder mit 5 Millionen hinzukommen. Der Deutsche Städtetag erfaßt demnach 32 Millionen Menschen.

Die Bedeutung der Tagung lag in der außerordentlich kritischen Situation der Städtefinanzen, die die Gegenstände der Beratung bestimmte. Der Nürnberger Oberbürgermeister Hermann Luppe referierte in eindrucksvollster Weise über Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt, und in der anschließenden Hauptversammlung des Preußischen Städtetags sprach der Altonaer Oberbürgermeister Theodor Bräuer über den kommunalen Kredit. Wenig erfreulich ist, daß auch die sonst durch Thema und Zeit ernste Tagung von Spielereien der sogenannten Kommunisten und Nationalsozialisten belästigt wurde. Besonders Heinrich Waentig, damals noch preußischer Innenminister, mußte sich üble Anpöbeleien gefallen lassen. Der nationalsozialistische Münchener Stadtrat Esser schwelgte im ersten Stolz des Wahlerfolgs seiner Partei.

Über das bedeutende Referat Luppes wird hier noch besonders berichtet (siehe weiter unten Seite 1148 und folgende den Abschnitt Arbeitslosenversicherung). Auch der Vortrag Bräuers rührte an ein brennendes Großstadtproblem. Bräuer verwies mit Nachdruck auf die unglückliche Stelle, die die Gemeinden als schwächste Gruppe der öffentlichen Körperschaften einnehmen. Er beschäftigte sich vornehmlich mit der Tätigkeit der Beratungsstelle, wendete sich gegen den Plan für die Inlandsanleihen und die kurzfristigen Kredite der Gemeinden und für die Inlands- und Auslandsanleihen der Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit eine umfassende

Zwangswirtschaft einzuführen. Da die dem Städtetag angeschlossenen Städte heute auf die Wirksamkeit der selbst eingesetzten Kreditausschüsse hinweisen können, ist solche Abwehr zu verstehen. Die Städte wollen selbstverschuldeten und durch die Not der Zeit bedingten Übeln entgegenwirken, und grundsätzlich sollte der Staat dann nicht eingreifen, wenn begründete Aussicht vorhanden ist, daß im Prozeß der Selbstverwaltung die notwendige, für die Gesamtwirtschaft unentbehrliche Ordnung geschaffen wird. Die Öffentlichkeit ist durch den Verlauf der Gesamttagung in wirksamster Weise auf unverkennbar ernste Aufgaben der Reichsfinanzpolitik und der Arbeit der Städte aufmerksam geworden.

Gehälterhöhe In der Aussprache über die Umorganisation der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen, die nach einem Referat des bremischen Finanzdezernenten Johann Nicolaus Müllershausen auf der am 10. und 11. Oktober in Osnabrück abgehaltenen Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik (einer Organisation, der mehr als 1000 Gemeinden angehören) stattfand, machte der Ministerialdirektor Viktor von Leyden interessante Ausführungen über die Finanzpolitik der Reichsregierung. Die Gehaltsreduktion sei nicht nur materiell notwendig sondern auch psychologisch unvermeidbar. (Eine Tatsache, die man endlich, spät genug, einzusehen beginnt, nachdem die Warnungsrufe der Sozialistischen Monatshefte 3 Jahre hindurch überhört worden sind.)

Die Frage, in welcher Weise durch hohe Gehälter der leitenden Beamten die Gemeinden ungebührlich belastet sind, wurde auch im preußischen Finanzministerium erörtert. Es herrschte dort Einigkeit darüber, daß die Gehälter der Kommunalbeamten im Verhältnis zu den Gehältern der Staatsbeamten viel zu hoch sind. Eine Nachprüfung des Finanzministeriums hat ergeben, daß selbst Kommunen mit Etats von wenigen Millionen an ihre Bürgermeister Gehälter zahlen, wie sie der preußische Staat und das Reich nur seinen Ministerialdirektoren gewährt. Zahlreiche Oberbürgermeister beziehen nach den Erkundungen ein Einkommen, das in Wirklichkeit das Gehalt von Ministern oder Staatssekretären übersteigt. Das Ministerium hat die Absicht die Gemeinden zu einer Herabsetzung der an die Bürgermeister und andere leitende Beamte gezahlten Gehälter zu zwingen. Davon würden in

erster Linie die großen Kommunen in Rheinland-Westfalen betroffen. Daß gerade die Gemeinden dieses Gebiets mit hohen Gehältern vorangehen, ist recht interessant. In welchem Umfang mag hier das Gehälterniveau der freien Wirtschaft auf das im Bereich der Kommunen einwirken? Offenbar ist solche Einwirkung vorhanden. Sollen die Einkommen der Leiter privater Unternehmen unantastbar bleiben?

Für Breslau hatte der Regierungspräsident bereits im Februar die Angleichung der städtischen Besoldungsordnung an die staatliche gefordert, als in einer städtischen Finanzkrise die Stadt den Staat um Hilfe angerufen hatte. Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Magistrat sprach der Bezirksausschuß umfangreiche Gehaltskürzungen aus, von denen 2535 Beamte und Angestellte betroffen sind. Die Einwendungen des Magistrats werden zum Teil sehr scharf zurückgewiesen. Die Überschreitungen der Breslauer Besoldungsordnung werden als »grober und offener Auswuchs« bezeichnet. Die beanstandete Besoldungsordnung war 1928 von den Stadtverordneten beschlossen und vom Regierungspräsidenten genehmigt worden.

In Gotha verzichtete der neue Oberbürgermeister, der frühere Bürgermeister der Stadt, Richard Schmidt mit Rücksicht auf die mißliche Finanzlage der Stadt auf die ihm zustehende Erhöhung seines Gehalts; er will das Jahresgehalt eines Oberbürgermeisters erst vom Januar 1936 ab beanspruchen.

Die Bezüge der 5 Direktoren der Berliner Verkehrsgesellschaft sollen erheblich, teils um 60% teils um 45%, gekürzt werden, so daß die Gehälter dann "nur" noch 3500 Mark monatlich betragen. Da sämtliche Direktoren laufende Verträge haben, wird erwartet, daß sie freiwillig in die Änderungen einwilligen.

Arbeitslosenversicherung In seinem oben erwähnten Referat auf dem Deutschen Städtetag erhob Luppe vom Standort des Kommunalpolitikers aus schwere Vorwürfe gegen die organisatorische Regelung der Arbeitslosenversicherung. Die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes geäußerten Bedenken seien in geradezu erschreckendem Ausmaß Wirklichkeit geworden. Im Gegenentwurf des Städtetags sei bei der Beratung des Gesetzes auf den unlöslichen Zusammenhang zwischen Arbeitsnachweis, Arbeitslosenversicherung und gemeindlicher Wohlfahrtspflege hingewiesen worden.

Die sogenannte wirtschaftliche Selbstverwaltung habe sich sehr schnell als ein völlig zentralistisch verwalteter bürokratischer Apparat entpuppt, der schwerfällig arbeite und auf die örtlichen Besonderheiten keinerlei Rücksicht nehme. Der angeblich unzulängliche Apparat der Gemeinden sei durch einen vielfach unzuverlässigern ersetzt, und die Gemeinden dadurch mit abgebauten Beamten belastet worden. Verhängnisvoll sei die Entwicklung dann dadurch geworden, daß die Anzahl der Ausgesteuerten und Nichtanspruchsberechtigten immer größer geworden sei. Die Reichsanstalt sorge in erster Linie für die Anspruchsberechtigten, und die Gemeinden seien damit gezwungen für die von ihnen Unterstützten Arbeit zu beschaffen. Dadurch sei die besondere gemeindliche Arbeitsfürsorge für die Ausgesteuerten notwendig geworden. Im eigenen Bereich und bei Auftragsvergebung betreiben die Gemeinden die Beschäftigung der Ausgesteuerten; so bahne sich die Schaffung eigener Arbeitsämter für die Ausgesteuerten an. Durch die fortschreitende Senkung der Leistung der Versicherung würden auch Empfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge immer mehr zu Kostgängern der Gemeinden. Die für die Wohlfahrtserwerbslosen in den Etats vorgesehenen Beträge seien bereits verausgabt, und für die nächsten Monate fehlten die Mittel. Um die finanzielle Katastrophe zu vermeiden, gäbe es nur den einen Ausweg: die Krisenfürsorge, die entgegen dem klaren Wortlaut des § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Vorjahr aufs äußerste eingeschränkt worden ist, nach Berufen und Zeitdauer unbeschränkt auszudehnen, solange die jetzige Wirtschaftskrise dauert. Die Gemeinden seien bereit für eine bei der Krisenunterstützung notwendig werdende Bedürftigkeitsprüfung ihre Organisation zur Verfügung zu stellen, das Reich müsse aber vorher die Gemeinden vom arbeitsfähigen Teil der Wohlfahrtserwerbslosen und von dem Gemeindefünftel der Krisenfürsorge entlasten. Es entsteht die ernste Frage, ob die Arbeitslosenversicherung in ihrer jetzigen Form aufrechterhalten werden kann. Nach der Überzeugung Luppens sei es das Vernünftigste die Versicherung, die man 1927 bis 1928 in falschem Optimismus aufgebaut habe, bis zur Rückkehr normaler Zeiten aufzuheben und zunächst wieder die Unterstützung einzuführen. Wolle man den Versicherungsgedanken retten, so müsse doch die Ver-

sorgung der nicht von der Versicherung Unterstützten völlig neugestaltet werden. An die Stelle der jetzigen Dreiteilung (Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung) müsse eine Zweiteilung treten. Der Reichsfinanzausgleich müsse die Gemeinden grundsätzlich in die Lage versetzen die entstehenden Lasten zu tragen. Bis zur endgültigen Regelung müsse sich das Reich an der Beseitigung krisenhafter Notstände beteiligen. Unmöglich sei es den Zuschuß des Reichs fest zu begrenzen; man solle nach einem objektiven Maßstab suchen, der in der Zahl der Ausgesteuerten oder besser noch der gemeldeten Arbeitslosen der Gemeinde zu finden sei. Auch an anderer Stelle habe sich die Zerreißung von Versicherung, Arbeitsnachweis und Fürsorge gerächt. Die Gemeinde mache Fürsorgearbeiten nur für die Ausgesteuerten. Das Arbeitsamt prüfe bei der Krisenfürsorge die Bedürftigkeit, ohne dafür geeignetes Personal zu haben, und das Wohlfahrtsamt kenne die Personen und müsse die Prüfung für die eigene Unterstützung ebenfalls durchführen. In der örtlichen Instanz müsse die Einheitlichkeit wiederhergestellt werden.

Luppe mag in vielem über das Ziel hinausschießen, die Reichsanstalt für Übel verantwortlich machen, die in erster Linie schwer voraussehbare Folge der außerordentlichen Wirtschaftsnot sind. Die Unsinnigkeit der Trennung in Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung ist unbestreitbar. Die tatsächlichen Zustände zeigen auch, daß eine Zusammenfassung aller die Erwerbslosen angehenden Maßnahmen in örtlicher Instanz entscheidende Bedeutung besitzt. Damit ist die Berechtigung des Grundgedankens des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sehr in Frage gestellt. Es muß erneut eingehend geprüft werden, ob einmal durch die Verselbständigung der Versicherung wirklich so etwas wie "wirtschaftliche Selbstverwaltung" geschaffen worden ist, und ob nicht die schädlichen Wirkungen dieses Aufbaus erheblich größer sind als die erhofften Vorteile. Freilich steht für die beteiligten Wirtschaftsorganisationen, besonders für die Gewerkschaften, viel auf dem Spiel. Die Organisation der Arbeitslosenversicherung war zu erheblichem Teil die Manifestation der von ihnen in engster Anlehnung an Grundgedanken des modernen Arbeitsrechts entfalteten Ideologie. Sie fühlen sich in dieser Organisation als Träger einer neuen Form der Selbstverwaltung der Wirtschaft, als ein fundamentales Stück einer werdenden Wirtschaftsverfassung.

Von den Repräsentanten der "alten" kommunalen Selbstverwaltung wird ihnen vorgehalten, daß so die praktische Lösung der Probleme nicht möglich sei, und hinter dieser Mahnung steht der sehr beachtenswerte Gedanke der einheitlichen Zusammenfassung aller Gebiete örtlicher Verwaltung an einer Stelle, die unerläßlich sei, weil alle wichtigen Verwaltungsleistungen im gegenseitigen Verhältnis des Ausgleichs und der Ergänzung stehen. Gewiß sind die Übelstände in der Erwerbslosenbetreuung unmittelbar Folge der anormalen Krise, aber die jetzige Form der Organisation wird den Schwierigkeiten offensichtlich nicht am besten gerecht. Andererseits, was die Gemeinden in erster Linie bedrückt: der Zustrom Erwerbsloser, ohne daß man Finanzquellen hätte, würde auch bei anderer Reglung vermutlich die Gemeindefats gefährden. Aber es bleibt eine Anzahl Mißstände, die eine Wirkung zerspaltener Organisation sind.

Sparkassen Über die Entwicklung der Sparkassen der Städte über 50 000 Einwohner im Jahr 1928 enthält die 2. Lieferung des 25. Jahrgangs des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte Angaben, die eine bedeutende Erweiterung der Geschäfte und Aufgaben erkennen lassen. In den 88 erfaßten Städten wurden von 1927 zu 1928 insgesamt 151 Nebenstellen neu errichtet. Die Anzahl der Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Depositenkonten hat sich bei einem Zugang von 76 640 und einem Abgang von 43 318 um 33 322 vermehrt; der Gesamtstand war 301 437. Der Kontenbestand hat sich im Jahr 1928 also um 12,4% erhöht. Die Gesamtzahl der Konten einschließlich der Sparkonten stieg im gleichen Zeitraum von 3 015 311 um 1 026 717 oder 34% auf 4 042 028. Der Bestand an Sparkassenbüchern erhöhte sich von 2 747 160 um 993 395 auf 3 740 555. Der Reinzugang der Spareinlagen war in diesem Jahr ebenfalls erheblich; er betrug 687 544 000 Mark, ohne Zinsen 590 489 000 Mark, das sind 46,5 respektive 39,9% des Einlagebetrags Ende 1927. Die Giro-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen betragen für den Durchschnitt der Städte 19,8% der Spareinlagen. Der Anteil der wichtigsten Anlageformen der Kassenmittel ist aus folgenden Angaben erkennbar: In Wertpapieren waren 500 102 000 Mark angelegt, in Hypothekendarlehen waren 967 158 131 Mark ausgegeben, davon für Wohnungsbau 560 780 053 Mark = 58%. An kurzfristigen Krediten, die

vornehmlich an Angehörige des Mittelstands begeben wurden, waren 471 552 000 Mark gewährt, an Anleihen an öffentliche Körperschaften 329 554 502 Mark. Insgesamt zeigt sich eine bedeutende Entfaltung der Sparkassen.

Kurze Chronik Eine interessante Neugründung ist im Bereich der Gasversorgung *Südwestdeutschlands* erfolgt. Aus der Frankfurter Gasgesellschaft wurden alle Aktiven, außer denen, »deren Entwicklung noch nicht übersehbar ist«, in eine neue Aktiengesellschaft Maingaswerke eingebracht. Der alten Gesellschaft verbleiben insbesondere die vielumstrittenen Kohlenfelder. Die Frankfurter Gasgesellschaft tritt in Liquidation. ◊ Das Präsidium der *Dresdener Hygieneausstellung* hat, wie es heißt, auf Grund zahlreicher Anregungen vorgeschlagen die Internationale Hygieneausstellung in der Zeit vom 15. Mai bis zum 30. September 1931 zu wiederholen, wobei beabsichtigt ist den sachlichen Inhalt neu zu gestalten. Die Körperschaften haben dieser Wiederholung zugestimmt. Nach Angaben soll der Besuch von 20 000 Fremden, die Dresden mehr als im Vorjahr aufzuweisen hatte, auf den Einfluß der Ausstellung zurückzuführen sein. ◊ Der *Mannheimer Stadtrat* nahm eine Vorlage über die Eingemeindung der Gemeinden Seckenheim und Friedrichsfeld sowie einiger Höfe an. Seckenheim bringt 7000 Einwohner und 1680 Hektar Gemarkungsfläche, Friedrichsfeld besitzt eine Gemarkung von 225 Hektar und 4400 Einwohner. Die Gemarkungsfläche der Höfe ist ebenfalls erheblich. ◊ Die Nationalsozialisten, die mit dem Anspruch auftreten allein wirkungsvoll den Kampf gegen Korruption im öffentlichen Leben zu führen, liefern dort, wo sie selbst öffentliche Funktionen erfüllen müssen, keinen Beweis ihrer Behauptung. In *Gotha* waren sie bei der letzten Stadtratswahl mit 11 Sitzen die stärkste Fraktion geworden. In der Stadtkämmerei dieser Stadt hat nun eine schlimme Mißwirtschaft platzgegriffen; eine Bücherrevision belastete besonders den nationalsozialistischen Stadtrat Schmidt. Es ist eine wilde Vorschubwirtschaft getrieben worden; von der Stadtkasse wurden eigenmächtig Vorschüsse auf Gehälter, sogar auf erhoffte Höhereinstufungen gewährt und vertuscht. Die Angelegenheit hat zu 2 Selbstmorden geführt. Schmidt hat sich durch Gas vergiftet, und der den Nationalsozialisten ebenfalls nahestehende Stadtsekretär Menz hat sich erschossen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Diederichs † Am 10. September starb in Jena, im Alter von 63 Jahren, der Gründer und Eigentümer des bekannten Verlags Eugen Diederichs. Er war ursprünglich Landwirt von Beruf, gründete 1896 von Florenz aus seinen Verlag. Den ersten verlegerischen Erfolg erzielte er mit einem von Hans Blum, dem Sohn des 1848 erschossenen Demokratenführers Robert Blum, verfaßten Buch über die Deutsche Revolution von 1848-1849. Die damit eingeschlagene Grundrichtung seines Verlags, nämlich die Betonung der kulturellen Mission der Demokratie, die Darstellung ihrer Problematik und ihrer innern Verflechtung mit Volksbildung, Wissenschaft, Philosophie, Religion, Literatur, Kunst, Staat und Gemeinschaftsleben, hat Diederichs dann bis zu seinem Tod konsequent, wenn auch in Anpassung an wechselnde Zeitströmungen und verlegerische Konjunkturen eingehalten. Diederichs liebte den ausgesprochenen Individualismus in jeder Form, sowohl seiner weltlichen als auch seiner geistlichen. Diese Liebe führte ihn beispielsweise zu starker Bejahung der Welt der Renaissance, aber auch zu ebenso starker Hinneigung zur religiösen Mystik der Eckehart, Tauler, Böhme. Aber der Aufbau seines verlegerischen Gesamtwerks hat ihn weit über persönliche Liebhaberei und kaufmännische Berechnung hinausgeführt. Das deutsche Publikum verdankt Diederichs die ersten deutschen Ausgaben von Kierkegaard und Tolstoj. Er führte es zu Spitteler, de Coster, Reymont, Masaryk, Jaurès, zur Welt der modernen englischen Demokratie (Sidney und Beatrice Webb, MacDonald, Wells) mit ihren charakteristischen Auswirkungen auf Volksbildung und Kirchentum. Die kritische Auseinandersetzung des modernen Geistes mit den historischen Formen von Religion, Kirche, Moral und Erziehung, die vor dem Weltkrieg das deutsche Geistesleben beherrschte, fand bei Diederichs einen starken verlegerischen Rückhalt. Auch die von ihm selbst geleitete Monatsschrift Die Tat ist in gewissem Sinn noch heute ein Forum, von dem aus der religiöse und philosophische Individualismus unserer Tage, freilich mit unzulänglichen Mitteln, das moderne Leben neu zu gestalten sucht. Die zahlreichen Serienwerke und Einzelbände, die Diederichs über die Märcen der Weltliteratur, die Sagen des Nordens, der deutschen Stämme, Afrikas, Insulindes, über

mittelalterliche Legenden und alte Volksbücher und anderes herausgebracht hat, können hier nur summarisch angedeutet werden. Noch weniger ist es möglich auch nur einigermaßen vollständig die wichtigen Werke und Autoren der Weltliteratur aufzuzählen, die Eugen Diederichs großen Teilen des deutschen Publikums wieder oder zum erstenmal erschlossen hat. Besondere Hervorhebung verdienen die bei ihm veröffentlichten Ausgaben von Friedrich Hölderlin und Julius Rupp, die Übersetzungen Platons, Augustins, Comenius' und Ruskins, und vor allem die von W. Otto und R. Wilhelm bearbeiteten Sammlungen von klassischen Werken aus der religiösen Welt des Nahen Orients, Indiens und Chinas. Allein durch diese letztgenannten beiden Sammlungen hätte sich Eugen Diederichs für immer einen ehrenvollen Platz in der Geschichte des deutschen Verlagswesens gesichert.

Völkisches Programm

Das Modewort Belange, das bis vor kurzem die laufende Literatur des akademischen Nationalismus in Deutschland beherrscht hat, wird augenblicklich von einem neuen Schlagwort abgelöst. Es heißt bündisch. Wie die Halbmonatsschrift Der Student in einem ihrer letzten Hefte mitteilte, wurde am 17. August in Potsdam von Jungführern aus der Jugendbewegung, Studentenschaft, Jungbauern- und Jungarbeiterschaft eine Bündische Reichschaft gestiftet. Ihr Programm soll demnächst in Buchform als Bündische Botschaft erscheinen, und der Inhalt dieses Buchs wird durch einen von Kleo Pleyer verfaßten Leitartikel Das bündische Aufgebot in der erwähnten Zeitschrift vorangekündigt. Das deutsche Elend hat nach dieser Ankündigung eine einzige Ursache: Das deutsche Volk lebt nicht mehr nach seinem »urtümlichen Lebensgesetz«. Die Jugend hat die einzige Aufgabe es neu zu finden und danach die Wirklichkeit zu gestalten. Sie hat es bereits gefunden: Es ist das bündische Gesetz, auch »reichisches« Gesetz genannt. Es hat bereits die 1. und 2. deutsche Zeit gestaltet, und es wird auch die 3. Zeit, die »ankünftige« gestalten. Es ist unter anderm näher bestimmt durch 3 große bündische Strebungen: den Drang zur Gemeinschaft, zur Gerechtigkeit, zu Gott. Diese 3 Strebungen sind das Gegenstück zu dem »ichgierigen, recht- und gottlosen Ungeist des Westens«, der verkörpert wird durch die falschen Formeln der Französischen Revolution, die Freiheit, die Gleichheit,

die Brüderlichkeit. Das bündische Welt-, Geschichts- und Staatsbild in diesem Sinn ist nicht irgendeine sondern die deutsche Welt-, Geschichts- und Staatsanschauung, der bündische Gedanke ist die deutsche Idee, der einzige die ganze deutsche Wirklichkeit, ja die ganze Weltwirklichkeit in sich begreifende und meisternde Gedanke. Er ist die höchste »Bündigung« der deutschen »Widersätze«, Form und Führung der in sich »gebündeten« Gesellschaft ist der deutsche Staat. In ihm stehen Arbeiterschaft, Bauernschaft und Bürgertum als gleichwertige Faktoren neben einander. Die liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftsordnung wird durch eine bündische Ordnung ersetzt. Sie ist teils ganzgebunden, teils halbgebunden, teils frei. Innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung stehen sich Arbeiter und Unternehmer unter der Aufsicht und Schiedsgewalt des Staats gleichgewichtig gegenüber. Die Bevölkerungspolitik soll das rassisch hochwertige Erbgut steigern, dem anwachsenden Bevölkerungsdruck aus Ost und Süd Widerstand leisten, den Boden der Spekulation entziehen, das selbständige Bauerntum durch Siedlung fördern und den deutschen Brotverbrauch den Erzeugungsmöglichkeiten anpassen. Das Bürgertum soll vom kapitalistischen Eigennutz »entschlackt« und zu schöpferischem Dienst an Volk und Reich wieder fähig gemacht werden. »Das Judentum soll entsprechend seiner blut- und geistbedingten Sonderart eine Sonderstellung, einen Eigenbereich erhalten. Es muß von der deutschen Volkführung, Staatsverwaltung, Rechtsprechung ausgeschaltet sein; der verderbliche jüdische Einfluß in den Kulturinstitutionen muß abgeriegelt, die deutsche Presse dem Judentum entzogen werden.« »Die Arbeiterschaft muß freigemacht werden von den falschen westlichen und östlichen Zielbildern, ihre berufsbündischen Einungen sollen den ganzen Menschen ergreifen, nicht nur seine beruflich-wirtschaftliche, ihn durch das Bewußtsein gleichwertiger Volksgenossenschaft und der Möglichkeit mitverantwortlicher Führung an das Staatsganze binden und ihm einen Anteil am Werkertrag und am Boden sichern. Die ganze Jugend des Volks soll soldatischen Zuchtübungen unterworfen und während eines Arbeitsdienstjahres »bündisch gestrafft« werden; jeder Deutsche soll das Recht und die Pflicht zum Wehrdienst haben. In außenpolitischer Hinsicht gilt der Kampf vor allem denjenigen Bestimmungen des Friedens

von Versailles, durch die dem deutschen Volk ungerechte Zahlungen auferlegt, und ungerechte Grenzen gezogen worden sind.« Der Bündische lehnt jede außenpolitische Dogmatik ab; er verschreibt sich weder dem Westen noch dem Osten sondern wird die Freiheit mit denjenigen Mächten erkämpfen, die sich zur Bundesgenossenschaft darbieten. Der deutsche Blutüberschuß fordert Raum, in den er sich ergießen, den er fruchtbar machen kann; es gilt diesen Raum zu erringen, ohne daß andere Volks- und Stammestümer deswegen verkümmern müssen. Der Deutsche muß sich im mitteleuropäischen Raum eine weitreichende wirtschaftliche Eigenständigkeit sichern. Er muß diesen Raum nach bündischem Prinzip neu gestalten. Nicht das falsche Nationalstaatsprinzip des Westens, nicht der formaldemokratische oder fascistische Zentralismus kann die mitteleuropäische Mehrvölkerproblematik meistern, sondern nur das bündische Prinzip der übervölkischen Einung, die auf der Achtung vor den völkischen Sondertümern gegründete übervölkische Bündung. Die Not der zu entrechteten Minderheiten herabgewürdigten Volksgruppen im fremden Staat kann nur überwunden werden, wenn ihnen ein hündisches Volksgruppenrecht Eigenbereiche sichert, in denen sie ihr völkisches Leben »darleben« können. Nicht das in sich selber unbündische Frankreich oder Italien, die beide die völkischen Sondertümer innerhalb ihres eigenen Staats ersticken, nicht die unbündischen Mächte des Westens, sondern das bündische Volk der Mitte ist befähigt und berufen Europa, den Erdteil der alten eingewurzelten Volkheiten, zu bünden und zu befrieden. »Der nach bündischem Prinzip geordnete Erdteil wird allen europäischen Völkern die Bahn freimachen für ihren Weg durch die Weltgeschichte; es wird dem Wett-eifer, nicht aber der Vergewaltigung Raum gegeben sein. Das sich selber befreiende bündische Deutschland wird das in Versailles vergewaltigte Europa befreien und befrieden.«

Eine sachliche Auseinandersetzung mit derartigen Darlegungen wird nicht gerade erleichtert durch die geschmacklich völlig indiskutable schwülstige Form, in der diese Anhänger des Dritten Reichs um Verständnis für ihre Gedankenwelt zu werben suchen. Da ist fortwährend von »gottümlicher bündischer Volksbewegung«, vom »vordergründigen« und »hintergründigen« Deutschland, von »bündisch reichischer Sendung«, von »gegen-

bündischem Zeitalter«, »allheitlichen reichischen Aufgaben«, »urtümlichen Lebensgesetzen« die Rede, daß man sich vergebens fragt, warum denn nur in aller Welt schlichte und einfache Dinge nicht auch schlicht und einfach beim Namen genannt werden. Es gehört keine bündische Orphik dazu, um zu wissen, daß das deutsche Volk noch nach seiner endgültigen nationalen und sozialen Form ringt, daß von dem Ergebnis dieses Ringens seine Existenz, wahrscheinlich auch das Schicksal Europas abhängt, daß nationale und soziale Formen erst dann endgültig zu nennen sind, wenn sie vor der ganzen Menschheit bestehen, daß es unserer Landwirtschaft schlecht geht, daß wir den Krieg verloren haben, daß es eine Judenfrage und eine Soziale Frage gibt. Das deutsche Volk kommt keinen Schritt weiter, wenn es sich zu dem Glauben bekehrt, diese Allgemeinplätze seien tiefe Weisheiten, die soeben von einer bündischen deutschen Jugend entdeckt worden seien, und das deutsche Volk bedürfe nur der Gründung eines neuen Kampfbunds, um die endgültige, vollkommenste und gerechteste politische, soziale und kulturelle Ordnung für Deutschland und die übrige Welt alsbald sicherzustellen.

Das andere, was gegen das bündische Programm eingewendet werden muß, ist die Art, wie es fremdes Volkstum a priori mit Minderwertigkeit zu behaften sucht, um für das eigene Volkstum einen Anspruch auf um so größere Hochwertigkeit zu konstruieren. Die Ideologie der Französischen Revolution als »ichgierigen, recht- und gottlosen Geist des Westens« charakterisieren heißt ihre umwälzende Bedeutung für den Menschengeist und die Menschheitsgeschichte, heißt aber auch ihre positive Bedeutung für das moderne Staatsleben einschließlich des deutschen völlig verkennen. Das gleiche gilt von der Minderwertigkeit, die das bündische Programm den in Deutschland lebenden Juden und den von ihnen ausgehenden politischen und kulturellen Einflüssen unterstellt. Ein inneres Recht auf politische Führung kann einer Bewegung, die von solchen intellektuell haltlosen und sittlich verwerflichen Dogmen ausgeht, niemals zugestanden werden.

»Der Deutsche«, heißt es an einer Stelle der Bündischen Botschaft, »muß sich im mitteleuropäischen Raum eine weitreichende wirtschaftliche Eigenständigkeit sichern.« Es handelt sich aber nicht nur darum, daß diese Forderung aufgestellt wird, sondern darum, wie sie ver-

wirklicht werden kann. Die dafür im Augenblick offenstehenden Wege sind in den Sozialistischen Monatsheften im Anschluß an die laufenden politischen Tagesereignisse so häufig erörtert worden, daß von ihrer erneuten Darlegung an dieser Stelle abgesehen werden muß. Es gibt für Deutschland keinen andern Weg als den der politischen Verständigung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich. Daß gerade diese Möglichkeit, ja Notwendigkeit in dem bündischen Programm überhaupt nicht in Erwägung gezogen wird, ist ein Beweis dafür, daß auch die vom deutschen akademischen Nationalismus neuerdings so stark betonte politische Bildungsarbeit noch nicht bei denjenigen Erkenntnissen und Forderungen angelangt ist, die sich bei einer von Sachlichkeit bestimmten Beschäftigung mit den politischen Tatsachen der Gegenwart ergeben.

Kurze Chronik Das preußische Staatsministerium beschloß 4 weitere *Pädagogische Akademien* zu eröffnen: eine simultane Akademie (für evangelische, katholische, jüdische, eventuell auch weltliche Lehrkräfte) in Köpenick, eine katholische in Spandau und je eine evangelische in Königsberg und in Potsdam. Durch die ablehnende Haltung gegen diesen Plan, die das Zentrum am 13. November im Preußischen Landtag einnahm, ist seine Durchführung in Frage gestellt. ◊ Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat mit der Deutschen Pädagogischen Auslandsstelle in Berlin Vereinbarungen über 50prozentige Fahrpreisermäßigung getroffen, die für deutsche *Schulstudienfahrten* nach dem Ausland gewährt werden soll. Voraussetzung ist, daß die Fahrten unter Aufsicht und Leitung von Lehrern zu wissenschaftlichen und zu belehrenden Zwecken unternommen werden. ◊ In *Thüringen* hat das Volksbildungsministerium eine Abänderung der Schulordnung veröffentlicht, wonach die Teilnahme von Schülern an Vereinigungen außerhalb der Schule nunmehr im wesentlichen der Verantwortung der Erziehungsberechtigten unterstellt wird. Voraussetzung dafür ist, daß der betreffende Verein sich nicht gegen den Staat oder die Verfassung richtet oder strafrechtlich unzulässige Ziele verfolgt. Ein Verbot durch die Schule kommt nur dann in Frage, wenn die Vereinszugehörigkeit der Jugendlichen deren Leistung und Führung in der Schule sowie die erzieherischen und unterrichtlichen Aufgaben der Schule gefährdet.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Internationale Am 13. und 14. März fand zur selben Zeit, in der die 1. Konferenz des Völkerbunds für die Kodifikation des Privatrechts eröffnet wurde, eine internationale Frauenkundgebung statt, in der die Forderung erhoben wurde, daß eine Frau, die einen Ausländer heiratet, selbst über ihre *Staatsangehörigkeit* bestimmen kann. Es wurde ein Überblick über die Rechtslage in den verschiedenen Ländern gegeben, und 8 Frauen verschiedener Länder sprachen über das Wesen und die Bedeutung der Frage. Die deutsche Regierung, als deren Vertretung an der Konferenz Marie Elisabeth Lüders teilnahm, hatte beantragt, daß die Frau bei der Heirat mit einem Ausländer ihre Staatsangehörigkeit behalten könne, wenn sie ihren ersten ständigen Aufenthalt nach der Ehe in ihrem Heimatland nähme. Während der Hauptversammlung lief ein Schreiben James Ramsay MacDonalds ein, in dem er mitteilte, die britische Regierung hätte ihre Delegation auf der Kodifikationskonferenz instruiert auf die Annahme der Forderung der Frauen hinzuwirken. Die Konferenz hat jedoch den Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Nationalitätenfrage nicht anerkannt.

Vom 26. Mai bis zum 7. Juni tagte in Wien die 8. Generalversammlung des *Internationalen Frauenbunds*. Von deutschen Berichterstatterinnen wird bemerkt, daß sich Mängel der Organisation, die hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben ist, in verschiedener Beziehung lähmend bemerkbar machten. Gertrud Bäumer wies im Juli in ihrem Bericht in der Frau besonders darauf hin, daß sich der Internationale Frauenbund in der Behandlung internationaler Probleme mehr auf Fragen, die ausgesprochen die Frauen angehen, beschränken müsse. Unter den Resolutionen, die von den verschiedenen Kommissionen vorgelegt wurden, ist die des Friedensausschusses zu erwähnen, die sich für die Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit, insbesondere für einen allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag und für die Abrüstung einsetzt und die nationalen Organisationen auffordert eine systematische Friedenspropaganda zu treiben. Es wurde angeregt in allen Ländern am 18. Mai Friedenskundgebungen zu veranstalten. Auf Antrag des Ausschusses für Frauenberufe beschloß die Generalversammlung zu der Frage des Arbeit-

rinnenschutzes nicht Stellung zu nehmen, ohne vorher mit den Arbeiterinnenorganisationen Fühlung genommen zu haben. Die Kommission für Volksgesundheit stellte eine internationale Magna Charta der Mutter auf, die bestimmen soll, daß jede Frau, die die Mutterschaft auf sich nimmt, Anspruch auf Achtung hat, daß jede Mutter das Recht auf ein gesundes Kind und Schutz ihrer eigenen Gesundheit hat, daß sie das Recht selbst ihr Kind zu nähren und zu pflegen und das Recht auf Unterhalt und Erziehung des Kindes hat, daß sie das gleiche Recht an ihren Kindern wie der Vater hat, und daß sie das Recht hat am öffentlichen Leben ihres Landes, von dem das Los ihres Kindes abhängt, teilzunehmen. 2 öffentliche Versammlungen fanden statt, von denen eine das Thema Die Frauenbewegung und die Jugend, die andere das Thema Frauen als Mittlerinnen internationaler Verständigung behandelte. In dieser Versammlung sprach Gertrud Bäumer. Sie sagte dort, die Frage, ob die Frau hier eine besondere Aufgabe habe, dürfe nicht oberflächlich bejaht werden, und es sei ein großes Wagnis zu glauben, daß die Frauen innerlich berufen seien das gegenseitige Verstehen zwischen den Völkern zu fördern, geistige Gemeinsamkeit zwischen ihnen zu schaffen; sie schloß mit der Frage, ob die Frauen den Mut haben würden hier einen ganz neuen Weg zu gehen. Auch eine Internationale Landfrauenkonferenz wurde abgehalten.

Im Mai trat in Rom ein Kongreß der Internationalen Liga der *Katholischen Frauenverbände* zusammen, auf dem, wie schon 2 Jahre früher im Haag, die Erneuerung der Familie, die Gefahren, die heute Ehe und Familie bedrohen, und ihre Bekämpfung vom katholischen Standpunkt aus besprochen wurden. Auch soziale und wirtschaftliche Fragen, die mit dem Problem im Zusammenhang stehen, wie die Berufsbildung der Arbeiterin, wurden behandelt.

Vom 20. bis zum 23. August wurde in Wien eine Konferenz der *Internationalen Genossenschaftlichen Frauengilde* veranstaltet, an der 289 Delegierte aus 20 Ländern teilnahmen. Gefordert wurde die Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der Genossenschaften, die durch Änderung der Genossenschaftsgesetze und -statuten in den einzelnen Ländern ermöglicht werden soll. Eine Schlußresolution forderte die Frauen zum Kampf für den Weltfrieden auf: die übliche Geste, auch diesmal von keiner konstruktiven politischen Idee begleitet.

**Mädchen-
bildung**

Die im Jahr 1923 begonnene Umgestaltung der Höheren Mädchenschulen in Preußen, das heißt die Umwandlung der Lyzeen und Oberlyzeen in Schulen, die auf die Universität vorbereiten, kann nach einer Mitteilung des preußischen Unterrichtsministeriums jetzt als abgeschlossen gelten. Die Akademisierung der Lehrkräfte ist durchgeführt. Doch sind damit noch nicht alle Forderungen der Frauenbewegung erfüllt. Noch nicht die Hälfte aller öffentlichen und privaten Mädchenschulen in Preußen, 213 von 534, werden von Frauen geleitet, von diesen 213 sind 152 private, 45 städtische und 16 staatliche Schulen. Die meisten Höheren Mädchenschulen haben die Form des Oberlyzeums, das, vor allem von der Universität aus, in seinem Wert als wissenschaftliche Vorbereitungsanstalt stark angegriffen wird, dem immer noch Reste der alten Höheren Töchterschule und des alten Lehrerinnenseminars anhaften. Am Beispiel der Rheinprovinz, in der 23 Studienanstalten 51 Oberlyzeen gegenüberstehen, wird deutlich gemacht, einen wie stark opportunistischen Charakter die Organisation der Mädchenbildung trägt. Nach einer Statistik, die im Deutschen Philologenblatt vom 20. August 1930 veröffentlicht wurde, entstammen 61,8 % der Abiturientinnen dem Oberlyzeum. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob die ständig steigende Zahl der Abiturientinnen, die sich in Preußen im Schuljahr 1929-1930 auf 4532, um 1147 gegen das Vorjahr, vermehrte, ob die Vermehrung der Studentinnen von 1413 im Jahr 1909 auf 12 303 im Jahr 1928-1929 eine wirkliche Bereicherung oder gar Vertiefung der Frauenbildung bedeutet.

Vor einigen Jahren wurde in dieser Rundschau (1927 II Seite 570 und folgende) auf die Bestrebungen hingewiesen, die für die Mädchenbildung wieder, im Gegensatz zur Knabenbildung, besondere Ziele aufstellen wollten. Soweit man sehen kann, scheint es nicht, als ob diese Tendenzen sich so weit durchgesetzt hätten, daß sie den Gesamtcharakter der Frauenbildung wesentlich veränderten. Mit erfreulicher Entschiedenheit wird fast überall, kürzlich auch in einer Reihe von Aufsätzen in der Christlichen Frau, die "weibliche Eigenart" als Ziel der Mädchenbildung abgelehnt, die Notwendigkeit der sachlichen Bildung für die Frau betont. Der Gedanke Helene Langes, daß sich am objektiven Gehalt der Bildung das Wesen der Frau von selbst entfalte, befestigt sich.

Auch ein kürzlich veröffentlichtes Buch Theodor Friedrichs Die Frau als Bildungsziel /Leipzig, B. G. Teubner/ bestätigt das, direkt und indirekt. Dem Titel und auch der Tendenz nach will es allerdings auf die Forderung einer besondern weiblichen Bildung hinaus. Trotzdem werden in den ersten Abschnitten unumwunden alle Ansprüche der Frau auf sachliche und wissenschaftliche Kenntnisse, auf Bildung zur selbständigen Persönlichkeit, auf Erziehung zum Beruf und zum Staatsbürgertum anerkannt, der moderne Typus der Frau wird bejaht, die Möglichkeit weiterer Umgestaltung weiblichen Wesens wird ausdrücklich zugegeben, die schematische Festlegung weiblicher Eigenart abgelehnt. Was dann in den folgenden Abschnitten über die Sonderart der Frau als Mutter, Gattin und Hausfrau gesagt wird, steht zu diesen Erkenntnissen teilweise in merkwürdigem Widerspruch. Schon die Behauptung, daß das Muttertum schlechthin das Wesen der Frau ausmache, ist in dieser Einfachheit anfechtbar; denn die Mütterlichkeit der Frauen ist sehr verschiedener Stärke und sehr verschiedener Art. Weiterhin begegnet man dem wohlbekanntem Satz, daß der Mann das Schicksal der Frau sei. Was schließlich über die apriorische Bestimmung der Frau zur Hausfrauenarbeit in all ihren heute zum Teil so unrationellen und unproduktiven Einzelformen ausgeführt wird, wirkt manchmal geradezu etwas komisch. So, wenn der eigentümliche Wert der hausfraulichen Kochkunst darin gesehen wird, daß die Hausfrau das Geschmacksempfinden der Familienmitglieder zu ihrem eigenen gemacht habe und daher die Speise je nach deren besonderer körperlich-seelischer Veranlagung, ja nach ihrer Stimmung zubereiten könne; wobei nicht verraten wird, wie die arme Frau das Mittagessen machen soll, wenn der Mann und der Sohn zufällig entgegengesetzter Stimmung sind. Die hauswirtschaftliche Arbeit bilde, da sie das Lebenselement der Frau darstelle, keinerlei Belastung für sie, auch nicht, wenn sie sie neben einer Berufstätigkeit ausüben muß; sie bedeute im Gegenteil Kraftsteigerung und Freude, die sich dann wieder im Beruf auswirken. Die praktischen Folgerungen, die Friedrich dann aus diesen einander widersprechenden Voraussetzungen für die weibliche Bildung zieht, können daher nicht sehr weit reichen. Er verlangt, die Frau solle als solche gebildet werden. Wie das geschehen soll, darüber werden einigermaßen greifbare

Angaben nicht gemacht. Das einzig Konkrete ist die Forderung gesonderter Mädchenbildungsanstalten, der die Wirklichkeit im allgemeinen entspricht.

Es läßt sich beobachten, daß heute auch da, wo man von einer grundlegenden geistigen Verschiedenheit zwischen Mann und Frau überzeugt ist, die Notwendigkeit selbständiger geistiger Betätigung der Frau nicht bestritten sondern bejaht wird. Im August führte Marie Schlüter-Hermkes im Hochland aus, die Kultur-aufgabe der Frau bestehe darin Trägerin, Empfängerin, Verbreiterin der vom Mann geschaffenen Kulturwerte zu sein; trotzdem glaubt sie, daß sich die Frau heute auch aktiv im geistigen Leben betätigen müsse, ohne deshalb ihre ursprüngliche Bestimmung aufzugeben. Hans von Hattingberg schreibt im selben Monat in der Neuen Rundschau über die Tragik der weiblichen Situation, die er darin sieht, daß die Frau, deren eigentliche Lebensform das bloße Dasein, das Insichruhen sei, jetzt in die Lebensform des Mannes hineingedrängt werde, sich ebenso wie er auf den Beruf und die Leistung hin orientieren müsse; die daraus entstehenden, vielfach unbewußten Konflikte sollten durch die Kameradschaft des Mannes gemildert, durch neue, von sexueller Überspannung freie Beziehungen zwischen Mann und Frau sollen eine neue Geistigkeit und eine neue Menschlichkeit geschaffen werden.

Wenn die Versuche das Bildungsziel für die Frau zu bestimmen vielfach unbefriedigend verlaufen, so liegt ein Hauptgrund dafür darin, daß man immer von einer angenommenen Beschaffenheit der Frau ausgeht, während doch Bildung vor allem die Einordnung in einen objektiven Zusammenhang bedeutet. Man fragt: Was kann aus der so und so veranlagten Frau gemacht werden (ohne doch je genau zu wissen, wie sie eigentlich "veranlagt" ist)? Man fragt nicht: Wozu muß sie gebildet werden? Oder wenigstens tritt dieser Gesichtspunkt zu sehr zurück. Der alte individualistische Bildungsgedanke überwiegt. So kann in dem Friedrichschen Buch ein so merkwürdiger Satz stehen wie dieser, daß der Wille zur Mutterschaft heute, wo die Bindungen der Religion, des Staats und des Elternhauses gelockert seien, nur durch die Höhenlage der Bildung genährt werden könne. Gewiß ist es richtig, daß alte Bindungen heute gelockert sind. Aber der Ersatz dafür kann nicht durch bloße rationale Einsicht sondern nur durch den Aufbau neuer Gemeinschaft geschaffen werden. Und an den

Forderungen der Gemeinschaft muß sich die Frauenbildung orientieren. Es ist wohl kein Zufall, daß sich in der katholischen Frauenbewegung, die noch einen lebendigen religiösen Mittelpunkt hat, oft eine sehr klare und sichere Stellungnahme zu den Problemen der Frauenbildung beobachten läßt. In der Christlichen Frau umreißt Annie Bender im April und Mai die Ziele der Mädchenbildung. Die erste Aufgabe der Schule sei die Menschen mutig zu machen für das Leben, sie vor der Bürgerlichkeit zu warnen und zu bewahren. Dann muß sie sie zum Beruf erziehen; hier wird mit aller Entschiedenheit für das Mädchen das gleiche gefordert wie für den Knaben, und es wird als eine Möglichkeit der Zukunft die Frau ins Auge gefaßt, die auch aus einem Beruf heraus auf ihre Familie wirkt und ihre Kinder auch ohne dauernde äußere Gemeinschaft erzieht. Der Wert der strengen Sachlichkeit für die Mädchenerziehung wird besonders betont. Schließlich soll die Schule das Mädchen zur Einordnung in die Gemeinschaft hinleiten, sie soll ihr jugendliches Gemeinschaftsgefühl, ihr soziales Mitgefühl und ihr politisches Verantwortungsbewußtsein erwecken, sie soll ihr helfen über das eigene Ich hinauszuwachsen. Die tragende Kraft dieses Gemeinschaftsgefühls, als dessen Grundlage die Erkenntnis der eigenen Nichtigkeit, die Schau von der ursprünglichen Gleichartigkeit aller Seelen erkannt wird, ist die religiöse Verwurzelung. Die Notwendigkeit die Bildungsziele für die Frau von den Dingen aus zu bestimmen wird auch sonst in der Frauenbewegung erkannt. Gertrud Bäumer bezeichnete in einem Vortrag, den sie auf der Tagung des Philologinnenverbands über den Geist des 20. Jahrhunderts in der Frauenbildung hielt, als die Aufgabe unserer Zeit die Fachbildung zu humanisieren, die von der Technik veränderte Welt geistig zu beherrschen, wobei die Frau das Persönlich-Lebendige innerhalb der Sachmächte erhalten solle. Wenn auch die Notwendigkeit gleicher wissenschaftlicher Vorbildung der Mädchen wie der Knaben für das Studium nicht mehr bestritten wird, so wird doch andererseits betont, daß viele Mädchen heute ohne innere Notwendigkeit die Universität besuchen. Daß das bei den Männern auch und vielleicht in noch stärkerem Maß der Fall ist, ist kein Grund diese Erscheinung bei den Mädchen nicht zu bekämpfen. Für diese Mädchen fällt dann auch die Notwendigkeit der Vorbereitung auf die Hoch-

schule fort, und so ist nichts dagegen einzuwenden, wenn man neben den gymnasialen Mädchenschulen andere Schulformen herauszubilden sucht, wie die 3jährige Frauenoberschule, die Höhere Fachschule für Frauenberufe und die Werkoberschule, in denen die rein wissenschaftlichen Fächer, insbesondere Sprachen und Mathematik, zurücktreten vor der Ausbildung in technisch-praktischer Tätigkeit, vor allem Hauswirtschaft, die jedoch, besonders in der Höheren Fachschule für Frauenberufe, mit gründlicher naturwissenschaftlicher Bildung vereinigt wird. Diese Schulen sollen auf die Berufe der Technischen Lehrerin, der Gewerbelehrerin, Haushaltspflegerin, Werklehrerin vorbereiten. Allerdings sind diese Dinge noch nicht ganz geklärt. Es machen sich auch Bestrebungen geltend diese Schularten ebenfalls auf Hochschulreife zu basieren. Doch würde dies eine Gefährdung der gesamten Mädchenbildung, eine Verwässerung der für die Hochschule notwendigen wissenschaftlichen Vorbildung bedeuten. Die neuen Schulformen haben ihre Daseinsberechtigung nicht als Anstalten für Erziehung zur allein echten Weiblichkeit, aber ebensowenig als 6. Weg zur Universität, sondern als Schulen, die vorwiegend praktisch gerichtete Mädchen auf praktische Berufe vorbereiten.

Persönlichkeit Eine Reihe meist selbstgeschriebener Lebenserinnerungen sehr verschieden garteter Frauen läßt deutlich erkennen, wie die starke selbständige Persönlichkeit erst durch die Einordnung in einen größern Zusammenhang die Kraft zu fruchtbarer Entfaltung gewinnt. Bei Amalie Sieveking, die am Anfang des 19. Jahrhunderts in Hamburg die Anfänge freiwilliger Wohlfahrtspflege schuf, ist es die religiöse Bindung, das evangelische Christentum, von dem Leben und Wirken getragen war. Helene Matthies erzählt ihr Leben, freilich in einem etwas allzu blühenden Stil und gelegentlich sentimentalton, in ihrem Buch *Ein Weltkind Gottes* /Hamburg, Ernteverlag/, aus dem man doch einen lebendigen Eindruck ihrer Persönlichkeit erhält. Von Anfang an sucht Sieveking einen eigenen Weg, sie entwickelt sich zuerst in innerer Auseinandersetzung mit der überlieferten Religion und verfolgt dann, als sie zu religiöser Gewißheit gelangt ist, mit unbeirrbarer Sicherheit ihr Ziel, zieht einen räumlich nicht großen, aber innerlich reichen und erfüllten Wirkungskreis um sich.

Die Lebenserinnerungen einer alten Frau von Josepha Kraigher-Porges /Leipzig, Grethlein & Co./, die ihre Kindheit in Kärnten, zuerst in einer kleinen Stadt, dann auf dem Dorf verlebte, erzählen von schweren und traurigen Jahren, die ihr durch äußere Not, durch Härte und Lieblosigkeit verbittert wurden, und in denen sie doch aus dem katholischen Glauben und aus einem nahen und innigen Zusammenleben mit der Natur Kraft und Beglückung schöpfte.

Dagegen ist dann das Buch Verena Conzets *Erstrebtes und Erlebtes* /Leipzig, Grethlein & Co./, das in der Schlichtheit des Tons, in dem es erzählt ist, sich von den beiden anderen vorteilhaft abhebt, ein schöner Beweis, daß auch eine erst kommende, in Kämpfen sich bildende Gemeinschaft einem Leben innere Sicherheit und den Reichtum beglückten Schaffens gewähren kann. Sie nennt ihr Leben ein Stück Zeitgeschichte und stellt es damit hinein in die Anfänge der schweizerischen Arbeiterbewegung, in der ihr Gatte Conrad Conzett eine führende Stellung einnahm und mit aufopfernder Begeisterung kämpfte. Sie arbeitete zuerst mit ihm zusammen, wirkte dabei vor allem für die Sache der arbeitenden Frauen; nach seinem Tod führte sie unter großen Schwierigkeiten selbständig sein Geschäft fort und gründete eine neue Zeitschrift. Ihr blieb nichts Schweres erspart. Schon als 12jähriges Kind mußte sie durch Fabrikarbeit zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen und jahrelang über ihre Kräfte arbeiten; ihr Mann nahm sich nach vielerlei politischen und geschäftlichen Enttäuschungen das Leben; ihre beiden Söhne wurden in wenigen Tagen von einer Grippe hingerafft. Aber ihre kraftvolle, lebens- und schaffensfrohe, an Liebe und Mütterlichkeit reiche Natur gestaltete dies Leben dennoch zu einem schönen, glücklichen, vorbildlichen. Ende und Anfang nennt Hermynia zur Mühlen ihr Lebensbuch /Berlin, S. Fischer/. Geschildert wird in dem Buch die dem Anfang vorangehende Periode; die Jugend der Verfasserin in den diplomatischen Kreisen Österreichs und ihre Ehe mit einem baltischen Adligen, aus der sie sich während des Krieges löste, um sich »von der Welt der sterbenden Privilegien ab einer neuen, erst im Entstehen begriffenen« zuzuwenden. Man gewinnt den Eindruck, daß die Welt ihrer Herkunft, die sie mit Überlegenheit, doch unverzerrt, schildert, mit ihrer festen Fügung, in der doch für eine Art vorurteilsfreier Menschlichkeit Raum

war, durchaus das Wesen der Verfasserin geprägt, ja den revolutionären Protest, mit dem sie sich schon als Kind gegen jede Ungerechtigkeit empörte und vor allem während ihrer Ehe immer auf der Seite der Unterdrückten stand, selbst positiv mit hervorgebracht hat.

Das erschütternde Zeugnis eines zerrissenen und zerquälten Lebens ohne schützende Bindung ist das Buch Agnes Smedleys *Eine Frau allein* (Frankfurt, Sozietätsverlag). Smedley ist in einer armen amerikanischen Arbeiterfamilie aufgewachsen und früh von ihr losgerissen. Mit äußerster Anstrengung und Mühsal erkämpft sie sich ihre Bildung und ihre Stellung, aber sie wird ihrer Selbständigkeit nicht froh. Sie wehrt sich aus Furcht vor Abhängigkeit gegen alle Liebe, deren sie doch bedarf, sie beteiligt sich eine Zeitlang mit größter Opferwilligkeit an der Freiheitsbewegung der Inder und löst sich doch wieder von ihr, weil sie durch die Liebe zu einem Inder, den sie geheiratet hat, ihre Selbständigkeit bedroht fühlt. Sie äußert oft auch grundsätzlich ihren Haß gegen die Ehe, gegen jede Bindung der Frau durch Liebe und Mutterschaft, während sie sich müht und sorgt, um ihren Geschwistern zu helfen. Die trostlosen gesellschaftlichen Zustände haben diese starke und reich angelegte Natur mit sich selbst in Zwiespalt gebracht. Erst in den Schlußworten eröffnet sie, nachdem sie Amerika verlassen hat, den Ausblick in ein neues Leben, das dem Kampf um eine große Sache, dem Ringen um die Erde, gewidmet sein soll.

Tagungen Vom 10. bis zum 13. Juni fand in Dresden die Tagung des *Deutschen Akademikerinnenbunds* statt. Über die Stellung der Frau im akademischen Leben sprachen Agnes von Zahn-Harnack, die die Frage im Zusammenhang mit der gesamten Hochschulreform behandelte, und Hildegard Gallmeister, die beklagte, daß der Studentin vielfach das innere Verhältnis zum Studium fehle, und daß sie in das akademische Gemeinschaftsleben noch wenig hineingewachsen sei.

Vom 1. bis zum 4. Oktober fand in Berlin ein öffentlicher Kongreß des *Bundes Entschiedener Schulreformer* statt, der unter das Thema Frauenbildung und Kultur gestellt war und in einer Reihe von Vorträgen, die durch den preussischen Unterrichtsminister Adolf Grimme und Gertrud Bäumer eröffnet wurde, die Probleme der Frauenbildung innerhalb der Kulturkrise behandelte.

Kurze Chronik In der Frauenberufsarbeit marschiert, wie in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 918) mitgeteilt, *Frankreich* an der Spitze aller Kulturstaaten. Die Anzahl der berufstätigen Frauen steigt dort beständig; sie umfaßt jetzt schon die Hälfte aller französischen Frauen überhaupt. Während in den Vereinigten Staaten von Amerika, was für die Stellung der Frau dort bezeichnend ist, nur ein sehr niedriger Prozentsatz, nämlich 17% aller Frauen, am Berufsleben beteiligt sind. (Auch in diesem Punkt ist, wie bei fast allen Dingen, die Frankreich auf der einen, Amerika auf der andern Seite betreffen, die Wirklichkeit ganz anders als die landesübliche Vorstellung; meist ihr entgegengesetzt.) Auch in die akademischen Berufe dringt die französische Frau immer stärker ein. In Paris leben heute 178 Advokatinnen, 1928 waren von 200 neuen Pariser Rechtsanwälten 50 Frauen. Der Prozentsatz der französischen Ärztinnen steigt ständig; im Departement Seine praktizieren unter 5530 Ärzten 243 Frauen. \diamond In Köln wird Ende dieses Jahres ein *Haus der Frau* eröffnet, das die Frauen über die Rationalisierung der Hauswirtschaft orientieren soll. \diamond Im Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin werden von der Arbeitsgemeinschaft Personaldienst Kurse veranstaltet, die berufstätige Frauen über soziale und wirtschaftliche Fragen, Arbeits- und Sozialrecht unterrichten. \diamond Am 24. September wurde *Camilla Jellinek* 70 Jahre alt. Sie wurde aus diesem Anlaß von der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg zum Ehrendoktor ernannt, in Anerkennung ihrer Verdienste um die Besserung der Rechtslage der Frauen. Sie hat sich in jahrzehntelanger unermüdlicher Arbeit, vor allem als Schriftstellerin, für die Gleichberechtigung der Frau in der Ehe eingesetzt.

Literatur Die Frau widmete im Juni ein Heft dem Gedächtnis *Helene Langes*. Es enthält die Ansprachen, die bei der Bestattung und der Trauerfeier am 17. Mai von Vertretern der Kirche, der verschiedenen großen Frauenverbände, der Universität Tübingen, dem Oberbürgermeister von Oldenburg sowie von dem Reichsinnenminister und dem preussischen Unterrichtsminister gehalten wurden, und eine Reihe weiterer Kundgebungen in Zeitungen und persönlichen Schreiben, die alle erkennen lassen, wie tief der Eindruck dieser wahrhaft berufenen Führerpersönlichkeit war.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Kulturpessimismus und -optimismus

Die einheitliche Struktur des Geistes zeigt sich wohl in nichts anderem so überzeugend als darin, daß es eine systematische Philosophie gibt, das heißt eine Sinnerfassung der gesamten Wirklichkeit von einem Prinzip oder einer geistigen Grundhaltung aus. Hierhin gehört auch die Tatsache, daß jeder Gedankengang, der nur einigermaßen tiefdringend einen Gegenstandsbereich zu erfassen sucht, überall seine Verflochtenheit in letzten Stellungnahmen offenbart. So hängen auch Wandlungen, die die Rechtsphilosophie seit Hegel durchgemacht hat, in der Bearbeitung ganz spezieller Probleme, wie dem der Strafe beispielsweise, mit dem Wandel philosophischer Prinzipien zusammen, die oft den Denkern gar nicht bewußt sind, doch immer ihren richtungweisenden und gestaltenden Einfluß ausüben. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich ein sehr interessantes Problem. Die europäische Philosophie, insbesondere im 18. Jahrhundert und im nachkantischen Idealismus, war von einer optimistischen Grundüberzeugung an die Macht der Ratio getragen, an die sinnvolle Struktur der Wirklichkeit in Natur, Geschichte und Leben. In der Philosophie Hegels erlebt dieser Vernunftoptimismus seine tiefste und reifste Ausgestaltung. Gleichzeitig aber beginnt schon die Abkehr von dieser Grundüberzeugung. Mit Schopenhauer und dem ältern Schelling erwacht die Einsicht in die Bedeutung der irrationalen Mächte, und immer deutlicher wird der widerspruchsvolle Charakter der Wirklichkeit, in der die treibenden Faktoren alles andere als Entfaltungen einer weltgestaltenden Vernunft sind. Schopenhauers Pessimismus ist die Folge dieser Abkehr vom metaphysischen Rationalismus. Die weitere Entwicklung der Philosophie wird aus der irrationalistischen Grundhaltung heraus skeptisch gegen den Wert der Kultur. Immer umfassender und tiefer wird ein Kulturpessimismus entwickelt, der es sich zur Hauptaufgabe macht die Kultur in ihrer ganzen Breite lediglich als Auswirkung wirtschaftlicher Faktoren oder des Willens zur Macht oder sonstwie zu begreifen. Marx, Eduard von Hartmann, Nietzsche, Oswald Spengler sind die wichtigsten Vertreter dieses Kulturpessimismus. Es fragt sich nun, wie sich von diesem Standpunkt aus die Rechtsphilosophie gestaltet. In einem umfangreichen Werk Die Rechtsphilosophie des

Pessimismus hat der Münsterer Privatdozent *Karl Otto Petraschek* diese Frage behandelt (München, Ernst Reinhardt). Er kommt zu dem Ergebnis, daß durch die einseitige Hervorhebung der emotionalen Faktoren der Pessimismus von Schopenhauer bis Spengler die Verwurzelung von Recht und Staat in der Moral gelöst habe. Die naturrechtliche und ethisch fundierte Auffassung des Rechts sei bei diesen Autoren, die Petraschek als Wortführer des Pessimismus auffaßt, vollkommen aufgegeben. An Stelle des sittlichen Elements werde seit Marx das Machtelement im Recht immer mehr hervorgehoben. Bei Marx sei das Recht lediglich ein Ausdruck der sozialen Situation, welche Klasse sich im Besitz der Produktionsmittel befindet. Es sei ein Instrument zur Sicherung dieser Herrschaftsverhältnisse. Für Nietzsche sei das Recht Ausdruck der biologischen Verhältnisse der Über- und Unterordnung und lediglich ein Mittel im Kampf um die Macht. Deshalb hätten die Rechtszustände kein selbständiges Daseinsrecht, sondern sie hätten sich dem obersten Daseinszweck, dem Willen zur Macht, entsprechend zu formen. Dieser Auffassung folge auch Spengler, wenn er von dem Gedanken ausgehe, daß das Reich der Werte in der harten Welt der Tatsachen unwirksam sei. Allerdings widerspreche er diesem Grundgedanken in der Schrift *Preußentum und Sozialismus*, wenn er eine gerechte soziale Ordnung in einem konkreten historischen Moment verwirklicht sehe; aber hier dürfe man wohl annehmen, daß politische Stellungnahme den Blick dieses realitätsnahen Historikers (als einen solchen sieht Petraschek in merkwürdiger und heute schon ganz veraltet anmutender Überschätzung Spengler an) getrübt hätte. Mit dem Recht sei für alle jene Denker auch der Staat als das oberste Rechtsordnungssubjekt auf Faktoren gegründet, die außerhalb der ethischen Sphäre liegen, am konsequentesten bei Marx und Nietzsche. Infolgedessen werde hier auch jede positive Verbindung zwischen Staat und Kultur abgelehnt. Zugrunde liege dieser Stellungnahme bei Marx eine sozial-eudämonistische Auffassung, bei Nietzsche sein biologistischer Standpunkt. Der Darstellung der rechts- und staatsphilosophischen Anschauungen jener als Pessimisten bezeichneten Denker läßt Petraschek die des Königsberger Rechtswissenschaftlers Wilhelm Sauer folgen. Sauer ist insofern Vertreter eines rechtsphilosophischen und kulturpolitischen Optimismus, als er dem Leben vor allem

die Aufgabe zuweist Kulturwerte zu schaffen. Die Kultur ist nach ihm eine einheitliche, die gesamte Menschheit umfassende geistige Welt, in der eine zu immer größerer Wertentfaltung hinstrebende Entwicklung besteht. Dem Staat wird zwar ein Eigenleben zuerkannt, er hütet die äußere Lebensgrundlage eines Volks; aber er ist nicht die höchste Form der Gemeinschaft und dem obersten Kulturzweck untergeordnet.

Petraschek betrachtet das Wiedererwachen eines Kulturoptimismus, wie ihn Sauer vertritt, als ein Zeichen, daß die pessimistische Kulturauffassung überwunden sei. Man kann auch ganz anderer Meinung sein. Die Erschütterungen, die das ethische Bewußtsein durch die politischen und sozialen Kämpfe seit Jahrzehnten erfahren hat, sind zu groß, als daß unsere Generation mit gutem Gewissen einen Kulturoptimismus und eine von daher fundierte Rechtsphilosophie vertreten kann. Die Blickschärfe und Illusionslosigkeit des historischen Sehens sind zu stark. Man glaubt heute, nach all den Erfahrungen, zu deutlich die wahren Triebkräfte des historischen Geschehens zu erkennen, als daß in absehbarer Zeit eine optimistisch geartete Kulturphilosophie möglich wäre.

Lehrbücher Rudolf Stammers Lehrbuch der *Rechtsphilosophie* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ liegt jetzt in der 3., sehr vermehrte Auflage vor. Das bedeutende Werk ist so bekannt, daß man nur auf sein Neuerscheinen zu verweisen braucht. Es ist immer noch die wertvollste Darstellung idealistischer Rechtsphilosophie in der gegenwärtigen Literatur.

Von Wilhelm Sauer erschien ein Lehrbuch der *Rechts- und Sozialphilosophie* /Berlin, Walther Rothschild/. Das Werk ist in Anlage und Durchführung ein wahrhaft vollendetes Lehrbuch. Im 1. Teil werden eingehend und sehr klar die verschiedenen Richtungen dargestellt, mit reichlicher Heranziehung der Literatur. Der 2. Teil behandelt die einzelnen Probleme; er enthält Methodologisches zur Soziologie und Rechtswissenschaft, einen Abriss der allgemeinen Staats- und Gesellschaftslehre und eine allgemeine Rechtslehre. Ausgehend von der bekannten Windelband-Rickertschen Unterscheidung rechnet Sauer die Soziologie zu den beschreibenden, die Rechtswissenschaft zu den normativen Wissenschaften. Der Begriff des Rechts wird vom Kulturganzen her gewonnen. Das Recht wird »als die Ordnung über eine seßhafte Gemein-

schaft mit oberster Zwangsgewalt« definiert. Der Staat »ist die mit oberster Zwangsgewalt geordnete seßhafte Gemeinschaft«. Die von Rudolf Stammler, Gustav Radbruch und anderen gemachte Unterscheidung von Begriff und Idee des Rechts lehnt Sauer ab. Von besonderem Interesse sind eine soziologische Untersuchung der verschiedenen Berufe, die mit dem Recht zu tun haben, und eine Darstellung ihrer Berufsethik.

Kurze Chronik Der von der Carl-Zeiß-Stiftung in Jena begründete Ernst-Abbe-Gedächtnispreis und die damit verbundene Abbe-medaille, die in diesem Jahr zum zweitenmal für *reine Mathematik* vergeben werden sollten, erhielt der Wiener Professor der Mathematik Philipp Furtwängler für seine hervorragenden Leistungen in der Zahlentheorie. Die 1. Verleihung wurde Felix Klein zuteil. ◊ Auf einem Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, der vom 6. bis zum 9. Oktober in Hamburg stattfand, wurde das Problem von *Raum und Zeit in der Kunst* behandelt. Unter den Vorträgen ragte vor allem der Ernst Casirers hervor. ◊ Der Privatdozent für Philosophie *Bernhard Rosenmüller* wurde Professor an der Universität Münster. Rosenmüller ist Herausgeber der Vierteljahrszeitschrift für Wissenschaftliche Pädagogik. Sein Arbeitsgebiet umfaßt Metaphysik, Religionsphilosophie und Ethik. ◊ Ende September feierte der Verlag Walther Rothschild in Berlin sein 25jähriges Jubiläum. Er hat sich in dieser Zeit um die Förderung der Rechtsphilosophie, der allgemeinen Geistesgeschichte und des Austausches der geistigen Güter zwischen den Kulturvölkern Verdienste erworben. Eine von Otto Bettmann verfaßte Jubiläumsschrift, *Staat und Menschheit* betitelt, will eine Ideengeschichte dieser 25 Jahre geben.

Literatur Über *Kant* als Politiker schreibt Kurt Borries /Leipzig, Felix Meiner/. Das Werk ist ein wichtiger Beitrag zu einer systematischen Untersuchung der Staats- und Gesellschaftslehre des Kritizismus. Der Verfasser legt dar, daß der ganzen Kantischen Sozialphilosophie die Problematik der Spannung zwischen der Verstandeswelt und der Sinnenwelt zugrunde liege, und daß diese Spannung sich nicht nur in den transzendentalen Grundlagen des Rechts zeige sondern auch in der Geschichtsphilosophie und der Begründung der Religion.

Biologie / Hans Haustein

Evolution

Das Problem des Werdens der Organismen ist in der vorgenetischen Periode, in

der Ära der vorwiegend vergleichend morphologischen Untersuchungen, hauptsächlich durch die Theorien Lamarcks und Darwins beherrscht gewesen. Jean Baptiste Antoine Pierre Lamarck nahm in seiner Zoologischen Philosophie an, »daß die Natur bei allem, was sie wirkt, nichts sprungweise macht, und daß alles in ihr langsam und in allmählichen Übergängen vor sich geht«. »Mit Hilfe 1. genügender Zeiträume, 2. notwendig günstiger Umstände, 3. der Veränderungen, welche der Zustand aller Punkte der Erdoberfläche ununterbrochen erlitten hat, mit einem Wort, mit Hilfe der Wirkung, die die neuen Standorte und die neuen Gewohnheiten auf die Veränderung der Organe der Tiere und Pflanzen ausüben, sind alle jetzt existierenden Organismen unmerklich so gebildet worden, wie wir sie wahrnehmen... Die Verhältnisse wirken auf die Gestalt und auf die Organisation der Tiere ein, das heißt sie verändern mit der Zeit, wenn sie sehr verschieden werden, sowohl diese Gestalt als sogar auch die Organisation durch entsprechende Modifikationen.«

Lamarcks Anschauungen gipfeln dann in folgenden 2 Naturgesetzen:

1. »Bei jedem Tier, das das Ziel seiner Entwicklung noch nicht überschritten hat, stärkt der häufigere und bleibende Gebrauch eines Organs dieses allmählich, entwickelt und vergrößert es und verleiht ihm eine Kraft, die zu der Dauer dieses Gebrauchs im Verhältnis steht; während der konstante Nichtgebrauch eines Organs dieses allmählich schwächer macht, verschlechtert, seine Fähigkeiten fortschreitend vermindert und es endlich verschwinden läßt.«

2. »Alles, was die Tiere durch den Einfluß der Verhältnisse, denen sie während langer Zeit ausgesetzt sind und folglich durch den Einfluß des vorherrschenden Gebrauchs oder konstanten Nichtgebrauchs eines Organs erwerben oder verlieren, wird durch die Fortpflanzung auf die Nachkommen vererbt, vorausgesetzt, daß die erworbenen Veränderungen beiden Geschlechtern oder denen, die diese Nachkommen hervorgebracht haben, gemein seien.«

Die lamarckistische Anschauung gründet sich auf die Annahme einer Vererbung funktioneller Anpassungen, nimmt also Vererbung erworbener Merkmale an.

Charles Darwin hat in seiner Theorie neben dem Prinzip vom Kampf ums Dasein und dem Überleben des Passenden sowie unter Betonung des Lamarckschen Faktors der funktionellen Anpassung den Schwerpunkt auf die Selektionstheorie gelegt. Dabei hat er das Variieren der Organismen als von Natur aus richtungslos angenommen.

Beide Theorien sind dann von der genetischen Richtung erschüttert worden. Der Anschauung von der Vererbung im individuellen Leben erworbener Eigenschaften schien durch die Herausschälung der Begriffe Erscheinungstypus und Erbtypus, von denen dieser allein für den Erbgang von Bedeutung ist, der Boden entzogen. Hierbei ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß die Experimente, die die Absurdität der Vererbung erworbener Eigenschaften beweisen sollten, sich nur auf grob Äußerliches erstreckten. So wurde die Behauptung einer Vererbung traumatisch entstandener Mißbildungen, wie Stummelschwänze, nachgeprüft, und natürlich erwies sie sich als Fabel. In der Aszendenz stummelschwänziger Tiere konnten stets solche mit dem gleichen Merkmal nachgewiesen werden. Daß derartig rohe Einwirkungen auf das Soma sich im Keimplasma nicht manifestieren, konnte man schon a priori daraus entnehmen, daß Jahrhunderte lang geübte Verstümmelungen und Verunstaltungen (Ziernarben, Beschneidung usw.) sich bei den Massenexperimenten bestimmter Völker nie erblich manifestiert hatten. Dieser Erfahrung gegenüber erscheinen die von verschiedenen Forschern an Kleintieren durchgeführten Verstümmelungsexperimente (Abschneiden der Schwänze und Enukleation der Augen) nicht nur überflüssig sondern auch viel zu brutal, als daß sie einen Einblick in die höchst komplizierten Vererbungsvorgänge hätten geben können.

Paul Kammerer, der Verfechter der Neuvererbung oder der Vererbung erworbener Eigenschaften, hat die Vermutung ausgesprochen, daß die sprunghaften Veränderungen keineswegs unabhängig von der Umwelt sind, daß vielmehr ihre Vorbereitung allmählich durch Umweltsveränderungen erfolgte, um später scheinbar unvermittelt zum Durchbruch zu kommen. »Die Mutationen sind nichts anderes, als was man früher erworbene Eigenschaften nannte; sie sind Neuerwerb aus der Umgebung.« Auch der Voraussetzung für die Selektionstheorie Darwins, dem Bestehen kontinuierlicher Variation, wurde der sichere Boden da-

durch entzogen, daß die beobachteten Variationen entweder nur Phänotypen bildeten, also nicht vererbt werden konnten, oder aber durch die Unreinheit des Beobachtungsmaterials vorgetäuscht wurden. Die genaue Untersuchung erwies in diesen Fällen, daß sich die zur Beobachtung stehende Population aus mehreren reinen Linien zusammensetzte.

In seiner Kritik der Darwinschen »Selektions- und Zufallstheorie« hat Oscar Hertwig (Das Werden der Organismen /Jena, Gustav Fischer/) die Kardinalfrage, von der die Beurteilung der Selektionstheorie im wesentlichen abhängt, folgendermaßen umrissen: »Beim Streit um die Selektionstheorie handelt es sich in erster Linie um die Erforschung der Bedingungen und Ursachen, unter denen die Organismen variieren, und um die Beantwortung der Frage, ob die Organismen je nach ihrer spezifischen Natur auf bestimmte und während längerer Dauer einwirkende Reize in ihren Funktionen und in ihrer Organisation in bestimmter oder in beliebiger Richtung reagieren und variieren.« Aus der unentschiedenen Kardinalfrage, ob durch das Zusammenwirken von Organismus und äußeren Faktoren bestimmt gerichtete oder beliebige unbestimmte Variationen entstehen, entbehrt nach Hertwig die Selektionstheorie der Grundlage.

Die Genetik wies dann als Weg der Neubildung von Biotypen das Auftreten von erblichen Abänderungen, von Mutationen, nach. Zuerst fielen naturgemäß plötzlich spontan auftretende, einen so weiten Sprung darstellende Genovariationen in die Augen, die sich schon bei einfacher Beobachtung scharf von der übrigen Population abhoben. Ihr allgemein nicht nur vereinzelt Auftreten führt zur Entstehung nicht auf Blutsverwandtschaft beruhender reeller erblicher Sippen. Daneben wurde aber mit dem Fortschritt der Erkenntnis auf erbbiologischem Gebiet erkannt, daß in großen Mengen kleine Genenvariationen vorkommen, wie sie Erwin Baur bei dem Löwenmaul beobachtete, und Arondsen Hein beim Mehlwurm aufgedeckt hat.

Eine Klärung des Mutationsproblems ist durch die experimentelle Erzeugung von Mutation versucht worden. H. J. Muller hat, nachdem er zuerst den Genovariationsprozeß quantitativ zu erfassen versucht hatte, Untersuchungen über die Wirkungen der Temperatur auf die Genovariationsrate durchgeführt. Er fand eine Verdopplung der Rate bei Erhöhung der Temperatur um 10° Celsius, woraus er den Schluß zog, daß die Genovaria-

tion wahrscheinlich ein physikalisch chemischer Vorgang ist. Dann ging Muller zur Erzeugung von Genovariationen durch Röntgenstrahlen über. Er erschloß damit ein neues Gebiet der Experimentaltgenetik. Von grundsätzlicher Bedeutung war bei diesen Experimenten der Nachweis, daß der allgemeine Charakter und die Richtung des Genovariationsprozesses die selben wie unter »normalen Bedingungen« bleiben, und daß der typische Charakter des Genovariationsprozesses nach der Bestrahlung der selbe bleibt. Dies äußert sich vor allem darin, daß 1. der größte Teil der durch Bestrahlung hervorgerufenen Genovariationen identisch mit denen ist, die schon früher unter normalen Bedingungen auftraten, 2. latente Genovariationen in beiden Fällen häufiger als die »sichtbaren« sind, 3. die am häufigsten wiederholt auftretenden Genovariationen in beiden Fällen die gleichen sind; man sehe dazu die Abhandlung N. W. Timofejew-Ressowskijs Der Stand der Erzeugung von Genovariationen durch Röntgenbestrahlung, im 39. Band des Journals für Psychologie und Neurologie. Da bei den Röntgenexperimenten auch sichere Rückgenovariationen, bei einer Häufigkeit von 1 zu 18 000 bei den geprüften Allelen, festgestellt werden konnten, wovon auch Andeutungen vom normalen spontanen Genovariationsprozeß her bekannt sind, können sowohl auf die Natur der Röntgenwirkung, auf das Keimplasma wie auch auf die Genstruktur Schlüsse gezogen werden. Die Einwirkung der Röntgenstrahlen ist nach der Feststellung der Hervorrufung verschieden gerichteter, zum Teil entgegengesetzter Genovariationen keineswegs destruktiv, wie man a priori anzunehmen geneigt sein könnte, vielmehr rekonstruktiv, worauf Muller 1928 und Timofejew 1929 schon hingewiesen haben. Die Wirkung besteht aller Wahrscheinlichkeit nach in einer intramolekularen Rekonstruktion, wobei nichts von der Erbmasse an sich zugrunde geht, es also nicht zu einem unersetzbaren stofflichen Verlust eines Gens kommt. Die verschieden gerichtete Genovariation eines Gens kann man sich so vorstellen, daß das einzelne Gen eine mehr oder weniger komplizierte Molekel ist, und die einzelne Allele ihre Rekonstruktion ist. Vielleicht handelt es sich bei den Genen wie bei ihren Allelen um isomere Verbindungen.

Nachdem Muller 1928 gezeigt hatte, daß die Temperatur den Mutationsprozeß im Sinn der Beschleunigung eines chemischen Prozesses beeinflußt, erhielt Ro-

bert Goldschmidt 1929 durch subletale Einwirkung erhöhter Temperatur auf die Larven von *Drosophila melanogaster* in bedeutender Zahl Mutationen (Genovariationen). Die Ergebnisse dieser Arbeit, die große Bedenken unter den Genetikern hervorgerufen hatte, wurden von P. Th. Rokitzkij nachgeprüft. Dabei wurde festgestellt, daß die von Goldschmidt beschriebenen Erscheinungen in der Tat beobachtet werden können. In der Beurteilung der Frage aber, ob die Einwirkung erhöhter Temperatur das Auftreten von Genovariationen hervorruft, ist Rokitzkij noch sehr zurückhaltend, wenn er auch zugibt, daß wir in den Versuchsreihen erbliche Veränderungen finden. Diese Veränderungen scheinen ihm aber nicht Genovariationserscheinungen jenes Typus zu sein, wie sie die Wirkung der Röntgenstrahlen und des Radiums hervorruft.

Eine weitere Nachprüfung der Goldschmidtschen Befunde führte Victor Jollos durch, worüber im 50. Band des Biologischen Zentralblatts berichtet wurde. Er folgte dabei anfangs genau den von Goldschmidt gegebenen Bedingungen und änderte sie dann zuerst nur in betreff der größeren Zahl der zu untersuchenden Pärchen ab (20 statt 6 bis 12). Die ersten echten Mutationen traten, nachdem bereits 7 größere Versuchsreihen bei 37° nur negative Ergebnisse gezeigt hatten, in der 8. Versuchsreihe auf. Ein Teil dieser Genovariationen war nun in einer Versuchsreihe gewonnen worden, die aus Raumangel in einem 35°-Thermostaten aufbewahrt worden war. Deshalb ging Jollos dann zu Paralleluntersuchungen mit 37° einerseits und 35 bis 36° andererseits über. Schließlich wurde wegen der besseren Ergebnisse nur noch mit der niedrigen Temperatur gearbeitet. Nachdem Jollos die Auslösbarkeit von Mutationen durch Einfluß höherer Temperatur bestätigt gefunden hatte, ging er zur Untersuchung des Hauptproblems über, ob »durch weitere Einwirkung der gleichen Faktoren auf abgeänderte Stämme eine Steigerung der Mutation in gleicher Richtung erzielbar« sei. Bei diesen Experimenten ergab sich aufklarste, »daß durch die Weitereinwirkung der den ersten Mutationsschritt auslösenden Außenbedingungen auf die mutierte Form im Laufe einer Reihe von Generationen eine schrittweise fortschreitende Weitertreibung der Mutation in gleicher Auswirkungsrichtung erzielt wird«. Bei 3 verschiedenen Merkmalen (Augenfarbe, Färbung des Scutums und abnormes Abdomen) konnte nachgewie-

sen werden, daß eine Mutation durch die Weitereinwirkung der auslösenden Umweltfaktoren weitergetrieben wird, und daß gleichzeitig ein gerichtetes Mutieren vorhanden ist. So mutierte bei den Augen die rote Farbe über Dunkelrosin zu Hellrosa bis endlich zu Weiß. »Damit ist aber dargetan«, schreibt abschließend Jollos, »daß Veränderungen einer der allgemeinen und auch unter "natürlichen" Bedingungen (und vor allem im Lauf der Erdgeschichte!) erheblichen Schwankungen unterliegenden Umweltsbedingungen Genveränderungen nicht nur hervorrufen, sondern sie im Laufe von Generationen auch gleichsinnig steigern, also ein gerichtetes Mutieren verursachen können. Das Evolutionsproblem erscheint somit in dieser Hinsicht nicht mehr, wie Johannsen noch vor wenigen Jahren sagen konnte, als »eine offene Frage«. Mit dem Nachweis eines "gerichteten Mutierens" ("gerichtet" nicht als Anpassung in bezug auf die auslösenden Außenbedingungen sondern in der Aufeinanderfolge sich in ihrer Auswirkung gleichsinnig verstärkender Mutationen). fallen aber auch wesentlichste Schwierigkeiten für eine Deutung der Art-, Umbildungs- und Anpassungserscheinungen auf der Basis der Selektionslehre: Auch kleinste, durch Mutationen bedingte Veränderungen des Phänotypus, die zunächst noch "keinen Selektionswert" haben, können bei Fortbestehen der die Kleinmutationen auslösenden Umwelteinflüsse durch gleichgerichtete neue Mutationen so weit verstärkt werden, bis Selektion, sei es ausrottend, hemmend oder fördernd, eingreifen vermag. Damit erscheint auch das Zustandekommen der mannigfachen "orthogenetischen" Entwicklungsreihen bei den Organismen ohne besondere Hilfsannahmen unserm Verständnis nähergebracht, und der Gegensatz zwischen den Ergebnissen der Vererbungs-forschung und den in Paläontologie und vergleichender Morphologie noch vorherrschenden Vorstellungen überbrückt.«

Geobotanisches Institut Am 6. Juli wurde auf Hid-

densee durch die Gesellschaft von Freunden und

Förderern der Universität Greifswald eine Biologische Forschungsstation eröffnet. Die Ermöglichung der Einrichtung dieser Station ist in erster Linie dem Generaldirektor Hans Wriedt /Bremen/ zu danken. Das Institut wird insbesondere geobotanische Standortforschung und Hydrobiologie betreiben. In der Erforschung der den Lebenserschei-

nungen zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten wird dieses Institut an den Standorten der Pflanzen selbst Wichtiges zu leisten haben und auf diese Weise Einblicke in den natürlichen Haushalt jeder einzelnen Pflanze ermöglichen. Die Pflanzenphysiologie des Einzelorganismus wird hier ihre wertvollste Ergänzung in der Physiologie des Sozialorganismus der Pflanzenassoziation finden. »Die experimentell-soziologische Arbeitsrichtung, die festzustellen versucht, welche Einflüsse des Bodens, des Klimas und der belebten Umwelt den Zusammenschluß der Gewächse zu charakteristischen Verbänden bedingen, und welche gesetzmäßigen Abhängigkeiten zwischen den Inhabern des gleichen Wohnraums bestehen, muß aber die freie, vom Menschen nicht beeinflusste Natur in ihrem "Laboratorium" machen.« Für diese Arbeitsrichtung ist Hiddensee ein ideales Gelände. Die Fülle der hierbei auftauchenden Arbeitsprobleme ist umrissen in der Festrede, die Erich Leick bei der Einweihung des Instituts hielt, und die dann im Druck erschien (Die Biologische Forschungsstation /Greifswald, Julius Abel/). Die Station verwaltet Fritz Geßner, ein vielversprechender junger Botaniker.

Tagungen Im Juni tagte in Amsterdam der 7. *Internationale Ornithologenkongreß*. Er bot dadurch viel Interessantes, daß er Besichtigungen der Gebiete mit seltenem und reichem Vogelbestand arrangierte. So zeigte der holländische Tierzüchter Blaauw seinen sehenswerten Tierpark Gooilust bei Hilversum; dann wurde die Nordseeinsel Texel besichtigt, die einen außerordentlichen Reichtum an seltenen Vögeln aufweist, ebenso das Naardmeer mit seinen Brutstätten der Bartmeise usw. Das Internationale Komitee zum Schutz der Vogelwelt setzte einen Arbeitsausschuß zur Erledigung dringlicher Aufgaben, so für den Schutz des Silberreiher und anderes, ein. In Paris wurde am 22. Juli der *Internationale Kongreß für Mikrobiologie* im Institut Pasteur eröffnet, an dem die Delegierten von 29 Nationen teilnahmen. Hauptpunkte der Tagesordnung bildeten die Schaffung einer internationalen Bibliothek, Vereinheitlichung der Methoden und Bezeichnungen. Vom 7. bis zum 11. September tagte in Königsberg die *Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte*, bei der unter anderen der ehemalige Oberpräsident Adolf von Batocki über die Landwirt-

schaft als Glied der Volkswirtschaft, Oskar Heinroth über Jugendentwicklung einheimischer Vögel, Johannes Thiene-mann über Vogelzugforschungen und Max Askanazy über Probleme der vergleichenden Völkerpathologie sprachen. Mitte September tagte in Dresden der *Hauptverband der Deutschen Höhlenforscher*. Der Vorsitzende des Dresdener Vereins, Ruscher, berichtete über die Auffindung mehrerer Höhlen in der Sächsischen Schweiz. Der Verband hat sich durch die Entdeckung von etwa 700 neuen Tierarten ein bedeutendes Verdienst erworben. Er wird eine Bibliographie der Höhlenkunde herausbringen.

Gemeinver- Eine höchst interessante
ständige Zusammenfassung alles
Schriften dessen, was vom astronomischen Standpunkt aus über das Problem der *Vielheit bewohnter Welten* gesagt werden kann, gibt Knut Lundmark, der Direktor der Sternwarte in Lund, in seinem sehr lesenswerten Buch *Das Leben auf anderen Sternen* /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Zur Zeitschrift *Gartenschönheit*, die in ebenso anschaulicher wie praktisch brauchbarer Weise *Gartenkultur* und *Gartenkunst* der Verwirklichung zuzuführen sucht, erschien eine Anzahl von Monographien, eine Bunte Reihe der *Gartenschönheit* /Berlin, Verlag der *Gartenschönheit*/. Karl Foerster /Bornim/, der Pionier der *Gartenschönheit*, gibt uns im 1. Heft, als »Geschichte einer Leidenschaft« die Darstellung des neuen Rittersporns, die alles Wissenswerte über diese Zierde des Gartens zusammenfaßt. Das 2. Heft behandelt unsere Gartenlilien; es enthält auch einen interessanten historischen Abriss. Die Blumen in den Alpen beschreibt das 3. Heft; es ist aus Alpenwanderungen Wilhelm Schachts hervorgegangen, der seinen charakteristischen Standortsbildern eine liebevolle Einleitung vorausschickt. Im 4. Heft behandelt Paul Landau das Blumenbildnis bei alten und neuen Meistern, von der Antike bis zum Expressionismus. Es zeichnet sich wie die übrigen Hefte durch die höchst instruktiven und ausgezeichnet reproduzierten Abbildungen aus: ein nicht genug zu lobendes Verdienst des Verlags. Aus jahrzehntelanger inniger Fühlung mit der freien Natur ist Jacques Delamains Buch *Warum die Vögel singen* /Leipzig, Bibliographisches Institut/ erwachsen, das von der Französischen Akademie preisgekrönt und von Karl Wolfskehl mit feinem Verständnis über-

tragen wurde. Seine Befähigung uns tiefe Einblicke in das Leben der Vögel zu vermitteln hat der Verfasser unwiderleglich bewiesen, als er in den Gräben der Champagne den Vögeln in das zerschossene Gezweig nachging, als er im Chaos der Vernichtung den reinen Sinn für die Wunder des Lebens bewahrte. Das Buch ist für jedermann eine kostbare Gabe, der die stille, innerliche Freude an der Natur hat.

William Beebes neuestes Buch *Im Dschungel der Fasanen* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ gibt uns, woran wir bei den formvollendeten Werken dieses Autors stets gewöhnt sind, wieder viel mehr als der Titel verspricht. Nach Ceylon, Kaschmir, Birma, in die Berge des Himalaja, auf die Malaiischen Inseln und das wilde Borneo führt uns der große Naturforscher, und er läßt vor uns ein höchst lebensvolles Bild alles dessen entstehen, was sein von intensivster Naturliebe geschärftes Beobachterauge erspähen konnte. So ist dies Werk auch nicht allein eine Schilderung der Biologie der seltenen farbensprühenden *asiatischen Fasane* sondern eine lebendige Einführung in die ganze belebte und unbelebte Natur der von Beebe durchstreiften Gegenden geworden.

Eines Wikings Heldenfahrt betitelt Svend Fleuron seine Lachs Geschichte /Jena, Eugen Diederichs/, die ein reiches, farbiges Bild von dem Abenteuerleben unter Wasser entwirft. Die Erlebnisse des *Lachses Flitz*, des gewaltigen Stromfahrers, geben prachtvolle Einblicke in seinen Lebensraum zwischen der stillen Bachquelle, wo er geboren, bis zum weiten Meer, wo ihn sein Schicksal durch die "Fliege" des Anglers ereilt.

Totenliste In seinem 80. Lebensjahr starb im Februar *Maximilian Braun*, ehemals Professor der Zoologie in Königsberg. Er war vor seiner akademischen Tätigkeit in Königsberg Professor am Vergleichenden Anatomischen Institut und später an der Universität in Dorpat, dann Professor in Rostock gewesen.

Ende Februar starb, 80 Jahre alt, auf seiner Besitzung Büdingen in Oberhessen der Zoologe *Hermann von Jhering*, der in Deutschland zuletzt in Gießen lehrte. Vorher war Jhering viele Jahre lang in Brasilien, wo er von 1894 bis 1916 das Naturwissenschaftliche Museum in Sao Paulo leitete. Unter seinen Arbeiten ragen Werke über die Mollusken sowie eine Geschichte des Atlantischen Ozeans hervor.

Kurze Chronik Einen Preis für anatomische Untersuchungen über das Labyrinth der Elritze schrieb die Naturwissenschaftliche Sektion der Philosophischen Fakultät der Universität München aus. ◊ Auf der Tagung der Chemiker in Frankfurt schilderte am 13. Juni Butensandt seine Untersuchungen über das kristallisierte weibliche *Sexualhormon* und seine Konstitution. ◊ Der Pflanzenphysiologe *Hans Molisch* konnte im März sein Goldenes Doktorjubiläum begehen. Die Ergebnisse einer botanischen Weltreise dieses Forschers gewannen für die Pflanzenbiologie besondere Bedeutung. Von 1922 bis 1925 wirkte Molisch an der japanischen Universität Sendai. ◊ Eine der Autoritäten auf dem Gebiet der Schmetterlingskunde, *Adalbert Seitz*, wurde 70 Jahre alt. Er hat als Forscher die halbe Welt bereist. ◊ Dem Sozialanthropologen *Alfred Ploetz* (dessen Name auch mit der jungen Literatur der neunziger Jahre eng verknüpft ist; er ist das Urbild des Loth in Gerhart Hauptmanns *Vor Sonnenaufgang*) wurde zu seinem 70. Geburtstag am 22. August von der Philosophischen Fakultät der Universität München die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Literatur Der Mensch steht heute im Mittelpunkt aller arbeitswissenschaftlichen Betrachtung. Eine Arbeitswissenschaft ohne genaue Kenntnis von Bau und Funktion des menschlichen Körpers ist eine Unmöglichkeit. *Edgar Atzler* und *Gunther Lehmann* fassen das grundlegende Wissen über Anatomie und Physiologie des arbeitenden Menschen im 1. Teil des 3. Bandes des Handbuchs der Arbeitswissenschaft /Halle, Carl Marhold/ zusammen. Die Arbeit, Anatomie und Physiologie der Arbeit betitelt, bringt eine kurze, aber erschöpfende Darstellung der allgemeinen Muskelphysiologie, der Muskelmechanik, der speziellen Muskellehre, Der Blutkreislauf, die Atmung, Niere und Harn, die Funktion der Sinnesorgane, das Nervensystem, der Stoffwechsel, der Energiehaushalt belebter Motoren, die Rationalisierung menschlicher Muskelarbeit sowie die Ermüdungsvorgänge werden eingehend dargestellt. Auch die Fragen der Vererbung, der Anthropometrie und der Konstitutionsforschung sind berücksichtigt. Diese Arbeit der hervorragenden Forscher wird durch viele instructive Abbildungen erläutert. Es sei angelegentlich auf sie hingewiesen.

Psychologie / Hugo Ehlers

Erfolg Der 9. Band der Forschungen zur Völkerpsychologie und Soziologie (Leipzig, C. L. Hirschfeld/ bringt eine Arbeit *Gustav Ichheisers*, betitelt Kritik des Erfolgs. Der Verfasser bezeichnet den Erfolg als das faktisch entscheidende Kriterium bei der Leistungs- und Arbeitsbeurteilung, was psychologisch und auch erkenntnistheoretisch berechtigt ist, wenn man den Erfolgsbegriff weit genug faßt. Erfolg wird auf den verschiedenen Feldern sozialer Betätigung (politisch, ökonomisch usw.) angestrebt. Aber es kommt noch ein weiteres Motiv zur Aufsuchung des Erfolgs hinzu, allgemeiner als das in der Mehrzahl der Fälle spezialisierte und lokalisierte Erfolgsbegehrungsziel. »Wir erstreben ihn, weil sich die Bewertung unserer Persönlichkeit durch die menschliche Umwelt vom sozialen Erfolg abhängig erweist; und von dieser Umweltbewertung hängt zuletzt auch unser Selbstwertbewußtsein ab.« Die Wertbeurteilung seitens des Nebenmenschen oder der Gruppe kann sich nicht nach einem andern Kriterium richten, weil es ein solches nicht mehr gibt. Für das Individuum mag es in Ausnahmefällen noch andere geben (die sich jedoch auch auf soziale Schätzung reduzieren lassen). Was dieser These ihre Paradoxie gibt, ist die zu einseitige Fassung des Erfolgsbegriffs, dann weiter die Verschleierung des Erfolgs (Verwechslung von Erfolgs- und Leistungstüchtigkeit), die Ichheiser als eine der Erfolgslegenden bezeichnet, eine unaufhebbare, psychologisch zwangsläufige Tatsache. Nach ihm ist der maskierte Einbruch der Leistungstüchtigkeit in die Determinierung der Erfolgchancen eines der Hauptprobleme der Erfolgspsychologie. Der leichter faßbare, »offizielle«, weil in der Erziehung als Norm aufgestellte Begriff ist der der Leistungstüchtigkeit. Er umfaßt zunächst die für einen Berufszweig notwendigen handwerklichen Fähigkeiten: das Talent, das erforderliche Intelligenzniveau, weitere Charakterqualitäten: Energie, Sorgfalt, Fleiß, Umsicht, Beharrlichkeit. Zur Erfassung dessen, was unter Leistungstüchtigkeit zu verstehen ist, kommen wir am besten, wenn wir in einem idealtypischen Fall 2 Handwerker bei gleicher Leistungstüchtigkeit und Umweltsituation annehmen. Was nun nach Ausschaltung dieser beiden Faktoren als Ursache der Erfolgendifferenz zwischen beiden anzusehen ist, das können wir als Leistungstüchtigkeit ansehen

Die Leistungstüchtigkeit für sich allein genommen ist so wenig erfolgsrelevant, daß vielmehr die Frage auftaucht, weshalb sie überhaupt hier relevant sein kann. Ichheiser gibt dafür 2 Gründe an: Der Leistungstüchtige wird gebraucht, begehrt, muß also sozial eine positive Einordnung finden, und ein Minimum an realer Geltung muß schließlich den offiziellen Ordnungen und ihren Trägern zukommen, damit die Norm und somit die Maske des normhaften Verhaltens aufrechterhalten bleiben können, wenn auch, vom Standpunkt der Leistungstüchtigkeit aus gesehen, dysteleologische Kräfte die offiziell zu erwartende Geltung noch so sehr durchkreuzen. Sie wird also als unentbehrlicher Handlanger mit Pfennigen abgefunden.

Die Erfolgstüchtigkeit setzt sich aus den Eigenschaften zusammen, die nicht auf die Leistung sondern auf die Durchsetzung der Leistung und damit der hinter ihr stehenden Persönlichkeit gerichtet sind, zum Beispiel Verbreitung einer günstigen Meinung über die eigene Person, einer ungünstigen über die der Konkurrenten, Ausnutzung einer sozialen Situation, Anpassungsfähigkeit usw. In einzelnen Fällen kann es für den Zuschauer zweifelhaft sein, was auf das Konto der Erfolgstüchtigkeit, und was auf das der objektiven Umstände zu setzen ist. Beim politischen Agitator decken sich Leistungs- und Erfolgstüchtigkeit.

Ichheiser behauptet, zwischen beiden seien überhaupt keine oder nur geradezu konträre Beziehungen, und begründet das mit der erhöhten Sensitivität der Leistungstüchtigen, die der Brutalität des Erfolgsstrebens aus dem Weg geht, mit Stolz, innerm Widerstreben Zeit zur Erfolgsgeschäftigkeit statt zu »vernünftigen« Leistungen zu verwenden.

Primär wird der Erfolg in einem speziellen sozialen Struktursystem erreicht, das gegenüber den anderen eine relative Abgeschlossenheit aufweist. Richard Thurnwald sagt über diesen Gegenstand in einer Abhandlung Führerschaft und Siebung, in der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie 1926 Seite 18 und folgende, daß für jede Art von Siebung ein anderer Siebungsprozeß beachtet werden müsse. Der Erfolg hat, wie Alfred Vierkandt (Gesellschaftslehre /Stuttgart, Ferdinand Enke/) darlegt, die Tendenz auf soziale Nachbargebiete auszustrahlen, was zu einer Überschätzung der Einheit der Persönlichkeit führt, indem eine Spezialleistung auf eine universelle, geheimnisvolle Bedeutung der Persönlichkeit zurückgeführt wird.

Behavioristische Pädagogik

Es wurden bereits in dieser Rundschau (1930 II Seite 806 und folgende) die Grundzüge des Behaviorismus dargelegt. Im folgenden sollen die pädagogischen Konsequenzen dieser Richtung behandelt werden. Auffallend ist die partielle Berührung mit der Psychoanalyse und ihren Forderungen, der dann wieder völlige Ablehnung und Verständnislosigkeit gegenüberstehen. Eine Richtung, die den Bewußtseinsbegriff aus der Psychologie beseitigen will, kann für die Leistungen eines Unterbewußten erst recht kein Verständnis aufbringen. Die Psychoanalyse läßt den Menschen mit unzähligen Vorwirkungen, unbewußten Erinnerungen, Verengungen zur Welt kommen (S. Ferenczis Genitaltheorie), für den Behavioristen sind das alles Phantasien. Beide berühren sich bei der Beurteilung der fundamentalen Bedeutung frühkindlicher affektiver Eindrücke. Die behavioristische Pädagogik schiebt alle Verantwortung für Glück und Unglück des werdenden Menschen seiner Erziehung zu. John Watson (Psychische Erziehung im frühen Kindesalter, mit einem Vorwort von Oswald Kroh /Leipzig, Felix Meiner/) nimmt an, daß die ersten 3 Jahre des Kindes das Feld sind, von dessen Behandlung das seelische Schicksal des Menschen abhängt. Erfreulich seine Forderung, daß kein Kind geboren werden sollte, dem nicht in den ersten beiden Jahren seines Lebens ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt werden kann. »Es gibt ohnehin zu viel Menschen auf der Welt, zu viele verkümmerte Persönlichkeiten, die eine solche Last von (auf fehlerhafter Erziehung beruhenden) ungesunden Kindheitsresten mit sich herumschleppen, daß sie keine Möglichkeit zu einem glücklichen Leben haben.«

Von Geburt an fürchtet das Kind nur 2 Dinge: lautes Geräusch und Verlust des Gleichgewichts; die große Liste der furchtbetonten Dinge kommt erst durch unvernünftige Erziehung zustande (das »elterliche Nicht«). Als Ursache von Affektentladungen kommt ursprünglich nur Hemmung der Bewegungsfreiheit in Frage. Finden sich Heftigkeit und Wut bei anderen Gelegenheiten, so ist das ein Zeichen von falscher Erziehung. Liebesäußerungen sind Reaktionen auf Reize, die durch Berührung von Haut, Lippen oder Sexualorganen ausgeübt werden. Mit dem 3. Jahr ist das Gefühlsleben vorgezeichnet. Die Angstwelt ist zu diesem Zeitpunkt unnötig groß und durch unzählige Assoziationen kompliziert,

das Schlimmste daran ist, daß sie sich in der Folgezeit nicht abbauen läßt. An sich löst zum Beispiel die Berührung von Pelztieren, schleimigen Dingen, Fischen und Fröschen, der Anblick von Feuer keine Angstreaktion aus. Wohl aber, wenn ein Eisenstab mit einem Hammer angeschlagen wird, während das Kind mit diesen Dingen beschäftigt ist. Die Angstreaktion wird später auf den an sich neutralen Gegenstand fixiert. Diesem Laboratoriumsexperiment entspricht in der pädagogischen Wirklichkeit das elterliche Nicht, das die selbe Kraft hat negative Reaktionen auszulösen. Die daran geknüpfte Behauptung Watsons, daß die irrationale Macht von Staat und Kirche und Gesellschaft auf diesem Nicht beruhe, läßt sich mit dem psychoanalytischen Begriff der Fixierung verbinden. »Die reaktionserzeugende Kraft von Ausdrücken wie böse, schlecht, Sünde, Seeräuber, Feind, der Teufel, Satan kommt auf die selbe Art und Weise zustande.« Scharf wendet sich der Behaviorismus gegen die Verzärtlung, die dem Egoismus der Mutter entspringt und dem Kind die Gelegenheit zur Eroberung der Welt nimmt. Auch betont er die sexuelle Komponente der Mutterliebe. Als zweckentsprechende Behandlung empfiehlt er Kinder als erwachsene Menschen zu betrachten. »Kinder sollen nicht gelobt, beachtet und geküßt werden, wenn sie etwas fertig kriegen, das selbstverständlich ist.«

Sonderbar muten Watsons Ausführungen über Homosexualität an, die er, im Gegensatz zur Forschung unserer Zeit, als etwas Erworbenes, nicht ursprünglich Angelegtes ansieht. Unverständlich, nur aus der Reverenz vor dem eigenen Empirismus erklärlich, ist auch Watsons Satz, man dürfe keine »Ideale« in der Erziehung haben. Denn zum Schluß faßt er selbst als Ideal zusammen: ein Kind »möglichst frei von Empfindlichkeiten anderen Menschen gegenüber, eines, das fast von Geburt an verhältnismäßig unabhängig ist von familiären Sonderverhältnissen, vor allem eins, das die Fähigkeit hat selbst Probleme zu lösen«.

Individualpsychologenkongreß

Vom 25. bis zum 28. September fand in Berlin der 4. Internationale Kongreß für Individualpsychologie statt. Von den Staatsbehörden war der Kultusminister Adolf Grimme erschienen. Den Auftakt des Kongresses bildete ein öffentlicher Vortrag, den Alfred Adler über den Sinn des Lebens hielt. Der 1. Kongreßtag, der dem Thema Individualpsycho-

logie und Medizin gewidmet war, brachte ein Referat Alfred Adlers über Neurosenwahl, in dem er auf die Entstehung der Neurose aus künstlich gesteigertem Überlegenheitsstreben und Furcht vor Enthüllung einer sozialen Minderwertigkeit einging. Der Angriff der sozialen Gemeinschaft mit ihren Einordnungsforderungen wird mit einer Haltung beantwortet, die die Alternative Siegniederlage umgeht (Symptombildung). Über die Frage, wie es zur Wahl einer bestimmten Neurose und gerade dieser komme, brachten auch die Referate Arthur Kronfelds, Alexander Neurers und Erwin Wesebergs keine entscheidenden Antworten. Am 2. und 3. Kongreßtag folgten Referate Walter Mittags (Die Grundlagen der individualpsychologischen Didaktik), Karl Birnbaums (Auswirkungen der Individualpsychologie in der Schule), Manes Sperbers (Sozialpsychologie auf individualpsychologischer Grundlage) und Fritz Künkels (Individualpsychologie als Methode der Sozialtherapie). Die wissenschaftlichen Ergebnisse des Kongresses wird man noch zu behandeln haben.

Totenliste Am 12. Oktober 1929, starb, 52 Jahre alt, *Max Ettliger*, Professor der Philosophie und Pädagogik an der Universität Münster. Er lehrte dort diese Fächer schon seit 1917. 1921 hatte Ettliger das Deutsche Institut für Wissenschaftliche Pädagogik gegründet; in den letzten Lebensjahren beschäftigte ihn der Plan mit F. X. Eggersdorfer und G. Raederscheidt zusammen ein umfassendes Handbuch der gesamten Erziehungswissenschaft herauszugeben, dessen 1. Band auch bereits bei Kösel in München erschienen ist. Von seinen Werken sind die bekanntesten: Untersuchungen über die Bedeutung der Deszendenztheorie für die Psychologie /1903/, Einführung in die Tierpsychologie /1921/, Beiträge zur Lehre von der Tierseele /1925/; dazu eine Reihe pädagogischer Werke. Am 9. Februar 1930 starb in Mailand *Eugenio Rignano*, weit über sein Heimatland hinaus bekannt (siehe die Rundschau Philosophie, 1930 II Seite 599 und folgende). Neben seinen hervorragenden rein philosophischen Werken hat er auch viel geschrieben, was zur Befruchtung sowohl der politisch-ökonomischen wie der psychologischen Wissenschaft beitrug. So *Di un socialismo accordo con la dottrina economica liberale* /1901/, ferner, was uns hier besonders interessiert, *Psicologia del ragionamento*

/1920/ und *Problemi della psiche* /1928/, ebenso *La vita nel suo aspetto finalistico* /1925/. Dieser umfassende Geist war von der Mathematik und Biologie ausgegangen. Erst später wandte er sich dann den Fragen der Erkenntnislehre sowie sozialen und rein psychologischen Problemen zu. Auf dem Internationalen Psychologenkongreß von Groningen 1926 begründete er seinen Grundsatz des Finalismus in den psychischen Phänomenen, und in seinem Werk *Il fine del uomo* /1928/ zeichnete er die Grundlinien eines Moralsystems, das auf der Harmonie des Lebens beruht. Auch die Gestalttheorie hat ihn beschäftigt. In Wien starb im Juni der außerordentliche Professor der Psychiatrie und Neuropathologie *Emil Redlich*, im Alter von 64 Jahren. Von seinen Werken seien genannt: Pathologie der tabischen Hinterstrangsveränderungen, Klinische Stellung der sogenannten gemeinen Epilepsie, Mangel der Wahrnehmung der eigenen Blindheit, Psychosen bei Gehirnkrankheiten. Er veröffentlichte auch zahlreiche Artikel in den meisten deutschen psychiatrischen und neurologischen Zeitschriften.

Kurze Chronik Der von der Stadt Frankfurt gestiftete *Goethepreis*, der in jedem Jahr am 28. August verliehen wird und bisher schon Stefan George, Albert Schweitzer und Leopold Ziegler zugefallen ist, wurde in diesem Jahr Sigmund Freud zuerkannt. \diamond Auf die 11. Preisauflage der Kantgesellschaft, die eine *Untersuchung der Psychologie* verlangte, gingen 57 Arbeiten ein. Die 4 Hauptpreise erhielten Marianne Beth /Wien/, Hans Reiner /Freiburg/, Bela von Vasady /Sarospatak/, Heinrich Meyer /Juist/. \diamond Eine Preisauflage der Erdalstudien-gesellschaft über den Zusammenhang von *Gang und Charakter* fand 169 Bewerber. Die Preise fielen Walter Best /Mainz/, Fritz Giese /Stuttgart/, Albrecht Langelüddeke /Hamburg/, Werner Wolff /Berlin/ und A. Ch. Wilsmann /Stuttgart/ zu. \diamond Der frühere englische Botschafter in Berlin *Edgar Vincent Viscount d'Abernon* wurde, als Nachfolger Balfours, Präsident des Londoner Nationalinstituts für Industrielle Psychologie. (Er hat seine Eignung und sein Verständnis für Psychologie durch die Behandlung der führenden Persönlichkeiten Deutschlands während seiner Tätigkeit in Berlin zur Genüge erwiesen.) \diamond An der Universität Berlin *habilitierten* sich Hans Friedländer und Mathilde Hertze für Psychologie. \diamond Am

20. Juli wurde *Georg Elias Müller* 80 Jahre alt. Er hat als Universitätslehrer, außer einem Jahr in Czernowitz, stets in Göttingen gewirkt. Er kam dort an die Stelle Lotzes, der ihn als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Er leistete Entscheidendes für die Begründung der Fechnerschen Psychophysik. Seine Untersuchungen über Gesichtsempfindungen, über Gedächtnistätigkeit, über den Vorstellungsablauf beruhen auf naturwissenschaftlicher Beobachtung; er ist der eigentliche Methodiker der experimentellen Psychologie. Er hat auch die Deutsche Gesellschaft für Psychologie ins Leben gerufen. ◊ Am 30. September vollendete *Wilhelm Weygandt*, der Direktor des Staatskrankenhauses Friedrichsberg und Professor der Psychiatrie an der Universität Hamburg, sein 60. Lebensjahr. Er hat eine Reihe von Arbeiten über die allgemeinen Probleme der Verhütung, Erkennung und Behandlung der Geisteskrankheiten veröffentlicht, er hat sich auch vornehmlich mit der forensischen Psychiatrie beschäftigt. Von allgemeinerem Interesse sind seine Studien über die abnormen Charaktere im Drama, insbesondere bei Ibsen, und über die Entstehung der Träume.

Literatur In seinem Buch *Die Methoden der pädagogischen Psychologie* /Halle, Carl

Marhold/ zeigt *Wilhelm Julius Ruttman*, wie sich in der Psychologie Forschungsmethode und Forschungsergebnisse nicht trennen lassen. Er behandelt mit neuer Akzentverschiebung die experimentelle, explorative (die von ihm wieder höhergestellt wird), introspektive, psychostatische und personale Methode, unter der er Charakter-, Temperaments- und Typenforschung begreift. Die Darstellung der experimentellen Methode sucht dem Leser durch Diagramme sowie Abbildungen der experimentellen Apparate die Laboratoriumsanschauung zu ersetzen. ◊ Als Ergänzung seines grundlegenden Werks Handschrift und Charakter schrieb *Ludwig Klages* ein Graphologisches Lesebuch /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/, das dem in der Graphologie Fortgeschrittenen Material an die Hand gibt, an dem er sein Gutachten mit dem Klages' und seiner Mitarbeiter vergleichen kann. Klages behauptet, daß die Graphologie mehr als Feststellungsmethode für Eignung zu geistig höheren Berufen in Betracht komme, während handwerkliche Berufe die Psychotechnik zu Eignungsprüfungen heranziehen.

Geschichte / Michael Freund

Krieg und Wehrmacht

Es brauchte 10 Jahre, bis der Weltkrieg als menschliches Erlebnis in der Literatur zur reifen Darstellung gelangte. Nach eben diesem Abstand fängt man an sich den Zugang zu den überwältigenden Problemen zu bahnen, die er stellte, und erneut die Frage nach dem Sinn, der historischen Funktion und Bedeutung, der geschichtlichen Dynamik des Kriegs (ohne die Pathetik der Richtungen pazifistischen Denkens, die im Krieg aller Zeiten das radikal Sinnlose erblickten, einerseits und die militaristische Dogmatik, die im Krieg eine metaphysische Gegebenheit schlechthin erblickt, andererseits) aufzugreifen.

Eine Weltgeschichte des Kriegs legt *Paul Schmitthener* als Glied des Museums der Weltgeschichte /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/ vor (eines verdienstvollen, von Paul Herre herausgegebenen Unternehmens, das unter den geistesgeschichtlichen und psychologischen Bedingungen der Nachkriegszeit sich etwa die Aufgabe jenes Standardwerks der Vorkriegszeit, der Kultur der Gegenwart, stellt), unter dem Titel *Krieg und Kriegführung im Wandel der Weltgeschichte*. Die philosophische Durchdringung des Problems, die Plastik der Darstellung, die aus der Offenheit gegen die unheimliche Problematik des Kriegs, der deutlichen Akzentuierung der großen Entwicklungslinien und einem lebendigen Stil resultiert, machen das Buch zu einer spannenden Lektüre. Es macht auch seinen Anspruch gut "Weltgeschichte" sein zu wollen; umfaßt es doch alle Kulturkreise, es setzt mit der Morgendämmerung der Geschichte ein. Auch ist das Interesse weiter gespannt als in Hans Delbrücks *Geschichte der Kriegskunst*, so gewaltig sicherlich die Verpflichtung Schmittheners gegenüber Delbrück ist. Gelegentlich ist dies wohl durch verschwimmende Umrisse der konkreten, in einem engern Lebensraum verwirklichten Gestaltung der Kriegsverfassung erkauft. Die Besonderheit der englischen Wehrverfassung zum Beispiel innerhalb der europäischen Welt, von der sie sich in ihrer historischen Einzigartigkeit scharf abhebt, ersteht kaum zu deutlich ausgezeichneter Gestalt. Man lese darüber *John William Fortescues* ausgezeichnete *History of the British Army* /London, Macmillan & Co./, die jetzt zum Abschluß gelangte. Unter der philosophisch-soziologischen Literatur zum Problem des Kriegs hätte man gern auch

Proudhons Werk *La guerre et la paix*, jene bedeutende Auseinandersetzung um die Dynamik des Kriegs und die Möglichkeiten ihrer Ersetzung, angetroffen. Daß überhaupt die sozialen, ökonomischen, politischen, geistig-kulturellen Hintergründe, so weitreichend die Aufklärung auch darüber ist, relativ doch etwas zurücktreten, liegt vorwiegend daran, daß Schmitthenner den »idealen« Krieg als ein Ding an und für sich betrachtet, und daß er den Krieg, in den alles, was ein Volk bewegt, eingeht: ökonomisches Begehren, politisches Wollen, kulturelle Hoffnung, die maßlose Fülle der dynamischen Kräfte jeder Nation, als seine Dekadenz ansieht. Sein Ideal ist der reine Krieg, nicht im Sinn Clausewitz', der den reinen Krieg als die Zusammenballung aller Kräfte, die friktionslose Ausrichtung aller Potenzen auf den einen Zweck ansieht, sondern in dem Sinn, der den Krieg als den Ausdruck reiner Machtpolitik, als von allen Beimischungen (wirtschaftlicher Natur vor allem) befreiten und nur mit seinen eigenen und spezifischen Mitteln durchgeführten Machtkampf betrachtet. Schmitthenner sieht darum das Zeitalter des »gesitteten«, seine Schranken erkennenden Kriegs des 17. und 18. Jahrhunderts und dann wieder des 19. Jahrhunderts nach dem Abklingen der vulkanischen Stöße des ungebändigten Kriegs der Revolution und Napoléons, als die klassische Zeit des Kriegs an. Während Clausewitz sein Bild des Kriegs doch wesentlich von den Napoléonischen Kriegen abstrahiert, erblickt Schmitthenners Auffassung, die wohl eine *L'art-pour-l'art*-Theorie der Kriegführung darstellt, in dem durch die jakobinische Revolution geschaffenen Wehrtypus, der das Leben der Nation insgesamt in den Krieg schleudert, hinter den Krieg die Dynamik der "Masse" stellt, aus den dunkelsten Tiefen der eigenen Nation kommt und sich zerfressend und zerstörend in die Tiefen der fremden Nation wühlt, den Zerfall des Kriegs. (Schmitthenner fände wohl seine Anschauung des explosiven Kriegs in den Werken von Ernest Seillière, insbesondere in dessen *Philophie de l'impérialisme* /Paris, Plon/wieder; Pierre Lasserre hat sehr zu Unrecht Sorel, der ja auch ein Theoretiker des Kriegs ist und daher in unsern Zusammenhang gehört, als einen im Sinn Seillières »imperialistischen« Theoretiker abgestempelt (Georges Sorel *théoricien de l'impérialisme* /Paris, *L'Artisan du Livre*), während Sorels Theorie der Gewalt (*Réflexions sur la violence*, in

deutscher Ausgabe: Über die Gewalt, übertragen von Ludwig Oppenheimer /Innsbruck, Wagner/) eine Paraphrase von Proudhons oben genanntem Werk ist, das die Dekadenz des Kriegs nicht sehr verschieden von Schmitthenners Art zeichnen will.) Die Renaissance des Kriegs, die zu erhoffen oder zu befürchten Schmitthenner wenig ermutigt, liegt nach seiner Meinung in der Unterbindung der Kriegsmittel, die auf die Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Nation zielen und so die letzte Entscheidung des Kriegs in wesentlich außerkriegerische und außer-militärische Mittel legen. Die Hungerblockade erscheint als ein Kampfmittel par excellence des dekadenten Kriegs. Die Achtung des Privateigentums im Krieg, insbesondere daher auch die sogenannte Freiheit der Meere (über die, auch ihren historischen Aspekten nach, Joseph Montague Kenworthy und George Young ein wertvolles Buch vorlegen: *The Freedom of the Seas* /London, Hutchinson & Co./), würde eine der Voraussetzungen der Wiedergeburt des Kriegs darstellen. Schmitthenner möchte auch »übernationale Kristallisierungen« begrüßen, sichtlich, um mit dem Nationalismus eine der explosiven Gewalten zu beseitigen, die den Krieg zu einem Ausbruch hemmungslos und zerstörend sich über die Ufer ergießender Kräfte machen. Eine Wiedergeburt des Kriegs wäre nur zu erwarten, »wenn einst der weltpolitische Gegensatz aus dem Treibhaus des derzeitigen biologischen Daseinskampfes der Völker um die zu klein gewordene Erde in den kristallklaren Palast reiner Machtpolitik zurückkehren könnten«. Die da und dort anklingende Befürwortung des Berufsheers als der Heeresform der Zukunft, wie sie mit anderen Hintergründen auch in dem Buch Hans von Seeckts *Landesverteidigung* /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/ erfolgt, fügt sich leicht in diese »konservative« Lehre vom Krieg als einer organisierten und organisierenden, in fester, gebundener Form wirksamen Macht ein, eine Lehre, die sicherlich tiefinnerlich fragwürdig erscheinen mag, die aber angesichts der jakobinischen Explosivität einer gestaltlosen, ekstatisch-orgiastischen Massen- und Straßendemagogie der derzeitigen deutschen reaktionären Bewegung menschlich nur sympathisch wirkt. Schmitthenners Bild des modernen Kriegs mit seinen »kontraselektori-schen« Wirkungen, wie er sagt, gleicht eben nicht unwesentlich Proudhons Darstellung des dekadenten Kriegs. Wie

Schmittenner eine Wiedergeburt des Kriegs kaum erwarten läßt, möchte man auch stärker auf Proudhons Versuch zurückgreifen Ersatz für den Krieg als den »Beweger des Menschengeschicks« zu finden. Auf das letztgenannte Problem kommt es hier aber nur so weit an, und die weltanschaulichen Probleme interessieren in unserm Zusammenhang nur so weit, als Schmittenner im Spiegel der Gestaltung des Kriegs im Wandel der Weltgeschichte weltgeschichtliche Entwicklungen, sicherlich nicht zuletzt dank diesen weltanschaulichen Hintergründen, zu schildern und dem weltgeschichtlichen Prozeß im ganzen ein deutliches Relief zu geben vermag.

„Dekadenz des Kriegs“ ist auch das Leitmotiv der Habilitationsschrift *Kurt von Raumers Die Zerstörung der Pfalz /München, R. Oldenbourg/*, die ohne politische Tendenz die Verwüstung der Pfalz durch den französischen General Mélac in ihrer militärischen Unangebrachtheit als ein Symptom der Dekadenz der Kriegführung ziemlich im Sinn Schmittenners begreifen will.

Die Abneigung Schmittenners gegen eine Wehrform, die, geprägt durch die Französische Revolution, die Nation in Waffen als den höchsten Ausdruck der Volkssouveränität betrachtet (durch Jean Jaurès' *Nouvelle Armée* ist diese Idee auch in den Sozialismus eingedrungen), gegen das Massenheer als Ausdruck, Produkt und Wegbereiter der Massendemokratie, läßt in seinem Werk eine Frage der modernen Kriegsgeschichte etwas in den Hintergrund treten: die nämlich nach dem historisch-politischen Sinn, der historischen Dynamik, den geschichtlichen Potentialitäten des modernen Massenheers und der allgemeinen Wehrpflicht. Diese Frage gibt dem Buch *Valeriu Marcus* Das große Kommando Scharnhorsts. Die Geburt einer Militärmacht in Europa /Leipzig, Paul List/ das Kolorit. Nicht, daß das Buch ein deutliches Bild des Phänomens gäbe oder scharf sich abhebende Vorstellungen vermittelte. Dazu ist es zu stark auf den Geschmack des Salons eingestellt, zu sehr mit literarischen Feinessen und Raffinements überladen; die aufgesetzten Glanzlichter sind zu zahlreich, die Geistesblitze folgen sich zu gedrängt, so daß jede deutliche Linie in dem buntflackernden Feuerwerk verschwimmt, nur einzelnes haftet, das Ganze ohne einprägende Gestalt bleibt. Gelegentlich spürt man den Einfluß des Vorbilds Franz Mehrings und der historischen Schriften Karl Marx'. Aber Mehrings

Arbeiten über den Zeitraum, der das Wirken Scharnhorsts umgreift, haben ein viel greifbareres Gerüst konkreter Fakta, anschaulichen Geschehens und sichtbarer Gestaltung, und Marx schrieb Geschichte und nicht Feuilleton. Auch zeigen Max Lehmanns Scharnhorstbuch, das Mehring als die schönste deutsche Biographie bezeichnete, und Clausewitz' Buch vom Kriege, das in Marcus Arbeit eine Schlüsselstellung einnimmt, daß ein sachlicher Stil kein trockner Stil zu sein braucht, und daß dauernde und lebendige Wirkung auch und gerade ohne glänzende Effekte zu erreichen sind. Schade, daß sich Marcu dadurch ein Buch verdirbt, das Ansätze zu einer wahrhaften Bedeutung hat und gelegentlich ausgezeichnete Einsichten bietet. Die wirkliche Gestalt des in den Kriegen 1813 bis 1815 unter dem Anprall der Französischen Revolution und Napoléons geschaffenen Heeres der allgemeinen Wehrpflicht kommt bei Marcu zu kurz. Aber gerade das interessiert am stärksten, was aus der von der Französischen Revolution erzeugten Strategie und Wehrform unter den geschichtlichen, sozialen und politischen Bedingungen des preußischen Staats geworden ist. Schließlich wurden sie in Preußen besonders geformt, und bis zum Weltkrieg zeigte sich, eben verschiedene Ordnungen ausdrückend, Gegensätzlichkeit der Struktur des Massenheers in Deutschland und in Frankreich, bei aller Gemeinsamkeit ganz fundamentaler Züge der Wehrverfassung (im Gegensatz zum Aufbau der englischen Wehrmacht), die aus der Durchdringung der Kräfte im gemeinsamen historischen Lebensraum floß. Schließlich ist auch die Militärmacht, deren Geburt Marcu beschreiben will, in die Kämpfe von 1864, 1866, 1870, in denen sie ihre geschichtliche Probe erst bestand, mit einer durch die Reform von 1862 gestalteten Heeresverfassung eingetreten, die nicht mehr die war, die aus den Kriegen von 1813 hervorging. Bei Marcu verschwimmt das französische Heer der Revolution und Napoléons und das Heer, das, mag es immerhin seine Entstehung im Jahr 1813 »bürgerlichen« revolutionären Kräften verdanken, doch das nicht eigentlich "bürgerliche" preußische Königtum und Kaiserreich trug, zu einem Mythos der bürgerlichen Welt und bürgerlichen Revolution. Man spürt hierin den Einfluß Georges Sorels. (Wo Sorel ausdrücklich genannt wird, ist wohl Albert Sorel gemeint, der Verfasser von *L'Europe et la Révolution Française*.) »Der Ruf

"Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" enthielt die Hälfte der neuen Strategie.« Die Armee wurde das Märchenland der bürgerlichen Demokratie.« Daß das Heer der allgemeinen Wehrpflicht eine Schöpfung der bürgerlichen Revolution ist, ist kaum zu bezweifeln. Mit Cromwell tritt das erste moderne Heer auf die geschichtliche Bühne; als 1792 Marchmont Nedhams Verteidigung der Englischen Republik ins Französische übersetzt wurde, rühmt der Verfasser, daß sie dem »citoyen-soldat« den Weg bahnen wolle. Hat das Massenheer aber seinerseits die bürgerliche Revolution, aus der es stammte, vorwärtsgetrieben? Es gab eine Zeit, da die konservativen Gewalten die Massen als ihr ureigenes Fundament ansahen, als Verbündete zum Kampf gegen die organisierten "Klassen" riefen: Bismarcks Einführung des allgemeinen Wahlrechts, Napoléons III plebiszitäre Demokratie, Disraelis Politik in England spiegeln solche Tendenzen wider. Haben sie hier wie in der Handhabung des modernen Massenheers Geister gerufen, die sie nicht mehr los wurden? Hätte Marcu sein Buch konkreter gefaßt, wäre es auf diese Frage, die die Tiefen des geschichtlichen Werdens der letzten Jahrhunderte berührt, und die Schmitthenners Buch in seiner Art beantwortet, eine artikuliertere Antwort geworden. Immerhin muß Marcus Buch als ein bemerkenswerter, wenn auch nicht sehr geglückter Versuch gewertet werden die moderne Massenarmee als welthistorisches Phänomen zu begreifen. Darin besitzt es sogar ein überragendes Verdienst, daß es Clausewitz als Geschichtsphilosophen erkennt, den »Erforschen des Widerspruchs in der Veränderung gesellschaftlicher Dinge, dem selten Sehen wie das Hegels und Marx' entsprungen,« kennzeichnet.

Auch James Shotwell fragt in den einleitenden Kapiteln seines Buchs War as an Instrument of National Policy /London, Constable & Co./ (in deutscher Übertragung Der Krieg als Mittel nationaler Politik /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/) nach dem historischen Sinn des Kriegs, den geschichtlich-sozialen Kräften, die in ihm wirksam sind. Die Antwort kommt aus der Position des bürgerlich freihändlerischen Pazifismus: Die Welt ringt noch nach dem Ausdruck und dem Durchbruch der Kräfte, die ihr inneres Leben gestalten, auch in den äußeren Beziehungen der Staaten; der Weltfriede wird der äußere Ausdruck des endgültigen Siegs der bürgerlichen Gesellschaft sein, die auch in ihrem

Innern den Zwang und die Gewalt (Sklaverei) durch die Gewaltlosigkeit (»freie Arbeit«) fortschreitend ersetzt hat. Adam Smith wird ausdrücklich zum Schutzgeist des Weltfriedens erhoben. Die Fragen nach Sinn, Struktur und Dynamik der Heeresformen reichen auch in die Literatur über die großen kriegsgeschichtlichen Entscheidungen hinein, soweit sie prinzipielle strategische Probleme aufwirft. Im Vordergrund steht natürlich die Geschichte des Weltkriegs, hier wiederum seine Entscheidungsschlacht: die Schlacht an der Marne. Dieser gilt die Studie des Reichswehrministers Wilhelm Groener Der Feldherr wider Willen /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/, die Groeners, im gleichen Verlag publiziertes Werk Das Testament des Grafen Schlieffen fortführt. Groener gibt eine fesselnd geschriebene Skizze der entscheidenden Geschehnisse des Herbstfeldzugs 1914, die einen Extrakt des Wesentlichen aus dem Werk des Reichsarchivs (Der Weltkrieg /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/) vermittelt und durch prinzipielle strategische Erörterungen plastischer und eindringlicher macht. Im Mittelpunkt der Überlegung steht, was das Zentralproblem der militärischen Führung des Weltkriegs war und dann seine diplomatische Vorgeschichte bestimmte: ihn zu entscheiden, bevor sich eine numerische Überlegenheit der Entente realisiert hätte. Man weiß, daß diese von der Diplomatie gelieferte Gegebenheit eines Kriegs nach mehreren Fronten hin den deutschen Generalstab zur Ausarbeitung eines Feldzugsplans veranlaßte, der seinerseits wieder die entscheidendsten Rückwirkungen auf die diplomatisch-militärische Lage hatte (Durchmarsch durch Belgien, rasches, nach außen als Angriff erscheinendes Losschlagen) und die Lage, von der er ausging, durch das nunmehr schlechthin unvermeidliche direkte Eingreifen Englands (sein indirektes Eingreifen gegen die damals stärkste Macht des Kontinents verstand sich gemäß der Balance-of-power-Doktrin von selbst) akzentuierte und potenzierte. Im Unterseebootkrieg wiederholte sich dann die gleiche Problematik, daß man in bedrängter Kriegslage die Zuflucht zu einem Unternehmen nahm, das, falls es mißlang, nicht nur einen militärischen Mißerfolg sondern eine Veränderung der diplomatischen und politischen Situation nach sich zog. So muß auch Groeners Buch in den Umkreis der Überlegungen zurückkehren, die Hermann Oncken (Kriegführung und Politik /München,

Max Hueber/) prägnant angestellt hat. Groener selbst greift verbiis expressis auf das Problem Politik und Kriegführung in dem fingierten Gespräch zwischen Feldherrn und Staatsmann zurück, das er in seine Studien einfügt. Zunächst schildert er, wie dem »Feldherrn wider Willen« die Chance entglitt, auf die deutsche Diplomatie und Heeresleitung die Zukunft Deutschlands gesetzt hatten: Groener hätte sich vom Führer der 1. Armee eine Tauroggenat (Fortsetzung der Marneschlacht, selbst unter Festnahme und Mißbrauch des Namens des Abgesandten des Großen Hauptquartiers) gewünscht. Dann führt er aus, daß es Möglichkeiten gegeben hätte auch nach der Marneschlacht das »Einfrieren« der Fronten zu verhindern.

Von der andern Seite her läßt uns die Arbeit des Oberstleutnants G. Lestien *L'action du général Foch à la bataille de la Marne /Paris, Alfred Costes/* die Marneschlacht sehen. Nach diesem Autor trägt im ganzen, der Struktur und dem Geist der französischen Wehrorganisation gemäß, auf französischer Seite der taktische Elan vor der strategischen Operation den Akzent. Auch Groener unterstreicht ja die »Frontalstrategie« Joffres. Lestien gibt eine Äußerung wieder, die Foch tat, als er am 9. September die 42. Division zum Angriff vortrieb: »Une bataille après quatre jours . . ., c'est des restes, de la poussière.« Ein Plaidoyer für eine stärkere Berücksichtigung der strategischen Idee im Aufbau des französischen Wehrsystems und der französischen militärischen Erziehung ist dagegen die Schrift des Generals H. Mordacq *Pouvait-t-on signer la paix à Berlin? /Paris, Bernard Grasset/*. In vorsichtiger Weise beklagt Mordacq, daß die für den 5. und 6. November 1918 angesetzte Durchbruchoperation bei Verdun unterblieb, weil man die kriegereischen Operationen angesichts des bevorstehenden Waffenstillstands lockerte. Das Leitmotiv des Buchs ist das Bedauern, daß der Weltkrieg ohne die eigentliche militärische Endentscheidung zum Abschluß kam. Diese Stimmung, zusammen mit der Idee, daß der Militär den Blick nur auf die Vernichtung der militärischen Macht des Feindes gerichtet haben darf, und daß er keine Ablenkung der ihrem eigenen Gesetz untertanen militärischen Operationen durch außermilitärische Überlegungen zulassen soll, wirft das eben dargelegte Problem von Politik und Kriegführung erneut auf, allerdings auf einer für Frankreich sehr ungewohn-

ten Ebene, das als eine Nation des citoyen-soldat stets stärker den Primat der Politik zu wahren gewußt hat. In der Tat hat ja Foch, im Gegensatz zum Beispiel zum Amerikaner Allen (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 1012), darauf bestanden, daß jegliche Kriegsoperation zu unterbleiben hätte, nachdem Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen angenommen.

Mordacq, dessen Buch viele Aufklärung über die diplomatische und militärische Vorgeschichte des Waffenstillstands bietet, übrigens auch die italienische »Legende« des Marsches auf Wien im Oktober 1918 arg zerpflückt, erzählt, wie Foch, Joffre und er vor dem Weltkrieg eine kleine Gruppe von Offizieren darstellten, die für eine Neubelebung eigentlich strategischen Denkens auch in Frankreich arbeitete. Diese Schule gehörte auch Max Weygand an, der jetzige französische Generalstabschef, der engste Mitarbeiter Fochs, der dann im Russisch-Polnischen Krieg trotz unzureichenden polnischen Kräften die bolschewistische Armee von Warschau zurücktrieb und den Krieg für Polen entschied. Weygand widmet dem großen französischen Feldherrn Turenne ein Buch, das er *Turenne: Les grands coeurs de France* betitelt /Paris, Ernest Flammarion/. Die Kritik Napoléons an Turenne nimmt Weygand als die Offenbarung des Gegensatzes der Kriegsverfassungen des ancien régime und der Zeit der Revolutions- und Napoléonischen Kriege. Turenne konnte die Kriegführung der Zusammenballung der Kräfte, den, um einen Ausdruck Clausewitz' zu gebrauchen, die »Friktionen« durchbrechenden Krieg, noch nicht kennen. So ist auch Weygands Buch ein Beitrag dafür den historischen Aspekt, die weltgeschichtliche Einordnung des modernen Kriegs zu bestimmen.

Die große Schlachtenentscheidung von Höchstädt (Blenheim) 1704 und ihren Helden Marlborough stellt eine von *George Macaulay Trevelyan* besorgte Sammlung *Select Documents for Queen Anne's Reign down to the Union with Scotland 1702 to 1707 /Cambridge, University Press/* in den Mittelpunkt. Die Art, wie aus der Anlage der Dokumente mit nur ganz kurzen Einleitungen eine historiographische Idee offenbar wird, ist vorbildlich. Die Stellung Marlboroughs als Staatsmann und Feldherr, sein historisches Werk, das in den großen Plänen einer kombinierten maritimen, militärischen und diplomatischen Strategie auch eine besondere kriegspolitische Idee enthält, treten deutlich

genug hervor. Auch die Darstellung, die Trevelyan unmittelbar folgen ließ, trägt, was eine der großen militärischen Auseinandersetzungen Frankreichs und Englands war, schon im Titel: England unter Queen Anne: Blenheim /London, Longmans, Green & Co./.

Erzählungen Die europäische Eroberung Amerikas sucht Richard Friedenthal zu erwecken

(Der Eroberer, ein Cortesroman /Leipzig, Inselverlag/). Er sucht die Melancholie des Kämpferlebens von Cortes lebendig zu machen. Das Buch ist ein wenig europamüde und unterliegt nicht selten der Gefahr Europas Kultur gegen den Hintergrund fremder Kulturen zu stellen und den Indianern Südamerikas, wenn auch manchmal beinahe glaubhaft, sehr moderne europäische Kulturkritik in den Mund zu legen.

Europamüde ist auch das Buch Maurice Magres Das Laster von Granada /München, Musarionverlag/. Im Mittelpunkt des Romans steht der Kampf des Rosenkreuzerordens inmitten der Verfolgungen der spanischen Inquisition, des in der Reconquista begriffenen Spaniens, der Gärung und Verzweiflung arabischer Kultur, der die Reconquista zunehmend Boden, Wurzeln und Gesundheit raubt. Herbere Luft umgibt das Buch Theodor Mügges Florian Geyer /München, Paul Müller/. Der Roman wurde 1860 unter dem Titel Der Prophet veröffentlicht und erscheint nun 70 Jahre später etwas gestrafft unter dem veränderten Titel. Das Werk besitzt da und dort genuin historische Atmosphäre: die breit ausladende Schilderung des Alltags (stellenweise an Gustav Freytag gemahnend) ist dabei mehr die Stärke des Verfassers als das dramatische Geschehnis.

Ein Leben, das die Geschicke verwirrend durch die Welt wirbelten, zeigt Hans Flesch in dem Revolutionsroman Die Amazone /Berlin, Propyläenverlag/. Er macht aus dem Leben der Anne Terwagne, die als Kurtisane, Spionin, Revolutionärin, Freundin Philippe Egalités, Todfeindin Robespierres ein bewegtes Leben in stürmisch bewegter, wahrhaft großer Zeit führt, eine Schilderung von aufregender Spannung, die nicht selten historisch sehr echt wirkt.

Nicht volles Bürgerrecht besitzen im Bereich der historischen Wissenschaften jene Biographien, die zwar das Leben ihrer Helden mit gewissenhafter Treue, mit umfassender quellenmäßiger Unterlage darstellen, sich aber nur und ausschließlich mit dem Menschlichen histo-

rischer Persönlichkeiten beschäftigen. Sie erzwingen aber manchmal die Aufmerksamkeit durch das menschlich Interessante, das sich an sie knüpft. Dazu gehört Leo Hirsch' Buch Elisa Radziwill, die Jugendliebe Kaiser Wilhelms I /Stuttgart, Walter Hädecke/. Ohne Sensationshascherei, die hier gewiß ihre Verlockungen hatte, mit leichtem lyrisch-sentimentalen Parfüm nur, zeichnet der Verfasser, unter Beherrschung des ganzen Materials, die Geschichte einer Liebe des Prinzen von Preußen.

Die Chronique scandaleuse von Monarchie und Kirche, die Hans Otto Henel unter dem Titel 400 Jahre Schindluder erzählen will /Berlin, Freidenkerverlag/, ist eine wertlose Kompilation. Die Deutsche Republik und eine freiheitliche Kulturpolitik bedürfen nicht solcher Mittel der Verketzerung, die obendrein für die geschichtliche Erkenntnis nicht das mindeste bringen.

Echtes historisches Interesse dagegen beansprucht wiederum Curt Elwenspoeks Rinaldo Rinaldini /Stuttgart, Süddeutsches Verlagshaus/. Elwenspoek rekonstruiert auf Grund eingehender Studien sowohl das wahre Leben des »romanischen Räuberfürsten« als die Geschichte seines Ruhms, den die Romantik schuf, als sie den »edlen Verbrecher« erfand. Wie dieser Typus aber symptomatisch für wesentliche geistesgeschichtliche Bewegungen ist, besitzt die Arbeit Elwenspoeks einiges Verdienst auch um die ernstere geschichtliche Forschung. Eine von Heinrich Goebel besorgte Ausgabe der Historischen Miniaturen August Strindbergs, jener Dichtung, in der die schöpferische Phantasie Blitze tiefer historischer Erkenntnis aufleuchten läßt, bringt der Volksverband der Bücherfreunde /Berlin, Wegweiserverlag/. Leider fehlen gerade einige der wesentlichen, ja der wegweisenden Geschichten in dieser Auswahl. Bei einer Neuauflage müßte man auf vollständigen Abdruck dieses einzigartigen Werks bedacht sein.

Kurze Chronik Eine Reihe historischer *Erinnerungen* wurde in diesem Jahr gefeiert. In Boston gedachte man des 300jährigen Bestehens Neuenglands. Im Schloß von Vézille, der "Wiege der Revolution", wo 1788 die Stände der Dauphiné zusammentraten, wurde eine Feier abgehalten. Zum Andenken an die Schlacht von Austerlitz im Jahr 1805 wurde dort ein Napoléondenkmal enthüllt. Ein anderes Denkmal errichtete man bei Laffrey, dem Ort, an dem Napoléon nach seiner

Rückkehr aus Elba auf die Truppen Ludwigs XVIII stieß und sie durch seine Persönlichkeit überwältigte. ◊ Aus dem Bulletin du Centre International de Synthèse ersieht man, daß die Historische Sektion des Centre in gemeinsamen Beratungen der in Paris anwesenden Mitglieder an der Ausarbeitung eines Vocabulaire historique arbeitet. Die Revue de Synthèse Historique in Paris bemüht sich besonders um die Durchführung dieses Unternehmens. ◊ Der Freiburger Privatdozent Fritz Taeger geht als Ordinarius für Alte Geschichte nach Gießen. Er hat unter anderen Werke über Alkibiades und Thukydides und zuletzt in diesem Jahr noch über den Frieden von 362-361 (Ein Beitrag zur Geschichte der panhellenischen Bewegung /Stuttgart, W. Kohlhammer/) veröffentlicht. ◊ An der Theologischen Fakultät in Salzburg habilitierte sich für Geistesgeschichte Virgil Redlich; seine Habilitationsschrift Tegernsee und die deutsche Geistesgeschichte im 15. Jahrhundert wird durch die Kommission für Bayerische Landeskunde der Münchener Akademie der Wissenschaften veröffentlicht werden. ◊ Der Innsbrucker Ordinarius für Geschichte Philipp Ignaz Dengel ist zum Korrespondierenden Mitglied der Königlichen Geschichtsgesellschaft in Venedig ernannt worden. Dengel hat durch seine kunstgeschichtlichen Arbeiten über Venedig an sich engere Verbindung mit Venedig. Er stand Ludwig Pastor, dem Geschichtsschreiber der Päpste, sehr nahe und wirkte vor dem Krieg längere Zeit am Österreichischen Historischen Institut in Rom. ◊ Am 24. September wurde Simon Dubnow 70 Jahre alt. Sein Lebenswerk ist die 10bändige Weltgeschichte des jüdischen Volkes von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, das, russisch geschrieben, in zahlreiche Sprachen, namentlich auch ins Jiddische und ins Hebräische, übersetzt worden ist und, trotz manchem Urteil, dem man widersprechen muß (so wird Napoléon von ihm in falschem Licht und ohne Verständnis dessen, was ihn bewegte, gesehen), als ein Standardwerk bezeichnet werden kann. Dubnow schrieb ferner eine Geschichte des Chassidismus und mehrere Monographien. Das besondere Merkmal der Geschichtsforschung Dubnows ist seine Hinneigung zur »Biosozio-logie«, wie er selbst es genannt hat. Dubnow lebt seit 1923 in Berlin. Zur Feier seines 70. Geburtstags gab der Jüdische Verlag, der seine Werke herausbrachte, eine Festschrift heraus.

KUNST

Bildeade Kunst / Otto Bratfkskoven

Rjepin † Ende September starb in dem finnischen Dorf Kuokkala Ilja Rjepin, im Alter von 86 Jahren. Er war einer der bedeutendsten neuzeitlichen russischen Maler, sein Werk überragte weit die Tendenzmalerei seiner einstigen Zeitgenossen, und sein Einfluß ist noch heute lebendig geblieben. Rjepin stammte von Kosaken ab. Er studierte in Paris und Spanien, wo Velasquez nachhaltig seine malerische Auffassung beeinflusste. Später, in Rußland, schloß er sich der Peredwischnikijgruppe an, deren Mitglieder im Gegensatz zur üblichen aus Europa übernommenen Anekdotenmalerei die sozialkritische Absicht in den Vordergrund stellten und zum Zweck aufrüttelnder Wirkung besonders Wanderausstellungen im Land veranstalteten. Rjepins überragende Bedeutung wurde schon damals nicht verkannt, und auch heute ist er, der vor allem auch auf koloristische Probleme und reinmalerische Dinge gerichtet war, vor seinen Mitkämpfern bekannt geblieben. Er war mit Tolstoj befreundet und hat ihn des öftern, wie auch sonst die meisten seiner geistig hervorragenden Zeitgenossen, mit psychologischer Treffsicherheit und malerischem Ernst porträtiert. Daneben schuf er historische Gemälde und Szenen aus dem Volks- und Soldatenleben, in denen sein Mitgefühl mit den Leiden des russischen Volks zum Ausdruck kommt. Schon 1873 wurde er durch sein Werk von den Wolgaschiffern bekannt, eine wirkliche bildkünstlerische Urkunde der Knechtschaft des "niedern" Volks. Alle seine späteren Arbeiten haben eine ähnliche sozialkritische Note, auch die historischen Darstellungen. Unter diesen ist ein Bildfragment Iwan der Grausame und sein Sohn zur Charakteristik des Künstlers besonders aufschlußreich; es vereinigt den krassesten Realismus mit kraftvoller und glänzender Malerei. Nach dem bolschewistischen Staatsstreich mußte Rjepin, schon über 70 Jahre alt, aus Petersburg fliehen. Er ging nach Finnland. Dort hat er bis zuletzt gearbeitet.

Ostasien Die ostasiatische Kunst war 2 mal für Europa von einschneidender Bedeutung. Das Rokoko entdeckte bei der Betrachtung dieser Kunst eine wahlverwandte Note; auch wurden chinesische Motive mit Vorliebe verwandt. Die japanische Kunst wurde ein Jahrhundert später zum

Studienobjekt der französischen Impressionisten. Man fand dort das bestätigt, wofür man sich selbst bemühte: eine schwebende Leichtigkeit und eine echte Geistfülle ohne absichtliche Zutaten. Mittlerweile aber haben sich in der ostasiatischen Kunst unter europäischem Einfluß mancherlei Veränderungen vollzogen. Als vor einigen Jahren in der Berliner Akademie der Künste moderne japanische Künstler gezeigt wurden, stand man vor der Tatsache einer erschreckend unkritischen Modernisierung nach schlechten europäischen Vorbildern. Es waren ausgesprochene Erzeugnisse mißverständlicher Zivilisation. In diesem Jahr sah man dagegen in den Räumen der Berliner Sezession eine von dem tschechoslowakischen Gelehrten Alexander Chytil zusammengetragene Ausstellung Moderne Maler aus China und Japan, die als Anzeichen dafür gelten konnte, daß die sogenannte modernistische Note in der Hauptsache wieder verschwunden zu sein scheint. Man versucht wieder an die alte Tradition anzuknüpfen.

Es ist jedoch festzustellen, daß bei den Japanern die einstige Ursprünglichkeit kaum noch zu finden ist. Reizvolle Einzelheiten können darüber nicht hinwegtäuschen. In der Mehrzahl überwiegt eine nur gefällige dekorative Note. Immer noch wird der heilige Berg Fudschijama dargestellt, nur ist es nicht mehr der strenge Ernst von einst, sondern ein bewußtes Herausstellen von äußerlichen Effekten, was bei einem der bekanntesten heutigen japanischen Künstler, bei Jokojama Taikwan, dadurch noch besonders auffällt, daß er geschickt die alten Methoden der Stilisierung in seine Manier übernommen hat. Überhaupt ist von der alten Art nur das für die jetzigen Zwecke Brauchbare übernommen. Man vermißt das ausgesprochen Schulmäßige, wo der Schüler ohne Sucht nach unverwechselbarer Eigenart die Anregungen des Meisters weiterleitet und auf diese Weise schließlich zu einer sehr persönlichen und höchst charaktervollen Darstellungsform gelangt.

Bei den modernen Chinesen scheint dagegen der traditionelle Zusammenhang noch nicht unterbrochen zu sein. Sieht man von einigen süßlichen Blumenmalereien ab, bei denen wohl nur der angelsächsische Globetrottergeschmack Pate gestanden hat, so hat man im wesentlichen den Eindruck einer frischen Auseinandersetzung mit heutigen Anschauungsprinzipien, ohne daß die handwerks- und anschauungsmäßige Überlieferung negiert würden. Typische Beispiele sind

2 Künstler wie Tschai Bai Schi und Hsia Tschen Dsun, die überhaupt als die wichtigsten Erscheinungen der modernen chinesischen Malerei gelten können. Bei dem einen dominiert die Vorliebe für die sorgfältig überlegte und stilisierte Einzelheit als ein organisch übernommenes ostasiatisches Erbteil; kaum merkbar kommen neue Nuancen hinzu, die bisher in der chinesischen Kunstübung nicht festzustellen waren, und die als solche den neueren europäischen Ausdrucksmitteln verwandt erscheinen. Bei dem andern ist es in landschaftlichen Motiven noch die Beschränkung auf die mehr graphische Form der Tuschezeichnung, im Aufbau mit bekannten Elementen, in der Ausführung aber sehr deutlich mit neuen handwerklichen Wendungen. Beide Künstler haben eine zahlreiche Schülerschaft, die im Gegensatz zur akademisch erstarrten Schule von Peking auf der vorgewiesenen Bahn weiterschreitet, und die den Hauptleistungen ihrer Lehrer eine analoge eigene Empfindungswelt hinzufügt.

Kinderarbeiten Die Beobachtung und Förderung des kindlichen Gestaltungstriebes ist eine Errungenschaft der neuesten Zeit. Wie nicht selten bei Neuentdeckungen übertrieb man zuerst: Man sprach von Kinderkunst, vom Genius im Kind und ähnlichem. In Wirklichkeit ist es ein natürlicher Spieltrieb, der sich in mehr oder weniger Ausdruck vermittelnde Gestaltungen umsetzt. Eine Übersicht über die Ergebnisse solcher Kindergestaltung bot neuerdings in Berlin eine vom Kunstblatt veranstaltete Ausstellung unter dem Titel Kinder wollen spielen. Zusammengestellt wurden Zeichnungen, Materialarbeiten, Spielzeug und ein Bilderbuch für Kinder. Sie stammen von Kindern, die in einigen Sonderklassen an der Akademieschule in Halle, an der Kunstgewerbeakademie in Dresden und am Bauhaus in Dessau besonders hierzu angeleitet werden. Bei der Lehrmethode wird ganz davon abgesehen bestimmte Richtlinien, bestimmte Ziele festzulegen. Man geht nur auf das Wollen und den Betätigungsdrang der Kinder ein, um schon hierdurch eine gewisse Freizügigkeit des menschlichen Empfindens anzubahnen. Die geschaffenen Objekte selbst: Gestaltungen aus Stoffresten, Buntpapier, Glas, Metall, Kombinationen aus Streichholzschachteln, Theaterdekorationen, Puppen, und selbst in die Technik übergehende Bildungen, offenbaren uns eine überraschende Phantasiewelt. Über-

raschend gerade für den Erwachsenen, der die Dinge als kindliche Arbeiten ansieht, sich bemüht der unbefangenen Freude am Basteln ähnlich unbefangenen nachzugehen, und der da und dort tatsächlich ästhetische Werte entdeckt, ohne in den Fehler zu verfallen diese als künstlerische Offenbarung zu nehmen.

Eine Schrift Werner Meinhofs *Die Bildgestaltung des Kindes* / Leipzig, B. G. Teubner/ ist geeignet die Beschäftigung mit den Darstellungen von Kindern in naturgegebene Bahnen zu lenken. Der Verfasser kommt zur Aufstellung von 3 Darstellungsformen: dem gebundenen Stil, dem Ordnungsstil und dem Ausdrucksstil. In einem sehr treffend Förderung überschriebenen Teil analysiert er die Aufgaben, die sich aus den eigentümlichen Bestrebungen ergeben, und die dann als methodische Grundlagen für den Pädagogen gelte können.

Reproduktion Eine heute vielumstrittene Frage ist die der sachlichen Berechtigung mehr oder minder genauer Reproduktion von Gemälden, Aquarellen, Zeichnungen und Graphiken. Es läßt sich nicht abstreiten, daß die moderne Reproduktionstechnik allmählich einen derartigen Grad von Vollkommenheit möglich macht, daß schon ernsthaft die Frage aufgeworfen wurde, ob man nicht überhaupt vom Original Abstand nehmen und sich mit einer Reproduktion begnügen solle. Daß es allerdings schon mit dieser Reproduktion auch nicht so ganz geheuer bestellt ist, konnte im Herbst das Folkwangmuseum in Essen unter Beweis stellen, als es unter dem Titel Original und Reproduktion eine Ausstellung veranstaltete, in der alte und neue Kunstwerke neben Reproduktionen verschiedener Firmen gezeigt wurden. Gewiß kann bei der Faksimilereproduktion etwa von Zeichnungen oder graphischen Arbeiten eine Täuschung möglich sein. Aber schon in diesen Fällen zeigte es sich, daß die verschiedenen Nachbildungen beträchtlich unter einander abwichen. Bei der Reproduktion eines Gemäldes konnte man aber in 6facher Abwandlung feststellen, daß jedesmal tatsächlich eine andere Farbwirkung zum Vorschein kam. Der springende Punkt ist nun nicht die Frage, ob eine Reproduktion das Original ersetzen soll. Das wäre eine Frage des persönlichen Interesses und des Geschmacks, im Ernstfall aber kaum eine wahrhaft berechtigte Fragestellung. Denn gerade diese Ausstellung bewies indirekt, wie der eigen-

tümliche Wert eines Bildkunstwerks abzumessen ist. Die Reproduktion beweist bei aller Vollkommenheit zur Genüge, daß schließlich doch nur etwas Äußerliches reproduziert wird, während das Innerliche, eine kaum jemals präzise fassende Seelenhaftigkeit des Schöpfers, verdeckt bleibt. Mit einem andern Beispiel der Reproduktion, der Kopie, kann diese aus unwägbar Einzelheiten sich zusammensetzende Tatsache noch belegt werden. Es gibt keine genaue Kopie. Aber man kennt Arbeiten dieser Art, wo über die kopierende Tätigkeit hinaus plötzlich das Schöpferium des Kopierenden sonderbar wirkend in Aktion tritt. Das beste Beispiel hierfür geben die Kopierversuche Manets nach Velasquez ab, mit einer vollkommen neuen Kunstwelt im Endergebnis.

Kurze Chronik Bei Ausgrabungen in der Villa der Mysterien in Pompeji fand man kürzlich eine Marmorstatue der Kaiserin Livia, die als eine der besten Darstellungen der *augustäischen Ära* bezeichnet wird. ◊ In der Dorfkirche von Horburg im Merseburger Kreis entdeckte man bei der Erneuerung der Kirche Bruchstücke eines Marienstandbilds. Die zusammengesetzten Teile zeigten, daß es sich um eine Arbeit aus der Schule der *Naumburger Stifterfiguren* handelt. ◊ In Rom wurde Mitte Oktober eine *Internationale Museumskonferenz* abgehalten, um die wissenschaftlichen Methoden zur Prüfung und Erhaltung von Kunstwerken zu behandeln. Hervorgehoben seien die österreichische Forderung: eine internationale Organisation für die Registrierung von Kunstwerken, und die französische: eine internationale Stelle für künstlerische Dokumentenforschung im Sinn des Kongreßthemas zu schaffen. ◊ Auf einer Tagung des Deutschen Museumsbunds in Essen nahmen die Direktoren der *modernen Museen* eine Resolution an, in der sie sich einmütig zur Förderung der ringenden Kräfte in der Kunst der Gegenwart bekannten. ◊ Es hat in der deutschen Öffentlichkeit berechtigtes Befremden erregt, als bekannt wurde, daß die Reichsregierung eine Kopie des Kongreßbilds Anton von Werners im Berliner Rathaus für den Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais bestellt hat. Es ist bisher noch nicht bekannt, ob man einen derartigen Plan, der schon als solcher ein Musterbeispiel *geistigen Tiefstands in der öffentlichen Kunstpflege* darstellen dürfte, tatsächlich durchzuführen gedenkt.

Literatur

Objektive Wertgruppierung nennt *Ernst Zierer* einen Kunstwertungsversuch, der eine »kunstmonographische Übersicht über das Werk von Johann Walter-Kurau« geben soll /Berlin, J. J. Ottens/. Er geht von der Ansicht aus, daß absolute Kunstwertung möglich ist. In der Gruppierung unterscheidet er zwischen qualitativ-instinktiven, quantitativ-instinktiven und konstruktiv-anorganischen Werken. Das Problematische und Unkontrollierbare dieser Betrachtungsweise, worauf hier unter dem Titel Absolute Wertung? bereits hingewiesen wurde (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 823), wird in einer abschließenden Werttabelle deutlich. Die dem Buch beigegebenen Arbeiten Johann Walter-Kurau sind im einzelnen recht interessant, weil hier eine mittlere Begabung geschickt die Abstraktion zu frischen dekorativen Wirkungen auszuwerten weiß, ohne dogmatisch eigensinnig oder leer dekorativ zu erscheinen. Daneben aber stehen recht belanglose Porträts, typische Auftragsbilder, vor denen man beim besten Willen nicht einsehen kann, weshalb sie qualitativ-instinktiv sein sollen. ◊ Nach dem schon angezeigten Werk *Das Gesicht unserer Zeit* hat *Broder Christiansen* jetzt eine umfangreiche Arbeit *Die Kunst* erscheinen lassen /Buchenbach, Felsenverlag/. Ähnlich wie in jenem ersten Werk ist dieser Versuch einer Enträtselung der Kunst ungemein anregend. Ohne komplizierte Dialektik geht *Christiansen* der Struktur des Gehalts nach, er versucht die kunstlogischen Gesetze und die Sinn-elemente als Wesentlichkeiten aufzuklären und kommt zu dem Schluß, daß bei aller Verwandtschaft mit den logischen Grundgesetzen die Kunst dem Eros dennoch näher steht als dem Logos. ◊ In einer vom Furchekunstverlag in Berlin herausgegebenen beachtenswerten Publikation *Das Christusbild unserer Zeit* vereinigt *Curt Horn* auf 49 Bildtafeln die wichtigsten Christusbildstellungen, etwa von *Fritz von Uhde* bis *Emil Nolde* und *Ludwig Gies*. Nach einleitenden Abhandlungen über die Problematik und Typologie des Christusbilds betont der Verfasser die Unzulänglichkeit der alten Kunstmittel zur Neugestaltung, um schließlich auf Grund der weltanschaulichen Krise in den jüngsten Darstellungen die Grundlage einer neuen Auffassung zu sehen. Wertvoll sind die abschließenden Analysen der bekannten Darstellungen dieser Art. Man vermißt nur eine Herausarbeitung des ihnen auch anhaftenden Problematischen.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Weltromane Paul Claudel hat in seiner *Ars poetica mundi* seine Weltkenntnis niedergelegt.

Er nimmt als Kosmotheoros ganz außerhalb der vergänglichen Zeiten und der intelligiblen Welt seinen Platz ein und sagt trotzdem, daß er die Welt faßt, daß er dieser Welt das poetische Gesetz geben möchte. In Frankreich ist es nicht selten, daß Männer des praktischen Lebens, die auch Männer der Poesie sind, derartig sprechen, derartig metaphysisch das Gedankengerüst für ihre geistige Existenz aufbauen. Auch diese Geistigkeit ist Tendenz. Nur nicht jene, die immer so banal definiert wird, als wenn Tendenz die unmittelbare Stellung zu den Tagesneuigkeiten wäre. Es gibt auch für den Praktiker eine Tendenz zu Ewigkeiten. Und sie wird von Claudel vertreten. Robert Grosche bemüht sich seine orphische Sprache in der Übersetzung nachzuformen, die im Verlag Jakob Hegner in Dresden erschien.

Die jungamerikanischen Erzähler scheuen nicht vor einer Übertreibung des Kolportageelements. *Ludwig Lewisohn* ist, wie sein Name sagt, Immigrant, ist darum am Europäischen geschult, aber noch nicht über die hervorragende Sachlichkeit und bis zur Romantik gesteigerte Detailmalerei des Naturalismus hinausgekommen. Mit diesen künstlerischen Mitteln, die heute überhaupt das Kunstmittel der sozialkritischen jungamerikanischen Literatur sind, erzählt er nun seinen Roman *Der Fall Herbert Crump* /München, Dreimaskenverlag/, ein Musterstück der Dokumentation. Der Franzose *Maurice Dekobra* brachte eben aus Amerika ein Buch mit, in dem er die Vampirfrau der amerikanischen Bürgerklasse unter die Lupe seiner mondänen Gelehrsamkeit nahm. Dieser Vamp, der natürlich die luxuriöseste Toilette trägt und sich nur bei den Rentenbeziehern mit höchst akkreditierten Bankguthaben findet, ist sogar imstande das künstlerische Genie vollständig umzubringen. *Lewisohn* gibt zu dieser sensationellen Sozialstudie *Dekobras* das Beispiel. Ein Prachtkerl, musikalisch höchst begabt, darum innerhalb seiner aufs realste denkenden Familie etwas vernachlässigt, sucht die eigenen Wege. Er will zu seiner wahren Existenz und zu seiner wahren Seele gelangen und gelangt, da er den Frieden mit sich und der Welt begründen will, in die Krallen des Vamps. Die Familie der Vamps scheint sich aber auszudehnen. Selbst die Frauen der

zwischen Bürgerklasse und Arbeiterklasse lebenden und vielleicht auch nur vegetierenden, ganz besonders amerikanischen Halbbürgerklasse gefallen sich in dem Vampsport.

Das Thema vom Vamp ist in den Vereinigten Staaten das richtige Notstandsthema. Genau wie Lewisoohn kommt *Edgar Lee Masters* (der Dichter des schönen Gedichts *Die Stillen*, das, von Max Hayek übersetzt, 1928 in den Sozialistischen Monatsheften erschien) zu dem Schluß, daß diesen Wesen das Handwerk gelegt werden muß, daß ihnen nicht mehr sehr lange gestattet werden darf an der geistigen und körperlichen Blüte des Landes ihre Launen auszutoben. Sein Roman *Der Hochzeitsflug*, (übersetzt von Anna Nußbaum /Wien, F. G. Speidel/) ist dem Fall *Herbert Crump* im Stofflichen außerordentlich verwandt. *Masters* hat schon ein wenig überwunden, wie der ironische Titel seines Romans verrät.

Der Dichterin *Sigrid Undset* war es vergönnt fern vom Krieg, auch fern von sozialen Revolutionen ihre schriftstellerische Entwicklung abzuwarten und auszubilden. Sie verfügt nicht über die blühende Phantasie der *Selma Lagerlöf*, aber sie hat große, sehr menschliche, auch sehr weibliche Gaben. Ihr moderner bürgerlicher Roman *Frau Hjelde* /Berlin, Universitas/ ist ein schönes Buch. Die Charaktere, die in Schicksale verwickelt werden, sind die schlichsten und anspruchslosesten Menschen des Alltags. Sie hausen in der dürftigen kleinen Bürgerwohnung mit dem Hausrat, den sie erben oder aus billigen Bazaren zusammenbrachten. Deswegen sind die Empfindungen aber nicht nur aus der Tradition genommen. Es ist da ein Kapitel, wie eine verheiratete Bürgerfrau und Mutter zu dem Mann geht, der ihr alles Glück und allen Glanz zu verheißenscheint, die sie zu Hause in der Enge ihrer winzigen Stuben und ihrer weinenden Kinder und ihres wehmütigen Gatten entbehrte. Der Mann, der so geliebt wird, bereitet Blumen und süßen Wein vor. Aber die Frau und der Mann gehen auseinander, nachdem sie ganz lange über ihr trauriges Schicksal geredet haben. Was sie reden, das ist bei aller scheinbaren Banalität das Unvergängliche der Herzen. *Undset* zeigt sich als eine Dichterin, die das Herz versteht. Sie verdiente den Nobelpreis, der ihr vor einigen Jahren gegeben wurde, und den sie nicht verwendete, um für sich den Wohlstand zu vergrößern, sondern um ärmeren Menschen wohlzutun.

Kriegsbücher *Der Ire Liam O'Flaherty* ist ein bewunderungswürdiger Schriftsteller. Es war notwendig, daß seine Werke ins Deutsche übersetzt wurden. So kann der deutsche Leser 2 seiner Bücher kennen lernen: *Die Bestie erwacht*, von *Heinrich Hauser* verdeutschte /Berlin, S. Fischer/, und einen andern Roman, von dem weiter unten Seite 1181 im Abschnitt *Zeitdokumente* die Rede ist. Das Neuartige, das großartig Menschliche, das dieser Ire bringt, ist der Mut, mit dem er den Kreaturen seiner Schriftstellerei an den Leib und an die Seele rückt. Viele *Kriegsromane* haben wir gelesen. Die ungeheure, wenn auch gutgemeinte und sogar moralisch durchtränkte Lügenhaftigkeit, die selbst bei den besten und edelsten *Kriegsbüchern* in dieser Rundschau (beispielsweise 1930 I Seite 401 und folgende) vielfach festgestellt wurde, hat *O'Flaherty* vollkommen ausgeschaltet. *Die Bestie erwacht*: das ist das Thema seines *Kriegsbuchs*, und die *Bestie* zeigt sich in all ihrer Unergründlichkeit. Nur einige Soldaten sind beisammen, vorn in der gefährlichsten Schwarmlinie. Sie haben natürlich den Tod unaufhörlich vor Augen. Sterben sie nicht sofort, dann ist ihr Tod nur aufgeschoben. Halbtot also führen sie den Krieg. Und in dieser schattenhaften Existenz sind sie nicht mehr ihrer Sinne und ihres Gewissens mächtig. Es kehrt sich aus ihrer Seele all das Tierische heraus, das im Menschen seit Jahrtausenden nach der Feststellung der *Pessimisten* vorhanden ist, und das besonders dann herauspringt, wenn die patriotische Phrase über die sonst alltäglichen jungen Menschen hingedonnert wird. Alles ist viehisch: das Leiden und auch die Freude, die karge Sättigung, die karge Erholung, das unaufhörliche Wittern nach Gefahr, schließlich das Zusammensinken in das Nichts des Todes. *Die Bestie erwacht*. Es ist dieses Erwachen nicht durchaus ein teuflisches Munterwerden. Wer fern vom Schuß ist, sieht auch eine humorige Seite. Aber dann kommt die *Urbestie*, der geborene *Menschenschinder*, der ehrgeizige *Unteroffizier*, der nicht schlafen kann, wenn er seinen Untergebenen nicht die Haut von den Knochen zieht. Sie fallen alle in diesem Krieg: die sanften Soldaten, die faulen, die begeisterten, die *Drückeberger*, die Helden, die *Schwächlinge*. Übrig bleiben der *Unteroffizier*, die *Urbestie*, und sein erbitterter *Gegner*, der anständige *schlichte Mensch*, der allein zur *Bestie* wird, weil man ihn höllisch erfinderisch und un-

ermüdet gereizt hat. Der Endkampf wird zwischen der Urbestie und der Bestie aus Not ausgetragen. Es unterliegt die Urbestie, es siegt schließlich doch der einfache, gerade, ehrliche Mensch. Schwer ist in einer knappen Zusammenfassung das ganze aufrüttelnde Leben dieses Kriegsbuchs zu erklären. Gesagt muß nur werden, daß O'Flaherty bis an die Grenze der stilistischen Möglichkeit gelangt. Er ist ein kalter, unbarmherziger Künstler des Worts. Er gibt sich nicht einer sentimentalischen Schwärmerei hin, die auf Bejahung oder Verneinung des Krieges hinzielt. Er läßt nichts kund werden als die Unerbittlichkeit eines Breughel oder eines Goya, und diese Härte, wenn man will: diese bis-sige Unerschütterlichkeit, prägt sich gerade dem Leser unvergeblich ein.

Der Franzose *Roland Dorgelès* ist zarter, warmherziger, wenn man will: auch inniger, bemüht in die Ewigkeit einzudringen. Sein Kriegsroman *Die hölzernen Kreuze* (in deutscher Übersetzung von Tony Kellen und Erhard Wittek /Luzern, Montanaverlag/) klingt in das Kapitel aus: »Und es ist zu Ende.« Was ist zu Ende? »Wir werden jene Jahre und euch vergessen. Die Seelen derer, die so sehr geliebt haben, werden ihren Trost finden. Und die Toten werden zum zweitenmal sterben.« Das ist die niemals versagende Humanität des französischen Schriftstellers. Der Ire ist vielleicht zufrieden, wenn er das Alpdrücken des Krieges von sich abgeschüttelt hat. Der Franzose fürchtet gerade, daß diese tragische Katharsis das Gewissen einschläfern könnte. Er will in ununterbrochener Verbindung bleiben mit dem Leben und dem Tod, er will nicht vergessen. Wach soll in ihm das Gedächtnis an die Mordlust bleiben, an den Tod und an das Verfaulen. Nur wer im Zusammenhang steht mit all diesem furchtbaren Werden und Vergehen, kann vielleicht für alle Zeit von der Kriegsbegeisterung oder auch nur von der Toleranz dem Krieg gegenüber kuriert werden.

Der Roman des Amerikaners *James Wharton U. S. A. an der Front* /Luzern, Montanaverlag/ erzählt das Schicksal einer amerikanischen Korporalschaft an der Front. Soldaten, die sich bis zum Ende des Blutspiels ohne viel Bedenken durchschlagen. Manche werden hingemäht, obwohl sie nach Jahren und Lustigkeit ein längeres Leben verdienten. Einer bleibt übrig als der zäheste. In dem Moment, da er sich anschickt das Ende des Kriegs für sich persönlich zu erklären und eine Kriegsmechanik zu

zerstören, unterliegt er einer Granate. Die Granate, die noch geheimnisvoll irgendwo verborgen und von keinem Gegner mehr zum Töten mißbraucht werden konnte, wird plötzlich irrsinnig. Das tote Instrument wird zu einem Tollheitsinstrument, zu einem Subjekt mit eigenem Willen und explodiert und mordet auch den jungen Mann, der vermeinte, daß er den Wahnsinn des Krieges überleben und noch das Vernünftigwerden der Erde erleben werde.

Der Deutsche *Willy Seidel*, der Erzähler aufregender exotischer Novellen (man sehe sein Buch *Lauren*, mit den Zeichnungen Alfred Kubins /München, Albert Langen/), berichtet in seinem Roman *Der neue Daniel* /München, Albert Langen/ von dem Schicksal des deutschen Gelehrten, der vom Krieg in Amerika überrascht wurde. Bis zur biblischen Verzweiflung, bis zur prophetischen Vereinsamung steigern sich die Gefühle des Deutschen. Der »neue Daniel« ist plötzlich verurteilt innerhalb der amerikanischen Kriegspsychose die Vernunft zu behalten. Alles ringsum ist von jenem Yankeegrößenvahn geplagt, der vermeinte, daß der Feind mit Moral und Entrüstung zu Tode gehetzt werden müsse. Gesehen soll werden, wie die Stärke gebrochen wird, wenn sie sich gegen den stupiden Aberglauben stößt, wie die Weichheit des Weibes verhärtet wird, wenn die Politik der Moral und die Moral der Politik in die Brüche gehen. Seidel hat sich tief hineingedacht in ein Problem, das die energischste Überlegung verdient. Es war die Zivilisation etwas ungeheurer Gebrechliches schon bis zur Zeit des Krieges. Es war die Kultur, die leise zwischen Nationen und Geschlechtern hin und her pendelte, ein höchst sublimes, aber auch ein höchst schwächliches Mittel der Verständigung. Dann wurden die Beziehungen zwischen Nationen und Geschlechtern auf das Primitivste der patriotischen und sexuellen Bedürfnisse reduziert. Und nun soll erst diese so notwendige Verständigung, die so starken Schaden erlitt, wieder hergestellt werden. Wer mit solchen Erwägungen den Roman Seidels liest, wird eine außerordentliche Befriedigung finden. Willy Seidel spürt, wie Heinrich Eduard Jacob in seinem neulich hier (1930 II Seite 822) besprochenen Buch, diesen Internationalismus der nationalen und erotischen Kultur, die kommen muß. Diese deutschen Schriftsteller dienen auch einer Ethisierung jener Reparationspolitik, zu der Deutschland verpflichtet ist.

»Allen Kameraden von damals, von heute und morgen« widmet *Karl Bröger* sein Arbeits- und Elendsbuch *Bunker 17, Geschichte einer Kameradschaft /Jena, Eugen Diederichs/*. Krieg und wieder Krieg, Kaserne und Kommis, die Alltäglichkeit des uniformierten Proletariers, ganz schlicht erzählt. Bröger will volkstümlich sein. Ihm liegt wenig an der stilistischen Ausarbeitung.

Zeitdokumente Heinrich Hauser übersetzte auch das andere Buch *Liam O'Flaherty's: Die Nacht nach*

dem Verrat /Berlin, Th. Knaur Nachfolger/. Es ist die Geschichte eines Denunzianten. In Dublin haust abseits von der bürgerlichen Gesellschaft ein Proletariat, das zwischen katholischer und kommunistischer Schwärmerei hin und her pendelt. Gegen diese Masse steht die Regierung, verbündet mit der kapitalkräftigen Bürgerschaft, beschützt durch die Polizei, die entschlossen ist mit Gummiknüppel und Browningpistole die begüterte Gesellschaft gegen die unbegüterte zu schützen. Da knallt nun ein verirrter Schuß auch aus der Pistole des Proletariers, besonders dann, wenn der Hunger zum Streik treibt. In der Sekte der Streikenden kann sich eine Zeitlang der proletarische Schütze, der seinen polizeilichen Verfolger niederschloß, verbergen. Aber alles kommt auf die Verschwiegenheit und auf die absolute Treue der Verschwörer zu ihrer Sache an. Werden sie unerschütterlich hungern, um ihren Kameraden nicht zu verraten? Die Polizei lockt mit Spitzgeldern. Dieser Verlockung unterliegt einer der Verschwörer. Er war schon immer ein Windhund. Nun wird er zum Verräter. Man liest dieses Buch mit geringem Interesse nach vorn, und man blättert wieder zurück. Die vorzüglichen Einblicke in das Geheimnis des Menschengemüts werden aufgedeckt, und man möchte klüger werden, indem man noch einmal und langsamer den Text ergründet, den man eben so neugierig überflog. Diese belletristische und auch psychologische Kraft des Romans ist außerordentlich. Eine einzige Nacht des Verräters und Spitzels wird geschildert. Doch diese Nacht ist das Leben von Generationen gehetzter und verfolgter Proletarier. James Joyce, der Ire, schildert seine Landsleute nur als verschrobene Glaubenssucher oder als übergeschnappte Ästheten und Lustwanderer in Gebiete theologischer Spitzfindigkeiten. Hier bei O'Flaherty zeigt sich plötzlich die ganz kleine gequälte Kreatur. Na-

türlich wird der Verräter bald entlarvt. Ein Verfahren von aufregender Grausamkeit und Gründlichkeit wird gegen den Verräter aufgerollt. Er wird gefällt. Trotzdem kann man sich nicht entschließen ihn vollständig zu verdammen. Es liegt Größe in dieser proletarischen Gemeinheit. Auch hier erscheint wieder die Urbestie, die O'Flaherty auf dem Schlachtfeld erblickte. Nach all dem zimperlichen Gezeter, das oft in sozialen Romanen und in Kriegsgeschichten sich aufdonnerte, sind die beiden Bücher des Iren O'Flaherty ungewöhnliche Erscheinungen und Bereicherungen der Weltromanliteratur.

Der jüdische Dichter *Schalom Asch* und sein Sohn schildern Weltgeschichte, die sie miterlebten. Schalom Asch unternahm es die Beteiligung seiner Volksgenossen an der Russischen Revolution von 1905 zu schildern. Der Roman *Petersburg* wurde hier (1930 I Seite 94 und folgende) schon besprochen. Inmitten der Assimilanten, die nicht zögern mit der politischen Reaktion zu gehen, wachsen die geborenen Schwärmer und Märtyrer auf, die jungen Leute mit dem mutigen Herzen, die sich gedrängt fühlen für das Proletariat zu kämpfen. Das geschah nicht nur in Rußland sondern auch in Deutschland. Es ist das ein sehr wichtiges internationales psychologisches Problem. Schalom Asch will es lösen. Im Warschau des Jahres 1905 spielt die Fortsetzung seiner großen Zeitserie, die bis in die jüngsten russischen Ereignisse hineinlaufen soll (Warschau, übertragen von Siegfried Schmitz /Wien, Paul Zsolnay/). Nur die Teilnahme der Juden an den Ereignissen wird geschildert. Schalom Asch pinselt sehr breit und impressionistisch. Vielleicht bietet er gerade durch die Vertiefung in das Ghettodetail für den Leser den stärksten Anreiz.

Sein Sohn *Nathan Asch* kennt schon nicht mehr die Heimat des Vaters. Drüben in Amerika wurde er ansässig. Die jüdischen Kinder, die in Amerika aufwachsen, verändern nicht nur, wie die Anthropologen feststellten, drüben unter veränderten sozialen Verhältnissen ihre Schädelform, sie überwinden dort nicht nur ihre körperliche Gebrechlichkeit und Bedrücktheit, sie wurzeln auch sehr schnell in dem Gedankenboden des neuen Landes. Literatur, die sie etwa als ihren Beruf erwählen, ist auch vollkommen angesteckt von den literarischen Methoden, die heute in Amerika regieren. Nathan Asch ist kein Duckmäuser. Er ist im Rebellentum energischer als

sein Vater. Der 22. August ist der Titel seines Romans *Berlin*, Ernst Rowohlt/. In der Nacht vom 22. zum 23. August wurden vor 3 Jahren Sacco und Vanzetti hingerichtet: unschuldig, wie alle Freunde der Gerechtigkeit wissen. In der Nacht zu jenem Mordtag ging ein ostjüdischer Einwanderer, so einer vom Schlag Nathan Asch', aber ein materiellerer, ein von der täglichen Not mehr erdrückter, ein kleiner Diener in einem Handelskontor, aus, um ein bißchen von dem lustigen Leben New Yorks zu genießen. Es sind ganz geringe Winzigkeiten, Freuden, die kaum für den Nüchternen, den vernünftigen Streber in Betracht kommen. Man will etwas trinken, man will die Nähe eines Mädchens spüren, man will ein paar Stunden im hellen Licht oder im Dunst des Tanzsaals oder der Kneipe verbringen, weil zu Hause die Nüchternheit herrscht. In all dieses dürftige Genießen schmettert es hinein: Sacco und Vanzetti! Da sind auch 2 Menschen, eigentlich nicht viel mehr als dieser bescheidene Jude, der sich einen kleinen Festtag bereiten wollte; aber sie müssen hinter dem Gitter bleiben, sie werden bald nicht mehr um ihr Leben zittern. Das Gespenst des Todes mischt sich ein in die Armutsfreuden des kleinen Kommis. Als nun diese Nacht der Freuden zu Ende ist, und er wieder in die dunstige Schreibstube zurückkriechen muß, da entdeckt er mit Grauen, daß er eine der ungeheuerlichsten Ungerechtigkeiten zuließ, nur um sein bißchen Vergnügungssucht auszukosten. Der Katzenjammer des jämmerlichen Durchbrenners ist entsetzlich. Diesem Buch des jungen Nathan Asch maßen die Sittenrichter der Vereinigten Staaten so große Bedeutung bei, daß sie den Verfasser in einen peinlichen Prozeß verwickelten. Es heißt, daß er aus dem Gebiet der Vereinigten Staaten fliehen mußte, damit er nicht mit einigen Jahren Zuchthaus wegen seiner "Unzüchtigkeit" bestraft werde.

Lebensaus- schnitte

Der Arzt und Schriftsteller *Friedrich Wolf* erzählt die Alltäglichkeit. Sein *Novellenbuch Kampf im Kohlenpott* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ ist eine Chronik des Aktuellsten, was uns heimsuchte. Seine Schriftstellerei ist mehr durch die scharfsinnige Beobachtung bestimmt als durch das selbsterlebte Glück und Unglück. Er dokumentiert sich an der Wahrheit, er liebt die Wahrheit, er gruppiert sie, um sie dadurch seinem geistigen Zweck dienstbar zu machen.

Den Lesern unserer Tage erscheint *Georg Hermann* schon ein wenig patriarchalisch. Hermanns Roman von den Träumen der Ellen Stein /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ verleugnet nicht die Wichtigkeit des sozialen Problems in unseren Tagen, doch der Erzähler tut immer wieder, was er nun seit 25 Jahren sehr artig pflegte: Er verliebt sich in die schrulligen Männlein und Weiblein, in eine biedermeierisch verzwickte Tradition, und berichtigt gern von solchen Menschen, die nicht wissen, wie sie sich in der mechanisierten Eindeutigkeit und Sachlichkeit der "amerikanisierten" Stadt Berlin zu rechtfinden sollen, wenn sie die mit Familienandenken, Traditionen, Puppenmärchen und Puppenmöbeln ausgestattete Wohnung verlassen. Hermann kultiviert virtuos eine bürgerliche (und ein wenig spießbürgerliche) Literatur für bessere Leute. Er ist aber immer noch ein Mann mit einem guten Herzen und fanatischer Freude an den etwas beschädigten Kreaturen der Gesellschaftsklasse, die ihn emporbrachte und noch heute ehrt. Der Erzähler *Bruno Vogel* will ein Dokument von der ewigen Feindschaft zwischen Sohn und Eltern von neuem aufrollen. Alf, eine Skizze heißt dieses sein Buch /Berlin, Asyverlag/.

Historische Erzählung

Der jetzt 24jährige Sohn *Thomas Manns, Klaus Mann*, der neben Verfehltem und, leider, sprachlich Schulmäßigem, auch einen hübschen Bericht über eine Weltreise veröffentlicht hat, unternahm es den Roman *Alexanders des Großen* zu schreiben /Berlin, S. Fischer/. Er nennt ihn den »Roman der Utopie«. Wo aber bleiben bei diesem jungen Schriftsteller Weltblick und Weitblick? Die Chroniken, deren er sich bediente, der Plutarch, den er durchstöberte, belehrten ihn, ihn unterrichteten auch die Hunderte apokryphischer Anekdotisten. Er meinte nun das alles bunt zusammenzuspinnen und zusammenzuschmieden. Aber die bedeutende Persönlichkeit, an der er hinaufklettern möchte, verlangt denn doch etwas anderes als mit schablonierten Phrasen, Zeitungsdeutsch und Feuilletonistenschnörkeln durchmischte Schilderung. Es geht nicht, daß ohne Scheu die 30 Jahre dieses geheimnisvollen Lebens skizziert werden. Es lohnt sich nicht die Fehler des Buchs im einzelnen aufzuzählen. Der Eindruck ist: Der Verfasser findet sich weder in der Geschichte noch in der Landschaft noch im Mythos noch in der Einzelseele, weder im Helden noch im Philosophen zurecht.

Obwohl *Margarete Bruns* die Vergangenheit in ein romantisches Parfum hineintaucht, spürt man doch den Respekt der Schriftstellerin vor einer großen Wirklichkeits- oder Phantasiegestalt. Ihre 3 Dichtungen, die in dem Bändchen *Die Nacht des Atair* vereinigt sind (Minden, J. C. C. Bruns/), lesen sich freilich etwas schwierig; man wird bei jedem Wort und jeder Schilderung daran erinnert, daß eine Schriftstellerin von schönen, wenn auch oft schon gefundenen Gedanken ihren Faden abspinnt. Und doch wird niemand es bedauern dieses Buch gelesen zu haben, wenn er nur die Dinge selber so ernst fühlt wie *Margarete Bruns*.

Der Schwede *Verner von Heidenstam* schreibt wiederum historische Miniaturen seiner Heimat, freilich nicht von der visionären Kraft *Strindbergs*, vielmehr etwas verschnörkelt, doch bodenständig und aufs Kräftige hinzielend (*Sankt Georg und der Drache* /München, *Albert Langen*/).

Totenliste Am 28. Juni starb *Elisabeth Siewert* in Berlin, noch nicht 60 Jahre alt. Die Leser der

Sozialistischen Monatshefte kennen eine Reihe ihrer Erzählungen, die hier veröffentlicht wurden, die immer so ganz einfach schienen und so ganz eigen sind. Was sie schrieb, war vielleicht nicht "Ausdruck der Zeit" im Sinn jener Forderung, die in den ersten Nachkriegsjahren verkündet wurde und heute schon überholt ist, enthält aber ein Element, das selber in die Zeit einzugehen und sie mitzuformen bestimmt ist. Man kennt von ihr auch einige größere Bücher, so den Roman *Lipskis Sohn*; sie blieb immer die selbe (auch als alles sich umstellte), ohne sich je zu wiederholen. Der Verleger *S. Fischer* will, wie es heißt, das, was von ihr erschien, in einer Gesamtausgabe vereinigen. Wenn sie herausgekommen ist, wird man das Schaffen dieser Dichterin richtig sehen können (die still und unbeachtet ein schweres Leben geführt hat, und deren Tod von der Öffentlichkeit kaum bemerkt wurde).

In Paris starb am 19. August *André Rivoire*, Kritiker und Schriftsteller, an einer Lungenentzündung, im Alter von 58 Jahren. Seine Lustspiele *Mein Freund Teddy* und *Der gute König Dagobert* gehören zu den noblen Beispielen des Unterhaltungslustspiels. *Rivoire* leitete lange Jahre den französischen Schriftstellerschutzverband, die *Société des Auteurs*.

Am 5. September starb in Paris *Georges de Porto-Riche*, der älteste der französischen Dramatiker, in seinem 81. Lebensjahr. Der "gentilhomme des lettres" war

beinahe schon vergessen. Man spielte ihn nur noch wenig an den französischen Bühnen. Er war zu ernst, nicht von jener Leichtigkeit, die das Theater des Tages braucht. Die Franzosen sind aber großzügig im Umgang mit ihren Schaffenden. Und so gaben sie ihm eine Sinekure an der *Bibliothèque Sainte Geneviève*. Das *Théâtre d'amour* war sein Hauptwerk, und in diesem Theater der Liebe war das Hauptstück die *Amoureuse*, das heißt die große, dem Mann sehr gefährliche Frau. *Porto-Riche* lernte in den Pariser Salons diesen besondern Frauentypus kennen, diese nur für das Erotische geschaffene Kreatur, der es ganz gleichgültig ist, ob die Männer, mit denen sie in Berührung kommt, durch die Liebe untergehen. So milde stand er den Frauen gegenüber, daß er sich bemühte auch ihre lächerlichen und unnützen Eigenschaften zu glorifizieren. Höchstens noch *Balzac* besaß die Unerbittlichkeit und auch das große Verständnis für das Frauenrätsel, indem er solche Charaktere schilderte, die heute beinahe als unwirklich und unmöglich erscheinen. Deswegen, weil *Porto-Riche* mehr von der erträumten als von der realistisch zu fassenden Frau dichtete, wurde er in unserer Zeit beinahe vergessen und nur noch von ehrgeizigen Schauspielerinnen hemüht, wenn sie in Verlegenheit um eine Bombenrolle waren. In seinem Privatleben war *Porto-Riche* bescheiden und schwärmerisch. Er ordnete an, man sollte ihn abseits und nur in Anwesenheit der nächsten Familie verbrennen und die Aschenreste in alle Winde zerstreuen. Und so geschah es.

Am 25. Oktober starb in Leipzig an den Folgen eines Sturzes auf der Bühne, während der Probe seines Dramas *Wunder um Verdun*, der österreichische Dichter *Hans Chlumberg*, erst 33 Jahre alt. Er war der Sohn eines jüdischen österreichischen Obersten, der im Krieg von 1866 als Auszeichnung für seine Tapferkeit geadelt worden war. Das Werk, dessen Aufführung der Dichter nicht mehr erleben sollte, errang im Leipziger Schauspielhaus einen starken Erfolg. Er läßt darin die Toten von Verdun im Jahr 1935 wiederauferstehen und das vergebliche Opfer ihres Lebens beklagen. Das erste Drama *Chlumbergs*, von *Albert Bassermann* entdeckt und oft gespielt: *Eines Tages*, hatte dem Dichter den Volkstheaterpreis eingebracht; 1926 erhielt er auch den *Grillparzerpreis*.

Am 9. November starb in Berlin *Anselma Heine*, die weitbekannte und von zahlreichen Freunden geliebte Romanschriftstellerin, 75 Jahre alt. Sie war die Toch-

ter eines Universitätsprofessors, weit in der Welt herumgekommen, hatte lange und mit Vorliebe im Elsaß gelebt, schrieb 1914 einen Roman Fern von Paris. Erinnerungen an Finnland gab sie in ihren Finnischen Novellen. Eine Peri spielt in Berlin, wohin es sie nach langen Reisen immer von neuem zog. Hier hatte Anselma Heine auch einen großen geselligen Kreis um sich versammelt, der ihr bis zu ihrem Tod treu blieb, wie sie auch trotz schwerem körperlichen Leiden bis zuletzt gern Menschen um sich sah.

Kurze Chronik Ein Jubiläum besonderer Art wurde in diesem Jahr in Frankreich, speziell auch im Elsaß, begangen: das *Jubiläum der Romantik*. Es knüpft an die literarische Revolution von 1830 an. In Straßburg wurde es von Universität, Museen und gelehrten Gesellschaften durch Vorlesungen über Romantik in Frankreich und Deutschland gefeiert, und am 15. November wurde im Schloß Rohan eine Ausstellung Das romantische Elsaß eröffnet, die besonders die französisch-deutsche Frühromantik vorführt. ◊ Unter dem Vorsitz Edouard Herriots bildete sich ein Komitee, das *Rabelais* ein Denkmal errichten will. 1932 soll in Lyon eine Rabelaisfeier veranstaltet werden, zum Gedenken an die Veröffentlichung des Pantagruel vor 400 Jahren, den Rabelais bekanntlich in Lyon geschrieben hat. ◊ Am *Grab Heines* auf dem Montmartrefriedhof in Paris fand zur Neueinweihung des Grabdenkmals, das seit dem Krieg verfallen und nun wieder hergestellt worden war, eine kleine deutsche Feier statt, bei der Hans Hartmann (den Lesern der Sozialistischen Monatshefte durch seine hier veröffentlichten Arbeiten, zuletzt die über die Jugend Frankreichs, wohlbekannt) die Weihrede hielt. ◊ Zur Einrichtung des geplanten *Balzacmuseums* ist die Stadt Paris genötigt die notwendigen Erinnerungsgegenstände von amerikanischen Sammlern zurückzukaufen. Dabei zeigt es sich, daß der New Yorker Antiquitätenhandel so zahllose Balzacandenken besitzt, daß sie, wenn sie wirklich echt und nicht gefälscht sind, das Balzachaus mehr als 3mal füllen würden. ◊ Zum 100. Geburtstag *Frédéric Mistral's*, der am 8. September 1830 in dem Dorf Maillane an der Rhonemündung geboren war, wurden in der Provence große Erinnerungsfeste begangen. Seiner Witwe verlieh die Regierung das Kreuz der Ehrenlegion. ◊ In Orléans wurde ein Denkmal für den Dichter

Charles Péguy eingeweiht, der in der Marneschlacht 1914 fiel. ◊ Zu Ehren *Wilhelm Raabes* hat die Stadt Berlin die Spreestraße, in der einst Raabe seine Chronik der Sperlinggasse schrieb, in Sperlinggasse umgenannt. ◊ Der französische Gesandte in Stockholm begab sich nach Värmland, auf das Gut *Selma Lagerlöfs* und überreichte ihr im Auftrag seiner Regierung die Ernennung zum Offizier der Ehrenlegion.

Literatur Herman Hefele schrieb eine Biographie *Dantes* /Stuttgart, Fr. Frommann/, ein schönes Buch der Gelehrsamkeit. Kulturgeschichte und Geistesgeschichte werden beherrscht. Dem bedeutenden Gegenstand angemessen ist der getragene Stil. ◊ Sophie Meltzer hat beim Lesen *Shakespeares* alle Gedanken gesammelt und verdeutscht, die ihr besonders der Aufbewahrung wert schienen. Sie bietet diese Blütenlese der Shakespearegedanken in einem sehr hübschen Büchlein dar /Berlin, Leopold Weiß/. ◊ Der *Otto-Ludwig-Kalender* /Weimar, Hermann Böhlau Nachfolger/ bringt Bilder, Gedenkblätter, theaterhistorische Skizzen und Aufsätze, Papiere der Familie Ludwig. ◊ Die Romane *Eugène Sues* Die Geheimnisse von Paris und Der Ewige Jude, die unsere Großeltern verschlungen hatten, und die lange Zeit dann etwas verächtlich behandelt wurden, sind wiederauferstanden und vor einigen Jahren, wie auch hier angezeigt wurde, in besonders schönen deutschen Ausgaben, mit Zeichnungen von Daumier und Gavarni, im Avalunverlag in Dresden erschienen. Sie verdienen es auch, denn ihre Spannung ist ungeheuer, und die Gesinnung europäisch. Aber dieser weltberühmte Erzähler hatte bis jetzt noch nicht den Biographen gefunden, der die komplizierte Natur des Schöpfers des Zeitungsromans erzählt hätte. Sue war ein Snob und gleichzeitig ein Freund des Volkes. Er glaubte an die Glücksbedeutung der Zahl 3 und hielt sich in seinem fürstlichen Haus stets 3 Lakaien, 3 Pferde und 3 Mätressen. Gleichzeitig liebte er die Armen und Unglücklichen und spendete Almosen und Ideen, die von den Reformatoren des sozialen Heute noch als notwendig und fruchtbringend angesehen werden. Er verlangte die Verbesserung von Spitälern, eine Art Arbeitslosenversicherung und ähnliche nationalökonomische Werke zur Förderung des sozialen Friedens. Seine Biographie schrieb jetzt Paul Ginisty, der bekannte französische Kritiker /Paris, Berger-Levrault/.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Holznutzung Wenn man von Holznutzung spricht, so denkt man an dessen Verwendung als Baumaterial, als Material für Möbel, Geräte und als Heizmaterial; das heißt an die Verwendungsarten, die schon in den Urzeiten der Menschheit im Schwang waren. Tatsächlich sind Forstwirtschaft und Ausbeutung der Natur- und Urwälder vornehmlich auf diese Verwendungsarten eingestellt, nur daß in den letzten Jahrzehnten noch die Versorgung der Papierindustrie mit Holz hinzukam. Eine der ältesten Holznutzungen, die Kohlenbrennerei, hat in der Gegenwart nur noch untergeordnete Bedeutung. Gerade diese leitet aber zu neuen Nutzungsarten, zur Holzchemie, hin; denn im Kohlenmeiler wird nicht nur Holzkohle erzeugt, sondern es fallen auch noch wertvolle Nebenprodukte ab, wie Holzteer und Holzessig, die bei rationeller Verkokung des Holzes den Wert der Holzkohle weit übersteigen können. Von einer Reihe bedeutender Forscher, wie Hans Wislicenus, Friedrich Bergius, Kurt Heß, Erich Schmidt, Carl Gustav Schwalbe usw., wird der Holzchemie heute besondere Aufmerksamkeit gewidmet, weil der Raubbau an dem Holz, wie er heute noch allerorten getrieben wird, sehr bedenkliche wirtschaftliche und sogar klimatische Folgen zeitigen kann. Unter diesem Gesichtspunkt ist vor allem der Verwendung des Holzes als Brennmaterial Einhalt zu tun. Dieser Gedanke leitete auch den Verein Deutscher Ingenieure, als er zusammen mit dem Deutschen Forstverein die Ausstellung Lehrschau Holz ins Leben rief, um die Öffentlichkeit auf eine rationelle Verwertung des Holzes, auf die Holzchemie, aufmerksam zu machen.

Die Bedeutung der Holzchemie wird sofort klar, wenn man daran erinnert, daß sich vom Holzschliff und dem Holzstoff aus die grandiose Papierindustrie entwickelt hat, und daß das Kollodium und das Zelluloid, die heute fast ausschließlich aus Holzstoff hergestellt werden, das Ausgangsmaterial für Zellulosefilms, -platten und -fensterscheiben abgeben; daß zahlreiche Gebrauchsgegenstände, wie Käbme, Stockgriffe, Lacke, Sprengstoffe, Gasglühkörper usw. aus Zelluloid hergestellt werden, und daß die von Tag zu Tag an Bedeutung gewinnende Kunstseidefabrikation auf den Holzfasernstoff zurückgeht. Nun machen die Holzfasernstoffe nur etwa die Hälfte

des Holzes aus, während die andere Hälfte, das Lignin, bisher weder chemisch bekannt noch technisch ausgenutzt ist. Wenn es einmal gelingt das Lignin, den Grundstoff für die Bildung der Kohle, ebenso wie die Steinkohle bei deren Entgasung und Vergasung auszuwerten, dann wird die Holzwirtschaft, zu der die Torfwirtschaft noch als Ergänzung hinzuzuziehen wäre, unter der Ägide der Chemie zu einer der Kohlenwirtschaft ähnlichen Bedeutung gelangen.

Schon am lebenden Holz vermag die Holzchemie eine Rolle zu spielen, sowohl bei der Beschleunigung des Wachstums und der qualitativen Verbesserung des Holzes wie bei der Bekämpfung der Holzparasiten (Insekten, Pilze, Bakterien) und der Waldschädigungen durch industrielle Abgase. Das 2. Moment ist die eigentliche chemische Ausnutzung des Holzstoffs. Da kommt zunächst die Gewinnung der in den Laub- und Nadelbäumen bereits fertigen Nutzstoffe in Betracht, wie Harze, Terpentin, Gummi, Kautschuk, Zucker, Gerbstoffe, Farbstoffe, Glukoside, Bitterstoffe und Medikamente, Alkaloide, ätherische Öle, Fette und fette Öle. Die Gewinnungsmethoden sind hier Anzapfung der Bäume mit nachfolgender Klärung und Eindampfung der abgezapften Flüssigkeiten, ferner Auspressen der Früchte und schließlich Extraktion der Früchte, des Laubes, der Rinde oder des zerkleinerten Holzes. Weiter folgt dann die stoffliche Zerlegung durch mechanischen und chemischen Abbau und Zerlegung in Zellulose und Lignin. Die Manipulationen sind hier: Herstellung von Holzschliff und Trennung von Zellulose und Lignin durch Ablaugen, Weiterverarbeitung der Zellulose durch Lösung, Herstellung der Nitrozellulose für Sprengstoffe und Gewinnung von Kunstseide, Verarbeitung der benutzten Laugen (Sulfitlaugen) auf Zucker, Alkohol, Oxalsäure usw.; schließlich die thermische Behandlung durch Entgasung unter Luftabschluß oder Vergasung mit teilweiser Verbrennung. Es ergeben sich bei dem 1. Verfahren Ruß, Holzgas, Holzteer, Holzessig und Holzgeist (Methanol), bei dem 2. der Schmel- oder gewöhnlichen Meilerei Holzteer und Holzkohle oder nur Holzkohle. Bei der gewöhnlichen, restlosen Verbrennung des Holzes zu Heizzwecken fällt nur Asche (Pottasche) ab, so daß kein besonderer Gewinn hierbei herauspringt. Sehr interessant und wichtig sind die bereits erwähnten chemischen Maßnahmen zur Werterhöhung des Nutzholzes der lebenden Bäume im Wald, mit denen

Wislicenus bereits vor 20 Jahren in Tharandt bemerkenswerte Erfolge erzielt hat, indem er die sogenannte Bodenatmung regulierte. Das Regenwasser führt stets Luft in den Boden ein, und dieser atmet Wasserdampf und Kohlendioxyd aus; außerdem findet eine Verwesung der organischen Stoffe im Boden statt. Die Oxydationsprodukte der Verwesung wirken auf die leicht zersetzlichen Stoffe im lebenden Baum ein und verwandeln diesen in "totes Holz". Dieser Vorgang kann beschleunigt werden, wenn man dem atmenden Boden noch einen Ammoniakbildner, bestehend etwa aus Ammoniumsulfat und Kalksteinmehl, zusetzt. Das allmählich frei werdende Ammoniak wirkt dann als Oxydationskatalysator und Holz verfärbendes Gas. Das auf diese Weise künstlich gealterte Holz bildet ein wertvolles Material für die Möbeltischlerei und Innenarchitektur. In analoger Weise kann man auch schon die lebenden Bäume mit Konservierungsmitteln oder Veredlungsstoffen tränken. Das geschlagene Holz kann dann schließlich noch nach den mannigfachsten Verfahren veredelt werden. So ergibt die Oberflächenbehandlung mit einer breiten und heißen Gebläseflamme eine schöne Maserentwicklung in hellen bis dunklen Tönen; gleichzeitig wird durch diese Oberflächenbehandlung dem Holz eine erhöhte Widerstandskraft gegen den Einfluß von Licht, Wasser und verdünnten Mineralsäuren verliehen. Die Holzchemie hat also bereits recht bemerkenswerte praktische Erfolge aufzuweisen. Doch stehen wir erst am Anfang der möglichen Entwicklung. Wenn es in der letzten Zeit auch Bergius gelungen ist nach dem Salzsäureverfahren Richard Willstätters einen als Futtermittel verwendbaren Holzzucker herzustellen, wenn auch bereits, besonders in Schweden, aus den Sulfitlaugen große Mengen von Alkohol gewonnen werden, der besonders als Triebstoff eine wichtige Rolle spielt, so erstrecken sich diese Erfolge doch immer nur auf die chemische Behandlung des Zellstoffs, der einen Holzhälfte, während die andere Hälfte, das Lignin, der chemischen Forschung und der chemischen Behandlung starke Widerstände entgegengesetzt. Aber es steht bei dem großen Interesse, das dieser Frage gewidmet wird, doch zu hoffen, daß die Chemie auch hier bald mit Resultaten aufwarten wird. Wenn es Erich Schmidt in München bereits gelungen ist auf biosynthetischem Weg aus Rohrzucker Zellulose herzustellen, sollte das Ligninproblem nicht unlösbar sein.

Riesenmagnet Von der Firma Siemens & Halske wurde, in Zusammenarbeit mit dem Tieftemperaturforscher Kammerlingh Onnes (der während des Baus leider starb), für die Universität Leyden ein Magnet erbaut, der zu den größten der Welt gehört, und mit dem bisher unerreichte Feldstärken erzeugt werden können. Die starken magnetischen Felder machten sich bei den Forschungsarbeiten an paramagnetischen, diamagnetischen und ferromagnetischen Körpern, ferner bei Versuchen über die Ablenkung von Elektronen, Kathoden- und Lichtstrahlen erforderlich. Der neue Magnet oder richtiger Elektromagnet besitzt ein Gesamtgewicht von 14 Tonnen, ist trotzdem leicht beweglich, indem er in wagerechter Lage beliebig gedreht und mit einigen Handgriffen auch gekippt werden kann, so daß seine Polkerne vertikal stehen. Die 500 Kilogramm wiegenden Polkerne aus hochwertigem, möglichst blasenfreien Stahlguß können durch Handräder oder Steuermotoren, die Schnecken und Schneckenräder betätigen, gegen einander verschoben werden, und sie besitzen auswechselbare Polschuhe, deren Form sich den jeweiligen Versuchen anpassen läßt. Die Magnetwicklung, die bei 220 Volt mit Stromstärken bis 400 Ampere belastbar ist, besteht aus Vierkantkupferrohr, durch das Wasser zur Kühlung zirkuliert. Jeder Magnetschenkel weist 500 Windungen auf, woraus sich eine maximale Amperewindungszahl von 400 000 ergibt. Bei einer Stromaufnahme von rund 80 Kilowatt betrug die Feldstärke 66 200 Gauß. Zum Betrieb des Riesenmagneten dienen 3 Akkumulatorenbatterien von je 68 Elementen für eine Kapazität von 648 Ampere während einer Zeit von 3 Stunden. Außerdem wurde ein Drehstrom-Gleichstrom-Umformer von 60 Kilowatt bei 115 Volt für weitgehende, feinstufige Herabregulierung der Spannung installiert. Er läßt sich beliebig auf Batteriestrom oder Maschinenstrom oder auf beide in Reihenschaltung einstellen, wozu eine besondere große Schalttafel installiert wurde. Für das Aufladen der Batterie sind ferngesteuerte Zellschalter vorgesehen. Wegen der hohen, den Magnetwicklungen zugeführten Energie darf der Strom ohne besondere Schutzmaßnahmen nicht plötzlich abgeschaltet werden, da sonst beim Verschwinden des Magnetfelds starke Selbstinduktionsspannungen auftreten könnten, die die Magnetwindungen und unter Umständen auch den Experimen-

tierenden gefährden. Beim Ausschalten des Magnetstroms schaltet sich deshalb automatisch ein Schutzwiderstand den Magnetwicklungen parallel, der die Höhe der Selbstinduktionsspannung auf einen nicht mehr gefährlichen Wert beschränkt. Dieser Schutzwiderstand schaltet sich auch selbsttätig ein, wenn bei reinem Batteriebetrieb die Zellenspannung unter 1,8 Volt sinkt, oder wenn das Kühlwasser für die Magnetwindungen plötzlich ausbleibt.

Rangierfunk Die primitive Art des Rangierens von Eisenbahnzügen, die durch Pfeifen-, Hand- und Lichtsignale geschieht, ist nicht nur für das Rangierpersonal gefährlich sondern auch zeitraubend und wegen der zahlreichen unvermeidlichen Mißverständnisse durchaus unrationell. Nachdem sich in den letzten Jahren die drahtlose Nachrichtenübermittlung so außerordentlich vervollkommen hatte, lag es nahe die Funktelegraphie oder Funktelephonie zum Rangierdienst heranzuziehen. Besonders die Aktiengesellschaft C. Lorenz hat ein Verfahren ausgebildet, das sich bei Versuchen in Erfurt und Hamm als brauchbar erwiesen hat und für jeden Radioamateur ohne weiteres verständlich ist. Die Sendestelle befindet sich in einem passend gelegenen Gebäude des Rangierbahnhofs. Die von einer Wechselstrommaschine erzeugten Schwingungen pflanzen sich längs einer auf Masten in der ganzen Länge des Bahnhofs verlegten Leitung fort, werden vermittelt eines Tasters zum Geben von Morsezeichen benutzt, können aber auch durch ein Mikrophon moduliert werden. Als Empfangsorgane befinden sich auf der Lokomotive eine Rahmenantenne und ein Empfänger ähnlicher Art, wie er für den Rundfunk benutzt wird. Der angeschlossene Lautsprecher übermittelt dann hörbare Morsezeichen oder unmittelbar die Kommandoworte. Um dem Lokomotivführer eventuell eintretende Störungen in der Nachrichtenübertragung bemerkbar zu machen, werden in gleichmäßigen Intervallen immer die nämlichen Zeichen gegeben. Bleiben diese Zeichen aus, so weiß der Lokomotivführer, daß eine Störung eingetreten ist; er muß dann so lange anhalten, bis sie wieder ertönen. In der Praxis werden sich natürlich noch Schwierigkeiten ergeben, da alle tätigen Rangierlokomotiven die gleichen Kommandos aufnehmen. Trotzdem scheint das System so wertvoll zu sein, daß sich weitere Versuche rechtfertigen.

Deutschlands Elektrizitäts- versorgung

Das Reichswirtschaftsministerium hatte Oskar von Miller um ein Gutachten darüber gebeten, in welcher Weise zukünftig die Elektrizitätsversorgung Deutschlands vereinheitlicht und so zweckmäßig wie möglich gestaltet werden könne. Das Gutachten ist nun im Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure erschienen, und der umfangreiche Band mit seinen zahlreichen Tabellen und Plänen dürfte für die Elektrizitätswirtschaft Deutschlands eine überaus wertvolle Grundlage bilden. Der Gutachter geht von den im Jahr 1926-1927 für das Stichjahr 1935 gemachten Verbrauchsschätzungen aus, wozu er auf Grund eigener Erfahrungen und Erhebungen noch entsprechende Zuschläge macht. Diese Schätzungen ergaben einen vermuteten Jahresbedarf von 300 Kilowattstunden auf den Kopf der städtischen und von 200 der ländlichen Bevölkerung. Es entfallen hiervon 50 (respektive 20) Kilowattstunden auf Beleuchtung, 100 (75) auf Haushaltsbedarf, 50 (10) auf das Kleingewerbe, 30 (0) auf Straßen- und Stadtbahnen, 35 (0) auf städtische Betriebe, 0 (60) auf landwirtschaftliche Betriebe, 35 (35) auf Verluste in den Leitungsnetzen. Des weitern wurde der Verbrauch in der Industrie zu 1500 Kilowattstunden auf den Kopf der 8 Millionen industrieller Arbeiter geschätzt. Interessant in diesen Aufstellungen ist der Ansatz von 100 respektive 75 Kilowattstunden für Haushaltsbedarf (Kraft und Wärme, insbesondere Kochen). Diese Schätzungen sind zwar auf Grund der in Schweinfurt und Schwandorf gemachten günstigen Erfahrungen festgestellt worden, sie sind aber wohl zu hoch eingesetzt, weil nicht berücksichtigt wurde, daß die Beschaffung der nötigen Heiz- und Kochgeräte einen so hohen Kapitalaufwand erforderlich machen würde, wie er im Jahr 1935 bestimmt nicht zur Verfügung stehen wird. Außerdem ist nicht berücksichtigt worden, daß diese Art der Elektrizitätsverwendung eine starke Spitzenbelastung der Elektrizitätswerke und der Leitungsnetze bedingen würde, die es nicht gestatten könnte den Strompreis so weit herabzusetzen, daß eine Konkurrenz mit den bisherigen Wärmequellen möglich wäre. Dagegen sind die für die Industrie gemachten Ansätze auf Grund der Erfahrungen in Sachsen wohl zutreffend. Auf Grund der Listen und der statistischen Ermittlungen kommt der Gutachter zu einem Verbrauch von 500 Kilo-

wattstunden auf den Kopf der Bevölkerung: ein Betrag, der noch unter dem durchschnittlichen Verbrauch in kohleärmeren Gebieten des Auslands liegt. Hieraus errechnet sich eine vermutliche Stromabgabe von 31 Milliarden Kilowattstunden, die einen Leistungsaufwand von 8,5 Millionen Watt erforderlich machen würde. Es wurde hierbei eine jährliche Benutzungsdauer der Höchstleistung von 3600 Stunden zugrunde gelegt, während im Jahr 1925 eine solche Benutzungsdauer von nur 2900 Stunden vorhanden war. Der Gutachter hält die Steigerung in der Benutzungsdauer unter Berücksichtigung des Strombedarfs für Wärmezwecke und in der Landwirtschaft für durchaus möglich.

Nach dieser Aufstellung des präsumtiven Verbrauchs behandelt der Gutachter eingehend die Deckungsfrage, indem er die Energiequellen aufführt und die Kraftwerke nebst den erforderlichen Höchstspannungsnetzen für 220 000 Volt entwirft. Außer den in Deutschland vorhandenen Wasserkraften, Steinkohlen-, Braunkohlen- und Torflagern sowie den bescheidenen Ölkraften werden auch Wasserkraft des Auslands, besonders Österreichs und der Schweiz, mit herangezogen. In Deutschland sind an Lauf- und Speicherwasserkraften 2,8 Millionen Kilowatt zu erschließen, an Braunkohlen- und Torfkraften 3,05 Millionen, an Steinkohlen- und Ölkraften 4,45 Millionen. Von den zur Verfügung stehenden 10,3 Millionen Kilowatt sind 1,8 Millionen als Reserven eingesetzt, so daß die erforderlichen 8,5 Millionen voll gedeckt sind. Da die 1925 vorhandenen Kraftwerke eine Leistung von 4,75 Millionen Kilowatt besaßen, wären durch Erweiterungen und Neuanlagen 5,55 Millionen bereitzustellen. Die aufzuwendenden Kosten werden auf insgesamt 3,66 Milliarden Mark veranschlagt, von ungefähr je $\frac{1}{3}$ auf die Wasserkraftwerke, Wärmekraftwerke und die Übertragungsanlagen entfallen.

Die Alpenwasserkraften, die bei der Elektrizitätsversorgung mit einbezogen sind, brauchten erst ausgebaut zu werden, wenn sich die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse gebessert haben, vorläufig würden die Kohlevorräte Mitteldeutschlands noch vollauf genügen; immerhin sollten nach der Meinung des Gutachters doch schon die Wege geebnet werden, um eine rationelle Durchführung der Verbindung von Kohlen- und Wasserkraften zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß jetzt schon das Achenseewasserkraftwerk er-

hebliche Mengen Strom nach Deutschland liefert, und daß das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk bereits eine Leitung besitzt, die ihm von Voralberg her Strom zuführt. Zum Teil schon in Ausführung des Millerschen Plans ist auch eine Verbindung zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und der Preußischen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin auf einer 220 000-Volt-Leitung hergestellt. Zu bedauern ist dabei die privatwirtschaftliche Versteifung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, so daß das Reich bei der Durchführung des gigantischen Elektrizitätsversorgungsplans stark in das Hintertreffen gedrängt ist.

Kurze Chronik Auf der Insel Formosa ist ein neues *Großkraftwerk* im Bau, das eine Leistung von rund 100 000 Kilowatt haben wird; der Candidussee, dessen Abfluß ein Gefälle von 330 Meter hat, wird als Speicher benutzt. \diamond Frankreich plant den Bau eines *Kurzwellengroßsenders* zur Versorgung der französischen Kolonien mit Rundfunk. \diamond In Plougastel bei Brest wurde eine neue *Eisenbetonbrücke* dem Verkehr übergeben, die durch die große Spannweite von je 196 Meter der 3 Bögen bemerkenswert ist. Die Brücke besitzt 2 übereinanderliegende Fahrbahnen, eine für Fußgänger, die andere für Fahrzeuge. \diamond Die Bergwerke in Joachimstal haben im Jahr 1929 33 519 Kilogramm Uranpechblende gefördert und hieraus 3,5 Gramm *Radium* erzeugt. Die gesamte Radiumerzeugung in Joachimstal seit 1918 beträgt rund 8 Gramm. \diamond Die englische Admiralität versucht zurzeit das aus englischen Kohlen gewonnene Öl, statt des importierten, als *Heizöl* zu verwenden. Die englische Kriegsflotte hat einen Jahresbedarf von rund 1,5 Millionen Tonnen Heizöl. \diamond Die *Ferngasleitung* der Großgaserei Mitteldeutschland von Magdeburg nach Leipzig ist nun fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Sie ist 120 Kilometer lang. \diamond Die Länge des *deutschen Fernkabelnetzes* beträgt zurzeit rund 10 000 Kilometer, was einer Länge von rund 2 Millionen Kilometer der Einzelleitungen entspricht. \diamond Die gesamte Energieerzeugung der *schwedischen Kraftwerke* ist von 1580 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1928 auf rund 1700 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1929 gestiegen. \diamond Das Ordinariat für Luftfahrzeugbau an der Technischen Hochschule Berlin übernahm *Herbert Wagner*, bisher an der Danziger Hochschule.

Verkehr / Otto Schmidt

Luftschiff oder Flugzeug? Die in der Geschichte der Luftfahrt beispiellose Katastrophe des englischen

Luftschiffs R 101 ist nicht nur ein schwerer Schlag für die englische Luftverkehrspolitik sondern für die gesamte Luftschiffahrt überhaupt. Mit dem jetzt verlorenen Schiff und seinem Schwesterschiff R 100, das in diesem Jahr bereits 2 mal den Atlantischen Ozean überquert hat, wollte England die Grundlage eines großzügigen Weltluftschiffsverkehrs schaffen. Die beiden "größten Luftschiffe der Welt", deren Bau annähernd 20 Millionen Mark gekostet hat, sollten die Möglichkeit eines regelmäßigen Luftverkehrs zwischen England und seinen Dominions beweisen; sie sollten auf diesen Strecken versuchsweise angesetzt werden, um damit in den einzelnen Kolonialreichen überzeugend für diese Idee eines englischen Weltluftschiffsverkehrs zu werben. Später sollten dann die für die regelmäßige Bedienung dieses Weltverkehrs erforderlichen Luftschiffe im Serienbau hergestellt werden. Vergewagt man sich, daß die Strecke London-Indien mit dem Luftschiff theoretisch in 2 Tagen bewältigt werden kann, so ergibt sich damit auch die politische Bedeutung, die dieses mit Energie und unter Aufwendung riesiger Mittel betriebene Projekt für das Britische Imperium hat. Dieser Luftschiffsverkehr zu allen 5 Erdteilen sollte gewissermaßen das äußere Symbol für die unlösbare Zusammengehörigkeit des englischen Mutterlands mit seinen Dominions werden. Die Durchführung dieses Plans ist jetzt durch den Verlust des einen der beiden Luftschiffe sehr erschwert, wenn nicht überhaupt in absehbarer Zeit unmöglich geworden. Nach der Katastrophe des R 101 ist auch die Stimmung für den Weltluftschiffsverkehr in England ziemlich scharf umgeschlagen. Die meisten englischen Zeitungen haben die Einstellung des Luftschiffbaus gefordert, nachdem sich wieder gezeigt habe, daß das Luftschiff kein zuverlässiges Verkehrsmittel sei. Auch in der französischen und amerikanischen Presse hat man die Frage des Verkehrswerts des starren Luftschiffs im Vergleich zum Flugzeug eingehend diskutiert. Demgegenüber hat sich Hugo Eckener für den weitem Bau von Luftschiffen ausgesprochen, allerdings für ihre Füllung unbedingt an Stelle des Wasserstoffs Helium gefordert, das von der amerikanischen Regierung für die Handelsluftfahrt bisher nicht freigegeben war.

In Fachkreisen hat man die Pläne des englischen Weltluftschiffsverkehrs von vornherein vielfach mit großer Skepsis betrachtet, nicht zuletzt auch deswegen, weil England bisher im Bau von Luftschiffen über keine Erfahrungen verfügte, und die beiden Luftschiffe auch in konstruktiver Hinsicht zum Teil unerprobte Neuerungen aufwiesen. In dieser Rundschau (1928 II Seite 1023 und folgende) ist bereits anlässlich des ersten Amerikaflugs des deutschen Luftschiffs Graf Zeppelin darauf hingewiesen worden, daß es durchaus zweifelhaft erscheint, ob das Luftschiff im interkontinentalen Luftverkehr der Zukunft die Hauptrolle spielen wird. Auch die in der Zwischenzeit durchgeführten weiteren Flüge des Grafen Zeppelin haben, ohne daß man ihre Leistung herabzusetzen braucht, nicht das Gegenteil bewiesen. Bei allen Fahrten (es sei nur an die Notlandung des Graf Zeppelin in Südfrankreich sowie an seinen ungewollten Aufstieg in Hamburg erinnert) hat sich immer wieder von neuem gezeigt, daß das Luftschiff infolge seiner großen Verkehrseinheit dem Wetter gegenüber fast völlig machtlos ist und trotz aller Navigationskunst sehr leicht geradezu ein Spielball des Sturms werden kann. Ganz abgesehen von den hohen Baukosten des Luftschiffs, dem ungünstigen Verhältnis der Größe zur Tragfähigkeit, der Abhängigkeit von festen Landungsplätzen, hat sich herausgestellt, daß mit den bisherigen Luftschiffen die auch nur einigermaßen erforderliche Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit des Verkehrs nicht zu erreichen ist, gegenüber den anderen Verkehrsmitteln in dieser Beziehung also eine Verbesserung nicht besteht. Auf der andern Seite schreitet die Entwicklung des Flugzeugs von Jahr zu Jahr in geradezu beispielloser Weise vorwärts. Im Vergleich zum Luftschiff sind hierbei vor allem die beiden neuen deutschen Großflugzeuge, das Dornierwasserflugzeug Do X und das Junkerlandflugzeug G 38, zu nennen. Das Dornierflugzeug ist in 3 Decks aufgeteilt und hat bereits bei Probeflügen 170 Personen an Bord gehabt. Seine 12 Motoren haben eine Gesamtleistung von 6000 Pferdestärken, eine Maschinenleistung, die erheblich über der des deutschen und der englischen Zeppeline liegt. Seine Bauart ist so stabil, daß ein längeres Verweilen auf dem Ozean ohne weiteres möglich ist. Das Junkerflugzeug G 38, das nach dem Typus des Nurflügelflugzeugs gebaut wurde, ist 23 Meter lang, über 5 Meter hoch, bei einer Spannweite von 45 Meter.

Es besitzt bei einer Aufnahmefähigkeit von 3000 Kilogramm Fracht einen Aktionsradius von rund 3500 Kilometer. Die Versuchsflüge dieser beiden neuen Großflugzeuge werden zeigen, ob sich die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Luftfahrt mit diesen beiden Flugzeugen wiederum einen sehr erheblichen Schritt weitergekommen ist. Es scheint danach immer mehr, daß die Entwicklung des interkontinentalen Luftverkehrs nicht durch das Luftschiff sondern durch das Flugzeug, dessen weitere Fortschritte sich heute noch gar nicht übersehen lassen, bestimmt wird. Die Devise "Flugzeug und Luftschiff" hat erheblich an Überzeugungskraft verloren.

Luftfahrt

Am 1. Oktober trat in Deutschland endlich die Verordnung über den Luftverkehr vom 19. Juli 1930 in Kraft. Sie ist eine Ausführungsverordnung zu dem bereits 1922 erlassenen Luftverkehrsgesetz und regelt die Abwicklung des gesamten Luftverkehrs einschließlich des Segelflugs und der Ballonfahrt, die Auswahl und Ausbildung der Luftfahrer, die Organisation der Flughäfen, die Zulassung von Luftfahrtunternehmen und Luftfahrtveranstaltungen, die Frage der Haftpflicht und Gebühren usw. Gerade das letzte Wasserflugzeugunglück bei Bornholm hat gezeigt, wie dringend erforderlich eine straffe staatliche Aufsicht auch im Luftverkehr ist. Als oberste Instanz für Flugunfälle erweist sich ein den Seeämtern entsprechendes Luftamt immer mehr als notwendig. In dem bereits in Vorbereitung befindlichen neuen Luftgesetz ist auch die Schaffung eines Luftamts bereits vorgesehen; allerdings wird das neue Luftgesetz im Hinblick auf seine Anpassung an das internationale Luftrecht nach Ansicht des Reichsverkehrsministeriums in frühestens 2 Jahren in Kraft treten können. Eine frühere Einrichtung eines Luftamts oder einer ähnlichen Instanz mit richterlichen Befugnissen wäre jedoch zu wünschen.

Im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für das Jahr 1931 sind rund 39 Millionen Mark für die Luftfahrt vorgesehen, davon unter anderm 19 Millionen Mark als Subvention für die Lufthansa und 1,1 Million Mark für Versuchsfahrten des Zeppelinluftschiffs.

Am 23. April wurde die Flugpostlinie Berlin-Stambul eröffnet.

Die erste französische Segelflugschule ist auf den Namen Otto Lilienthal getauft worden; eine schöne Ehrung für den

deutschen Pionier des Segelflugs und des Flugwesens überhaupt, dessen Verdienste in Deutschland leider viel zu wenig bekannt sind und gewürdigt werden.

Im Haag fand Anfang September der 5. Internationale Kongreß für Luftfahrt statt, der wichtige technische, wirtschaftliche und juristische Fragen des internationalen Luftverkehrs erörterte.

Luftverkehrs- gesellschaften

Der europäische Luftverkehr wird heute bereits von einer größern Anzahl von Luftverkehrsgesellschaften bedient, die sich in den einzelnen Ländern, zum Teil auf Grund von Zusammenschlüssen kleinerer Gesellschaften, herausgebildet haben und mit ihren Flugnetzen vielfach sehr beträchtlich über die Grenzen ihres Landes und teilweise auch schon des europäischen Kontinents hinausgreifen. Die dadurch bedingte, im Luftverkehr überhaupt mehr noch als bei den übrigen Verkehrsmitteln erforderliche internationale Zusammenarbeit wurde bereits frühzeitig erkannt und führte schon 1919 zur Gründung der International Air-Traffic-Association als einer freien Vereinigung der europäischen Luftverkehrsgesellschaften zum Zweck der Zusammenarbeit und Organisation eines internationalen Luftverkehrs. Die International Air-Traffic-Association umfaßt heute 22 Gesellschaften und damit fast alle Luftfahrtgesellschaften Europas. Sie hat in den 10 Jahren ihres Bestehens den Ausbau des europäischen Flugnetzes sehr erheblich gefördert und die technische und organisatorische Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedsgesellschaften immer mehr ausbauen können. In ihrem 10. Jahresbericht gab sie einen Überblick über die Entwicklung der ihr angehörenden Gesellschaften nach dem Stand vom Jahr 1928. Das Wichtigste sei hier nachstehend mitgeteilt.

Die wichtigste *deutsche* Gesellschaft ist die Deutsche Lufthansa, über deren Entwicklung hier fortlaufend berichtet wird; siehe zuletzt diese Rundschau, 1930 II Seite 728 und folgende.

In *Frankreich* wird der Flugverkehr von 3 großen Gesellschaften bedient. Die Air Union unterhält Strecken von Paris nach London und nach Marseille, von Lyon nach Genf, von Marseille über Ajaccio nach Tunis sowie zeitweise auch Verkehre zwischen Paris und Cherbourg sowie Marseille und Cannes; ihr Netz soll nach dem Orient und nach Afrika weiter ausgedehnt werden. Die Compagnie Internationale de Navigation Aérienne befliegt die großen Durchgangslinien Pa-

ris-Straßburg-Prag-Budapest-Konstantinopel, Prag-Breslau-Warschau, Belgrad-Sofia-Konstantinopel sowie Belgrad-Bukarest; die Weiterführung des Netzes nach Bagdad mit Anschluß an die dort kreuzende Fluglinie der englischen Imperial Airways Limited ist geplant. Die Compagnie Générale Aéropostale widmet sich besonders der Postbeförderung nach den französischen Kolonien und Südamerika und unterhält Linien von Paris nach Madrid, Marseille-Toulouse-Capablanca, Toulouse-Algier, Marseille-Toulouse-Buenos Aires, von Buenos Aires nach Asuncion und Santiago; eine Verbindung nach dem Feuerland wird vorbereitet, ein weiterer Ausbau der afrikanischen Linien geplant. Dazu kommt noch die Société Générale de Transports Aériennes (Lignes Farman), die von Paris aus Linien nach Berlin, Saarbrücken-Frankfurt sowie Brüssel-Antwerpen-Amsterdam befliegt.

Der englische Flugverkehr wird von der Imperial Airways Limited durchgeführt, die Linien von London über Paris nach Basel und Zürich, von London über Brüssel nach Köln sowie die interkontinentale Linie London-Wien-Kairo-Bagdad-Karachi-Delhi betreibt. Eine Verbindung von London nach Kapstadt über Ägypten-Sudan-Uganda-Tanganyika und Rhodesien wird vorbereitet, die Ausdehnung des Liniennetzes nach Canada, Australien, Neuseeland geplant.

Die belgische Luftfahrt besitzt in der Société Anonyme Belge d'Exploitation de la Navigation Aérienne ein Unternehmen für den Dienst im Inland und im belgischen Kongo. Die Gesellschaft betreibt in Europa die Linien Antwerpen-Ostende, Antwerpen-Lüttich, Brüssel-Lüttich, London-Antwerpen-Hamburg, London-Brüssel-Essen und im Kongo ein Flugnetz von 2560 Kilometer Länge, das sich von Elisabethville bis Léopoldville, Stanleyville und Kabalo ausdehnt. Neben einer Erweiterung des Netzes im Kongo ist eine Verbindung Antwerpen-Luxemburg-Straßburg geplant.

Den holländischen Luftverkehr bedient die Koninklijke Luchtvaart Maatschappij. Sie unterhält Linien von Amsterdam über Rotterdam nach London und von Amsterdam über Bremen-Hamburg-Kopenhagen nach Malmö. Bis 1931 soll ein halbwochentlicher Postflugdienst von Amsterdam nach Batavia (Flugdauer 12 Tage) eingerichtet werden. Eine Tochtergesellschaft betreibt einen regelmäßigen Flugverkehr zwischen Batavia nach Singapore einerseits und Batavia-Bandoeng und Semarang andererseits.

Die österreichische Luftverkehrsgesellschaft hat von Wien aus Linien nach Berlin, Zürich (über Salzburg) und Venedig sowie von Prag nach Budapest.

In der Schweiz unterhält die sogenannte Balaire, die Société Anonyme Baloise pour la Navigation Aérienne, Strecken von Zürich nach Amsterdam, von Genf nach Wien, von Basel nach Marseille.

In Italien bestehen 3 Luftverkehrsgesellschaften: die Transadriatica (Linien von Venedig nach Rom und Brindisi), die Navigazione Aerea (Linien von Genua über Marseille nach Barcelona sowie nach Rom) und schließlich die Aero Espresso Italiana (Linien von Brindisi nach Athen und Konstantinopel).

Die dänische Luftfartsselskab führt regelmäßige Flüge auf der Strecke Malmö-Kopenhagen-Hamburg aus.

Die jugoslawische Luftverkehrsgesellschaft befliegt die Linien Belgrad-Zagreb-Wien und Belgrad-Saloniki; eine Luftverbindung von Belgrad zur dalmatischen Küste ist geplant.

Die großen internationalen Durchgangslinien werden von den Luftverkehrsgesellschaften der beteiligten Länder meistens gemeinsam in Form eines Pools betrieben. Was die Verkehrsleistungen anlangt, so stand schon 1928 die Deutsche Lufthansa sowohl der Zahl der zurückgelegten Flugkilometer wie der beförderten Reisenden nach bei weitem an der Spitze, wobei allerdings die große Dichte des deutschen Flugnetzes zu berücksichtigen ist. Neben der Lufthansa sind die Imperial Airways Limited und die französischen Gesellschaften die bedeutendsten europäischen Luftverkehrsunternehmen. Den größten Flugzeugpark der Welt unterhält jedoch die Compagnie Générale Aéropostale mit 326 Land- und 20 Wasserflugzeugen, wovon etwa $\frac{2}{3}$ in Europa und $\frac{1}{3}$ in Südamerika verwandt werden. Demgegenüber besaßen 1928 die Deutsche Lufthansa 170, die Compagnie Internationale de Navigation Aérienne 72 und die Imperial Airways Limited 29 Flugzeuge. Bemerkenswert ist, daß von allen europäischen Luftverkehrsgesellschaften bisher nur die Imperial Airways Limited und die schweizerische Gesellschaft Balair Überschüsse erzielen konnten; die englische Gesellschaft schüttete 1929 $7\frac{1}{2}\%$ Dividende, die schweizerische Gesellschaft 1928 4% Dividende aus. Wie in Deutschland wird der Luftverkehr auch in allen übrigen Ländern Europas durch sehr beträchtliche Subventionen vom Staat, häufig auch von den interessierten Städten unterstützt; hierfür müssen die Gesellschaf-

ten eine gewisse Flugleistung und Regelmäßigkeit des Verkehrs garantieren. Vielfach sind auch die Staaten direkt am Aktienkapital der Gesellschaften beteiligt oder stellen die Flugplätze, den Nachrichten- und Wetterdienst usw. kostenlos oder nur gegen geringes Entgelt zur Verfügung. Fast allen europäischen Luftverkehrsgesellschaften ist es in den letzten Jahren gelungen nicht nur ihre Verkehrsleistungen und die Verkehrssicherheit wesentlich zu erhöhen sondern auch durch Senkung der Selbstkosten und rationellere Ausnutzung des Flugzeugparks die Wirtschaftlichkeit ihres Betriebs zu verbessern. Die Aktivität, die diesen jüngsten Verkehrsunternehmen allgemein eigen ist, läßt auch für die Zukunft weitere wesentliche Fortschritte und eine immer größere Ausdehnung des Weltluftverkehrs erhoffen.

Informations- Die vor 2 Jahren gegründete Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaus hat eine bemerkenswerte Denkschrift herausgebracht, die in äußerst gründlicher Weise die Möglichkeiten der *Finanzierung der Straßenbauten* in den nächsten Jahren untersucht. Als Grundlage der Finanzierung wird ein für die Landstraßen ohne Berücksichtigung der Stadtstraßen errechnetes Umbauprogramm angenommen, das nach Abzug der bereits in Angriff genommenen Umbauarbeiten außer dem laufenden Unterhaltungsaufwand von mindestens 300 Millionen Mark jährlich für Um- und Ausbauten noch etwa 4½ Milliarden Mark erfordert, von denen etwa 3½ Milliarden Mark für Bauten mit langer Lebensdauer in Frage kommen. Bei der bisherigen Art der Finanzierung aus laufenden Mitteln und der Kraftfahrzeugsteuer würde die Durchführung dieses Programms etwa 12 bis 13 Jahre erfordern. Das Ausbauprogramm muß jedoch in 8 bis 10 Jahren beendet sein, wenn nicht eine unwirtschaftliche Gestaltung der laufenden Unterhaltungskosten der Straßen und der Betriebskosten der Kraftfahrzeuge eintreten soll. Die Konzentrierung der Umbauarbeiten auf diesen Zeitraum würde dagegen wesentliche Ersparnisse an Unterhaltungs- und Betriebskosten bewirken. Die Finanzierung von Straßenbauten mit langer Lebensdauer soll daher nicht aus laufenden sondern aus inländischen oder ausländischen Anleihemitteln erfolgen, damit auf diese Weise eine unnötig starke Belastung der Gegenwart vermieden wird. Für die Durch-

führung der Anleihefinanzierung wird die Gründung einer Deutschen Straßenbaukreditgesellschaft als Zentralinstitut für die Begebung der Anleihen und ihre Verteilung vorgeschlagen. Die Wegeunterhaltungspflichtigen sollen sich ferner zur Durchführung des Umbauprogramms und zur Aufnahme der Anleihen zusammenschließen, ohne ihre Wegehohheit aufzugeben, weil nur so die besten Voraussetzungen für die Anleiheaufnahme geschaffen, die günstigsten Anleihebedingungen erzielt, und eine wirtschaftlich und verkehrspolitisch einwandfreie Durchführung des Programms gewährleistet würden. In der vorgeschlagenen Straßenbaubank sollen die Wegeunterhaltungspflichtigen, andere Wegeinteressenten und die an der Anleihevermittlung beteiligten Banken vertreten sein. Die Denkschrift ist im übrigen durch die Fülle der in ihr verarbeiteten, sonst nur schwer zugänglichen Angaben über das deutsche Straßenwesen noch besonders wertvoll.

Kurze Chronik Bei Versuchsfahrten in der Nähe von Hannover erreichte Ende September ein nach den Plänen Franz Kruckenberg und Curt Stedefelds konstruierter *Propellertriebwagen* mit Luftschaubenantrieb Geschwindigkeiten bis zu 182 Kilometer in der Stunde. Dieses neuartige Schienenfahrzeug, das durch einen Flugzeugmotor von 500 Pferdestärken angetrieben wird, erscheint geeignet der konstruktiven Entwicklung der Eisenbahnfahrzeuge und damit dem Eisenbahnverkehr überhaupt ganz neue Möglichkeiten zu geben. In Glasgow wird seit einiger Zeit gleichfalls eine Propellerschwebbahn ähnlicher Konstruktion erprobt, die sogar Geschwindigkeiten bis zu 240 Kilometer in der Stunde erreichen soll. ◊ In Deutschland waren am 1. Juli insgesamt 1 419 870 *Kraftfahrzeuge* vorhanden, hiervon waren: 731 237 Motorräder, 488 838 Personenwagen, 12 416 Omnibusse, 157 432 Lastwagen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 16%, ist jedoch um etwa 75 000 Fahrzeuge geringer als von 1928 auf 1929. Am stärksten war im letzten Jahr die Zunahme der Zahl der Motorräder, vor allem der Kleinmotorräder, während der Zuwachs bei den Personen- und Lastautomobilen hinter dem Vorjahr stark zurückblieb. Die Zahl der schweren Lastautomobile (über 3 Tonnen) ist sogar von 42 393 im Jahr 1929 auf 39 539 zurückgegangen. Das starke Vordringen des Kleinkraftfahr-

zeugs ist für die Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs der letzten Jahre in Deutschland typisch und gestattet auch Schlüsse für die Zukunft. In der Kraftfahrzeugstatistik der Welt steht Deutschland nunmehr mit 1 Kraftfahrzeug auf je 97 Einwohner an 16. Stelle: ein Beweis dafür, wie weit die Motorisierung des Verkehrs bei uns gegenüber anderen, allerdings wirtschaftlich besser gestellten Ländern noch zurück ist. \diamond Die Gesamtlänge des europäischen Straßennetzes umfaßt 10,6 Millionen Kilometer. Hiervon entfallen auf Frankreich 0,63, auf Deutschland 0,38, auf England 0,29 und auf Italien 0,2 Millionen Kilometer. \diamond Im Gegensatz zum Kanaltunnelprojekt, das wieder einmal fürs erste gefallen ist (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 730 und folgende), kann man mit der baldigen Inangriffnahme des Projekts eines Gibraltartunnels nach den Plänen des spanischen Oberstleutnants Pedro de Jevenois rechnen. \diamond Der französische Verkehrswerkkommissar Gérard sprach sich für die sofortige Beseitigung des Reisepasses in Europa aus, der völlig überflüssig sei, nur ein Hindernis für den Fremdenverkehr darstelle. Als Vorstufe dieses erstrebenswerten Ziels muß zunächst einmal die völlige Beseitigung des Visumzwangs gefordert werden, der heute immer noch von einer Reihe europäischer Staaten gehandhabt und verlangt wird.

Literatur

Die Neuordnung der Reichsbahnverwaltung, vor allem die Neuabgrenzung ihrer Direktionsbezirke ist aus den verschiedensten Gründen notwendig und wird von der Reichsbahn auch bereits seit längerer Zeit geplant. Für die Neuordnung der Reichsbahndirektionsbezirke in Mitteldeutschland, insbesondere des Leipziger Verkehrsgebiets, das heute unter die Zuständigkeit zweier Direktionen (Dresden und Halle) fällt, hat Kurt Giese einen Entwurf aufgestellt /Leipzig, Ratsverkehrsamt/. Er sieht die Schaffung eines Direktionsbezirks Dresden und eines Direktionsbezirks Leipzig vor, paßt deren Verkehrsgebiete, im Gegensatz zu dem heute bestehenden Zustand, den vorhandenen Verkehrsbeziehungen und Verkehrsbedürfnissen sowie den Interessen des sächsischen Wirtschaftslebens an. Die Arbeit vermittelt durch ihre umfangreichen statistischen Unterlagen daneben einen guten Überblick über die Eisenbahnverhältnisse in Sachsen, deren Grundlagen bekanntlich Friedrich List (Bahnbau Leipzig-Dresden) geschaffen hat.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Stadtplanung Von dem Problem des Großstadtverkehrs geht Ludwig Sierks in seinem Buch Grundriß der sichern, ruhigen, reichen Stadt /Dresden, Kaden & Co./ aus. Im Gegensatz zu dem herrschenden Dogma behauptet Sierks, daß es unmöglich sei unter Beibehaltung nennenswerter Bestandteile der heutigen Großstadtgrundrisse den Forderungen der Verkehrs- und Städtebauwissenschaft zu genügen. Sein Leitgedanke ist der den verkehrstechnischen Organismus der Stadt so zu regeln, daß die heute als unvermeidlich angesehenen Verkehrsunfälle, die er als schwere Schuld der Städtebauer und Verkehrsingenieure empfindet, völlig unmöglich werden. Den Grundriß einer idealen Stadtform legt Sierks generell durch 2 konzentrische Kreise fest. Diese bilden zugleich die klare Trennungslinie zwischen der City und dem Wohngebiet und dem weiten Gebiet der Industrie- und Nahrungsmittelerzeugung. Das Besondere des Vorschlags liegt in der verkehrstechnischen Verbindung dieser einzelnen Gebiete unter einander. Sierks fordert 3 Verkehrsebenen: eine unter Terrain für die Schnellbahn, eine über Terrain für die Motorfahrzeuge und eine im Terrain für alle übrigen Verkehrstypen, sowie eine absolut klare Trennung zwischen Wohn- und Verkehrsstraßen. Die für die Schnellbahnebene selbstverständliche Forderung nur der Schnellbahn zu dienen stellt Sierks auch für die Verkehrsebene der Motorfahrzeuge auf, die nur dann ihre volle Geschwindigkeit ausnutzen können. Sein Verkehrsstraßensystem gliedert sich in Radial- und Ringstraßen. Auf Diagonalstraßen verzichtet er, weil Umwege für Kraftfahrzeuge bedeutungslos sind. Niveaufkreuzungen vermeidet er grundsätzlich. Die Konstruktion des Verkehrsnetznetzes beruht auf einer Einflußzonenbreite von 1000 Meter für alles, was radial und von 2000 Meter für alles, was peripher geführt ist, gleichgültig, ob es sich um Straßen oder Bahnen handelt. Das Netz der Radialverkehrsstraßen liegt etwa 5 Meter über und das der Ringstraßen in dem Terrain. Die Kreuzungen beider sind also von vornherein niveaufrei, deshalb sind zur Verbindung der Fahrbahnen Rampen erforderlich. Dieses Rampensystem hat Sierks mit der höchsten technischen Vollkommenheit durchgebildet. Analog diesem Verkehrsstraßensystem und von der gleichen Vollkommenheit ist das

von ihm vorgeschlagene Schnellbahnsystem. Es ist so angelegt, daß es unbegrenzt ausgedehnt werden kann. Es erlaubt allseitiges Umsteigen und rascheste Zugfolge. Die City besteht aus einem einzigen, als Hochhaus ausgebildeten ringförmigen Gebäude, von dem strahlenförmig noch einzelne Flügel ausgehen. Es umschließt einen Hof von 300 Meter Durchmesser, der wie ein Riesensaal auch für Versammlungszwecke und dergleichen dienen kann. Dieses Hochhaus hat zirka 60 Stockwerke, von denen je 2 Geschosse eine Einheit bilden; das heißt, in dem jeweils untern Geschos befinden sich Lagerräume, in dem darüberliegenden dazu gehörende Läden, Bureaus und dergleichen. Jedes Geschos wird von einem Mittelkorridor durchschnitten, der als Fahrstraße dient. Alle Personen- und Lastwagen werden durch Aufzüge vertikal nach den einzelnen Korridorstraßen befördert. Der Vorteil einer solchen Anordnung liegt darin, daß die einzelnen Bureaus und Geschäfte möglichst nahe bei einander liegen, Wege gespart werden. Die Wohngebiete dagegen sind sehr weiträumig angeordnet. Eine Wohngebietszelle ist 1000 Meter breit und 2000 Meter lang, entsprechend der Einflußzone des Verkehrssystems. Die Wohnhäuser sind als Flachbauten mit Gärten gedacht.

Gegen diese Stadtkonstruktion muß man zunächst vom hygienischen Standpunkt einwenden, daß die Wohngebietszellen, da sie um den Stadtkern kreisförmig herumliegen, nicht durch ihre Lage zur Sonne bestimmt sind sondern durch das zufällige Ergebnis des Verkehrssystems. So vollkommen dieses auch durchgebildet ist, so ist es doch so sehr in den Vordergrund der ganzen Stadanlage gestellt, daß die anderen mit dem Städtebau zusammenhängenden Elemente, die ihm mindestens gleichzuordnen sind, in den Hintergrund gedrängt werden.

Messel

Die Preußische Akademie der Künste veranstaltete anlässlich der Berliner Museumsfeiern eine Ausstellung von Zeichnungen und Entwürfen Alfred Messels. Von Messel, der 1909 starb, stammt bekanntlich auch der Entwurf der jetzt fertiggestellten Bauten auf der Museumsinsel; aber da die Ausführung erst in die Zeit nach seinem Tod fiel, wurde sie leider seinem Einfluß entzogen und dem ursprünglichen Entwurf gegenüber zu ihrem Nachteil verändert.

Messel war vielleicht der letzte große Baumeister, der es versuchte heutige

Baufaufgaben mit historischen Mitteln zu lösen. Am besten gelangen ihm daher auch Privatwohnbauten, wo das Achsen-system seines Klassizismus mit den entsprechend gerichteten Ansprüchen der Bewohner nicht in Konflikt geraten konnte. Anders dagegen bei seinen Miethäusern, die an der selben "Krankheit" leiden wie alle anderen, worüber auch die bessere Fassade heute nicht mehr hinwegtäuschen kann. Von großem Einfluß auf die Entwicklung des Warenhausbaus war sein Wertheimbau, bei dem er im Gegensatz zu den die Horizontale betonenden französischen Warenhäusern ein vertikales Fassadensystem ausgeführt hat, das sehr in Mode gekommen ist und eine Zeitlang direkt als ein Charakteristikum der Vorkriegsarchitektur angesprochen werden konnte. Wie sehr sich Messel um eine architektonische Lösung des aus betriebstechnischen Erwägungen angewandten Pfeilersystems bemühte, zeigt die später erbaute Ecke des Wertheimhauses am Leipziger Platz mit dem Teppichsaal, bei dem es ihm nicht geglückt ist und auch nicht glücken konnte mit den von ihm verwendeten historischen Mitteln eine seinem architektonischen Empfinden entsprechende Lösung zu finden.

Historismus

Auf einer Tagung für Denkmalspflege und Heimatschutz, die im September in Köln stattfand, wurden die Pflege des Doms und seiner Erhaltung sowie die Gestaltung des Domplatzes und des Rheinuferes in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt. Außerdem wurde die Frage des Schutzes vor der zerstörenden Wirkung der Rauch- und Gasentwicklung einer Großstadt behandelt (Elektrifizierung der Eisenbahn, Rauchverzehraparate, Ferngasheizung, vor allem die fortgeschrittene Chemie der Steinerhaltung). Eine weitere Schwierigkeit für die Erhaltung historischer Bauwerke erblickte man in dem Versagen des Nachwuchses, das durch die Enthistorisierung der Technischen Hochschulen eingetreten ist. Man forderte daher für die Zwecke der Denkmalspflege einen Stamm historisch erzogener Architekten heranzubilden.

Die historischen Kenntnisse zum Zweck der Denkmalspflege können durchaus als Spezialfach der Technischen Hochschulen gelehrt werden. Niemals aber darf wieder, wie das bis in die jüngste Zeit hinein der Fall war, diese historische Ausbildung in den Mittelpunkt des Hochschulstudiums gestellt werden. Ge-

rade Köln mit seinem im 19. Jahrhundert vollendeten Dombau ist ja ein Beispiel dafür, wie schlimm die zahllosen seinerzeit für diesen Zweck ausgebildeten Gotiker gewirkt haben. Nach Vollendung des Doms waren sie "mit Erfolg" bemüht ihre Kenntnisse für den Kirchenbau in Deutschland zu verwerthen, und da man in Deutschland damals sehr viele Kirchen baute, erstand ein Nachwuchs, für dessen Bausünden noch heute Deutschland büßen muß.

Ausstellungen In Köln fand eine Ausstellung *Zeitgenössisches Französisches Kunsthandwerk* statt, an der vor allem die handwerkliche Vollendung alles Erzeugten im Verein mit vollkommener Materialbeherrschung interessierte. Es wurden Gläser, Keramik, Metallarbeiten, Gobelins, Bucheinbände gezeigt.

Anlässlich des 60. Geburtstags *Max Bergs*, des ehemaligen Stadtbaurats von Breslau, veranstaltete die Architektenvereinigung Der Ring in der Berliner Kunstausstellung im Schloß Bellevue eine Ausstellung von Modellen und Lichtbildern, die einen Überblick über sein Schaffen von 1909 bis 1925 gab. Den Mittelpunkt bildete ein Modell der Breslauer Jahrhunderthalle, die als einer der Ausgangspunkte der modernen Baubewegung bezeichnet werden muß.

In Mailand wurde in der Galerie Pesaro eine Gedächtnisausstellung für den 1916 verstorbenen Architekten *Antonio Sant'Elia* gezeigt. Sant'Elia ist wohl der erste Architekt Italiens, der architektonische Aufgaben von neuen Gesichtspunkten aus zu lösen versuchte. Er hat sich auch intensiv mit neuzeitlichen Städtebauproblemen beschäftigt. Sant'Elia ist ein typischer Ideenarchitekt, der, soweit wir unterrichtet sind, selbst nie gebaut hat. Aber auch die Ideenarbeit ist sehr wichtig, denn sie bereitet kommende Entwicklungen vor, die die Resultate dieser Ideenarchitektur verwerten. Sant'Elia stand sehr unter dem Einfluß der damals führenden Wiener Architektenschule, war aber trotzdem eine durchaus selbständige Persönlichkeit.

Kurze Chronik Im Oktober fand im Institut für Industrielle Psychotechnik und Arbeitstechnik der Technischen Hochschule in Berlin ein reklamepsychologischer Lehrgang statt, bei dem die theoretischen und praktischen Grundlagen der *Werbegestaltung* behandelt wurden. Die Psychologie des Markts, des Verkaufs und

der Werbung bildeten den Gegenstand der Vorlesungen und praktischen Übungen. ◊ Unter dem Zeichen Die Spirale ist der Zusammenschluß von *Gartenarchitekten* erfolgt, bei dem es sich nicht um eine Vereinsgründung sondern lediglich um eine Zusammenfassung der ideell nach gleichen Grundsätzen arbeitenden Architekten für Gartengestaltung handelt.

Literatur Der Berliner Stadtbaurat *Martin Wagner*, der im vergangenen Jahr, auf einer Amerikareise, New York, Boston, Buffalo, Cleveland, Detroit, Chicago, Los Angeles, San Francisco, Milwaukee, Washington, Philadelphia und Atlantic City besuchte, behandelt in seinem Buch *Städtebauliche Probleme in amerikanischen Großstädten und ihre Rückwirkung auf den deutschen Städtebau* /Berlin, Verlag Deutsche Bauzeitung/ die amerikanischen Großstädte, die Entwicklungstendenz ihres Wachstums und vor allem den Einfluß des Automobils auf die städtebauliche Gestaltung. In den amerikanischen Städten wirkte sich die ganz freie Wirtschaft am verhängnisvollsten aus. Sollen die Schäden beseitigt und die »Großstädte zu höchster volkswirtschaftlicher Produktivität« entwickelt werden, so setzt dies eine städtebauliche Gesetzgebung voraus, die das Gesamtinteresse über das Interesse des einzelnen stellt. Die Kosten für Sanierungsarbeiten für Groß New York in den nächsten 15 Jahren werden auf 12,6 Milliarden, das heißt jährlich auf 850 Millionen Mark, geschätzt. Da diese Millionen auf jeden Fall ausgegeben werden müssen, sagen die Amerikaner mit Recht, es sei ökonomisch sinnlos »sie planlos, das heißt nach wenigen Jahren, doppelt ausgeben zu müssen.« Von besonderem Interesse in dem *Wagnerschen* Buch ist der stete Hinweis auf Berlin, das mit den amerikanischen Städten nicht nur das schnelle Wachstum sondern auch »die für Großstädte charakteristische Wanderung von Produktionsstätten und Geschäftsviertel, das relative Steigen und Fallen der Bodenwerte und anderes mehr« gemein habe.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Jugendbücher Der Verlag D. Gundert in Stuttgart bringt uns in seiner Reihe *Des Schulkinds eigene* Bücherei ein selten schönes Jugendbuch für Kinder von 10 Jahren an: *Michael Arpad und sein Kind*,

ein Kinderschicksal auf der Landstraße von *Jo Mihaly*. Man denkt beim Lesen an das so wenig beherzigte Paradoxon aus Storms Nachwort zum Pole Poppen-später: »Wenn du für die Jugend schreiben willst, so darfst du nicht für die Jugend schreiben.« Sehr ernst nimmt der Verfasser Mascha, das kleine Zigeunermädchen, dessen Leben und Entwicklung er mit inniger Liebe schildert, und viele kluge und gütige Worte werden den jungen Lesern ganz unauffällig gesagt: über den Krieg, über Gut und Böse, Arm und Reich. Das Buch, das nichts vom üblichen Moralisieren und Lobpreis der Kinderstubenartigkeit enthält, ist besonders geeignet für die Entwicklungsjahre, weil es zeigt, wie auch ein schweres Schicksal bejahend gelebt werden kann. Die farbigen Bilder, anders als das Übliche, überraschen durch ihre feine Anpassung an den Charakter der Erzählung, bis man entdeckt, daß *Jo Mihaly* sie selbst zu seinem Buch gezeichnet hat.

Der Verlag K. Thienemann in Stuttgart zeigt in der Sammlung seiner 2-Mark-Bücher, auf die hier alljährlich hingewiesen wurde, 2 erfreuliche Neuerscheinungen an. *Karl Friedrich Obwalds* »fröhliches Buch für unsere kleinsten Leser« Heisajuhei gibt ein willkommenes Weihnachtsgeschenk für 4- bis 6jährige ab, für die Lesanfängerchen besonders, die sich noch nicht an lange Geschichten heranwagen. Sie werden sich gern durch das fröhliche Buch durchbuchstabieren, das mit seinen vielen Bildern, farbigen und schwarzen, von Leo Faller, seinen Reimspielen und kurzen Geschichten immer wieder für Abwechslung sorgt. In Häsi und anderes geliebtes Getier, mit 4 farbigen Bildern von Else Wenz-Vietor, erzählt *Alma de l'Aigle* den etwas Größeren ihre eigenen Erlebnisse mit Tieren und Pflanzen. Was sie als Kind mit der Ziege Dete erlebte, die so gut trösten konnte, dann später mit einer dicken Zwiebel, mit einem Taubenpärchen und seinen Jungen, besonders aber mit Häsi dem Wildhäschen, das sich so gut an die Menschen gewöhnte: das ist hübsch, nur manchmal zu gefühlsbetont erzählt. Die Geschichte von der weißen Kamelie wäre besser fortgeblieben, sie gehört nicht in ein Kinderbuch.

Das »Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land«, *Kinderland* 1931, herausgegeben von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde /Berlin, Vorwärtsverlag/ schließt sich in Inhalt und Ziel seinen hier besprochenen Vorgängern an. Wieder gibt es viel Ab-

wechslung in ernstem und heiterem Erzählungs- und Bildmaterial. Es ist gut und notwendig, daß die Heranwachsenden in den verschiedenen Nationen mit einander Fühlung bekommen. Darum bringt das Jahrbuch diesmal eine Reihe von Aufsätzen über Kinderleben in anderen Ländern, einen Bericht aus der Kinderrepublik in Palästina, den Brief einer polnischen Kinderorganisation an deutsche Arbeiterkinder. Besonders hübsch und frisch sind wieder die Einsendungen der Kinder selbst. Otilie Kollwitz

Bilderbücher 2 schon im vorigen Jahr veröffentlichte Bilderbücher des Verlags Müller & Kiepenhauer in Berlin seien hier auch für dieses Jahr sehr empfohlen.

Das in Zeichnung und Inhalt so kulturvolle Buch der erfüllten Wünsche von *Tom Seidmann-Freud*, der inzwischen verstorbenen Berliner Malerin, die es meisterhaft verstanden hat sich in die Psychologie der Kinder einzufühlen, der Gruppe von Kindern besonders, die sehr gepflegt, gehütet, meist ohne Geschwister, ein wenig gelangweilt in wohlhabenden Familien wohnen, und die sich wünschen: ein Haus, in dem nur Kinder sind, eine Mutter, die immer da ist und Ausschau hält, einen großen Bruder, der alles kann und sehr gut zu einem ist, Spielzeug, das lebendig wird, Tiere, die Freunde sind, und Reisen nach dem Mond oder nach China. Die zarten Bildgeschichten sind den Kindern lieb und sehr vertraut. Für Eltern und Erzieher sind sie aufschlußreicher als manche psychologische Abhandlung.

Für das andere Buch, das *Edwin Redlob* unter dem Titel *Unterm Tisch* und auf der Schaukel verfaßte, habe ich nun eine besondere Vorliebe. Väter, die, wenn sie wirklich einmal Zeit haben, nun auch wissen, was sie mit ihren Kindern anfangen sollen, sind eine Seltenheit. Und hier hat ein Vater ein ganzes Buch daraus gemacht, was er alles mit seinem Töchterchen zu spielen weiß, heute mal ein Halbstündchen nach Tisch, morgen mal beim Schlafengehen. Er braucht nicht viel dazu: eine Birne, Zündhölzchen und Zeitungspapier genügen schon, oder man schaukelt nur mit ihm zusammen und dichtet so dabei ein Schaukelliedchen. *Hildegard Weinitschke* begleitet die Verschen mit vielen vergnügten Bildern, die auch gleich zeigen, wie man es nachmachen kann. Hoffentlich bekommen viele Kinder oder ihre Väter dieses schöne Buch zu Weihnachten. Otilie Kollwitz